

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 394-1 / Anzeigenabteilung Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr. Dänemark 8,00 Dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 66 p. Italien 1.300 L. Jugoslawien 140,00 Din. Luxemburg 28,00 Fr. Niederlande 2,00 f. Norwegen 7,50 Nkr. Österreich 12 S. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 Skr. Schweiz 1,50 Sfr. Spanien 125 Ptas. Tschechoslowakei 150 Pts.

WELTSCHEIN

POLITIK

Auto-Streit: Über die Einführung des abgasarmen Autos von 1986 an, gibt es nicht nur innerhalb der Regierungskoalition, sondern vor allem zwischen dem FDP-Vorsitzenden Genscher und dem neuen Wirtschaftsminister Bangemann (FDP) Frontstellungen. Ob eine „Prämie“ beim Kauf des umweltfreundlicheren Autos bezahlt werden soll, wird erst im September entschieden. Heute befäßt sich der Bundesrat auf Antrag Bayerns und Baden-Württembergs mit dem Auto-Streit. (S. 8)

Protest: Die Bundesregierung hat eine Intervention Moskaus gegen die Aufhebung von Rüstungsbeschränkungen durch die Westeuropäische Union (WEU), nicht akzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland und der europäischen Partner der WEU, mit ungewöhnlicher Schärfe zurückgewiesen. (S. 6)

Kohl zieht Bilanz: Seine Lateinamerika-Reise habe sich „politisch und menschlich gelohnt“, erklärt der Bundeskanzler vor seiner Rückkehr von den Besuchen in Mexiko und Argentinien. (S. 6)

Frankreich: In einer Fernsehansprache teilte Staatspräsident Mitterrand gestern abend mit, daß durch eine Verfassungsänderung künftig wichtige Fragen der Nation vom Volk entschieden werden sollen. (S. 6)

Wartstreiks: Mehr als 2000 Beschäftigte des Bodenpersonals der Lufthansa haben gestern vorübergehend die Arbeit niedergelegt. Abflüge von zehn Flugzeugen in Hamburg, Nürnberg und München wurden um rund eine halbe Stunde verzögert. (S. 3)

Flucht: Ein 20-jähriger Stabsunteroffizier der sowjetischen Streitkräfte ist in Uniform und ohne Waffen aus der „DDR“ nach Niedersachsen geflüchtet. Nach Angaben des Bundesgrenzschutzes überwand der Soldat bereits am Dienstag die „DDR“-Grenzsperranlagen und erreichte unverletzt das Bundesgebiet. (S. 3)

Umschuldung: Polen und die Vertreter von rund 500 privaten westlichen Banken haben in London ein Abkommen über die Umschuldung von Krediten mit Fälligkeiten von 1984 bis 1987 unterzeichnet. Es betrifft die gesamten Schulden bei Privatbanken von rund 7,1 Milliarden Dollar. (S. 3)

Anschläge: Auf Korkula sind gestern 26 Sprengstoffanschläge verübt worden, die wie eine Serie von 15 Anschlägen am Dienstag Sachschaden anrichteten. Die Polizei vermutet Mitglieder der koreanischen Separatistenorganisation FLNC als Täter. (S. 3)

Heute: Bundesrat berät über Anträge Bayerns und Baden-Württembergs zum abgasarmen Auto. (S. 3)

ZITAT DES TAGES



„Wenn Großbritannien sich für Berlin stark macht, dann nicht für eine sterbende Stadt, sondern für eine deutsche Kultur- und Leistungsmetropole.“

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, bei seinem Besuch in London. (S. 4) FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Importbarrieren: Die Internationale Handelskommission der US-Regierung (ITC) hat zum Schutz der US-Stahlindustrie Quoten und Zölle auf Massenstahleinfuhren aus Übersee empfohlen. Sie sollen für fünf Jahre gelten. (S. 9)

Frankreich: Die jährliche Inflationsrate hat sich im Juni auf 7,6 Prozent gesenkt; im Mai waren es noch 7,8 und im Vorjahr 9,3 Prozent. Seit Jahresanfang stiegen die Verbraucherpreise um 3,7 Prozent. (S. 9)

Banken zur Konjunktur: Die wirtschaftlichen Eckdaten liegen weiterhin über dem Vorjahresniveau, wenn auch mit kleinerem Abstand: Industrieproduktion

plus 2,5 Prozent gegen 1983; zunehmende Auftragslage; die abgeschwächte Inlandsnachfrage aus, und der Einzelhandel weist bis Mai gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzsteigerung von 1,5 Prozent aus. Zu diesen Ergebnissen kam der Bundesverband deutscher Banken in seinem jüngsten Konjunkturbericht. (S. 9)

Börse: Der seit Tagen ungebrochene Abwärtstrend am deutschen Aktienmarkt hielt auch gestern an. WELT-Aktienindex 137,9 (139,8). Der Rentenmarkt war weitgehend beschäftigungslos. Dollar-Mittelkurs 2,8540 (2,8447) Mark. Goldpreis je Feinunze 341,15 (339,25) Dollar. (S. 9)

KULTUR

Bracha Pili: Die 92-jährige leitet noch heute den israelischen Masada-Verlag, den sie 1929 in Tel Aviv gegründet hatte. Sie wurde zur Symbolfigur des hebräischen Verlagswesens. (S. 19)

Münchener Oper: Mit dem „Barbier von Bagdad“ sind in der Bayerischen Staatsoper die Festspiele eröffnet worden – mit Sawaiisch am Pult und Otto Schenk als Regisseur. (S. 19)

SPORT

Fußball: Werder Bremens Trainer Otto Rehnhagel ist davon überzeugt, daß Nationalspieler Rudi Völler bis 1987 dem Verein treu bleibt. Völler soll Angebote vom FC Barcelona erhalten haben. (S. 8)

Motorsport: Dem Präsidenten der Formel-1-Konstrukteurs-Vereinigung, Bernie Ecclestone, ist bei einem Verleumdungsprozeß in Paris eine Schadenssumme von umgerechnet 35 Pfennig zugesprochen worden. (S. 20)

AUS ALLER WELT

Unwetter: Mit heftigen Gewittern und orkanartigen Stürmen ging in der Nacht zum Donnerstag die erste Hitzeperiode dieses Sommers zu Ende. Millionen Schäden und zwei Tote in Deutschland. (S. 20)

Wetter: Im Norden bewölkt, nach Süden aufheiternd, 23 bis 28 Grad. (S. 20)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Mittel oder Mittelmaß – über Bildungs-, Hochschul- und Forschungspolitik S. 2

Lufthansa: Neuer Jumbo für weite Non-Stop-Flüge bestellt – Acht Tonnen leichter S. 5

Vergessene US-Geschichte: Britische Besiedlung – Es blieb nur ein Rätsel um ein Wort S. 3

Existenzgründungen: Kein Geld mehr für Beratung – Dem Fiskus gehen die Mittel aus S. 8

Katalysatoren: Die Erfahrungen aus Japan und was der Münchner Umweltreferent meint S. 3

Fernsehen: Eine neue Talkshow in der ARD – Das Vorbild kommt aus Österreich S. 18

FDP: Gerechter Insolvenzrecht – Die Sichter der Liberalen S. 4

Düsseldorf: „Johanna Ey und ihr Künstlerkreis“ – Ausstellung zum 120. Geburtstag S. 19

Forum: Personalien und Leserbrief – Die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 5

Gewitter über Deutschland: Zweitausend Blitze pro Minute schleuderte Thor S. 20

Nürnberg zahlt nun doch halbe Milliarde Kurzarbeitergeld

Für mittelbar Streikbetroffene / Hessische Metall-Arbeitgeber klagen

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt aufgrund der Entscheidung hessischer Sozialgerichte während des Metallarbeiterstreiks rund eine halbe Milliarde Mark an Kurzarbeitergeld, obwohl die Gründe für diese Gerichtsentscheidungen nicht mehr bestehen. Die hessischen Metallarbeitgeber haben deshalb beim Sozialgericht in Frankfurt Antrag auf eine einstweilige Anordnung gestellt, um jene Entscheidungen aufheben zu lassen und damit unnötige Zahlungen zu vermeiden. Die Bundesanstalt dagegen will das möglicherweise mehrere Jahre dauernde Hauptverfahren durch alle Instanzen bis zum Bundessozialgericht abwarten.

Während des Metallstreiks hatte der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, in einem Erlaß verfügt, daß an die mittelbar betroffenen Arbeitnehmer der Metallindustrie außerhalb der bestreikten Tarifgebiete kein Kurzarbeitergeld bezahlt werden dürfe. Er hatte sich dabei auf die im Arbeitsförderungs- und Kurzarbeitergeldgesetz enthaltene strikte Neutralitätsanordnung gestützt, die Kurzarbeitergeld und Arbeitslosigkeit während eines Streiks dann verbietet, wenn diese Gelder geeignet

sind, den Arbeitskampf zu beeinflussen. Die IG Metall klagte dagegen beim Sozialgericht Frankfurt und erwirkte eine später vom Landessozialgericht Hessen bestätigte Aussetzung des Franke-Erlasses. Begründet hatten beide Gerichte ihre Entscheidung mit dem Hinweis auf die Gefahr, daß durch den Franke-Erlaß die Metall-Gewerkschaft in ihren Arbeitskampfmöglichkeiten beeinträchtigt werden könnte.

Diese Gründe seien nun nach dem Ende des Streiks nicht mehr gegeben, argumentiert der Hauptgeschäftsführer des Hessischen Arbeitgeberverbandes, Hubert Stadler. „Die Voraus-

SETZE 2: Volle Kassen

setzungen, die zu diesen Entscheidungen geführt haben, daß nämlich die Arbeitskampfpriorität beeinträchtigt werden könnte, sind weggefallen“, sagte er gegenüber der WELT. Da sein Verband als Beigeladener an dem damaligen Verfahren zwischen IG Metall und Bundesanstalt für Arbeit teilgenommen habe, bemühe er sich jetzt darum, „den Zustand wiederherzustellen, der ohne diese Schnellverfahren eingetreten wäre.“

Mondales Entschluß verblüfft die USA

Die New Yorker Abgeordnete Geraldine Ferraro soll seine Vizepräsidentin werden

TH. KIELINGER, Washington

Walter „Fritz“ Mondale, präsidentenver Spitzkandidat der Demokratischen Partei für den kommenden Präsidentschaftswahlkampf, machte gestern politische Geschichte: Er befürwortete eine Frau, Geraldine A. Ferraro, Kongressabgeordnete aus New York, an seine Seite, als die Nummer zwei auf dem „ticket“ der Demokraten, damit also als Vizepräsidentenkandidatin seiner Wahl.

Diese Entscheidung war zwar am Morgen des Donnerstag noch nicht offiziell bestätigt, weil Mondale es sich vorbehält, erst um 12 Uhr Ortszeit in St. Paul, der Hauptstadt seines Heimatstaats Minnesota, die Kandidatur bekanntzugeben. Doch erhielten alle Medien vorab die gewünschten deutlichen Hinweise, so daß die beliebten Morgenprogramme der nationalen Fernsehnetze von der Geschichte bereits wie von einem Faktum ausgingen und ein nach Millionen zählendes Publikum mit allen Aspekten der Nachricht versorgen konnten.

An der Lancierung der Meldung lag dem Mondale-Lager sehr viel, weil

so die gesamte Nachrichtenlage, einschließlich dessen, was Präsident Reagan derzeit im Wahlkampf macht, vollkommen von der Sensation des Tages, der Wahl Frau Ferraros zum „running mate“ Mondales überschattet wurde. In der Rechnung von Parteimanagern gilt ein gewonnener Fernsehmoment bereits als Auftakt für die nächste erhoffte Gewinnrunde des Wahlkampfes.

Die Wahl Frau Ferraros bricht eine Schallmauer dessen, was politisch in den USA möglich ist: Zum ersten Mal erklimmt eine Vertreterin der Mehrheit der amerikanischen Wähler, eine Frau, das wichtige Podest des potentiellen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten. Nach einer solchen Entscheidung hatten vor allem die amerikanischen Frauenorganisationen gefeiert: Die Kampagne dieser Interessengruppen galt bereits als so stark, daß man allgemein annahm, sie nehme Mondale geradezu die Freiheit der Wahl: Er könne nun bestimmt keiner Frau den Platz Nummer zwei anbieten, weil das ganze Land behaupten werde, er habe der Frauen-Lobby nachgegeben.

Präsident Franke war durch die einstweiligen Anordnungen der hessischen Gerichte trotz Aussetzung seines Erlasses nicht zur Zahlung verpflichtet worden; diesem Antrag der IG Metall wurde nicht stattgegeben. Die Entscheidung, das Kurzarbeitergeld für die mittelbar Streikbetroffenen dennoch zu zahlen, war also politischer Natur. Insgesamt rechnet man mit Aufwendungen von 475 bis 500 Millionen Mark, erklärte ein Sprecher der Bundesanstalt in Nürnberg auf Anfrage. Zwar wird unter „Vorbehalt“ gezahlt, weil eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Franke-Erlasses im Hauptverfahren angestrebt wird; allerdings ist man sich auch in Nürnberg im Klaren, daß die jetzt gezahlten Gelder in vielerlei Hinsicht drei oder vier Jahren gegebenenfalls kaum noch von den Arbeitnehmern zurückgefordert werden können.

Für die Arbeitgeber gibt es noch zwei weitere Gründe, die Aufhebung der Entscheidungen zu fordern. Solange die Bundesanstalt nämlich Kurzarbeitergeld zahlt, solange müssen auch die Unternehmen den Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen abführen. Dies sind bei einer halben Milliarde Kurzar-

Fortsetzung Seite 2

DER KOMMENTAR

Ins Rennen

THOMAS KIELINGER

Der Sprecher des amerikanischen Abgeordnetenhauses pflegt scherzhaft zu behaupten, man verwechsle die Dame stets mit einem italienischen Sportwagen. Geraldine A. Ferraro, die aus Ravensburg für ihre Mutter den Mädchennamen behalten hat, könnte diesen Scherz noch einmal in tieferer politischer Bedeutung verwandeln – wenn sie als Running Mate, als die Nummer Zwei an der Seite Walter Mondales den Wahlkampf der Demokraten auf ein gewinnträchtiges Tempo bringt.

Mondale hat mit seinem Schritt ein politisches Spiel in Bewegung gebracht, für das es in den Vereinigten Staaten kein Beispiel gibt. Zum erstenmal in der Geschichte des Landes ist eine Frau an die Spitze des Kandidaten-„Tickets“ einer Partei vorgestoßen. Man muß das so sehen, wie es gesehen zu werden verdient: als Risiko, das die amerikanische Toleranz für Innovationen, für politische Durchbrüche scharf herausfordert.

Die Situation erinnert an das Jahr 1960, als das damals unmöglich erscheinende geschah: Ein Katholik, John F. Kennedy, trat als Spitzenkandidat seiner Demokratischen Partei vor die

Wähler. Geraldine Ferraro ist eine Frau und Katholikin zugleich. Man sieht, wie die Magie der Veränderung die nächste historische Etappe erreicht hat, die neue Probe, die einmal kommen mußte.

Ebenso viele Wähler, wie sich angezogen fühlen, können jetzt Zweifel bekommen. Denn die Nummer zwei ist im Falle des Sieges potentiell immer auch Nummer eins. Ein Fünftel aller Vizepräsidenten der USA wurde durch die Umstände des Schicksals Präsident. Also steht Frau Ferraro vor der einzigen Frage, die zählt: Könnte sie sich den Sowjets gegenüber behaupten – in der Führung des Westens, der Weltmacht USA, in Verhandlungen über ballistische Raketen und Weltraumwaffen?

Experimente sind schon immer das Lebenselixier der amerikanischen Nation gewesen. Das jetzt angesetzte Experiment wird das Land, wird die Welt mit großer Neugier verfolgen. Frauen bilden heute die Mehrheit aller Amerikaner, genau gesagt 53 Prozent. Sie haben den Weg an die Spitze in allen Bereichen des Lebens zurückgelegt – die Politik ausgenommen. Das Rennen ist eröffnet, Mrs. Ferraro.

Olympia: Steckt Moskau hinter Drohbriefen?

DW, Bonn

Eine „Desinformations-Kampagne“, die möglicherweise von der Sowjetunion ausgeht, vermutet der Sprecher des US-Außenministeriums, Allan Romberg, hinter den Drohbriefen rassistischen Inhalts, die in den vergangenen Tagen an die Nationalen Olympischen Komitees von Malaysia, Südkorea, Sri Lanka und Zimbabwe aus den USA adressiert worden sind. Die Briefe waren teilweise mit Symbolen des berüchtigten Ku Klux Klan unterzeichnet.

Ausdrucksweise und Grammatik des Briefes an das NOK von Zimbabwe, der der US-Regierung im Original vorliegt, ließen den Schluß zu, der Brief sei nicht von einem Amerikaner geschrieben worden. So habe der Verfasser bei der Unterschrift „Ku Klux Klan“ in völlig unüblicher Weise einen Bindestrich gesetzt. In Briefen paßten genau in das Bild, daß die UdSSR von den am 28. Juli beginnenden Olympischen Spielen in Los Angeles vertrieben würde; daß die Teilnehmer von US-Extremisten bedroht würden und ihre Sicherheit nicht gewährleistet sei.

In einer ungewöhnlich raschen Stellungnahme hat die amtliche Nachrichtenagentur Tass gestern die Äußerungen Rombergs scharf kritisiert. „Das offizielle Washington hat eine unverzeihliche anti-sowjetische Lüge als Staatspolitik verbreitet.“ Das US-Präsidium arbeite mit dem Ku Klux Klan zusammen, um seine anti-olympischen Tätigkeiten mit Verleumdungen und Lügen gegen die UdSSR zu verdecken, hieß es bei Tass.

MfS-Offizier spähte Bonns Vertretung aus

DW, Bonn / Berlin

Die „DDR“ hat in den vergangenen Wochen einen „agent provocateur“ in die Ständige Vertretung geschleust, um die Behandlung dieser „DDR“-Bewohner und das für sie in Gang gesetzte Verfahren auszuspähen. Es handelt sich um einen angeblich 1982 aus dem Dienst geschiedenen Hauptmann der Reserve, einen der drei von der Bundesregierung mehrfach erwähnten „Problemfälle“.

Westliche Dienste entdeckten den Namen des Hauptmanns auf einer Liste von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit. Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Mann jedoch bereits seit längerem im Gebäude der Vertretung und sprach dort auch mit anderen, tatsächlichen Flüchtlingen. Der Stasi-Agent untersteht der Hauptabteilung I, einer Außenstelle des Ministeriums in Berlin-Baumgartenweg. Ihm obliegt die „Sicherung“ der „Nationalen Volksarmee“ (NVA) und der Grenztruppen der „DDR“, und sie besteht aus den fünf Referaten „Land“, „See“, „Luft“, „Stäbe“ und „Grenzauflösung feindwärts“.

Der angebliche Reserve-Hauptmann gehörte als Mitarbeiter zur sogenannten „Linie I“, in der Stasi-Angehörige in allen NVA-Waffengattungen als „Offiziere im besonderen Einsatz“ tätig sind. Sie fungieren in der Regel als Stellvertreter des Kommandeurs ihrer Einheit und verfügen über ein eigenes Informationssystem. Dabei bedienen sich die Stasi-Offiziere sogenannter „IM“-inoffizieller Mitarbeiter unter Soldaten und Offizieren.

VW: Rückschlag durch Arbeitskampf

Umsatzeinbußen von 2,8 Milliarden Mark / Hahn zu Dividende 1984: Große Skepsis

dos Wolfburg

Der Vorstandsvorsitzende der Volkswagenwerk AG, Carl H. Hahn, hat nach dem Ende des Metall-Tarifkonflikts von einer Verpflichtung gesprochen, allen an diesem Unternehmen Beteiligten deutlich zu machen, „was für einen Rückschlag wir erlitten haben“. Für die in der Wolfsburg-Stadtalle versammelten 2700 Aktionäre war das Wasser auf die Diskussionen. Sie nämlich müßten sich davon ausgehen, daß die zwei Jahren andauernde Dividendenlosigkeit auch für 1984 gelten wird.

Die Umsatzeinbußen von rund 2,8 Milliarden DM, die der während des Streiks entstandenen Minderfertigung von 160 000 Fahrzeugen entsprechen, wirken sich mit rund 500 Millionen DM in der Ergebnisrechnung des VW-Konzerns aus. Dies veranlaßt Hahn zu der Aussage, er müsse für ein „ausschüttungsfähiges Jahresergebnis nach dem gegenwärtigen Stand große Skepsis anmelden“.

Hahn sprach sich trotz aller Probleme für das Unternehmen nachdrücklich für die Tarifautonomie aus. Die Gestaltungsmöglichkeiten sollten aber „von keiner Seite in Richtung einer Vertiefung von Streik- und Aussperrungsstrategien gesucht werden“.

Breiten Raum widmete Hahn der Abgas-Problematik. VW setze sich

SETZE 11: Auch 1984 keine Dividende

dafür ein, daß den Vorschlägen der Europäischen Kommission der Vorzug vor einem Alleingang der Bundesrepublik gegeben wird, weil die großen EG-Partner – Frankreich, Italien und Großbritannien – technisch nicht in der Lage seien, schon von 1986 an Katalysatorfahrzeuge anzubieten. Zudem mangle es auch in der Bundesrepublik an einem flächendeckenden Tankstellennetz für unverbale Benzine.

Hahn sprach sich gegen die Subventionierung von umweltfreundlichen Fahrzeugen oder finanzielle Anreize für den Einsatz von Katalysatoren aus.

Die europäische Industrie brauche in dieser zentralen Frage einen europäischen Standard. Die Kosten einer zweigleisigen Entwicklung für einen Europa-Standard, der für 1989 und 1995 vorgesehen ist, seien nicht losgelöst. Sie sollten auch deshalb nicht verursacht werden, weil die begrenzten Ressourcen ausgewogen und längerfristigen Zielsetzungen dienen müßten.

Diese Meinung der deutschen Automobilindustrie baue auf den Erfahrungen auf, in den USA und Japan – beides Länder, in denen eine von deutschen Ingenieuren und der deutschen Automobilindustrie entwickelte Katalysator-Technik seit 1973 eingeführt wurde.

Der Einkauf mit dem Mikro-Chip

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Was einige zehntausend Franzosen schon seit 1982 ausprobieren dürfen, kommt in absehbarer Zeit auch auf den deutschen Verbraucher zu: den Mikrochip, seine täglichen Einkäufe oder auch Telefonate mit einer Plättchenkarte (im gewöhnlichen Scheckkartenformat) zu bezahlen, in die ein kleiner Mikrochip als „Gedächtnis“ eingebettet ist.

Eine Rahmenvereinbarung über gemeinsame Labor- und später Feldversuche mit solchen Chipkarten wurde jetzt zwischen der Bundespost und der Gesellschaft für Zahlungssysteme (GZS) in Frankfurt abgeschlossen. Die GZS ist ein Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Kreditwirtschaft, das sich mit der Organisation des bargelosen Zahlungsverkehrs und in diesem Zusammenhang auch mit verschiedenen Zukunftsprojekten beschäftigt.

Die Gemeinschaftsversuche sollen nach den Vorstellungen der Partner im nächsten Jahr beginnen und 1986 auf eine breitere Basis gestellt werden. Sie dienen nicht nur dazu, herauszufinden, welche Fähigkeiten dem Chip überhaupt mitzugeben sind und wie die technischen Abläufe zu gestalten sind.

Letztlich dreht sich alles auch darum, zu einer internationalen Normierung zu kommen, damit das System auch über die Grenzen hinweg funktionieren kann – nur so wäre es gegenüber den Kreditkarten-Angeboten konkurrenzfähig. Um hier den Überblick zu behalten, haben sich die deutschen Kreditinstitute bereits an der französischen „International Association for Microcircuit Cards“ beteiligt, die die Versuche im Nachbarland begleitet.

Vorerst aber halten die deutschen Banken und Sparkassen noch an der

bewährten Eurocheck-Karte fest, die immerhin bei 17,5 Millionen Bürgern im Einsatz ist. Auch sie ist mit einem Speicher in Gestalt eines Magnetstreifens ausgestattet, und sie ist die Basis der GZS-Versuche bei Geschäften und Tankstellen, die derzeit schon in München und ab Anfang 1985 auch im Rhein-Main-Gebiet laufen.

Doch es steht außer Frage, daß auf längere Sicht die Chips-Konkurrenz die größeren Vorteile bietet. Sie ist im Gegensatz zum Magnetstreifen nicht so anfällig gegen äußere Einflüsse (Magnetfelder), und sie bietet eine um gleich höhere Kapazität. So lassen sich nicht nur Kontostand, persönliche Daten und Sicherheitscodes darauf festhalten, sondern zusätzlich auch ein „Telefonnummern-Konto“ oder Zugangspaten zu bestimmten Bereichen des Bildschirmtextsystems.

VERMIETETE EIGENTUMSWOHNUNGEN ALS KAPITALANLAGE



Topobjekte in besten Wohnlagen • Vorwiegend aus der Zeit des Klassizismus oder der Jugendstilperiode • Kein Baulandrisiko • Erforderliches Eigenkapital jeweils nur 10% des Gesamtaufwandes • Finanzierung des Eigenkapitals zum größten Teil aus ersparten Steuern • Garantierte Mieteinnahmen für 5 Jahre

BITTE AUSFÜHRLICHE INFORMATIONEN ANFORDERN



Tel. 040/389 51 13 Grundstücks-Gesellschaft mbH, Palmallee 75, 2 H 50







tag, 13. Juli 1984  
helbel  
er  
ster gewohnt  
elbel, Bonn  
athen Foto  
chael von  
er in das AA  
achael we  
tionen, "H  
t. Euer Nam  
erlaucht  
allensteins  
zene. Es ist  
en Wallen  
Feldherm  
und dem P  
Sache in E  
Pachbel. D  
1934 sein  
artier ange  
französis  
ux Wallen  
ier Vorfah  
Pückler-M  
Pückler-E  
Dieser rit  
e Brust von  
ein. Als Pa  
rat in Kain  
e, "Kallig  
Musikfreu  
Pachbel 19  
ehrmäster  
ch war und  
vorabes  
gehört.

# WIE WAR DAS? Als die Fluglotsen monatelang „bummelten“

Von GÜNTHER BADING

Die Schlagzeilen im Sommer 1973 klangen von Gefahr: „Tausende von Unfällen“, „Rettungsflüge verzögert“, und das alles nicht im für seine Statistik bekannten, sondern auf wohlgeordneten, blitzsauberen deutschen Flughäfen. Vom 31. Mai bis zum 23. November 1973 hielten rund 1200 der etwa 2000 im Verband Deutscher Fluglotsen (VDF) zusammengeschlossenen Fluglotsen die fliegende Bevölkerung in Schach. Insgesamt 56 000 Starts und Landungen fielen aus. Rund 80 000 Flüge konnten nur mit oft stundenlangem Verspätung abgefertigt werden.

Nun schließt die Gewerkschaft ÖTV in ihrem Arbeitskampf bei der Lufthansa einen Streik nicht mehr aus, und wie vor elf Jahren könnte die Öffentlichkeit wieder ausgerechnet zur Urlaubszeit betroffen sein.

In Bonn ging danach der eher sarkastische Scherz um, es handle sich um eine konzentrierte Aktion von Bundesbahn und Fliegern, um die Millionen von Flug-Touristen auf die Schienen zu bringen und so das Bundesbahn-Defizit zu verringern. Der Hintergrund des „Bummelstreiks“ war allerdings ernster Natur.

Die deutschen, quasi-bezweifelten Fluglotsen wollten eine bessere Bezahlung, früheres Pensionsalter wegen der besonderen Streß-Situation eines Fluglotsen und Verbesserung im Kontrollsystem des Luftraumes über der Bundesrepublik Deutschland. Die Geld-Forderungen waren verursacht durch die damalige Zweigleisigkeit des Berufsstandes. Wer nicht am Flughafen Frankfurt, sondern in Karlsruhe bei der „Eurocontrol“ den absolut gleichen Dienst wie der Staatsdienst versah, allerdings als Angestellter des europäischen Gemeinschaftsunternehmens, der verdienten einen „Tausendmarktschein“ mehr im Monat. Nach dem Bummelstreik wurden teilweise Sonderzulagen gewährt und das Pensionsalter herabgesetzt.

Bei den Lotsen, die im täglichen Dienst Englisch als internationale Verkehrs-Sprache benutzten, wurde das vertriebene Krankmelden als „sick out“ bezeichnet. Offiziell sprach ihr Verband stets davon, daß die Mitglieder nicht bereit seien, weiterhin einen erhöhten Arbeitsinsatz zu leisten. Die Situation wurde im Herbst 1973 erst bereinigt, als der damalige Bundeskanzler Willy Brandt ein persönliches Versprechen gab, daß eine „faire, schnelle und großzügige Lösung“ für die Probleme der Lotsen gesucht werde. Spätere jenes Bummel-Sommers waren Schäden, bei allen Beteiligten. Die Lufthansa allein, so berichtete 1974 ihr Vorstandssprecher Culmann, habe ein Minus von über 170 Millionen Mark verzeichnen müssen. Die Schadensersatzansprüche der Reiseveranstalter an den Bund als Dienstleister der Lotsen machten eine Viertel-Milliarde aus.

# Es blieb nichts als ein Rätsel um ein Wort

Es ist ein Stück verdrängter, beinahe vergessener Geschichte Amerikas: die Geschichte der „Lost Colony“, der britischen Besiedlung, die genau vor 400 Jahren begann.

Von TH. KIELINGER

Der Tag war glühend blau vor Hitze. Gegen Westen lag ein grünes Band zwischen Himmel und Wasser. Nach Osten dagegen nur Wasser, so weit das Auge reichte. Von der Spitze einer riesigen Dünenlandschaft konnten die gerade an Land gewateten Seeleute erkennen, wo sie angelandet waren: Ein Barrierestreifen von Inseln, der sich zwischen das Meer, den Atlantik, und den das Festland auf Distanz haltenden Sandbänke erstreckte.

Der grüne Waldsaum war noch nicht das Festland, sondern das östliche Ufer einer Insel, Roanoke Island, bewohnt von freundlichen Indianern aus der Nation der Algonquier. Hier sollte die britische Besiedlung Amerikas ihren Anfang finden – und ihr frühes tragisches Ende.

Am 13. Juli 1584, heute vor 400 Jahren, betrat die Expedition unter Leitung der beiden Kapitäne Arthur Barlowe und Philip Amadas die Inselwelt North Carolinas, die wir heute die „Outer Banks“ nennen. Es war eine von Walter Raleigh, dem Günstling Elizabeth I., angeregte Mission, gedacht als Versuch, die Spanier in der Neuen Welt nachzumachen und eine Kolonie zu gründen, die der angeschlagenen britischen Wirtschaft helfen und die lange geplante Herausforderung Spaniens beginnen lassen könnte.

Die Nachwelt hat diese dramatische Zeit der „Roanoke Voyages“, diese sechs Jahre zwischen 1584 und 1590 (als der Kolonisationsversuch abgebrochen werden mußte), verdrängt, wenn nicht gar vergessen. Die englische Besiedlung der Neuen Welt läßt man allgemein mit den Pilgrims und ihrer Landung am „Plymouth Rock“ 1620 beginnen. Wer es ganz genau wissen will, gedenkt noch der virginischen Gründung in Jamestown, 1607, wo Kapitän John Smith mit Härte und Disziplin eine erste dauerhafte Kolonie errichten konnte.

Jedoch – die Daten sind unvollständig. Schon die Elizabethaner pflanzten nach der ersten Expedition 1584 und einer zweiten in den Jahren 1585-86 endgültig 1587 ihre erste, als permanent gedachte Kolonie in dem damaligen Virginia an – dem heutigen North Carolina. Insgesamt waren es 115 Männer, Frauen und Kinder, die unter prekären Bedingungen und ohne ausreichende Vorbereitung auf Roanoke Island ihr Kolonistenleben begannen.

Es sollte für sie das Eingangstor ins Nichts, in die Verlorenheit, in das geschichtliche Dunkel werden. Denn als 1590 ein später Entsatz aus England eintraf, war von der Siedlung nichts mehr übrig als zerstörte Hütten, verrostetes Werkzeug, gepöhlter Kisten und ein Wort, in das Palisaden der Forts geritzt: CROATOAN. Hinweis auf den Ort, wohin die Kolonie gewandert war, in Verweiflung über den nicht eintreffenden Nachschub aus dem Mutterland?



Das Indianerleben, wie es auf Roanoke vorlag, hielt John White in Zeichnungen wie dieser (links) fest. Sir Walter Raleigh, Günstling Elizabeth I., organisierte die gescheiterten „Roanoke Voyages“

Die ersten beiden Zeugen, Amadas und Barlowe, hatten Walter – bald: Sir Walter – Raleigh im Nacken, der aus ihnen die reinste Eldorado-Propaganda über das gefundene Reich herauszuholen wollte. Und entsprechend überschlugen sich die Berichte aus Virginia, die sie nach England zurückbrachten, eine Sensation am Hofe der jungfräulichen Elizabeth.

Raleigh, der das Patent für die Besiedlung Virginias von seinem 1583 auf See umgekommenen Halbbruder Sir Humphrey Gilbert geerbt hatte, zögerte nicht lange. Schon am 19. April 1585 machte sich eine kleine Armada von sieben Schiffen mit 600 Mann Besatzung – darunter 108 Kolonisten, alles Männer – auf den Weg nach Roanoke, unter Leitung von Richard Grenville, mit Simon Ferdinando als ortskundigen Lotsen. Das Glück wollte es, daß John White und Thomas Harriot mit von der Partie waren, Zeichner und Landvermesser der erste, berühmter Mathematiker und Astronom der zweite. Walter Raleigh war bei ihm in die Schule gegangen.

White und Harriot erstellten auf Roanoke und den umliegenden Gegenden (bis hin zum Süden der Chesapeake Bay im heutigen Virginia) die bis heute aufschlußreichsten Beschreibungen der Ureinwohner Amerikas im späten 16. Jahrhundert. Harriots Bericht hat zwar immer noch etwas vom optimistischen Unterton des Raleigh-Freundes, der ein Paradies vorfinden wollte; aber die Beobachtungen zu Leben und Brauch unter den Indianern, über Fauna und Flora, sind dennoch ein Meisterwerk realistischer Erfassung.

White zeichnete und malte Aquarelle von einer für das Jahrhundert der Entdeckungen unübertroffenen, liebevollen Genauigkeit. 1588 publizierte Harriot seinen „Brief and True Report of the New Found Land of Virginia“, 1590 erblickten auch Whites Zeichnungen (in Auswahl) das Licht der Welt, als der Flame Theodor de Bry in Frankfurt seinen ersten Teil von „America“ herausbrachte, ein Folio-Werk in Englisch, Französisch, Deutsch und Lateinisch, mit Stichen nach Whites Zeichnungen.

Das Pech dieser zweiten Kolonie vom Juli 1585 bis Juni 1586 hieß Ralph Lane – er war der Gouverneur dieser im allgemeinen recht rohen Truppe aus Soldaten und einflusslosen, verwöhnten Mittelständlern. Lane und seine Männer wußten weder mit den Indianern umzugehen noch wollten oder konnten sie die Kunst erlernen, in der Wildnis auf sich selbst gestellt zu leben. Versorgungskrisen brachen aus, Lane ging mit brutaler Hand gegen die feindseliger werdenden Indianer vor, die sich nicht mehr als bloße Nahrungs-Lieferanten für die Eindringlinge hergeben wollten, zumal im Winter die Ernährung auch für die Indianer schon schwer genug war.

Demoralisiert, durch Krankheit und Überfälle dezimiert, gab man im Juni 1586 auf. Sir Francis Drake, von einer Plünderungsfahrt durch das spanisch beherrschte Westindien und Florida kommend, nahm die gescheiterten Kolonisten mit nach Hause.

# Wo Lehrer und Schüler Prominente sind

Manches war in letzter Zeit über eine drohende Entfremdung zwischen Deutschen und Amerikanern zu hören. Dem vorzubeugen ist Ziel der Veranstaltung „Germany today“ mit einem Informations-Programm für Politiker und Hochschullehrer aus USA.

Von EBERHARD NITSCHKE

Wenn der Mann so gut ist, wie hier alle sagen – warum sitzt er denn dann nicht auch in eurer Regierung? Ein Amerikaner erkundigt sich nach Franz Josef Strauß – nicht irgendwo, sondern in dem wahrscheinlich bisher aufwendigsten deutsch-amerikanischen Programm zur Vermittlung eines Deutschlandbildes, seit 1979 die Bemühungen von Bonn und Washington um besseres gegenseitiges Kennenlernen eingeleitet wurden.

Zehn US-Politiker und zwanzig Persönlichkeiten aus dem amerikanischen Hochschulbereich sind für drei Wochen nach Bonn eingeladen worden. Die Kosten trägt das Auswärtige Amt, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) traf die Auswahl, der Leiter des Auslandsamtes der Universität Bonn, Wigbert Holle, stellte das Programm zusammen. Ort der Veranstaltung: das Gästehaus der Universität in Bad Honnef.

Die Liste der Lektoren, die aufgeschlossen, aber mit deutschen Belangen bisher wenig befaßten Managern von Politik und Wissenschaft das Bild von „Germany today“ nahebringen, liest sich wie ein paar Seiten aus dem „Who's Who“.

Wenn die 30 Gäste am 14. Juli wieder nach USA zurückkehren, haben sie auch fünf Tage lang Berlin gesehen, vor allem aber ein Vortragsspektakel hinter sich gebracht, das an einen Intensivkurs erinnert. Dennoch: stehende Ovation für den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, am vorletzten Tag der Veranstaltung nach Vortrag und Diskussion zum Thema „Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Frage“, anschließend Dinner, anschließend bis in die Nacht hinein „Der Einfluß der Kirchen auf die Politik in Deutschland“, mit Diskussion.

Daß zahlreiche US-Behörden wichtige Leute aus ihren Chef-Büros für eine so lange Zeit freistellen, zum Beispiel Philip Rockefeller, Assistant for Education, Governor State of Washington, Marcus S. Gaspard, State Senator, State of Washington, oder den Chief Policy Analyst, Division of the Budget, von Kansas – das hat zweifellos die Liste der Gesprächspartner in Deutschland bewirkt. Zum Beispiel sprach Otto von Habsburg, Mitglied des Europäischen Parlaments, über „Sicherheitspolitik in Europa“. Zwar wurden alle Reden innerhalb dieser Drei-Wochen-Veranstaltung auf Englisch gehalten, hier aber sprach ein Mann, der kurz seine US-Emigrationszeit erwähnte und dann auf Amerikanisch mit Witz und Phantasie die deutschen Probleme schilderte. Sein Fazit: Europa wächst langsam zu dem, was es werden soll.

Der ehemalige deutsche Botschafter in Washington und jetzige Koordinator für die deutsch-amerikanischen Austauschbeziehungen, Staatssekretär a. D. Berndt von Staden, brachte aus der Erfahrung seiner Jahre in den Staaten die Überzeugung ein: „Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist nicht getrübt, schon deswegen nicht, weil es ja nicht nur auf der Gemeinsamkeit etwa von Waffensystemen beruht.“

Über die politische Situation der Bundesrepublik Deutschland wurde eine dreistündige Round-table-Diskussion geführt, dabei Professor Werner Kaltefleiter (Universität Kiel) und Enno von Loewenstern (Die WELT). Frage der Gäste: „Was wir nicht verstehen: hier kann sich jeder in der Politik seiner Gefolgschaft so sicher sein. „Fraktions-Disziplin“ nennt ihr das. Was macht denn da eigentlich noch das Parlament? Der US-Präsident muß sich für jede Aktion seine Mehrheit suchen.“ Erstaunt zeigten sich die Amerikaner im persönlichen Gespräch über die tatsächliche Größe des deutschen Protestpotentials – da hatten die Medien zu Hause durch die Auswahl ihrer Nachrichten und die Aufmachung von Berichten über Demonstrationen doch wohl ein wenig übertrieben.

Überhaupt die Massenmedien: warum habt ihr eigentlich solche Angst beim privaten Fernsehen, wollten die Amerikaner wissen, finanziert das doch mit Werbung! Und: Was heißt „öffentlich-rechtliche Anstalt“. Wir haben gehört, daß da sowieso die Parteien in den Rundfunkanstalten bestimmen. Warum haben die eigentlich Angst vor der Konkurrenz? Verwirrend für die Gäste war, von Politikern zu hören, daß es eigentlich bei allen Wahlen in der Bundesrepublik um das eine Drittel von Stimmen geht, das nicht fest an eine Partei gebunden ist.

NDERE  
er geschicht  
dermelt. Nume  
wieder auf  
n sich die  
flügen, und  
mer einget  
sargbeis

bische Zeit

kirch heraus  
Beitrag des  
Craus in der  
inter der  
erwas lang  
trauf hant  
das Angew  
nach noch  
kaiser Staat  
eben unter  
taller Offizi  
er noch ke  
Deen der Sch  
gehalten: We  
s verfügt, k  
nicht untersch  
Bruder in Me  
Mutterm  
ise über die  
den SED-Pr  
Und über die  
durch die  
Besucher auf  
gemeine W  
dann noch  
Regierung  
ng der Bezo  
beiden de  
geachtet: We  
Frieden  
nach offene

# Manche Sorge über den Katalysator erwies sich in Japan als Unkenruf

Wortüber hierzulande noch heiß diskutiert wird, in Japan hat man längst die Antworten aus praktischer Erfahrung: Wie verkaufen Auto-Industrie und Autofahrer den Aufwand für Katalysatoren zur Verringerung der Abgase?

Von EDWIN KARMOL

Die Schonfrist ist vorbei. Seit 1. Juli 1984 müssen alle Kraftfahrzeuge in Japan mit einem Katalysator oder einem gleichwertigen System ausgerüstet sein, um die Normen der Emissionskontrolle zu erfüllen, die möglicherweise zu den schärfsten der Welt gehört.

Auf Japans Straßen werden Stichproben gemacht, und jeder Kraftfahrer, dessen Fahrzeug mehr Schadstoffe als zugelassen ausscheidet, wird aufgefordert, dies zu beheben oder nicht mehr zu fahren. Nach einer gewissen Zeit ist der beanstandete Wagen der zuständigen Behörde zur Überprüfung vorzuführen.

Es sieht jedoch so aus, als ob nachträglich nur noch in sehr wenige Wagen ein Anti-Luftverschmutzungssystem eingebaut werden müsse. Weil die Japaner dazu neigen, sich sehr häufig neue Modelle zu kaufen, sind ältere Wagen praktisch außer Verkehr. Zudem haben im Lauf der letzten zehn Jahre die japanischen Autos den Standard erreicht, daß sie das Montageband mit einem Katalysatorsystem verlassen.

Mit dem raschen Anstieg der Zahl der Kraftfahrzeuge nahm die Luftverschmutzung so sehr zu, daß sie gefährliche Ausmaße erreichte. Um diese Gefahr zu bekämpfen, wurden 1966 in Japan Emissions-Vorschriften

für Autos wegen Kohlenmonoxids verabschiedet. Diese Vorschriften, welche auch Kohlenwasserstoffe, Kohlendioxid und Stickstoffdioxid einschlossen, wurden in den darauffolgenden Jahren weiter verschärft. Das Problem der Auspuffabgase wurde zusätzlich durch die Fülle von Smog verschärft, der seit 1970 auftaucht.

Von diesem hauptsächlich im Sommer auftretenden weißen Smog vermutet man, daß er durch die Emission von Autoabgasen – die Stickstoffdioxid enthalten, das sich in der Atmosphäre rasch in Stickstoffdioxid verwandelt – in städtischen Ballungsräumen entsteht. Derartige Smog beeinträchtigt das Atmungssystem, verursacht Augenbrennen, rauen Hals, Kopfschmerz, Übelkeit und manchmal Gefühlslosigkeit in Armen und Beinen.

Zur gleichen Zeit wurde Japan auf die Revision des amerikanischen „Gesetzes für saubere Luft“ aufmerksam, das später als „Smoke-Act“ bekannt wurde. Dies veranlaßte die neu geschaffene Umwelt-Behörde, für Personenkraftwagen Emissions-Vorschriften ähnlich denen des „Smoke-Act“ zu übernehmen. Sie schrieb den Autoherstellern Fristen vor, innerhalb derer die Normen erreicht werden mußten. Die Autohersteller erhoben Protest und behaupteten, es sei technisch nicht machbar, die Normen 1976 zu erreichen. Ihre Anwendung wurde deshalb auf 1978 verschoben.

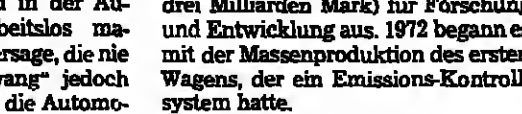
Zuerst bekämpften die Autohersteller die Vorschriften und rechtfertigten sich mit einer amerikanischen Analyse, welche zu dem Schluß kam, das „Smoke-Act“ würde eine negative wirtschaftliche Wirkung haben.“

Die Entwicklung von Geräten zur Bekämpfung der Verschmutzung würden, so hieß es dort, zu einer Steigerung der Produktionskosten führen, was wiederum einen Rückgang der Verkäufe zur Folge haben und Arbeitslosigkeit verursachen würde. Eine japanische Untersuchung deutete ebenfalls an, daß das Emissionskontrollgesetz 94 000 Arbeiter in der Automobilindustrie und in der Auto-Zulieferindustrie arbeitslos machen würde – eine Vorhersage, die nie eintraf. Schließlich „zwang“ jedoch die öffentliche Meinung die Auto-

hersteller, Abhilfe für das Problem zu schaffen.

Einige Hersteller jedoch waren bereit mit der Entwicklung der für die Erfüllung der neuen Emissionsvorschriften notwendigen Technologie beschäftigt. Mazda errichtete schon 1965 ein Emissionskontrollzentrum und gab während des nächsten Jahrzehnts 246 Milliarden Yen (ungefähr drei Milliarden Mark) für Forschung und Entwicklung aus. 1972 begann es mit der Massenproduktion des ersten Wagens, der ein Emissionskontrollsystem hatte.

Die Hersteller experimentierten mit verschiedenen Systemen und kamen zu dem Schluß, die beste Lösung und der einfachste Weg, um mit den Emissionsvorschriften fertig zu werden, sei das Katalysator-System. Die japanischen Autohersteller waren sogar in der Lage, mit den technischen Problemen fertig zu werden, dabei eine Senkung der Kraft des Treibstoffes zu vermeiden und doch den notwendigen Vorschriften zur Kontrolle der Luftverschmutzung zu entsprechen. Sie stimmten sogar dar-



DIE WELT

in überein, daß die Qualität der Wagen gestiegen sei.

Zu Anfang kostete die Ausrüstung der Autos mit einem System zur Kontrolle der Abgase im Fall von Mazda 90 999 Yen (1100 Mark), in der Massenproduktion wurde dies auf den Gegenwert von 600 Mark herabgedrückt. Jetzt ist es noch weniger. Die Kosten des Einbaus eines Katalysatorsystems in alte Wagen hängen von der Größe des Fahrzeugs und der Güte des Systems ab; die Kosten belaufen sich auf etwa 120 Mark.

Eine Gesamtsumme dessen, was für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der Katalysatoren ausgegeben wurde, ist unbekannt, weil jeder Hersteller dies individuell machte. Nissan beispielsweise gab im Zeitraum von 1967 bis 1976 insgesamt den Gegenwert von 1,1 Milliarden Mark für sein System aus.

Die Nachteile der Katalysatoren wurden stufenweise überwunden und ihre Funktion verbessert. Diese Anpassung erwies sich als eher senkrecht für die japanischen Autohersteller, welche ihre Produkte in die Vereinigten Staaten exportieren, wo ebenfalls strenge Emissions-Vorschriften gelten.

Die japanischen Autoexporte in europäische Länder sind nicht mit Katalysatoren ausgerüstet, weil dieses System die Verwendung von bleifreiem Benzin bedingt, das auf dem alten Kontinent ja noch nicht zur Verfügung steht.

Durch die Ausrüstung der Autos mit Katalysatoren ist die Luftverschmutzung in Japan beträchtlich zurückgegangen. Ein Beamter der Umwelt-Behörde meinte jedoch auf Anfrage, hier könne noch etliches verbessert werden, wenn der Verkehr auf den Straßen besser fließe.

suchten Treibstoff schließlich in Gelsenkirchen. Die derzeitigen Mehrkosten betragen zehn bis elf Pfennig, die aber nach Einführung der Katalysatoren-Pflicht durch eine Steuersenkung wieder ausgeglichen werden sollen. Nach US-Erfahrungen bringen bleifreies Benzin und Katalysatoren sogar einen Betriebspar-Effekt von 6 bis 8 Pfennig je Liter.

Nachdem jetzt ein BMW-Sprecher erklärt hat, die Katalysator-Anlage müsse schon nach 50 000 Kilometern ausgewechselt werden, kommt Schweiß: „Dann dürften die wohl kaum noch ein Auto in die USA liefern.“ Denn die amerikanischen Vorschriften verlangen den Nachweis, daß die abgasarmen Betriebswerte über 50 000 Meilen (rund 80 000 Kilometer) eingehalten werden.

# München enttarnt „Gespenster“

Von PETER SCHMALZ

Gespensterrechnung“ sagt München Umweltreferent Rüdiger Schweiki zu den angeblichen Mehrkosten beim Betrieb eines abgasarmen Katalysator-Autos von 1400 bis 3000 Mark, wie sie der Geschäftsführer des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Achim Diekmann, verkündet. Als unhaltbar bezeichnet CSU-Mitglied Schweiki auch die Behauptung, der Abgaskatalysator würde zehn Prozent mehr Benzin schlucken: „Das ist durch unsere Erfahrung mit dem ersten deutschen Pilotprojekt eindeutig widerlegt.“

Am 5. Mai vergangenen Jahres eröffnete die Stadt München Europas erste bleifreie Tankstelle und testet seither städtische Personenkraftwagen, die entweder als Altfahrzeuge mit bleifreiem Benzin ohne Katalysator fahren oder als Neuausschaffungen bereits mit der für die USA vor-

geschriebenen Zusatzeinrichtung ausgerüstet sind. Unter den nurmehr 70 Wagen sind so unterschiedliche Typen wie VW Golf und Mercedes 230 E.

„Wir konnten bisher bei keinem Fahrzeug einen höheren Verbrauch als bei vergleichbaren Wagen mit dem bisher üblichen Benzin feststellen“, faßt der Umweltreferent die Erfahrungen zusammen.

Teurer ist zur Zeit nur das bleifreie Benzin, das die Münchner erst nach detektivischer Kleinarbeit für ihren Versuch erhalten konnten. Die Mineralölindustrie hatte die Existenz solchen Benzins in der Bundesrepublik gegenüber dem Münchner Referenten geleugnet, bis dieser einen Tip bekam, die deutschen Automobilhersteller würden bleifreies Kraftstoff zumindest für den Test ihrer Exportwagen nach Übersee benötigen. Schweiki fand den ge-



## 60,8 Prozent für Kompromiß bei Druck

Bei der Urabstimmung in der Druck-Industrie über den in der vergangenen Woche erzielten Tarifabschluß haben sich nach Mitteilung der Industriegewerkschaft Druck und Papier 60,8 Prozent der an der Abstimmung Beteiligten für die Annahme der mit dem Bundesverband Druck geschlossenen Vereinbarung ausgesprochen. Wie ein Gewerkschaftssprecher in Stuttgart mitteilte, beteiligten sich mit 42 011 Gewerkschaftsmitgliedern 80,2 Prozent der zur Abstimmung aufgerufenen organisierten Arbeiter und Angestellten. 24 548 und damit 60,8 Prozent hätten mit Ja gestimmt. Bei den Arbeitern votierten 59,4 Prozent für die Annahme, bei den Angestellten waren es 67 Prozent. 16 135 Gewerkschaftsmitglieder stimmten gegen die Vereinbarung, die im wesentlichen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden zum 1. April 1985 und Lohnerhöhungen um 3,3 Prozent zum 1. Juli 1984 sowie um zwei Prozent zum 1. April 1985 vorsieht.

Die IG Druck äußerte sich zufrieden mit dem Ergebnis der Urabstimmung. Wegen der geringen Arbeitszeitverkürzung um eineinhalb Stunden habe die Gewerkschaft keine höhere Zustimmung erwartet und habe daher ein „gewisses Verständnis“ für die Nein-Stimmen.

## Umweltschutz zusammen mit Prag

Co. Bonn Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat seinen tschechoslowakischen Amtskollegen Bobuslav Chloupek auf die Notwendigkeit hingewiesen, Umweltbelastungen, die zu schweren Waldschäden im Grenzgebiet zwischen der Bundesrepublik, der CSSR und der DDR geführt haben, gemeinsam zu bekämpfen. „Die Bürger beiderseits und jenseits der Grenze erwarten, daß wir die Gesundheit unserer Kinder sichern und unsere Wälder erhalten“.

Einen Tag vor dem Besuch aus Prag hatte der Bundesaußenminister noch mit dem Regierungspräsidenten von Oberfranken, Winkler, und dem Oberbürgermeister von Hof, Heun, die Auswirkungen des Waldsterbens in dieser Region erörtert. Gegenüber Chloupek sagte Genscher, der Zusammenarbeit beim Umweltschutz komme für die Entwicklung der Beziehung zwischen Bonn und Prag entscheidende Bedeutung zu.

## Prozeß gegen „Montagskreis“

In Erfurt hat gestern die Hauptverhandlung gegen vier aktive Mitglieder des „Montagskreises“ in Weimar begonnen. Die am 25. Januar dieses Jahres verhafteten Volker Otto, Wolfgang Hasch, Alexander Kobylinski und Jan-Georg Fischer gehören zu der Gesprächs- und Aktionsgruppe der evangelischen Jakobsgemeinde in Weimar trafen und sich mit Fragen von Rüstung und Ökologie beschäftigten. Die vier Angeklagten müssen mit hohen Haftstrafen rechnen, nachdem die ebenfalls zum „Montagskreis“ gehörende und im Februar verhaftete Steffi Elbsch bereits am 17. April wegen „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ zu einem Jahr und neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden war.

## Genscher warnt vor „Ausgabenstaat“

Vor einem „neuen Marsch in den Ausgabenstaat“ hat der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister Genscher gewarnt. Wie er gestern in Bonn erklärte, dürfe die bessere Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit nicht dazu führen, neue gesetzliche Leistungen zu beschließen. Genscher warnte vor einem „Ausgabenstaat“, der die Sozialdemokraten fordern. Dringend notwendig sei dagegen eine Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung.

Zur Begründung führte Genscher an, daß die Lohnnebenkosten die Mittel- und Kleinbetriebe nach wie vor schwer belasteten. Diese Kosten abzubauen könne mehr dazu beitragen, die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, als höhere Ausgaben.

## Südafrika: Viel Geld für Namibia

Namibia wird im Finanzjahr 1984 und 1985 insgesamt 1,1 Milliarden Rand (2,3 Milliarden Mark) als finanzielle Unterstützung von Südafrika erhalten. Diese Zahlen nannte der südafrikanische Ministerpräsident Pieter Botha im Parlament in Kapstadt. In dieser Summe sind militärische Ausgaben in Höhe von 450 Millionen Rand (900 Millionen Mark) sowie 30 Millionen Rand (60 Millionen Mark) für die Polizei enthalten.

# Gerechteres Insolvenzrecht soll den Betrieben helfen

Die Gesetzesvorhaben der Bonner Koalition aus Sicht der Freien Demokraten

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Ziele, die sich die Bonner Koalition für diese Legislaturperiode noch in der Rechtspolitik gestellt hat, sind nach Ansicht des FDP-Abgeordneten und Rechtsanwalts Detlef Kleinert mit den Worten „Nachbesserung oder Veränderung“ zu umschreiben. Die Politiker müßten verhindern, daß im öffentlichen Dienst ein „immer größerer Teil von unproduktiven Leuten auf überflüssige Vorschriften achtet“. Und nach den „Kraftanstrengungen“ in der sozialliberalen Koalition müsse man nun „konsolidieren, damit die Bürger nicht verzweifeln“.

Zu den konkret anstehenden Gesetzesvorhaben zählt Kleinert ein neues Insolvenzrecht, das „aufbauend und nicht resignierend“ wie das derzeitige, „total verwilderte und ungerechte Insolvenzrecht“ sein solle. „Viel mehr normale Gläubiger sollten in den vorderen Rängen berücksichtigt werden, zum Beispiel die Handwerksbetriebe und kleinen Zulieferer. Der Sozialplan werde „im Mittelfeld“ angesiedelt und das Finanzamt „ganz hinten, wenn überhaupt“.

Im Bereich des § 218 sei zwar „etwas im Busch“, sagt Kleinert, macht aber ebenso wie Justizminister Engelhard klar, daß die FDP gegen eine Änderung ist. In diesen Tagen wird

eine Koalitions-Kommission unter dem Vorsitz von Paul Mikat und Detlef Kleinert zusammentreten, die den bestehenden § 218 noch einmal mit den Koalitionsvereinbarungen vergleichen wird. Aber die Pro-Forma-Prüfung wird ausgehen wie das Hornberger Schießen.

Auch zu den immer wieder nachdrücklich erhobenen Forderungen aus Unions-Reihen, das Demonstrationsstrafrecht zu ändern, bleibt die FDP auf Distanz. Sie will alle Praktiken, „die man nur anhören kann“, zu einem Bundestags-Hearing einladen. Und dann wird man nach Kleinerts Ansicht „am Ende sagen, laßt uns das mit der Änderung noch einmal überdenken“. Aus Rücksicht auf die dünne Haut des Koalitionspartners trumpft die FDP zwar nicht auf, aber Kleinert läßt seine Distanz mit dem Hinweis erkennen, daß er und Engelhard schließlich „die Koalitionsvereinbarung nicht gemacht“ hätten. Er bekräftigt seine Zweifel, daß „wir unser Ziel, Demonstrationen friedlicher zu machen, dadurch erreichen, daß man einzelne rauspükt und andere zu Mittätern macht“.

Die Koalitionskompromisse über die Novellierung des Ehescheidungsrechts und über das Gesetz gegen die Leugnung von NS-Gewalttaten („Auschwitz-Lüge“) hält Kleinert

für gelungen. Gerade beim Ehescheidungsfolgenrecht, dessen ursprüngliche Fassung zwar von der sozialliberalen Koalition, aber unter maßgeblicher Beteiligung der Union zustande gekommen sei, habe man deutliche Verbesserungen erreicht, das Gesetz sei „elastischer“ geworden, ein „großes Stück näher an der Gerechtigkeit dran“, ohne wieder den „Weg ins Moralische“ aufzuschließen.

Unüberhörbar ist die Kritik am nicht produzierenden öffentlichen Dienst. Ihm, Kleinert, hätten Spitzenbeamte aus dem Bundesjustizministerium beispielsweise zugegeben, daß man dort „mit einem Viertel der Mitarbeiter auskommen könne, wenn es gute Leute wären“. So werde immer wieder nach dem „Peter-Prinzip“ versucht, neue Planstellen zu schaffen. Erst kürzlich sei in letzter Minute im Parlament eine Angleichung an die europäische Mineralwasser-Richtlinie gestoppt worden, die bereits alle Ausschüsse passiert hatte und bei Inkrafttreten „beinahe das gesamte Lebensmittelrecht umgedreht hätte mit der Folge von 20 000 bis 30 000 neuen Planstellen“. Und der Gesetzgeber muß nach Kleinerts Ansicht darauf achten, daß nicht „Richter und Staatsanwälte zu sehr über ihr Gehäus hinauswachsen“.

## RAF zielt auf NATO-Versorgungsnetz

Behörden fanden verschlüsseltes Kommunikationssystem der Terroristenorganisation

WERNER KAHL, Bonn

Den Sicherheitsbehörden sind bei der Verfolgung der terroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) außer Plänen zur Ausspähung des NATO-Plänenetzes auch Unterlagen über ein neues verschlüsseltes Kommunikationssystem der RAF in die Hände gefallen. Mittels eines Zahlenspiels aus dem Bankwesen konnte jederzeit eine telefonische Verbindung zwischen RAF-Untergrundkommandos und Unterstützern, vor allem Anwaltsbüros, hergestellt werden.

Die vorläufige Auswertung der bei der Verhaftung von sechs RAF-Mitgliedern in Frankfurt gefundenen Materialien bestätigten die Hinweise auf eine geplante Offensive gegen die „Infrastruktur der Militärmaschine“. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann wies darauf hin, daß die RAF bei der Vorbereitung von Schlägen gegen das NATO-Versorgungsnetz offensichtlich militärische Anlagen betreten hat und vermutlich auch in Schächte der Rohrleitungen einstieg. Es handelte sich vor allem um Rohr-

leitungen im süddeutschen Raum und in der Eifel. Die Pläne enthielten Details über Pumpstationen und Abzweigungen. Das geht aus Zeichnungen hervor, die sich ebenfalls in der Wohnung Bergerstraße 344 in Frankfurt befanden.

Unter Führung der ehemaligen Mathematik- und Informatik-Studentin Christa Eckes (Deckname „Sofie“) hatte das RAF-Kommando auch von Kasernen und Wohnanlagen amerikanischer Streitkräfte Zeichnungen angefertigt. „Von besonderem Interesse waren erkennbar Clubs, Kantine sowie die Privatwohnungen und Diensträume von leitenden Offizieren“, sagte Generalbundesanwalt Rebmann. Im Hauptquartier des V. US-Corps in Frankfurt am Main hatten die Terroristen die Nummer des Dienstzimmers des Kommandeurs beschafft und den Weg dorthin skizziert. Auf das Gebäude des V. Corps war bereits am 12. Mai 1972 von dem damaligen Baader-Meinhof-RAF ein Bombenanschlag verübt worden. Dabei wurde ein Offizier getötet, drei

zehn Soldaten und Zivilangestellte erlitten Verletzungen. Zu weiteren jetzt ausgeschöpften Objekten gehören amerikanische Einrichtungen in Bad Tölz, Oberammergau, Heidelberg sowie im Raum Bitburg/Eifel, Hunsrück und Mosel.

In der Frankfurter Wohnung, die zwei unverheiratete Bhagwan-Anhänger während ihrer Abwesenheit der mutmaßlichen RAF-Unterstützerin Heide-Carola Huft überlassen hatten, fand die Polizei 16 000 Mark in verschiedenen Währungen. „Die in Frankfurt gefaßten sechs bildeten ein vollaktionsfähiges Kommando“, sagte der Leiter der Terrorismusbekämpfung im Bundeskriminalamt, Klaus-Herbert Becker.

Den Nachbarn waren die Terroristen nicht aufgefallen. Ingrid Jakobsmeier (Deckname „Olga“) kleidete sich „wie eine Studentin“, Helmut Pohl dagegen wie ein Büroangestellter. Falls einer zum Arzt oder Zahnarzt mußte, wurde sofort bar gezahlt, ermittelte die Polizei.

## Genscher als Interpret nach Teheran

Bundesaußenminister will Haltung des Westens zum Golf-Krieg erläutern

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird vom 20. bis 22. Juli 1984 als erster Außenminister eines EG-Staates seit der iranischen Revolution Teheran besuchen. Um die strikt neutrale Haltung Bonns im Krieg zwischen Iran und Irak zu unterstreichen, gab das Auswärtige Amt gestern gleichzeitig bekannt, daß der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister des Irak, Tariq Aziz, auf Einladung Genschers in den nächsten Wochen in der Bundesrepublik Deutschland erwartet werde.

Der Bundesaußenminister will mit seiner Reise in die Islamische Republik Iran das politische Gespräch zwischen Bonn und Teheran neu beleben und gleichzeitig wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik wahrnehmen.

Die Außenminister der sieben an den Weltwirtschaftsgipfeln beteiligten Industriestaaten hatten schon 1983 in Williamsburg ein wachsendes Interesse Irans an einer Verbesserung der Beziehung zum Westen registriert und waren zu der Schlussfolgerung gekommen, daß es sinnvoll sei, darauf positiv zu reagieren. Dies will Genscher jetzt nach Konsultationen mit den USA und den europäischen Partnern in die Tat umsetzen. Die Außenminister der Türkei, Österreichs und Japans, die Teheran besucht haben, ermutigten Genscher nach Bonner Angaben in seinem Vorhaben.

Genscher reist als Gast des iranischen Außenministers Akbar Velayati nach Iran. Wen er dort sonst noch treffen und wie sein Programm im einzelnen aussehen wird, war gestern

noch nicht bekannt. Der Bundesaußenminister will als „Interpret“ der westlichen Politik auftreten und vor allem den iranisch-irakischen Krieg erörtern, ohne an einen Vermittlungsversuch zu denken. Genscher: „Wir haben großes Interesse an einer Eindämmung und Beilegung des Krieges am Golf.“

Da sich Iran in den vergangenen Jahren wieder zum wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik in der Dritten Welt entwickelt hat, werden auch ökonomische Probleme bei den Teheraner Gesprächen eine wichtige Rolle spielen. 1983 hat die Bundesrepublik Waren im Werte von 7,7 Milliarden Mark nach Iran ausgeführt. Probleme könnten dadurch entstehen, daß von deutscher Seite fünfmal mehr nach Iran geliefert als von dort bezogen worden ist.

## „Rotation der Grünen Riegel verschieben“

SPD-Abgeordneter: Mandatsträger keine Marionetten

dpa/schw. Bonn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer hat sich dafür ausgesprochen, daß der von den Grünen geplanten Rotation der Bundestagsabgeordneten ein verfassungsmäßiger Riegel vorgeschoben wird. Im SPD-Pressedienst schrieb Scheer Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU), der zuständige Bundestagsausschuß und das Bundesverfassungsgericht sollten ermuntert und unterstützt werden, den niedersächsischen Beispiel zu folgen. Der dortige Staatsgerichtshof hatte einen Antrag der niedersächsischen Grünen abgelehnt, die Rotation sofort zu erlauben. Der niedersächsische Landtagspräsident und der Wahlprüfungsausschuß des Landtages wollten dagegen erst Rechtsgutachten einholen.

Nach Ansicht von Scheer gerät die verfassungspolitische Rolle der Abgeordneten auch anderer Parteien substantiell in Gefahr, wenn die Rotation bei den Grünen nicht unterbunden wird. Abgeordnete würden möglicherweise zu Marionetten von Parteigremien. Mit dem demokratischen Parlamentarismus sei das Rotationsprinzip unvereinbar.

Der niedersächsische Staatsgerichtshof in Bückeburg hatte den Antrag von vier Abgeordneten der Landtagsfraktion der Grünen in Hannover abgelehnt, die eine Entscheidung über ihren sofortigen Mandatsverzicht herbeiführen wollten. Der geplante Austausch von fünf der elf grünen Abgeordneten im Landesparlament entsprechend dem Rotationsprinzip der Grünen war bereits am 25. Mai und 5. Juni schriftlich beim Landtagspräsidenten angemeldet worden. Dieser Mandatsverzicht zu Gunsten der Nachrücker auf der Landesliste sollte entsprechend der Verfassung auf der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause am 10. Juli „festgestellt“ werden.

Entgegen der bisherigen Praxis

hatte Landtagspräsident Brandes (CDU) jedoch den nur aus Mitgliedern der CDU und SPD bestehenden Wahlprüfungsausschuß eingeschaltet, um die Verfassungsmäßigkeit der Aktion der Teiltrotation festzustellen. Nach einer ersten Sitzung hatte sich der Ausschuß auf den 28. September vertagt.

Der Staatsgerichtshof soll nach dem Antrag der Grünen den Wahlprüfungsausschuß anweisen, das Mandatsverzichtsverfahren an den Landtagspräsidenten zurückzugeben. Die Antragsteller wiesen darauf hin, daß die Verzögerung der Rotation „schwerwiegende Konsequenzen persönlicher und beruflicher Art“ zur Folge haben werde. Der Staatsgerichtshof stellte jedoch „mangelnde Eilbedürftigkeit“ fest.

Von den Grünen vorgetragenen nachteiligen Folgen beruflicher Art erscheinen indes nicht gering. Die Abgeordneten, die den Landtag verlassen wollten, können ihre berufliche Stellung nun nicht einnehmen. In drei der fünf Fälle handelt es sich um Lehrer, die nach den Sommerferien ihren Schulen nicht zur Verfügung stehen für die „Nachrücker“ ist die Lage noch schwieriger. Sie haben ihre Stellen bereits gekündigt.

Über das Vorgehen des Landtagspräsidenten sind die Abgeordneten der drei traditionellen Fraktionen nicht weniger überrascht als die Grünen. Zwischen Antrag und Feststellung eines Mandatsverzichts liegen gewöhnlich nur wenige Wochen. Das letzte Mal, als der FDP-Abgeordnete Heinrich Jürgens sein Mandat zurückgab, waren es vierzehn Tage.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs betraf allerdings nur die Prozedur der von Brandes eingeleiteten Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Abgeordnetenrotation, bedeutet aber noch keine Aussage über die Rechtmäßigkeit des hier vorgesehnen Mandatsverzichts.

## Dieppen präsentierte ein selbstbewußtes Berlin

Regierende Bürgermeister bei Margaret Thatcher

FRITZ WIRTH, London

Der neue Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, fand bei seinem dreitägigen „Antrittsbesuch“ an der Themse, der am Donnerstagabend zu Ende ging, ein bemerkenswert freundliches und verständnisvolles Entree bei den Briten. Seine Jugendfrische, seine Offenheit und Direktheit haben Eindruck gemacht bei seinen britischen Gesprächspartnern.

Er erschien nicht in der Rolle eines Bittstellers für Berlin, sondern gab eine sehr selbstbewußte Darstellung der Vorzüge und Stärken seiner Stadt. „Wenn Großbritannien sich für Berlin stark macht, dann nicht für eine sterbende Stadt, sondern für eine deutsche Kultur- und Leistungsmetropole“, erklärte er. „Wir haben in Berlin ein essentielles Interesse am Ost-West- und am deutsch-deutschen Dialog, und dieser deutsch-deutsche Dialog und alles, was darum rankt, richtet sich gegen niemand, sondern ist im Interesse aller, die in einer friedlichen und humanen Welt leben möchten.“

Diese Thematik stand denn auch im Mittelpunkt seines Gesprächs mit Premierministerin Margaret Thatcher, die länger als ursprünglich geplant dauerte. Die britische Regierungschefin zeigte sich in besonderem Maße an der Situation in der „DDR“ interessiert. Sie wollte von Dieppen wissen, wie diese Menschen leben, wie sie denken und was sie fühlen. Sie ließ sich außerdem von

Dieppen über die Ausreisebewegung aus der „DDR“ informieren.

Dieppen selbst brachte das Thema und die schwierige und unbefriedigende Rechtssituation um den Schießplatz Gatow zur Sprache, ohne jedoch verbindliche Zusagen oder signifikante Verbesserungen erreichen zu können. Die Standpunkte beider Seiten in dieser Frage bleiben offenbar weiterhin unterschiedlich. Dieppen glaubt jedoch, mit diesem Gespräch das Problembeußtsein in dieser Angelegenheit bei den Briten gefördert zu haben.

Zu den weiteren Gesprächspartnern Dieppens gehörten Außenminister Sir Geoffrey Howe, der im Dezember zu einem Besuch nach Berlin kommen wird, und eine Reihe führender Politiker und Manager aus dem technologischen Bereich. Der neue Berliner Bürgermeister glaubt, daß es gerade auf diesem Gebiet noch beträchtliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Berliner und der britischen Industrie gibt.

Er führte außerdem Gespräche mit dem Chef von British Airways mit dem Ziel, die Flugverbindungen von und nach Berlin zu verbessern, und erhielt konkrete Zusagen von britischer Seite für die Flugverbindung zwischen Münster und Berlin.

Er beendete seinen Besuch mit der Bilanz: „Ich bin beeindruckt über das Interesse der Briten an den Problemen unserer Stadt und an der politischen Ost-West-Problematik. Es war eine Reise zu guten und verlässlichen Freunden.“

## Moskau begrüßt deutsch-deutsche Beziehungen

rtt, Berlin

Die Sowjetunion ist nach den Worten eines einflussreichen Kommentators an „normalen und gleichberechtigten Beziehungen“ zwischen den beiden deutschen Staaten interessiert. Der Chefkomentator der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija“, Alexander Bowin, wies gestern auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin zugleich westliche Presseberichte zurück, nach denen die sowjetische Führung die sich verbessernden Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ mit Mißtrauen beobachtet.

Zu große politische Konzeptionen der „DDR“ als Gegenleistung für einen neuen Milliardenkredit aus Bonn befürchte die Sowjetunion nicht, erklärte Bowin. „Kredite sind eine Angelegenheit der DDR und die DDR weiß am besten, was sie zu tun hat.“

Normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wären jetzt sogar „von besonderer Wichtigkeit, da die Spannungen zwischen Ost und West gewachsen sind“.

## „DDR“ würdigt Bausoldaten

hrt, Berlin

In der „DDR“ sind die wehrfähigen Bausoldaten, die den Wehrdienst mit der Waffe vor allem aus christlichen Motiven ablehnen, zum ersten Mal in einem offiziellen Bericht mit anderen NVA-Angehörigen gleichgestellt worden. Nach einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur ADN würdigte „DDR“-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann ihre Tätigkeit bei einer Besichtigung der Baustelle des neuen Eisenbahn-Fährhafens Mukran auf Rügen: „An der Seite der Bauarbeiter erwiesen sich die Pioniere und Bausoldaten der NVA als Wegbereiter bei der Errichtung dieser Brücke der Freundschaft zum Lande Lenins.“

In der Vergangenheit hatten die Kirchen der „DDR“ wiederholt eine öffentliche Anerkennung der Bausoldaten gefordert, um deren negatives Ansehen in der SED zu verbessern. Jährlich melden sich rund 500 bis 800 junge „DDR“-Bewohner, die sich auf entsprechende „Gesetzesbestimmungen“ berufen zum Bausoldatendienst. Die geringe Anzahl erklärt sich aus ihren Nachteilen: So ist etwa ein Studium ohne abgeleisteten Dienst mit der Waffe nicht möglich.

## Moldt bat um das Treffen mit Strauß

rtt/dpa, München

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß ist gestern im Vorfeld des geplanten Besuchs von SED-Chef Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Gespräch mit dem Ständigen Vertreter der „DDR“ in Bonn, Ewald Moldt, zusammengetroffen. Beide wollten aber über den Inhalt der halbstündigen Begegnung in der Münchner Staatskanzlei keine Auskunft geben. Moldt sagte nur: „Es war ein interessantes Gespräch.“ Er habe um die Unterredung nachgesucht. Strauß sagte zu einem möglichen Treffen mit Honecker im Rahmen des geplanten Besuchs: „Ich schließe es nicht aus, aber ich weiß es nicht.“

## Kronawitter findet Kompromiß

lz, München

Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter hat durch einen Kompromiß überraschend doch noch eine Mehrheit für das sechs Milliarden Mark umfassende Mehrjahres-Investitionsprogramm (MIP) im Münchner Stadtrat erhalten. Die Absichten für Kronawitter hatten schlecht gestanden, nachdem die Grünen das MIP aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnten und die CSU nicht zustimmen wollte, da die SPD-Fraktion die städtischen Beteiligungskosten für den Bau des Kernkraftwerkes Ohu II in Höhe von 175 Millionen Mark gestrichen hatte (WELT v. 12. Juli). In dem Kompromiß einigten sich SPD und CSU, die gesamte Eigenkapitalaufstockung der Stadtwerke, aus der auch der Ölw-Anteil zu finanzieren ist, vorerst auszuklammern.

## „Unbequeme Kantigkeit“

„Von fast unbequemer Kantigkeit“ im Sinne der Sache sei Generalmajor Uhl-Wettler gewesen. Das sagte Generalleutnant Diedrichs anlässlich des Kommandowechsels bei der 5. Panzerdivision. Aufgrund eines Höflichkeitsschreibens war daraus „von fast unangenehmer Kantigkeit“ geworden. (siehe WELT vom 12. Juli).

DIE WELT (ISSN 0025-3909) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 38.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 500 Sylvan Avenue, Englewood, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 500 Sylvan Avenue, Englewood, NJ 07632.



# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Menschenrechte und § 218

WELT vom 12. Juli

Nach dem auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten Weltvertrag für bürgerliche und politische Rechte vom 16.12.1966 Artikel 6 Abs. 5, darf die Todesstrafe an Schwangeren, Frauen, nicht vollstreckt werden. In Staaten, in denen die Todesstrafe besteht, darf ein Todesurteil, nur als Strafe für die schwersten Verbrechen ausgesprochen werden. Der ungeborene Mensch hat schwerste Verbrechen noch nicht begangen und darf daher vom Scharfrichter nicht getötet werden. Dürfen Mütter, Arzt und Gesetzgeber einen schuldlosen, ungeborenen Menschen zum Tode verurteilen und töten, wenn das Leben der Mutter nicht gefährdet ist?

Nach Art. 6 Abs. 1 der vorgenannten UN-Menschenrechtskonvention hat jeder Mensch das angeborene Recht auf Leben. Dieses Recht ist gesetzlich zu schützen. Nach Art. 5 Abs. 1 darf keine Bestimmung des Paltes ausgesetzt werden, daß sich daraus für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person ein Recht ergibt, eine Handlung auszuüben, die auf Vernichtung der in dieser UN-Menschenrechtskonvention anerkannten Rechte oder auf ihre Beschränkung abzielt. Zielen die Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland, die die Abtreibung von ca. 250 000 Ungebornen pro Jahr offiziell zuläßt, und die Täter und Täterinnen dieser Tötung ungeborenen Lebens nicht auf die Vernichtung der Schutzrechte, indem die Abgetriebenen ihnen vor ihrer Geburt entzogen werden?

Nach Art. 28 sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen gesetzlichen Schutz. Haben Staat, Mutter und Arzt das Recht, den ungeborenen, ungeborenen Menschen zum Tode zu verurteilen und zu töten, obwohl es der Scharfrichter nicht darf, weil der ungeborene Mensch keine schwersten Verbrechen begangen hat? Wird hier nicht der Gleichheitsgrundsatz durch diese Umgehung verletzt?

Die Europäische Sozialcharta vom 18.10.1961 - Teil des Europäischen Menschenrechts - bestimmt in Teil I Ziffer 17, daß Mütter und Kinder unabhängig vom Bestehen einer Ehe und vom Verwandtschaftsverhältnis das Recht auf angemessenen, sozialen und wirtschaftlichen Schutz haben. Wie kann es danach in dem Wohlstandsländchen Bundesrepublik Deutschland eine soziale Indikation für Abtreibung rechtmäßig geben? Dieses fragwürdige Recht unterläßt das vorgenannte Schutzrecht offensichtlich. Will der Staat sich der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem vorgenannten Schutzrecht entziehen?

Gemäß Art. 17 der Europäischen Sozialcharta haben sich die Vertragsparteien, darunter die Bundesrepublik Deutschland, verpflichtet, die geeigneten und notwendigen Maßnahmen zu treffen, einschließlich der Schaffung und Beibehaltung geeigneter Einrichtungen und Dienste, um die wirksame Ausübung des Rechtes der Mütter und der Kinder auf sozialen und wirtschaftlichen Schutz zu gewährleisten. Will die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Gesetzgebung, die die Tötung ungeborenen Lebens aus sozialer Indikation zuläßt, diese Schutzgarantien unterlaufen?

Nach Art. 3 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte vom 4.11.1950 darf niemand unmenschlicher oder erniedrigender

Strafe oder Behandlung unterworfen werden. Ist der ungeborene Mensch im Mutterleib ein „Niemand“?

Nach Art. 2 derselben Konvention darf die absichtliche Tötung nicht vorgenommen werden, abgesehen von der Vollstreckung eines Todesurteils, das von einem Gericht ausgesprochen worden ist. Ist die Tötung des ungeborenen, ungeborenen Menschen danach zulässig, oder wird nicht auch diese Schutzgarantie unterlaufen, die jeder Scharfrichter einer zum Tode verurteilten Schwangeren ohne Rücksicht auf deren Willen und sozialer Indikation zu achten hat?

Die Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb einer Nation gerichtet sind und in der Absicht begangen werden, eine Nation auch nur teilweise zu zerstören nach Art. II der Konvention vom 11.12.1948, ist Völkermord, wegen dessen sich auch nur im Falle des Versuches und der Beteiligung Personen strafrechtlich zu verantworten haben, gleichviel ob sie nach der Verfassung verantwortliche regierende Personen, öffentliche Beamte oder Privatpersonen sind.

Fehlt diese Absicht in einem Volk, das die niedrigste Geburtenrate der Welt hat und dessen Bevölkerungszahl durch diese extensive Abtreibungspraxis permanent reduziert wird?

Dr. G. Meinecke, Köln 1

## Bonner Eiertänze

Kreml wirft der Bundesregierung Rechtschamlosigkeit vor, WELT vom 6. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Staatsminister Dr. Mertes die sowjetische Regierung zum Brief zur Deutschen Einheit vom 12. August 1970 darauf hinweist, daß sie heute eine deutschlandpolitische Zielbeschreibung als revanchistisch bezeichnet, an deren Redaktion sie zumindest mitgewirkt hat, so ist dies zwar stichhaltig, spricht aber nicht für eine seinerzeitige souveräne Haltung des deutschen Vertragspartners. In ähnlicher Weise war der Bonner Sowjetbotschafter Falin an der Gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 beteiligt, - und Walter Scheel legte erst kürzlich zum 60. Geburtstag von Dr. Barzel lobend dar, wie dieser mit ihm in jenen Maltagen kooperiert habe.

Eine am Grundgesetz orientierte, konsequente Ablehnung der Ostver-

träge durch die oppositionelle CDU/CSU hätte die Eier tänze vermieden, die heute Außenminister Genscher aufführen muß, wenn die Verträge auf ihren Inhalt hin abgeklöpft werden.

Doch die Zeit arbeitet auch für die deutsche Seite: Selbstbestimmungsrecht und Vertriebsverbot als zwingende Völkerrechtsnormen werden die deutsche Frage mit immer mehr Gewicht als freie Entscheidung des verfassungsrechtlich fortbestehenden gesamtdeutschen Souveräns ausweisen, und zwar hinsichtlich Mitteldeutschlands und aller reichsdeutschen Vertriebsgebiete (beiderseits der Besatzungsgrenzlinie vom 31. Dezember 1937).

Mit freundlichen Grüßen  
R. Schnürch  
Düsseldorf 13

## Ausgewiesen

„Leberbrief: Verurteilung“, WELT vom 15. Mai

Als Antwort auf einen Leserbrief von Pfarrer Klaus-Reiner Latk, Bonndorf, war Pfarrer Latk unterstellt worden, er habe „pfarramtliche Fahnenflucht“ begangen, weil er seine Gemeinde in der „DDR“ verlassen habe. Pfarrer Latk legt Wert auf die Feststellung, daß er von den Behörden der „DDR“ ausgewiesen wurde, nachdem er im Zusammenhang mit dem Verharmungstod des Pfarrers Bräunewitz dies öffentlich gemacht und sich kritisch über die Unterdrückung der Christen in Mitteldeutschland geäußert hatte.

Die Redaktion

## Mit grüner Logik

„Grüne stellen Börsen Bedingungen“, WELT vom 22. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren, die hessischen Grünen bereiten einen Gesetzentwurf vor, die Legebeten im Lande Hessen abzuschaffen.

Prima. So wird die Tierquälerei in den Hühnerkäfigen aufhören. Und die hessische Bevölkerung wird nur noch Eier von glücklichen Hühnern verzehren.

Glaubt man! In Wirklichkeit sieht es anders aus. In Wirklichkeit würden die Supermärkte in Hessen, die ja miteinander in Konkurrenz stehen, keineswegs nunmehr Eier von freilaufenden Hühnern, zum vermutlich doppelten Preis, beziehen. Sie würden vielmehr Eier aus den Nachbarländern kommen lassen. In Hessen würden also die Eierfabriken geschlossen werden, was einen Wegfall von a) Arbeitsplätzen, b) Steuern, mit sich brächte, außerdem müßten die hessischen Hausfrauen dann mehr für die Eier bezahlen (denn nicht nur würde die Anfuhr aus Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen höhere Frachtkosten bedingen, auch vom Marktgeschehen her müßten die Preise - infolge Wegfalls der bisherigen Anbieter bei unveränderter Nachfrage - steigen).

Ergebnis: In Hessen höhere Eierpreise, weniger Arbeitsplätze und geringere Steuereinnahmen. Und in den Nachbarländern größere Legebeten (um auch Hessen beliefern zu können).

Daß Unternehmer stets einen Ausweg finden - und ganz anders reagieren, als man sich dies ausmalt hat - ist eine Erkenntnis, die sich zu den Politikern oft noch nicht herumgesprochen hat.

Hochachtungsvoll  
H. R. Elmenhorst,  
Essen

## Lufthansa bestellt Jumbo für weite Nonstop-Flüge

Acht Tonnen leichter durch technische Neuerungen

ADALBERT BÄRWOLF, Bonn Die Deutsche Lufthansa will einen Super-Jumbo in Dienst stellen, der bis weit über das Jahr 2000 hinaus mehr Passagiere wirtschaftlicher über bislang unerschlossene Nonstop-Strecken des Erdballs befördern kann. Das Großraumflugzeug, das bei Boeing bestellt werden soll, könnte von Frankfurt aus nonstop nach Tokio, Buenos Aires, Johannesburg oder Singapur fliegen. „Wir hoffen, daß wir das erreichen können, und zwar immer mit voller Zuladung“, erklärte der stellvertretende Vorstandschef der Lufthansa, Reinhardt Abraham, in einem Gespräch mit der WELT.

Nach den Vorstellungen der Lufthansa sollen die in den nächsten Jahren möglichen technischen Verbesserungen des bewährten Großraumlangstreckenflugzeuges Boeing 747 nicht Schritt für Schritt, sondern auf einmal eingeführt werden. Dies ist nach Abrahams Meinung bis zum Ende dieses Jahrzehnts erreichbar. Die Lufthansa hat Boeing gegenüber bereits die Bereitschaft erklärt, den Startschuß zu geben. Der Super-Jumbo wird pro Exemplar weit mehr als hundert Millionen Dollar kosten.

Neuartige Leichtmetalllegierungen und technologische Raffinesse der neuen Langstreckenmaschine sollen zu einer enormen Gewichtsersparnis von insgesamt sieben bis acht Tonnen führen. Dies ermöglichte, Abraham, eine beträchtliche Kraftstoffersparnis auf einem Langstreckenflug immer umzusetzen in zusätzliche Nutzlast oder Reichweite. Mit einem solchen Großraumflugzeug könnte sogar Tokio im Nonstop-Flug erreicht werden.

Die Gewichtseinsparung wird hauptsächlich durch die neue Aluminium-Lithium-Legierung erzielt. Sie

ist rund zehn Prozent leichter als die klassischen Aluminium-Legierungen, aber auch zwei- bis dreimal so teuer. Der neue Werkstoff wird für Rumpf, Flügel und Leitwerk verwendet. Dabei werden rund fünf Tonnen Gewicht gespart. Das entspricht dem Gewicht von 55 Passagieren mit Gepäck oder der zusätzlichen Treibstoffmenge, die den Radius des Flugzeuges etwa bis Tokio erweitern würde.

Der Super-Jumbo hat neue Triebwerke mit mehr Schub, die aber weniger Kraftstoff fressen, leiser sind und weniger Schadstoffe ausstoßen. Die Flügel sind schlanker und haben eine um sechs Meter größere Spannweite. Diese und andere aerodynamischen Verbesserungen bringen eine zusätzliche Kraftstoffersparnis von vier Prozent.

Die Passagierkabine wird flexibler aus neuen Materialien gestaltet, die wesentlich schwerer entflammbar sind. Bricht doch Feuer aus, so werden weniger giftige Gase frei als in den heute fliegenden Maschinen.

Die Bremsenbelege in den gewaltigen Jumbo-Fahrwerken sind nicht mehr aus Stahl, sondern aus Kohlenstoff. Das macht allein 800 Kilogramm aus. Die neuen Reifen haben die gleiche Festigkeit und Lebensdauer, jedoch ein wesentlich geringeres Gewicht.

Die Pilotenkabine ist als digitales Zwei-Mann-Cockpit ausgebaut. Auf den Fluginstrumenten wird verzichtet. Dazu Abraham: „Der Arbeitsplatz des Fluginstrumenten kann auf einem Langstreckenflugzeug genauso entfallen wie auf einem Kurzstreckenflugzeug.“ Das bedeutet jedoch nicht, daß für den Super-Jumbo auf der Nonstop-Strecke Frankfurt-Tokio nur zwei Piloten zur Verfügung stehen: Ein dritter Pilot wird an Bord sein. (SAD)

## Im Elektrorasierer war eine Kamera eingebaut

Unruhe im BGS nach Verhaftung von „DDR“-Spion Roski

WERNER KAHL, Bonn

Unter Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS) hat die Verhaftung des Dezernatsleiters in der Grenzschutzdirektion Koblenz, Franz Roski, erhebliche Unruhe ausgelöst. Der 34-jährige Regierungsrat, dem vierzehnjährige Zusammenarbeit mit dem Ostberliner Geheimdienst vorgeworfen wird, hatte nach Angaben aus dem BGS als Sicherheitsbeauftragter unter anderem die Aufgabe, der Direktion zentral unterstellte Angehörige des Grenzschutzeinzeldienstes an den Grenzübergängen und auf Flughäfen zu überprüfen.

Im Grenzschutz wird die Befürchtung geäußert, daß Roski ihm zugängliche vertrauliche Erkenntnisse aus dem dienstlichen und privaten Bereich der Beamten mindestens seit Frühjahr 1983 dem „DDR“-Geheimdienst übermittelt hat. Unter der in der vergangenen Woche sichergestellten Agentenausrüstung befand sich nach Angaben von Generalhundesamt Kurt Rebmann auch eine der Abwehr bisher nicht bekannte Kamera, die in einem Elektrorasierer eingebaut war. Minihilfte ermöglichen das unauffällige Ablichten von Dokumenten, zum Beispiel auch am Schreibtisch während der Agenten sich rasierte. Das Kamera-Auge im Scherkopf verkleinert bis zu vier DIN-A4-Blätter zu einem winzigen Punkt (Mikrat). Unter einer Briefmarke versteckt wird die Ablichtung mit der Post oder über einen „toten Briefkasten“ (TBK) übermittelt.

Ungeachtet familiärer Bindungen an Verwandte in der „DDR“ - was der Staatsicherheitsdienst 1970/71 zur Anwendung ausnutzte - sahen die zuständigen Bonner Sicherheitsüberprüfer zu Beginn vergangenen Jahres keinerlei Bedenken, Roski mit seiner Ernennung zum Dezernatsleiter für

Haushalt, Organisation und Fernmeldedienst in der Grenzschutzdirektion Koblenz zugleich die Funktion eines Sicherheitsbeauftragten anzuvertrauen. Roski wurde darüber hinaus auch zum Datenschutzbeauftragten ernannt.

Als Datenschutzbeauftragter konnte sich Roski jederzeit Einblick in geheime Fahndungsschreiben und Datenspeicher verschaffen. Entgegen der Meinung eines Sprechers des Bundesinnenministeriums halten es BGS-Angehörige für möglich, daß sich der als Agent überführte Dezernatsleiter in Koblenz wegen seiner Sicherheitsfunktionen in den geheimen Fernmeldedienst der Sicherheitsbehörden einschalten konnte, um dem „DDR“-Geheimdienst Erkenntnisse zu übermitteln.

Bei Fahrten über die Transitstraßen zwischen West-Berlin und dem übrigen Bundesgebiet wurden BGS-Beamte in letzter Zeit häufig „beschattet“. Mehrere Autos, die vermutlich von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes gefahren wurden, folgten BGS-Angehörigen bei Privatfahrten bis zum jeweiligen Grenzübergang. Aus Bemerkungen von „DDR“-Kontrollleuten bei der Ausweissprüfung konnten BGS-Angehörige wiederholt entnehmen, daß der Stasi offenbar durch dosierte Hinweise auf Insider-Kenntnisse Unsicherheit zu verbreiten sucht.

Die zuständigen Behörden schweigen darüber, welche Konsequenzen zum Beispiel aus der Funktion Roskis als Sicherheitsbeauftragter gezogen werden müssen. Für den „DDR“-Geheimdienst wäre es nach Ansicht von Sicherheitsexperten auf diesem Wege leicht gewesen, in den BGS „Sicherheitsüberprüfte“ V-Leute einzuschleusen.

## Warum nicht von anderen lernen?



Bei allem, was wir planen, brauchen wir Weitblick. Den Blick in die Zukunft und den Blick in die Welt - auch in die Umwelt. Dabei können wir von den Erfahrungen anderer lernen, beispielsweise den Japanern. Nicht Waldschäden, sondern Smogprobleme machten dort vor zehn Jahren Entschwefelungsanlagen notwendig - aufbauend auf einer deutschen Erfindung.

Heute brauchen auch wir Rauchgasentschwefelungsanlagen und können so in wenigen Jahren den Schwefelausstoß um über 80 Prozent verringern. In unseren Heilbronner Kraftwerksblöcken verwenden wir dafür ein japanisches Verfahren.

Den Ausstoß von Stickoxid können wir bis 1988 halbieren; er geht bis 1990 auf ein Viertel zurück. Zunächst bauen wir dabei ebenfalls auf japanische Erfahrungen, damit keine Zeit verloren geht. Aber wir machen auch deutsche Entstickungstechnologie anwendungsreif und errichten für unsere älteren Anlagen in Heilbronn eine Erprobungs- sowie eine großtechnische Demonstrationsanlage.

Umweltschutz ist teuer: Wir investieren dafür rund 650 Millionen DM. Das erfordert eine ertragsstarke Basis. Im Geschäftsjahr 1983 haben wir über 15 Milliarden kWh Strom ge-

liefert, davon in unsam aiganan Versorgungsgebiet 12,24 Milliarden kWh, 4 Prozent mehr als 1982. Unser Umsatz stieg auf 2,5 Milliarden DM. Wir haben 677 Millionen DM investiert und 255 Millionen

DM Abschreibungen erwirtschaftet. Unser Jahresüberschuß beträgt 49,5 Millionen DM. An unsere Aktionäre zahlen wir je 100-DM-Aktienkapital eine Dividende von 10 DM.

**EWS** Ihre Energie-Versorgung Schwaben

## Personalien

### AUSZEICHNUNGEN

Der frühere Kanonische Visitor der Katholiken des Distrikts Brantitz im oberhessischen Kreis Leobsdorf (ehemals Anteil der Erzdiözese Osnabrück), Prälat Edmund Beigel (77), ist mit dem Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Den Orden überreichte ihm Rathaus von Stadt Osnabrück der Präsident des niedersächsischen Landtages, Bruno Brandes, der insbesondere Beigels langjährigen Einsatz für die Heimatvertriebenen würdigte. Rund 85 000 Katholiken aus dem Brantitzer Gebiet leben heute in der Bundesrepublik Deutschland.

Zwei Rettungsmänner der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) mit Sitz in Bremen, die Brüder Artur (57) und Ulrich Steffens (60), sind mit dem Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Die Brüder sind die dienstältesten Vorleute (Kapitäne im Bereich Niedersachsens des Rettungswerks). Die beiden erhielten in dieser Woche die Auszeichnungen an Bord des Seenotkreuzers „Eiswette“ in Neuharigermünde (Ostfriesland) aus den Händen des Oldenburger Regierungspräsidenten Joseph Schwaier. Der frühere Bundespräsident Karl Carstens hatte noch zu

seiner Amtszeit den Vorschlag des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zur Verleihung befürwortet. Seit 25 Jahren zeigen die Steffens Flagg bei der DGzRS und retteten viele Menschen aus Lebensgefahr.

Der Hamburger Modeschöpfer Wolfgang Joop ist mit dem „Goldenen Spinnrad“ ausgezeichnet worden. Den Preis vergibt die Stadt Krefeld gemeinsam mit der Europäischen Seidenkommission in der Schweiz. Der Ehrenpreis, der seit elf Jahren nicht mehr vergeben worden war, wurde in Krefeld überreicht. Vorherige Preisträger waren: Pierre Cardin, Andre Courreges, Emanuel Ungaro und Karl Lagerfeld.

Der Frankfurter Musikwissenschaftler und Bach-Interpret Professor Helmut Walcha ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der hessische Kultusminister Hans Krollmann, der den Orden in Frankfurt am Main überreichte, würdigte Walcha als Hochschullehrer und Künstler, der das unvergängliche klassische Erbe Johann Sebastian Bachs der Nachwelt in überzeugender Art und Weise übermittelte habe.

Rosel Zech und Gerhard Poli erhielten in München den vom Bundesverband der Fernseh- und Filmregisseure 1977 gestifteten Deut-

schen Darstellerpreis für 1984. Mit dem seit 1982 zusätzlich vergebenen Nachwuchspreis der Regisseure wurden die Schauspielern Samy Mertes und Claude Oliver Biedelhof ausgezeichnet. „Oscar“-Preisträger Volker Schlöndorff würdigte in der öffentlichen Verleihung im Rahmen des Münchner Filmfestes die Leistungen, denen er sieben Kilogramm schwere, in Bronze gegossene Nachbildungen der berühmten Schuhe des Komikers Charlie Chaplin überreichte.

### MILITÄR

Unter Führung ihres Kommandanten, Fregattenkapitän Manfred Kestner, besucht zur Zeit eine Abordnung des Zerstörers Bayern, des bayerischen Patenschiffes bei der Bundesmarine, den Freistaat Bayern.

### AUSWÄRTIGES AMT

Neuer deutscher Botschafter in der afrikanischen Republik Sambia ist Dr. Klaus Timmermann. Der Philologe, der zunächst die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen ablegte und weitere Studien in den USA anschloß, trat 1956 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war in Buenos Aires tätig, in Helsinki und in Darassalam und wurde 1975 Leiter der Botschaft in Jamaika. 1980 ging Timmermann als ständiger Vertreter des Botschafters beim Europarat nach Straßburg.



## Deutsche Beteiligung an Raumstation zeichnet sich ab

Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt: Weichen für die Zukunft stellen

W. WESSENDORF, Bremen

Viele komplizierte Fragen politischer, wirtschaftlicher und juristischer Art gilt es zu lösen, um die Weichen für die Zukunft der deutschen Raumfahrt zu stellen. Dennoch zeichnet sich immer konkreter die deutsche Beteiligung an einer permanent bemannten Raumstation in (enger) Zusammenarbeit mit den USA ab. In 10 Jahren soll es soweit sein. Der Ministerialrat im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), Gottfried Greger, sagte in einer Fachsitzung der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt (DGLR) in Bremen: „Auf lange Sicht müssen wir aber selbständig werden.“ Und damit meint er auch die europäische Raumfahrtgemeinschaft.

Die Abklärungsphase im BMFT für das deutsch-italienische Übergreifen des Projekts „Kolumbus“ sei allerdings noch nicht abgeschlossen, führte Greger aus. Die Übereinstimmung mit den Nutzern der geplanten Raumstation mit sechs bis acht Mann Besatzung müsse gründlich vorbereitet werden. Peter Kleber von der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) berichtete über erste Kontakte zu potentiellen Nutzern in der Großindustrie: „Es ist erschreckend, alle glauben, daß die Missionen – ob mit dem Space Shuttle oder der Raumstation – allein der Wissenschaft dienen.“ Dabei sollen die Missionen den industriellen Nutzern bis hin zu Produktionsstätten voll zugute kommen.

Von Seiten der Industrie werden sich indes drei Fragen auf, deren Beantwortung gleichsam die Conditione sine qua non für eine Beteiligung darstellt: die Garantie der Vertraulichkeit und der Schutzrechte sowie der ungehinderte Zugang. Im Mittelpunkt des industriellen Interesses stehen die Herstellung von Materialien unter Aufhebung des Schwerkraftinflusses. Diese neuen Verfahren werden beispielsweise für die Medizin aller Voraussicht nach von großer Bedeutung sein, denn unter Schwerelosigkeit können Medikamente mit höherer Wirksamkeit bei geringer Belastung des menschlichen Organismus hergestellt werden. Nach 140 Großfirmen soll auch der Mittelstand demnächst befragt werden.

Zunächst muß laut Greger eine Kabinetsentscheidung herbeigeführt werden, damit das Raumfahrtbudget aufgestockt werden kann. Das BMFT steckt 1985 von seinem 7,26-Milliarden-Haushalt 816 Millionen Mark in die Weltraumforschung. Das bedeutet eine Steigerung von rund 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „Für die großen Zukunftsaufgaben ist das aber zu wenig“, meinte Greger.

Ungefähr die Hälfte davon wird innerhalb der European Space Agency

(ESA) gemeinsam mit den europäischen Partnern umgesetzt. Im November wird im ESA-Rat auf Ministerbene die Entscheidung fallen, wer sich an der Raumstation „Kolumbus“ beteiligt, die von der ESA Raumfahrttechnik in Bremen und den Italienern konzipiert wurde. Dabei fällt auch als Faktum die Entscheidung über Ariane 5. Diese Neuentwicklung der europäischen Trägerrakete soll Nutzlasten bis zu neun Zentnern in den Weltraum bringen.

Die Bremer Pläne zu einem europäischen Anteil beruhen auf dem dem Space-Shuttle-Programm aufgebauten Modul, das an eine (amerikanische) Station angedockt wird. Kolumbus-Projektleiter Manfred Baune, der die technische Konzept vorstellt: „Dieses Modul nennen wir bereits auf den Zeichenbrettern Kolumbus, denn 1992 jährt sich zum 500. Mal der Tag, an dem Kolumbus Amerika entdeckte.“ Nach den vom BMFT mitfinanzierten Untersuchungen ergeben sich unterschiedliche Konzepte mit unterschiedlichen Kosten.

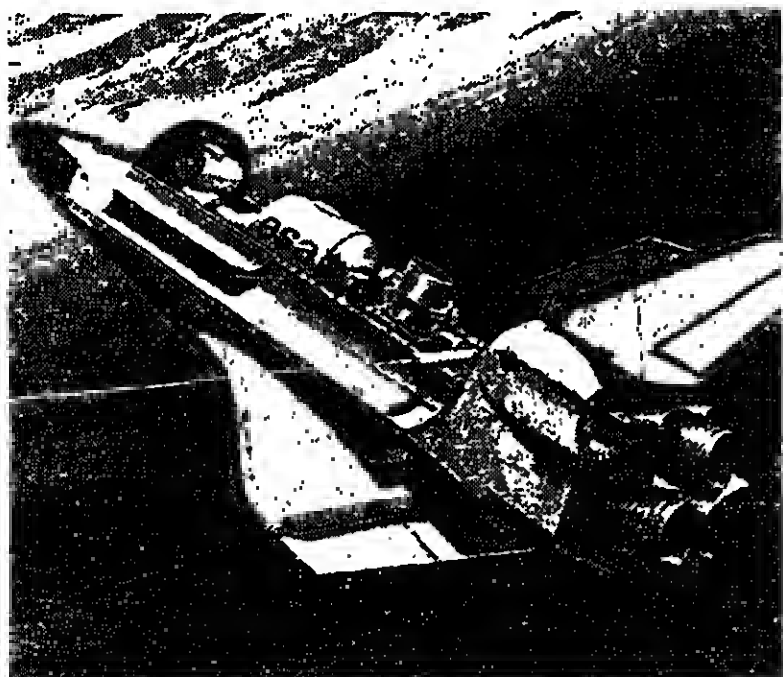
Die amerikanische Weltraumbehörde NASA ist zur Zeit relativ offen für Entwicklungen,“ betonte Greger. Die USA befinden sich selbst noch in der Definitionsphase für ihre Weltraumstation, die erst 1988 abgeschlossen sein wird. Andere Partner wie Europa, Kanada und Japan würden einmündig, parallel mitarbeiten. Und erst am Ende dieser sogenannten Phase B müßten und könnten die Kooperationsmöglichkeiten gefunden werden.

Rund 10 Milliarden Dollar werden die Amerikaner für die Grundlagen, sprich Infrastrukturkosten, ihrer

Raumstation in den nächsten 10 Jahren ausgeben. Wenn das europäische Modul angedockt wird, dann entspricht dieser Beitrag der Greger-Schätzung nach rund 20 Prozent, also zwei Milliarden Dollar. Greger gibt zu: „Das ist nicht billig.“ Andererseits würden die USA einen unerträglichen Vorsprung gewinnen, falls sich die Europäer abkoppeln. „Allein schaffen wir schon wegen mangelnder Finanzmittel keine Raumstation.“

Den in der Öffentlichkeit entbrannten Diskussionen über den Wert einer Raumstation halten Greger sowie Vertreter der DFVLR und der Raumfahrtindustrie entgegen, daß nur ein permanenter Laborbetrieb im All die von der Industrie gewünschten Ergebnisse für neue Materialien und Verfahrenstechniken bringen könne.

Die Experten der öffentlichen Auftraggeber, der Institute und der Industrie weisen auf die verschiedenen Mitflugeigenschaften hin, die angeboten werden. Die relativ geringen Kosten bei Raketenantriebsprogrammen oder der Beistellung autonomer Nutzlasten für die Raumfahrt – Projekt: KURZ und MAUS, beide auf autonome, technische und materialwissenschaftliche Versuche in der Mikrogravitation ausgelegt – böten Experimentalmöglichkeiten, um die Space-Shuttle-Nutzung optimal vorzubereiten. Dies sei bei allen Entscheidungen für eine Raumstation von übergeordneter Bedeutung. Dann könnten sich die bisher nur hochgerechneten Betriebskosten einer künftigen Raumstation für die Deutschen zwischen 700 Millionen Dollar und maximal einer Milliarde Dollar amortisieren.



Aufstieg der Kooperation mit den Amerikanern war der Start des europäischen Space Shuttle (ESA) im Dezember 1983. ZEICHNUNG: SYEN SIMON

## Japan baut eigene starke Weltraumrakete

dpa, Tokio

Die japanische Raumfahrtbehörde hat endgültig über den Bau einer eigenen Rakete entschieden, mit der Japan mittelfristig als Konkurrent der USA und Westeuropas in das internationale Satellitengeschäft einsteigen will. Wie das Technologieministerium gestern in Tokio bestätigte, soll die H-3-Rakete stark genug sein, um Satelliten bis zu zwei Tonnen in den Weltraum zu befördern. Die Entwicklung mit Gesamtkosten von rund 2,4 Milliarden Mark soll im nächsten Frühjahr beginnen, und 1991 soll mit der Rakete ein erster Testsatellit gestartet werden.

Mit der Eigenentwicklung will sich Japan von der bisherigen Abhängigkeit von den USA lösen und die damit verbundenen Auflagen abschütteln. Zu den Auflagen gehören die ausschließliche friedliche Nutzung, das Verbot des Technologietransfers an Drittländer und der Verzicht, für andere Länder Satelliten in den Raum zu befördern. Die H-3-Rakete besteht zu 90 Prozent aus japanischen Komponenten (H-1: 80 Prozent, N-2: 57 Prozent).

## Kreml liefert Raketen an Kuwait

AP, Kuwait

Kuwait wird von der Sowjetunion Flugabwehrraketen und andere Waffen im Wert von 327 Millionen Dollar kaufen. Ein entsprechendes Abkommen ist in Moskau von dem kuwaitischen Verteidigungsminister Scheich Salem al Sabah paraphiert worden.

Der Vertrag soll später in Kuwait unterzeichnet werden. Nach Angaben der kuwaitischen Zeitung „El Kabas“ erklärte der Minister dazu: „Die Sowjets haben uns alles angeboten, was sie haben. Sie haben uns nichts verweigert.“ Diese Bemerkung war offensichtlich an die Adresse der USA gerichtet, die vor kurzem eine kuwaitische Bitte um die Lieferung von „Stinger“-Tiefenflugabwehrraketen abschlägig beschieden hatten. Israel befürchtet, daß diese Waffen in die Hand der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) gelangen können.

Dem Blatt zufolge werden sowjetische Militärexperten nach Kuwait kommen, um die Waffensysteme zu montieren und kuwaitisches Personal in der Bedienung auszubilden. Kuwait hatte eine derartige Zusammenarbeit mit den Sowjets bisher vermieden. „El Kabas“ schrieb, Salem al Sabah habe betont, der Waffeneinkauf in der UdSSR sei ohne politischen Hintergrund.

## Lkw explodierten im Kaukasus

dpa, Moskau

Bei einem schweren Unfall auf einer Straßenbrücke bei Krasnodar im Nordkaukasus sind offenbar mehrere Menschen bei lebendigem Leib verbrannt. Zahlreiche explodierende Propangasflaschen lösten ein Inferno aus, in dem drei Lastautos völlig ausbrannten. Nach einem Bericht der Gewerkschaftszeitung „Trud“ sprangen die Flaschen auch auf eine nicht genannte Zahl von Personenautos über, die sich nach dem Unfall auf beiden Seiten der Brücke kilometerweit stauten.

Einer der drei Lastwagen, die auf der Brücke zusammenstießen, war mit 200 Propangasflaschen beladen. Einwohner eines Dorfes in Brückennähe glaubten zunächst an Bombenanschläge. „Man hörte Explosionen, glühende Metallstücke zischen wie Raketen nach allen Seiten, einzelne Gasflaschen fielen in den Fuß und trieben brennend aus Ufer, wo sie dörres Gras und Büsche entzündeten“, schrieb „Trud“. Als die durch den Verkehrsstau behinderte Feuerwehr den Unfallort erreichte, habe es nichts mehr zu retten gegeben. Eine Planieraube konnte nur noch Schrott beiseite räumen.

## Asean läßt sich von Hanoi Starre nicht irritieren

Unvereinbare Position gegenüber Kambodscha / Vietnam will die Thais in die Knie zwingen / Die Außenminister tagten

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Die 17. Jahreskonferenz der Außenminister der Asean endete mit der Feststellung, daß sich die Fronten im Kambodscha-Konflikt verhärtet haben. Hanoi keine Anstalten zum Verhandeln zeigt und das Ziel der Asean, aus Südostasien eine Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität zu schaffen, in weiter Ferne liegt. Eine Gegenüberstellung der Asean-Vorschläge zur Lösung des Kambodscha-Konflikts zu denen des Indochinakonflikts (Vietnam, Laos und Kambodscha) zeigt die gegenwärtige Situation. Die wichtigsten Punkte aus dem gemeinsamen Kommuniqué der Außenminister der Asean (10. Juli) und der drei Indochinaländer (2. Juli):

Asean: bekundet eine tiefe Besorgnis über die „anhaltende illegale Besetzung Kambodschas durch vietnamesische Truppen“. Indochina: „Die Unwiderrufbarkeit der Situation ist heute mehr denn je bestätigt.“

## Kohl in Mexiko: Reise hat sich politisch und menschlich gelohnt

Bonn will sich mehr um Lateinamerika kümmern, strebt aber keine neue Politik an

W. THOMAS, Mexiko-Stadt

Helmut Kohl zitierte eine deutsche Marzistin, als er die kritischen Fragen eines kubanischen Korrespondenten zur Mittelamerika-Situation beantwortete. „Die politische Freiheit ist die Freiheit des Andersdenkenden“, erklärte der Kanzler unter Hinweis auf Rosa Luxemburg. „Ich halte mich an diesen Grundsatz, Duarte tut es, ich hoffe Sie auch.“

Auf einer Pressekonferenz wenige Stunden vor seinem Rückflug mußte Kohl zum heißen Eisen Mittelamerika Stellung beziehen. Ein Vertreter der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina wollte wissen, weshalb Kohl, die „Minderheitsregierung“ des neuen salvadorianischen Präsidenten José Napoleón Duarte unterstütze und die von zwei Jahren von Mexiko und Frankreich als „einfache politische Kraft“ anerkannte Guerilla-Bewegung El Salvador ignoriere. Auf der anderen Seite wünsche er aber Verhandlungen der sandinistischen Regierung mit den „Konterrevolutionären Banden.“

Kohl schlochte kurz und betonte, daß er „keine internationalen Propagandathesen“ erörtern wolle. Dann bekundete er seine Differenzen in der Beurteilung der Lage („Ich akzeptiere ihre Argumente nicht“) und brief sich auf Rosa Luxemburg. Zuvor hat

te Kohl Duarte – er kommt nächste Woche nach Bonn – als „meinen guten Freund“ und als Reformpolitiker gewürdigt, die jüngsten Äußerungen des nicaraguanischen Junta-Chefs Daniel Ortega jedoch korrigiert.

Ortega hatte in der vergangenen Woche der Bundesregierung vorgeworfen, „ein Komplize der verbrecherischen Reagan-Politik in Mittelamerika“ zu sein. Kohl: „Diese Beschuldigungen haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Auch Ortega weiß, daß sie nicht stimmen.“ Im Gegensatz zu Duarte müsse Ortega „erst einmal den Beweis erbringen, ob er für den Pluralismus eintritt.“

Der Bonner Regierungschef, der gerade sein zweites Gespräch mit dem mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid beendet hat, bekundete Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen. Er erwähnte auch Mittelamerika, wo Mexiko und die Bundesrepublik eine friedliche Lösung der Krise fördern würden. Kohl: „Der Ausweg ist nicht die Gewalt, der Ausweg sind Verhandlungen.“ Und: „Wir müssen das Elend abbauen und eine soziale Gerechtigkeit schaffen.“ Er habe von de la Madrid „sehr viel Interessantes zu dieser Situation“ erfahren, berichtet der Kanzler, ohne Einzelheiten zu nennen.

Von de la Madrid „klaren, klugen Urteil, von seiner Weisheit“ zeigte sich Kohl beeindruckt. Er will in Zukunft einen „sehr intensiven direkten Kontakt“ mit dem mexikanischen Staatsmann pflegen.

Der Lateinamerika-Besuch habe sich „politisch und menschlich gelohnt“, zog Kohl Bilanz. Er sei „von großem Nutzen gewesen, ein Beitrag zum Frieden der Welt“. Das während dieser Reise aufgebaute Gerücht von einer „neuen Lateinamerika-Politik“ Bonns korrigierte Kohl mit dem Hinweis: „Das ist keine neue Melodie. Das ist lediglich eine Wiederholung der alten Melodie.“

Das Versprechen, sich in Zukunft intensiver als bisher um die Probleme des Subkontinents zu kümmern, konnte er noch in Mexiko konkretisieren. Enthusiastisch unterstützte der Kanzler den Plan einer Außenministerkonferenz Ende September in Costa Rica, an der sich die Vertreter der EG-Nationen, Spaniens, Portugals, der mittelamerikanischen Staaten und der Conador-Länder (Mexiko, Kolumbien, Panama, Venezuela) beteiligen sollen. Beratungsthema: Die Mittelamerika-Krise; und die Möglichkeit eines stärkeren wirtschaftlichen und politischen Engagements Westeuropas. (SAD)

## Prozeß des Unbehagens für Warschau

Die vier angeklagten KOR-Mitglieder beharren auf Freispruch oder Schuldnachweis

ELISABETH RÜGE, Bonn

Seit dem 13. Dezember 1981, dem Tag des militärischen Coups von General Jaruzelski, sind sie eingesperrt – politische Gefangene. Heute beginnt der Prozeß gegen sie vor einem Warschauer Militärgericht, ein Prozeß, der den kommunistischen Machthabern in Polen erhebliches Kopfzerbrechen bereitet. Vor Gericht stehen die vier KOR-Führer Jacek Kuron, Adam Michnik, Zbigniew Rolawski und Henryk Wujec – ehemals Berater der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“.

Die Anklage wirft ihnen „Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes der Gesellschaftsordnung in Polen“ vor. Bis zu zehn Jahren Gefängnis drohen den „Staatsfeinden“, wenn die Beweisführung gelingt. Und damit tun sich die Gerichte schwer. Sonst hätten sie wohl den Prozeßbeginn nicht so lange hinausgezögert. Erst der Hungerstreik von Jacek Kuron dürfte das Verfahren beschleunigt haben, bei dem ausländische Beobachter unerwünscht sind.

Alle behördlichen Bemühungen, statt eines Prozesses die Schlichtung zu versuchen, das Verfahren im Sande verlaufen zu lassen, scheiterten an der Standhaftigkeit der Angeklagten.

Sie hätten längst frei sein können, doch zu Bedingungen, die dem Angeklagten unannehmbar erschienen: Sie sollten vorübergehend ins Exil abgeschoben werden oder sich schriftlich verpflichten, bis 1986 den Mund zu halten, nach der Freilassung auch nicht die Feder zu spitzen.

Mehrfach wurde Primas Glomp eingeschaltet, ebenso ausländische Vermittler, zuletzt ein Vertreter der Vereinten Nationen. Doch die vier Männer blieben standhaft, sie waren sich einig: entweder Freispruch oder Nachweis einer Schuld.

Alle vier KOR-Mitglieder sitzen für eine politische Überzeugung im Gefängnis, die schon mehrfach dazu führte, daß sie Freiheit mit den Gitterstäben vertauschen mußten. Was besonders die Historiker Kuron und Michnik in den Augen der Kommunisten so gefährlich macht: Sie kämpfen als überzeugte Marxisten. KOR – das frühere „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung“ – wollte niemals aus dem Sozialismus ausschließen. Die Gruppe war dennoch schon vor der Arbeiterbewegung ein Gefahrenherd für die Partei, weil sie den Funktionären Versagen vorwarf, ohne dabei das sozialistische System für Polen in Frage zu stellen.

Die Verfolgung der KOR-Aktivisten begann schon in den frühen sechziger Jahren, als der Student Kuron für eine gewagte Dissertation im Gefängnis wanderte: eine Sammlung antisozialistischer Konzeptionen. Im „polnischen März 1968“, als die Studenten gegen Lüge und Gängelung durch die Partei revoltierten, standen Kuron und Michnik an der Spitze. Erneute „Denkpausen“ im Gefängnis. 1976, bei den Arbeiterunruhen in Ursus und Radom, kam es zu Verhaftungen, Leid und Not für die Familienangehörigen der Betroffenen. Spontan halfen die Kollegen, teilten ihre Löhne. Die Hilfsaktionen zogen Kreise, bekamen Unterstützung von 14 Intellektuellen. Sie beschlossen die Gründung von KOR.

Mit dem Durchbruch der freien Gewerkschaft „Solidarność“ war das KOR-Ziel freilich erreicht, das Komitee löste sich auf.

Die Gewerkschaft wurde zerschlagen, doch die alten KOR-Ziele leben weiter. Während in Warschau der Prozeß anläuft, wollen „KOR-Getreue“ in Köln vor der polnischen Botschaft, dem polnischen Reisebüro Pol Orbis und der Fluggesellschaft LOT Mahnwachen aufstellen.

## Umstrittene Wahl beim Weltkirchenrat

Der neue Generalsekretär Emilio Castro bekennt sich zum kritisierten „Sonderfonds“

idea, Genf

Der neue Generalsekretär des Weltkirchenrates, Emilio Castro, hat sich nachdrücklich zum umstrittenen Sonderfonds des Antirassismusprogramms der Ökumenischen Organisation bekannt.

Vor der Presse in der Zentrale des Weltkirchenrates in Genf bezeichnete der methodistische Pastor aus Uruguay den Fonds, aus dem auch gewaltanwendende Bewegungen wie die namibische Swapo oder der prokommunistische ANC in Südafrika unterstützt werden, als „ehrlichen Versuch, denen zu helfen, die sich ausgegrenzt fühlen“. Es sei daher unfair, das Antirassismusprogramm mit Gewalt gleichzusetzen. Die Zahlungen seien für humanitäre Zwecke bestimmt.

Castro solidarisierte sich auch mit der „Theologie der Befreiung“. Ihre große Linie, sich für benachteiligte und unterdrückte Menschen einzusetzen, finde seine „volle Zustimmung“.

Es gebe jedoch innerhalb dieser theologischen Richtung Extreme, „über die man sprechen muß“, fügte Castro einschränkend hinzu. Er batte es für nötig und möglich, sich gewaltlos für Frieden einzusetzen.

Im Gespräch mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) haben die deutschen Mitglieder des Zentralkomitees die Wahl Castros begrüßt und die Erwartung geäußert, daß es verstärkt zu Brückenschlägen zwischen dem Weltkirchenrat und seinen Kritikern, vornehmlich den Evangelikalen, komme. Der Vorsitzende des Zentralkomitees, der Präsident im Kirchenamt der EKD, Heinz-Joachim Held (Frankfurt), wies darauf hin, daß sich Castro schon früher um eine Integration der Evangelikalen bemüht habe.

Ein Sprecher der Evangelikalen, die den Weltkirchenrat als theologisch und politisch einseitig ablehnen, Professor Peter Beyerhaus, äußerte dagegen, er erwarte von der Wahl Castros keine Kursänderung. Wie wenig sich ändere, zeige schon das Bekenntnis des neuen Generalsekretärs zum „fürchterlichsten Aspekt“ des Weltkirchenrates, dem Sonderfonds. Statt ein Zeichen der Buße für die „Blutschuld“ zu setzen, die der Weltkirchenrat auf sich geladen habe durch die Unterstützung von „marxistischen Terrorbewegungen“, die „zahlreiche afrikanische Christen“ ermordet hätten, habe sich Castro sofort nach seiner Wahl für die umstrittene und unbiblische Programm eingesetzt. Beyerhaus, Direktor des Instituts für Missionswissenschaft und Ökumenische Theologie an der Universität Tübingen, bezeichnete es ferner als bedenklich, daß Castro aktiv in der „prosozialistischen Friedenskonferenz (CFK) mitarbeitete, die jede Diskriminierung von Christen im Ostblock abstreite.“

## Direkthilfe für Afrikas Flüchtlinge

Genfer Treffen vom Ostblock boykottiert / Bundesrepublik gibt dieses Jahr 30 Millionen

DW, Genf

Die 112 Teilnehmer der Flüchtlingshilfekonferenz für Afrika in Genf haben sich zum Abschluß des dreitägigen Treffens bereit erklärt, rund hundert Millionen Dollar für 16 afrikanische Länder zur Verfügung zu stellen. In diesen Ländern leben rund 2,6 Millionen der etwa vier Millionen Flüchtlinge des Kontinents. Als vorrangig bezeichneten die Sponsoring-Hilfe für Somalia, das 700 000 Flüchtlinge aufgenommen hat, sowie für Sudan mit 690 000 und Äthiopien mit 340 000 Flüchtlingen.

Auf der Konferenz wurde offiziell mitgeteilt, daß über ein Drittel der rund 130 Projekte, die von 15 afrikanischen Staaten in Genf präsentiert worden waren, von den potentiellen Geberländern angenommen oder wohlwollend geprüft wurden. Es geht dabei um mittel- und langfristige Vorhaben zum Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur im Gesamtwerk von 382 Millionen Dollar

in Ländern mit besonders vielen Flüchtlingen. So will sich die Bundesrepublik Deutschland mit Projekten in Sudan, Somalia und Kenia befassen. Bonn stellt allein 1984 mehr als 30 Millionen Mark für Flüchtlinge in Afrika zur Verfügung. Insgesamt bringt die Bundesrepublik weltweit mehr für Entwicklungshilfe auf als die Sowjetunion und ihre Verbündeten zusammengekommen.

Die Warschauer-Pakt-Staaten, die unter Führung der Sowjets zur Verursachung der afrikanischen Flüchtlingsprobleme beitragen, blieben der Genfer Konferenz fern. Dabei stammt die Hälfte der Flüchtlinge, rund zwei Millionen, aus Äthiopien, dessen Militärregierung von den Sowjets gestützt und mit Waffen ausgerüstet wird. Vor diesem Hintergrund ist die in Genf sichtbare Strategie der westlichen Länder verständlich, ihre zukünftigen Hilfeleistungen weniger über anonyme internationale Organisationen fließen zu lassen, sondern

sie bilateral zu verwickeln, damit den Empfängern bewußt wird, von wo die Hilfe kommt.

Für die von der Konferenz beschlossene neue Strategie der Verknüpfung von Flüchtlings- und traditioneller Entwicklungshilfe setzte sich auch der Leiter der Bonner Delegation, der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, ein. Soforthilfe könne nicht mehr die abschließende Antwort auf die afrikanische Flüchtlingsnot sein. Die Bonner Regierung habe „ihre Entwicklungspolitik auf diese neue Dimension der Flüchtlingshilfe eingestellt“, sagte er vor den Delegierten.

Der Konferenz-Präsident Leo Tindemans, Außenminister Belgiens, wertete das Treffen als einen „bedeutenden Erfolg“. Der Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit, Peter Onu, äußerte jedoch, man müsse noch abwarten, ob und wie die akzeptierten Projekte verwirklicht werden.



t sich  
gelohn

neue Politik

Madrid, klarer  
seiner Weichen  
eindrückt. Er will  
sehr intensiven  
mit dem merkan  
pflegen.

inamerika-Bericht  
sch und mensche  
Kohl Bilanz. Er  
zen gewesen, ein  
der Welt. Das  
aufgetauchte Ge  
neuen Lateinamer  
korrigierte Kohl  
as ist keine neue  
möglich eine Was  
en Melodie.

arscha  
r Schuldnahe

folgung der KOR  
in schon in den  
ahren, als der Sime  
gewagte Diszette  
wanderte: eine Sae  
tischer Konzepte  
in März 1968, ab  
gen Lüge und Ge  
Partei revolutionär  
Michnik an der  
denkpause im Ge  
an Arbeiterunruhe  
dom, kam es zu Ver  
und Not für die Fra  
der Betroffenen  
Kollegen, teilte  
Hilfsaktionen zug  
Unterstützung nah  
Sie beschloss die  
KOR.

Durchbruch des  
Solidarität  
freilich erreicht  
sich auf.

verkaufte wurde  
die alten KOR-Be  
anwend in West  
n läuft. Allen di  
Kohl vor der pl  
dem polnischen  
und der Flucht  
in wachen schreie

fortsetz  
hungen begründ

ie Politik unserer  
rtrier ist nicht  
en Hilfe ch.

lere Besatzung  
Bemerkung, daß  
notfalls bereit sei  
digungsgröße sein  
sich zu stemm  
dell, beim Name  
dies ganz offenk  
darauf, daß Gorb  
aktuellen Rolle  
Fahrtweg in Gorb  
NATO-Mitgl  
sind die  
Herausforderung  
sich jenseits de  
er sie vergeben  
anmen als zu d  
diese globale  
dar, Russen  
nd heute in der  
ise bis Zimstang  
inseln bis über  
n Grenze für die  
e Welt.

irritien  
ie Außenminister

die von der 1980  
it zusammenge  
wurzeln. Das  
mittlerweile eine  
ng mit  
phären und  
lagen zu lange  
Gegenseite reag  
in sich zugewand  
u weiteren Expan  
is gewandelt hat

Relation in Kanad  
sehr zugunsten  
wickelt, das H  
erweiterung d  
steht. Das  
ngen. Der  
neil. Dieser  
Grenze zu  
nische Trup  
Nach Aus  
in Europa  
nung der  
in der  
as die  
in der



# Ein Plädoyer für saubere Lösungen.

Umweltschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben zur Sicherung unserer Zukunft.

Daimler-Benz hat dem in seiner Produktpolitik Rechnung getragen und unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, weitere Fortschritte zur Reduzierung der Schadstoffe im Abgas zu erreichen.

So haben wir zum Beispiel die Modelle 190 E, 230 E und 380 SE mit Katalysatoren in unser Programm aufgenommen.

Wir wollen hier jedoch nicht halt machen und werden dieses Angebot ab 1986 wesentlich erweitern.

Viele politische Schritte waren notwendig, um die Grenzen in Europa zu öffnen. Daher brauchen wir auch beim Umweltschutz – wenn die Luftqualität wirksam verbessert werden soll – europäische Lösungen.

Wir fordern sie aber nicht etwa, um den Fortschritt zu verzögern.

Im Gegenteil, Daimler-Benz wäre bereit, wieder

um in Vorleistung zu treten: Wir würden die europäischen Grenzwerte für Schadstoffe im Abgas, die ab 1989 vorgesehen sind, vorzeitig erfüllen und damit unsere konstruktive Haltung und Verantwortung gegenüber der Umwelt erneut dokumentieren.

Natürlich ist Umweltschutz nicht zum Nulltarif zu haben. So kostet zum Beispiel eine Abgasreinigungsanlage – und das ist nicht der Katalysator allein – je nach Fahrzeuggröße bei serienmäßiger Ausstattung zwischen 1.500,- und 2.500,- DM. Wir haben dabei nie eine Politik verfolgt, um die Durchsetzung des umweltfreundlichen Autos am Markt zu behindern.

Katalysatoren erfordern unverbleites Benzin, und zwar in Super-Qualität, wenn man den Kraftstoff-Mehrverbrauch in Grenzen halten will.

Um den grenzüberschreitenden Verkehr für Fahrzeuge mit Katalysatoren zu gewährleisten, muß unverbleites Benzin in Europa flächendeckend angeboten werden. Wir sind zuversichtlich, daß dies

der Bundesregierung gelingt.

Ein nationaler Alleingang – ohne Rücksicht auf das EG-Recht – könnte bedenkliche Folgen für die Handelspolitik haben. Denn wir sind darauf angewiesen, mehr als die Hälfte unserer Personenwagen zu exportieren.

Umweltschutz ist eine zu wichtige Sache, als daß sie im Meinungsstreit abgenutzt werden darf. Nicht Polemik, sondern Vernunft sollte Maßstab des Handelns sein.

Unsere Kunden und die Öffentlichkeit erwarten, daß wir unserer Verantwortung gerecht werden. Wir bei Daimler-Benz wollen dem entsprechen.

Wir haben nicht auf Gesetze gewartet, sondern unsere Entscheidungen getroffen, weil wir unsere Entwicklungskapazitäten langfristig gezielt einsetzen müssen.

Damit der Mercedes auch künftig Maßstäbe setzt.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft.



## Longos Rücktritt verhindert Regierungskrise

**AFP, Rom**  
Der Rücktritt des italienischen Haushaltsministers Pietro Longo hat die Regierung des Sozialisten Bettino Craxi vor einer Zerfallsprobe bewahrt. Longo, der Vorsitzender der an der Regierungskoalition beteiligten Sozialdemokratischen Partei ist, gab gestern Vormittag nach einem rund einstündigen Gespräch mit Ministerpräsident Craxi seinen Verzicht auf sein Amt bekannt. Craxi wird vorläufig das Haushaltsministerium übernehmen, das mittelfristig wieder mit einem Sozialdemokraten besetzt werden soll.  
Der Rücktritt Longos war erwartet worden, nachdem eine parlamentarische Untersuchungskommission über die Tätigkeit der Geheimen Loge P-2 ihren Bericht vorgelegt hatte. Die Kommission war darin namentlich zu dem Schluss gekommen, daß eine in der Wohnung des „Großmeisters“ Licio Gelli entdeckte Mitgliederliste mit dem Namen von Longo und 961 anderen Personen als authentisch gelten kann. Der Bericht hatte das italienische Parlament am Dienstag angenommen. Eine Regierungskrise war in Rom für den Fall befürchtet worden, daß Longo seine Partei aus der Regierungskoalition, der Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale angehören, zurückziehen würde, wie er zeitweise angedroht hatte.

## Polen attackiert die ILO

**rt, Warschau**  
Polen wird nach offiziellen Angaben solange die Sitzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) boykottieren, wie die ILO ihre Einstellung gegenüber Polen nicht ändert. Der Vizepräsident der internationalen Organisationen im polnischen Außenministerium, Henryk Sokalski, sagte in einem gestern veröffentlichten Interview der Regierungsschau „Rzeczpospolita“, bei der ILO sei kein Anzeichen eines guten Willens erkennbar. Es gebe eine anti-polnische Kampagne, die vor allem aus ideologischen Motiven und der Konfrontationshaltung einiger Regierungen herrühre.  
Die Rückkehr Polens zur ILO hänge nicht von Warschau ab, sondern von der Beseitigung der Gründe für sein Fernbleiben, sagte Sokalski.

## Kein Geld für Beratung von Neugründungen mehr

Wirtschaftsministerium gehen die Haushaltsmittel aus

**HEINZ HECK, Bonn**  
Dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) gehen die Haushaltsmittel für die Existenzgründungsberatung aus. Dabei hatte die neue Bundesregierung gleich nach Amtsantritt im Herbst 1982 als Sofortmaßnahme die Förderprogramme für Existenzgründer durch zusätzliche Mittel 1983 und Verbesserung der Förderkonditionen attraktiver gestaltet.  
Nach Angaben des Bundesverbands der Selbständigen (BDS) war der Zuspuch gewaltig: 1983 stieg die Zahl der geförderten Unternehmensberatungen gegenüber dem Vorjahr auf das Vierfache. Die bisherige Entwicklung der 1984 bearbeiteten Anträge zeige eine weitere Steigerung um mehr als 200 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Allerdings ist die einzelne Beratungsförderung mit maximal 2500 bis 2700 und durchschnittlich 1500 Mark Bundeszuschuß ausgesprochen bescheiden. Erstattet werden 510 Mark je Beratungstag sowie Reisekosten des Beraters.  
Bei der rasanten Nachfrageentwicklung reichen die verfügbaren Haushaltsmittel nicht aus. Das BMWi bestätigt, daß der Titel Industrie, Verkehr und sonstiges Dienstleistungsgewerbe „so gut wie erschöpft“ sei, die in den Titeln Handel, Groß- und Außenhandel, Ein-

zelhandel und Energie vorhandenen Mittel ebenfalls nicht bis zum Jahresende reichen dürften. Da mit einer nachträglichen Aufstockung nicht zu rechnen ist, könnte höchstens durch Umschichtungen aus anderen Titeln oder Verlagerungen auf 1985 der Abbruch dieses Programms.  
Auch wird über eine erneute Korrektur der Förderkonditionen nachgedacht. Bereits mit Wirkung vom 1. April 1984 war der Bonner Zuschuß zum sogenannten Tagewerksatz der Berater von 90 auf 75 Prozent (612 auf 510 Mark) herabgesetzt worden. Der BDS hat dem Wirtschaftsministerium Vorschläge hierzu gemacht. Darin wird unter anderem angeregt, einen Haushaltsartikel „Existenzgründungs- und -aufbauarbeiten sowie Informations- und Schulungsveranstaltungen“ zu schaffen. Die Zusammenfassung der Mittel in einem solchen branchenübergreifenden Titel würde die geschätzte Diskriminierung einzelner Wirtschaftszweige vermeiden.  
Eine weitere Verschlechterung der Förderkonditionen lasse sich mit der Haushaltskonsolidierung plausibel begründen, meint der BDS, der Abbruch der Förderung dagegen nicht. Da die Zahl der Existenzgründungen seit März 1984 wieder zurückgeht und die Konkurrenz wieder steigt, käme die Botschaft aus Bonn auch zum falschen Zeitpunkt.

## Nürnberg zahlt doch

Fortsetzung von Seite 1

Elverfahren letztinstanzliche Entscheidung des Landessozialgerichts Hessen akzeptieren, obwohl der Entscheidungsrund - Gefährdung der Arbeitskampfpflicht - weggefallen ist, und die Entscheidung des Bundessozialgerichts als letzter Instanz im Hauptverfahren abwarten. Hauptgeschäftsführer Stadler in Frankfurt dazu: „Auch die Bundesanstalt kann, da die Voraussetzungen für die Schnellverfahren weggefallen sind, und damit auch für die Entscheidung des Landessozialgerichts, nicht nach den Grundsätzen handeln, die sie aufgrund dieser Verfahren glaubte aufstellen zu müssen.“ Schließlich vertrete die Bundesanstalt ja im Hauptverfahren die Auffassung, daß der Frankfurter Rechtsrat sei und von den Sozialgerichten im Schnellverfahren zu Unrecht ausgesetzt wurde.

Die Bundesanstalt sieht nach Angaben ihres Sprechers anders als die Arbeitgeber jetzt keinen Handlungsbedarf bei Gericht. Sie will die im

Elverfahren letztinstanzliche Entscheidung des Landessozialgerichts Hessen akzeptieren, obwohl der Entscheidungsrund - Gefährdung der Arbeitskampfpflicht - weggefallen ist, und die Entscheidung des Bundessozialgerichts als letzter Instanz im Hauptverfahren abwarten. Hauptgeschäftsführer Stadler in Frankfurt dazu: „Auch die Bundesanstalt kann, da die Voraussetzungen für die Schnellverfahren weggefallen sind, und damit auch für die Entscheidung des Landessozialgerichts, nicht nach den Grundsätzen handeln, die sie aufgrund dieser Verfahren glaubte aufstellen zu müssen.“ Schließlich vertrete die Bundesanstalt ja im Hauptverfahren die Auffassung, daß der Frankfurter Rechtsrat sei und von den Sozialgerichten im Schnellverfahren zu Unrecht ausgesetzt wurde.

## Differenzen in der FDP über den Termin für abgasarme Autos

Genscher widerspricht Bangemann / Bundesrat erörtert Vorstoß aus Stuttgart und München

**MANFRED SCHELL, Bonn**  
Über einen Kernbereich des Umweltschutzes, die Einführung des abgasarmen Autos von 1986 an, gibt es nicht nur innerhalb der Regierungskoalition, sondern vor allem zwischen dem FDP-Vorsitzenden Genscher und dem neuen Wirtschaftsminister Bangemann (FDP) Frontstellungen. Beide Seiten scheuen sich nicht, ihre unterschiedlichen Positionen inzwischen auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Genscher ist sogar so weit gegangen, die Initiative der Landesregierungen von Stuttgart und München zu begrüßen, mit der beabsichtigt ist, Autos vom 1. Januar 1986 an nur noch dann zuzulassen, wenn sie den restriktiven amerikanischen Abgasvorschriften entsprechen. Der Bundesrat wird sich heute mit diesem Vorstoß der beiden Landesregierungen erstmals befassen.  
Die Entscheidung, ob für Katalysatoren-Autos neben den bereits beschlossenen Erleichterungen bei der Kraftfahrzeugsteuer eine „Kaufprämie“ gezahlt wird, soll endgültig im September fallen. Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) hat vorgeschlagen, von 1986 an einen „Kaufpreis“ von 1500 Mark als Einstieg zu zahlen, der dann bis 1989 auf 800 Mark gesenkt werden soll. Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) ist gegen solche Kaufprämien. Zimmer-

mann ließ gestern mitteilen, er rechne damit, daß das Kabinett im Herbst in seinem Sinne beschließen werde.  
Der Innenminister baut dabei vor allem auf Kanzler Kohl, dem er vor der jüngsten Kabinettsitzung am 3. Juli in einem einstündigen Vieraugen-Gespräch die Problematik und die „politische Dimension“ dieses Vorhabens erläutert hat. In der anschließenden Kabinettsitzung war es dann aber nicht zu einer Entscheidung gekommen, weil sich Stoltenberg und Bangemann - der Wirtschaftsminister war erst wenige Tage im Amt - den Vorhaben des Innenministers widersetzen. Kohl wollte kein kontroverses Abstimmungsergebnis. Genscher, Verkehrsminister Dollinger und auch Familienminister Geißler waren auf der Seite Zimmermanns, ebenso der Bundeskanzler.

Bereits während der Kabinettsitzungen hatten sich Differenzen zwischen Genscher und Bangemann gezeigt. Der Außenminister wies Bedenken des Wirtschaftsministers, das Vorhaben Zimmermanns könne gegen EG-Recht verstoßen, zurück. Inzwischen hat der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Morlok einen weiteren, wiederum anders akzentuierten Beitrag zu dieser Diskussion geliefert. Er kündigte an, Bonn müsse notfalls einen „Alleingang“ in dieser Angelegenheit einklagen.

Nach der Kabinettsitzung am 4. Juli hatte Genscher von einer „Lokomotivrolle“ Bonns im Umweltschutz gesprochen. Die FDP „unterstützt mit Nachdruck“ Kaufprämien für umweltfreundliche Autos „zusätzlich zu der Erleichterung bei der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer“. Inzwischen ging Genscher so weit, sich die Forderung, die Einführung abgasarmer Autos „vorzuschreiben“, zu eigen zu machen.

E.N. Bonn

Alle SPD-regierten Bundesländer werden sich heute dem Antrag des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat anschließen, mit dem das umweltfreundliche Kraftfahrzeug entgegen dem von der EG-Kommission entworfenen Terminschema schon am 1. Januar 1986 eingeführt werden soll. Während der Bundesratsminister von Nordrhein-Westfalen, Günter Einert, vor der Presse auch dafür eintrat, finanziellen Druck auf die Europäische Gemeinschaft in dieser Angelegenheit auszuüben, meinte der hessische Ministerpräsident Böcker den Verband der deutschen Automobilindustrie schade seinen Mitgliedern mit „Tatensendungen“ über angeblich hohe Kosten des Katalysators, der schon längst zu passablem Preis in deutsche Exportautos eingebaut werde.

## Bayern bleibt bei BMW-Förderung

rt, München

Das bayerische Wirtschaftsministerium hat die Forderung der SPD zurückgewiesen, die Förderung für das im Bau befindliche BMW-Werk Regensburg wegen der geplanten Streichung neuer Arbeitsplätze zu überprüfen. BMW habe sich bei der Festlegung der Förderung verpflichtet, bis 1988 rund 1700 und bis 1990/91 insgesamt 3500 Arbeitsplätze in dem Werk neu zu schaffen, sagte ein Sprecher des Ministeriums. Diese Ziele seien auch im Anstellungsvertrag mit der Stadt Regensburg festgelegt. Darüber hinausgehende Arbeitsplatzzahlen seien dagegen „niemals Grundlage“ für die Förderung gewesen. BMW habe angekündigt, daß es bei den ursprünglich geplanten 3500 Arbeitsplätzen bleiben wird.

## Abbau der Kontrollen

Co. Bonn

Eine deutsch-französische Kommission unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramtes, Schreckenbach, und des Generalsekretärs im Elysee-Palast, Bianco, hat in Bonn eine Vereinbarung über den Abbau der Grenzkontrollen zwischen beiden Ländern paraphiert, die eventuell noch in dieser Woche in Kraft gesetzt werden soll.

Die Abmachung sieht Erleichterungen in drei Stufen vor:  
1. Noch im Juli, möglichst am kommenden Montag, soll an der deutsch-französischen Grenze ein Kontrollverfahren ohne Wartezeiten eingeführt werden. Es wird nur noch Sichtkontrollen bei fließendem Verkehr geben. Lediglich in Zweifelsfällen und bei Stichproben sind noch Einzelkontrollen möglich.

2. Bis zum nächsten Treffen von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand im Oktober in Bonn sollen weitere Maßnahmen vorbereitet werden. Dazu gehören eine engere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Zoll beider Länder und die Angleichung der Vorschriften für Sichtvermerke. Erleichtert werden soll auch der grenzüberschreitende Verkehr von Reisebussen.  
3. Bis Ende 1986 wollen sich Paris und Bonn bemühen, die Voraussetzungen für einen völligen Wegfall der Kontrollen im Personenverkehr und im Güterverkehr zu schaffen.

Dazu gehört insbesondere die Harmonisierung einschlägiger Gesetze. Die beiden Regierungen wollen darauf hinwirken, daß die Rechtsvorschriften über die Anstellung von Pässen harmonisiert werden.

## Bonn weist Protest Moskaus scharf zurück

Co. Bonn

Die Bundesregierung hat eine Intervention Moskaus gegen die Aufhebung von Rüstungsbeschränkungen durch die Westeuropäische Union (WEU) mit ungewöhnlicher Schärfe zurückgewiesen. Die sowjetische Kritik daran, daß die Bundesrepublik - ohne dies konkret zu beabsichtigen - auch Flugkörper größerer Reichweite und Bombenflugzeuge für strategische Zwecke herstellen dürfe, sei eine „nicht akzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland und der europäischen Partner der WEU“, heißt es in einem Memorandum, das gestern dem sowjetischen Botschafter Semjonow im Bonner Auswärtigen Amt übergeben wurde.

Semjonow hatte zwei Tage vorher Bundesaußenminister Genscher ein sowjetisches Memorandum überreicht, in dem Besorgnis darüber geäußert wurde, daß Bonn jetzt offensivstenfalls herstellen könne, die auch entferntere Staaten bedrohen könnten. Die Bundesrepublik habe ohnehin ein Militärpotential, das ihre Verteidigungsbedürfnisse übersteige.

Die Bonner Antwort mit Gegenvorwürfen und dem generellen Hinweis: „Die Bundesrepublik Deutschland hat ein klares, unverrückbares und - im Gegensatz zum sowjetischen Verhalten - niemals verletzendes Bekenntnis zum Gewaltverzicht abgegeben.“

## Urteil gegen Verkabelung

AP, Berlin

Erstmals hat in Berlin ein Gericht die Verkabelung eines Wohnblocks rückgängig gemacht. Das Amtsgericht Tempelhof/Kreuzberg verurteilte das gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen „Petruwerk“ dazu, 800 Wohneinheiten im südlichen Ortsteil Lichterfelde vom Kabelnetz der deutschen Bundespost abzuschalten und wieder eine Dachantenne zu installieren. In der Urteilsbegründung heißt es, daß mit dem Kabelanschluß kein Wertverbesserung der Wohnungen verbunden sei, da das Kabel den Mietern zur Zeit keine zusätzlichen Programme anbiete. Ferner hätte das „Petruwerk“ vor dem Anschluß an das Postkabel die Zustimmung der Mieter einholen müssen. Das Wohnungsbauunternehmen will das Urteil aufheben.

## MOTORSPORT

### Nur 35 Pfennig Schmerzensgeld für Ecclestone

SAD, Paris

Jean-Marie Balestre, Präsident des Internationalen Automobilsport-Verbandes (FISA), verlor einen Verleumdungsprozeß gegen den französischen Buchautor Jean-Pierre Dubreuil („Die goldenen Boliden“), bekam aber umgerechnet rund 1700 Mark Schmerzensgeld zugesprochen - wegen einiger Anspielungen auf sein Privatleben.  
Der Sportjournalist Jean-Pierre Dubreuil hatte vor einigen Monaten (die WELT berichtete) ein kritisches Buch über die Welt der Formel 1 veröffentlicht und darin sowohl FISA-Präsident Balestre wie auch den Engländer Bernie Ecclestone, Präsident der Konstrukteurs-Vereinigung (FOCA), heftig angegriffen. Seinem Landsmann Balestre warf Dubreuil vor, mit den deutschen Besatzungstruppen im Zweiten Weltkrieg zusammengearbeitet zu haben. Außerdem habe er mehrere undurchsichtige Finanztransaktionen durchgeführt. Über den Engländer Ecclestone schrieb der Sportjournalist in seinem Buch, er habe höchst zwielichtige Verträge mit internationalen Sponsoren abgeschlossen.

Das Gericht in Paris bestätigte nun dem FISA-Präsidenten, daß Dubreuil in seinem Buch tatsächlich über das Privatleben von Balestre berichtet. Da dies nach französischem Recht verboten ist, wurde Balestre ein sogenanntes Schmerzensgeld von rund 1700 Mark zugesprochen. Zurückgewiesen dagegen wurde Balestres Beleidigungsklage wegen seiner Verleumdung während des Zweiten Weltkrieges. Balestre hatte in diesem Zusammenhang eine „finanzielle Wiedergutmachung“ (Balestre) in Höhe von umgerechnet rund 300 000 Mark gefordert. Geld bekommt er nicht, dafür hat er jetzt sogar den Schaden, denn Jean-Marie Balestre muß noch die Prozeßkosten tragen.

FOCA-Präsident Bernie Ecclestone hatte den Buchautor wegen Beleidigung auf umgerechnet rund 3,3 Millionen Mark Schadenersatz verklagt. Das Gericht sah den Tatbestand der Beleidigung zwar als gegeben an, befand den angeklagten Schaden jedoch nur als „moralisch“. Aus diesem Grund bestimmten die Pariser Richter, daß der Engländer nur eine symbolische Entschädigung in Höhe von umgerechnet 35 Pfennig erhält. Mit diesem Betrag wird sich Ecclestone zufrieden geben müssen. Pyrrhus-Siege der beiden wichtigsten Männer im Formel-1-Sport.

## FUSSBALL

### Otto Rehhagel ist überzeugt: Völler bleibt bis 1987

BERND WEBER, Bremen

Seit Wochen ist es Thema aller möglichen und unmöglichen Spekulationen: Bremens Nationalspieler Rudi Völler und sein geplanter oder beabsichtigter Wechsel zum spanischen Renommierklub FC Barcelona füllen das Sommerloch des Fußballs. Sieben bis neun Millionen Mark Ablöse wolle Werder Bremen verlangen, der Spieler soll eine Million Mark netto pro Jahr verdienen - so die Gerüchte. Nun ist die Entscheidung gefallen, Trainer Otto Rehhagel ist jedenfalls davon überzeugt: Völler bleibt.

Und nicht nur das: Aller Voraussicht nach wird der Mittelstürmer nicht nur seinen im Juli 1985 auslaufenden Vertrag erfüllen, er wird sogar noch einen Zweijahresvertrag unterschreiben und den Bremern somit mindestens bis 1987 erhalten bleiben. Das sei das Ergebnis, daß Otto Rehhagel in den letzten Tagen mit Völler erreicht habe.

Der Trainer sagte zur WELT: „Ich habe ganz offen mit Rudi gesprochen. Wir waren uns beide einig, daß er auf der Stelle seine Zelte hier abbrechen müsse, wenn es ihm ausschließlich um das große, schnellverdiente Geld ginge.“ Die sportliche Weiterentwicklung des Stürmers sei aber schließlich wichtiger gewesen. Rehhagel: „In Bremen hat Völler ein Umfeld gefunden, in dem er sich hundertprozentig wohlfühlt. Rudi ist erst 24 Jahre alt. Wir alle gehen davon aus, daß er den Höhepunkt seiner sportlichen Entwicklung längst noch nicht erreicht hat. Und wir sind uns sicher, daß ihm die Struktur der Bremer Mannschaft die beste Gewähr dafür bietet, sich in seinen Leistungen weiter zu verbessern.“

Wenn Völler tatsächlich bis 1987 in Bremen bleibt (Rehhagel: „Davon gehe ich aus“), dann wäre das ein großer persönlicher Triumph des Trainers. Er kann für sich in Anspruch nehmen, mit seinem großen Engagement den besten Bremer Spieler gehalten zu haben. Außerdem böte Völlers Vertragsverlängerung die Garantie dafür, daß die Bremer Mannschaft ihren Leistungsstand (dreimal hintereinander Teilnehmer am UEFA-Cup) halten kann. Fest steht, daß Rudi Völler auch in der Vergangenheit stets auf Otto Rehhagels Ratschläge gehört hat.

Übrigens: Auch Otto Rehhagels Vertrag mit Werder Bremen läuft im Sommer 1986 aus ...

## AMATEURBOXEN / Ein geflüchteter Pole kehrte in seine Heimat zurück

### Vom Trunkenbold zum Helden - die Erzählungen des Andrzej Danielka

SCHMIDLA/GÖRLICH, Bonn

Die polnischen Medien frohlocken. Ein Opfer der kapitalistischen Machenschaften“ gibt Interviews. „Zerknirsch“ sei er zurückgekehrt aus der Bundesrepublik, in der ihm gar Schreckliches widerfahren ist. Der Held ist Boxer, heißt Andrzej Danielka, ist 22 Jahre alt und stammt aus Kattowitz.

Dieser Mann diktiert polnischen Journalisten seit fünf Wochen seine tündelnde Erzählung in die Notizblöcke: Mit Alkohol sei er gefügig gemacht worden, damit er im Westen bleibe. Dann habe er auf dem Sportplatz täglich zwölf Stunden lang geschuftet müssen, für 100 Mark pro Tag. Schließlich sei er bei der Müllabfuhr gelandet, habe 2300 Mark im Monat verdient. Doch davon sei ihm die Miete für eine möblierte Wohnung abgezogen worden, so daß ihm nichts geblieben sei. Da sei ihm der Kragen geplatzt, heimlich habe er sich in den Zug Richtung Kattowitz gesetzt.

Das sind die, die mitleiderregenden Erzählungen des harten Boxers Andrzej Danielka. Im August letzten Jahres habe er sich von seiner Mannschaft abgesetzt und war in der Bundesrepublik geblieben. Damals mußte er noch ein ganz anderer Mensch gewesen sein. Die polnische Zeitung „Sport“ schrieb, er sei ein „Trunkenbold und Krimineller“. Ihm wurde vorgeworfen, Drogen zu verkaufen, den Box-Verband des Landes verlassen zu haben. Andere Sportler habe er zur Flucht angestiftet.

Damals Abschaum, heute Held - wie das? Die Geschichte des Andrzej Danielka kann Beispiel dafür sein, mit welchen überzogenen Erwartungen und Ansprüchen sehr oft gerade polnische Sportler in der Bundesrepublik bleiben und sich dann nicht mehr zurechtfinden.

Im August 1983 kam eine Box-Mannschaft aus Kattowitz zu zwei Vergleichskämpfen gegen eine Südwest-Auswahl nach Rheinland-Pfalz. Beim ersten Kampf in Lauterbach saß auch Günter Wiewecke, der Trainer der Box-Abteilung des 1. FC Kaiserslautern, unter den Zuschauern. Wiewecke machte eine Entdeckung: „Als ich den Richard Kosior kämpfen sah, dachte ich gleich, das wäre ein für uns.“ Als er dann noch erfuhr, daß Kosior, ebenfalls 22 Jahre alt, in der Bundesrepublik bleiben wollte, handelte er schnell.

Am Morgen nach dem zweiten Kampf in Landau rief Kosior - wie vorher mit den Verantwortlichen des

Vereins verabredet - in Kaiserslautern an. Bei Stanislaw Madej, dem in Lublin geborenen Gerätewart des Klubs, Madej sollte wegen seiner polnischen Sprachkenntnisse Ansprechpartner von Richard Kosior sein. Der Boxer am Telefon: „Ich habe noch einen mitgebracht, der heißt Andrzej Danielka.“ Kaiserslauterns Trainer Wiewecke: „Was sollten wir denn machen, wir konnten den doch nicht einfach sitzenlassen. Also haben wir ihn auch genommen.“

Heute wären die Boxer von Kaiserslautern froh darüber, wenn sie hart geblieben wären und Danielka gleich wieder in die Heimat zurückgeschickt hätten. Anfangs erschien der Boxer noch als Verstärkung der Oberligamannschaft, später entpuppte er sich als Unruhestifter und bestätigte nur das Urteil der polnischen Zeitung „Sport“ direkt nach seiner Flucht - ein Trunkenbold. „Er war dem Wodka verfallen“, sagt Günter Wiewecke. Stanislaw Madej ergänzt: „Der hat auch den Kosior immer zum Trinken animieren wollen.“

In den ersten sechs Wochen nahm Madej die beiden jungen Polen in seiner Wohnung auf, dann bezogen beide eine eigene Wohnung. Kosior lebte sich in Kaiserslautern gut ein (er fühlt sich noch heute wohl in der Pfalz), Danielka fiel bald durch seinen großen Alkoholkonsum auf. Dem Verein wurde immer öfter gemeldet, er treibe sich nachts in Bars herum und verlaufe dann den ganzen nächsten Tag.

Ein halbes Jahr lang konnten die beiden Polen für ihren neuen Verein nicht boxen, weil ihr Heimatverband sie hatte sperren lassen. In dieser Zeit unterstützte die Box-Abteilung des 1. FC Kaiserslautern beide großzügig. Trainer Günter Wiewecke: „Danielka hat die gleiche Konfektionsgröße wie ich. Deshalb konnte ich ihn sieben bis acht Paar Schuhe, zwei Lederjacken und vieles mehr geben. Er ist praktisch von mir eingekleidet worden.“ Und weiter: „Ich habe sogar noch eine Anzeige gegen ihn abgegeben. Im Trainingslager der Kattowitzer, in einem Naturfreundehaus in Worms, mußte er seinen Paß aus dem Zimmer des Mannschaftsbetreters stehlen. Dabei hat er eine Fenster-scheibe eingeschlagen.“

In den Erzählungen des „Zerknirschten“ in die Heimat zurückgekehrten Boxers, also auch in den polnischen Medien, ist Wiewecke heute

„Hauptschuldiger und Ausbeuter“ ...  
Die angebliche Ausbeutung in den Worten von Wiewecke: „Danielka und Kosior haben jeder 250 Mark in der Woche bekommen, dafür sollten sie auf dem Sportplatz ein wenig aufräumen. Außerdem spendierte der Wirt des Stadion-Restaurants ihnen jeden Tag das Mittagessen. Der Förderkreis des 1. FC Kaiserslautern stellte für die beiden 6000 Mark zur Verfügung. Im März haben wir ihnen dann Anstellungen bei der Müllabfuhr besorgt. Aber Danielka hat seinen Lohn gleich immer verfallen.“

Gerätewart Madej: „Danielka verdiente gut (2300 Mark, wie er ja selbst sagt). Aber er hatte nie Geld in der Tasche. Auch die Fahrkarte nach Kattowitz mußte ihm Richard Kosior bezahlen.“

Günter Wiewecke bescheinigt Danielka noch heute ein großes Talent: „Er war immerhin polnischer Meister im Bantamgewicht und auch besser als Kosior. Aber er war zu faul, er wollte nicht trainieren. Er hat für uns nur zwei Kämpfe bestritten.“ Und im entscheidenden Aufstiegskampf des 1. FC Kaiserslautern gegen den Boxring Württemberg enttäuschte Danielka seinen Trainer besonders. Er erreichte nur ein Unentschieden gegen den Türken Aydin, Kaiserslautern blieb drittklassig, schaffte den Sprung in die zweite Bundesliga nicht.

„Der wollte nicht schaffen“, ist heute Wieweckes kurze Antwort, wenn er gefragt wird, warum der Boxer in seine Heimat zurückgekehrt ist. Die Vermutung von Stanislaw Madej über die Motive der plötzlichen Rückkehr: „Er hat sich das hier alles viel zu einfach vorgestellt.“ Ein Beispiel dafür nennt der polnisch sprechende Gerätewart des 1. FC Kaiserslautern auch: „Für jeden Kampf wollte er 500 Mark haben. Da haben wir ihn ausgelacht.“

Am Ende bleibt denn für Madej nur ein Schuß Sarkasmus und Ironie, wenn er an Andrzej Danielka zurückdenkt: „Als er kam, trat er noch im Bantamgewicht an. Das geht bis 54 Kilogramm Körpergewicht. Und weil es ihm bei uns so unheimlich schlecht gegangen ist, mußte er nachher im Federgewicht bis 60 Kilogramm boxen.“

In Polen ist Danielka, erst als Trunkenbold und Krimineller bezeichnet, jetzt ein von den Medien gefeierter Held: Der „kapitalistischen Hölle“ entkommen ...

## SPORT-NACHRICHTEN

### Derwall in die Türkei?

Bonn (DW) - Die größte türkische Tageszeitung, „Hürriyet“, meldete in ihrer gestrigen Ausgabe, der zurückgetretene Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall habe mit dem Erstliga-Klub Galatasaray einen Vertrag abgeschlossen. Der Vorsitzende des Vereins, Jaltan, soll sich bereits in Deutschland aufhalten. Derwall befindet sich auf einer Rundreise durch die Schweiz. Auskunft des Deutschen Fußball-Bundes: „Wir sind deshalb von türkischen Korrespondenten mit Anrufen bombardiert worden. Wir halten die Meldung für absurd.“

### Ausreißer de Wolf

Domäne de Rouret (sid) - Der Belgier Fons de Wolf gewann im Alleingang die 14. Etappe der Tour de France von Rodnez nach Domäne de Rouret über 227,5 km. Er hatte im Ziel einen Vorsprung von 17:40 Minuten und rückte auf vom 33. den vierten Platz der Gesamtwertung vor. Der Franzose Vincent Barteau blieb im Besitz des Gelben Trikots.

### Abramczik: Neuer Klub

Oberhausen (sid) - Nach Manfred Burgsmüller hat der Fußball-Zweitligaklub Rot-Weiß Oberhausen auch den früheren Nationalspieler Rüdiger Abramczik vom Bundesliga-Absteiger 1. FC Nürnberg unter Vertrag genommen. Die Ablösumme beträgt 30 000 Mark. Abramczik erhält einen Vertrag bis zum 30. Juni 1986.

### Handball: Guter Test

Reykjavik (sid) - 18 Tage vor Beginn des Olympia-Turniers in Los Angeles gelang der deutschen Handball-Nationalmannschaft ein gutes

Testspiel beim 15:15 gegen Island in Reykjavik. Erhard Wunderlich überzeugte als Spielmacher. Der Gummersbacher Rüdiger Netzel war mit vier Treffern erfolgreichster Werfer.

### Fußball und Politiker

Stuttgart (dpa) - Das Interesse der Politiker am Fußball wird immer größer. Bundeskanzler Helmut Kohl empfängt am Dienstag in Bonn den Bundesliga-Aufsteiger Karlsruher SC, der deutsche Meister VfB Stuttgart ist am Mittwoch Gast von Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth.

### Pause für Lutz Mäder

Krefeld (dpa) - Der amtierende Champion-Jockey Lutz Mäder aus Köln wird voraussichtlich eine Pause von sechs Wochen einlegen müssen. Bei einem Rennen in Krefeld zog sich Mäder einen Kapselriß im rechten Schultergelenk zu.

### Tennis: Zwei Niederlagen

Gstaad (sid) - Bei den internationalen Tennismeisterschaften der Schweiz in Gstaad sind in der zweiten Runde Peter Elter (Essen) und Andreas Maurer (Neuss) ausgeschieden. Elter unterlag dem Schweden Joakim Nyström mit 6:3, 4:6, 1:6. Maurer verlor gegen den Australier Trevor Allan mit 4:6, 6:3, 4:7.

### ZAHLEN

**GEWINNZAHLEN**  
Mittwochslotto: 4, 5, 15, 17, 25, 30, Zusatzzahl: 31.  
(ohne Gewähr)

**GEWINNQUTEN**  
Mittwochslotto: Klasse 1: 584 975,30, 2: 31 418,70, 3: 2637,50, 4: 58,40, 5: 5,10 Mark.  
(Ohne Gewähr)

## STANDPUNKT / Psychologie

In 15 Tagen beginnen die Olympischen Spiele. Es ist oft wohlge-meinte Eigenart deutscher Sportverbände, ihren Athleten vor der großen Aufgabe ganz schnell noch neues Material an die Hand, oder wie hier, unter Sitzfleisch zu geben. In München sollte der Bahnryher neue Räder testen, Räder von der Art, mit denen Profi Francesco Moser seine Weltrekorde aufstellte: speichenlos, total verkleidet. Die Fahrer testeten, waren skeptisch („unruhige Fahrt, windanfällig“) stiegen auf bewährte Zweirad - und fuhren (in der Besetzung Marx/Göhl/Günther/Alber) in offizielle Jahres-Weltbestzeit (4:15,82

Minuten). Dennoch sagt Bundestrainer Udo Hempel: „Wenn die Schweizer und die Amerikaner so etwas in Los Angeles auspacken, müssen wir es auch haben, allein schon aus psychologischen Gründen.“

Nun ist das so eine Sache mit der Psychologie: Neues Material, noch dazu so spät getestet, kann ja wohl nur helfen, wenn die überzeugt sind, die es benutzen sollen. Michael Marx sagt aber: „Wir sind auch ohne diese Dinge schnell genug.“ Und das ist allemal die bessere Psychologie für Athleten vor dem Start: Vertrauen in die eigene Stärke. DW.



Freitag, 13. Juli 1984  
Nr. 182

WELTBÖRSEN / Die Furcht vor dem Zinsanstieg treibt den Dollarkurs immer höher

LONDON

PRIVATISIERUNG

## Sinnvolle Subvention

Sty. - Wer ein Unternehmen gründet und zupor einen Unternehmensberater konsultiert, erhält vom Staat einen Zuschuß zu den Honorarkosten. Doch müssen, wie der Bundesverband der Selbständigen jetzt festgestellt hat, Gründungsbeiträge, die noch in diesem Jahr einen Antrag stellen wollen, damit rechnen, den Zuschuß zu verlieren. Der Grund: Die Honorarkosten sind schon nahezu ausgeschöpft.

Die sprunghaft gestiegene Nachfrage ist zunächst einmal ermutigend. Belegt sie doch auf neue die gewachsene Bereitschaft zur Selbstständigkeit. Die Mittel zur Förderung von Existenzgründungen sind demnach auch gut angelegt. Geld. Umstritten sind diese Subventionen freilich nicht. Vor allem die zinsverfügbaren langfristigen Kredite für Firmengründer würden häufig von Personen in Anspruch genommen, die nicht die erforderlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Selbstständigkeit mitbringen. Meinen Kritiker. Nicht nur Kapital fehlt den Neugründern, bei vielen hapert es auch an kaufmännischen Fähigkeiten und Marktkenntnissen.

Illusionäre Absatzerwartungen, falsche Standortwahl oder ein unzureichender Finanzierungssinn sind die Folge. Fehler, die später auch durch noch so hohen Arbeitslohn oft nicht mehr wettzu-

machen sind. Eine qualifizierte Beratung, die in ein realisierbares Unternehmenskonzept mündet, kann verhindern, daß gleich beim Start in die Selbstständigkeit das Ende vorprogrammiert wird. Ein Abbruch der Beratungsförderung wäre daher ein Signal in die falsche Richtung.

## Gute Nachricht

Bel. - Eine gute Nachricht von der Post: Sie wird 80 Prozent ihrer ausgemerkten Fernmeldehandwerker übernehmen. So gern man das hört, so wenig mag man an die Begründung glauben: Gesenkte Telefon-Anschlußgebühren lösen einen Investitionsstoß aus und Verhabe-lung sichert und schafft 6800 Arbeitsplätze in 1984. Statistisch hat schon jeder deutsche Haushalt ein Telefon - einen Boom dürfte es hier nicht geben. Laut Postgewerkschaft schafft auch die Verkleinerung der Arbeitsplätze, wenn man die durch Rationalisierung weggefallenen gerechnet. Insgesamt sinkt nämlich die Mitarbeiterzahl bei der Post seit Jahren um 30 000 in den vergangenen sechs Jahren. Und es gibt Pläne für den Fortfall von weiteren 40 000 in den nächsten zehn Jahren. Es sieht also so aus, als wolle der Postminister nur eine Begründung für den wirtschaftlichen Sinn seiner Verkleinerungsstrategie liefern. Obwohl seine Fachleute annehmen, sagte er der Gewerkschaft die Übernahme zu. Seine Ankündigung von 25 000 Arbeitsplätzen pro Kabel-Milliardengleich noch.

## Die internationalen Aktienmärkte reagieren mit erheblichen Einbußen

Der amerikanische Dollar hat auch gestern seinen Höhenflug fortgesetzt. Der amtliche Mittelkurs legte in Frankfurt nochmals einen Pfennig auf 2,8540 DM zu und erreichte einen neuen Höchststand seit dem 23. Januar 1974. Die Deutsche Bundesbank mußte 32,1 Millionen Dollar zum Marktausgleich verkaufen.

Die Angst vor steigenden Zinsen in den USA, die als Hauptgrund für die Dollarhaussiege angegeben wird, hat sich aber nicht nur an den Devisenmärkten ausgewirkt. An den internationalen Aktienmärkten von London bis Tokio und von Frankfurt bis New York führte die Zinsfurcht zu einem regelrechten Kurseinbruch. An den deutschen Börsen sackte der WELT-Aktienindex fast täglich auf neue Jahrestiefen. Auch gestern wurde der am Mittwoch erreichte Tiefpunkt erneut unterschritten. Der WELT-Aktienindex fiel weiter auf 137,9 (Vortag 139,8).

Bei einigen Standardwerten gab es empfindliche Einbußen. Preussag verlor trotz der auf der Hauptversammlung geäußerten Hoffnung auf eine Ertragsverbesserung 18 DM auf 238. Schering hüllte 5 DM ein. Siemens, RBD und Daimler jeweils 4 DM und Conti 4,30 DM.

An der New Yorker Börse fiel der Dow-Jones-Index zur Wochenmitte um 18,33 Punkte auf 1108,55 Punkte. Dies war der höchste Tagesverlust seit dem 16. Februar dieses Jahres. Der unmittelbare Auslöser dieses Einbruchs war die Nachricht, daß der US-Mischkonsum ITT wegen eines scharfen Gewinnrückgangs die Dividende für das zweite Quartal um die Hälfte kürzen müsse. Der Kurs der Aktie ging darauf hin um zehn Dollar auf 21 Dollar nach und zog als Dow-Jones-Indexwert das bedeutendste Kursbarometer mit nach unten. Seit dem Jahreshöchststand von 1286,84 verlor der Dow Jones fast 180 Punkte.

Der Gewinnrückgang und die Dividendenkürzung bei ITT hat die Befürchtung aufkommen lassen, daß sich bei der Vorlage der anderen Quartalsberichte ähnliche Überraschungen ergeben könnten. Jedenfalls haben die Börsianer vorläufig die Hoffnung aufgegeben, daß es doch noch zu der sonst um diese Zeit üblichen Sommerhaussiege kommen könnte.

Die Nervosität über die Zinsentwicklung hielt weiter an. „Federal Funds“ - die entsprechen dem deutschen Tagesgeld - verblieben auf dem hohen Niveau von 13 1/8 Prozent. Marktbeobachter befürchten, daß das Offen-Markt-Komitee am Montag die strengere Kreditpolitik bestätigen wird.

großen Umfang aus, so daß der Dow-Jones-Index Tokio allein am Donnerstag um mehr als 60 auf 10 270,2 Punkte nachgab. Im Laufe der Woche verlor er 150,4 Punkte.

Auch die Kurse an der Londoner Aktienbörse stehen seit Mitte vergangener Woche ununterbrochen unter erheblichem Druck. Befürchtungen über steigende Zinsen und die dann auch innerhalb kurzer Zeit zweimal erfolgte Anhebung der Basiszinsen von 9,25 auf zehn Prozent und von zehn auf zwölf Prozent haben dabei den stärksten Druck auf das Kursniveau ausgeübt.

Zusätzlicher Pessimismus kam durch die sich verschärfende Lage an der Streikfront auf, wo der 17. Juli während der Arbeitskampf im britischen Steinkohlebergbau Unterstützung durch einen landesweiten Ausstand der Freitagsarbeiter erhielt. Entsprechend fiel der Financial-Times-Index für 30 führende Industrien zwischen Freitag vergangener Woche und dem gestrigen Donnerstag mit um immerhin 60,6 Punkte auf 772,9. Er liegt damit nur noch knapp über dem bisher niedrigsten Indexstand in diesem Jahr von 770,3 Punkten am 4. Januar. Erst Anfang Mai dieses Jahres war mit 822,8 Punkten der bisherige Rekordstand verzeichnet worden. Für starken Abwärtsdruck sorgten auch die Goldaktien, deren Index in den letzten drei Börsetagen um nicht weniger als 112 Punkte auf 532,8 absackte.

## Zinserhöhung stößt auf Kritik

Die britische Regierung unter Premierminister Thatcher ist wegen der zweimaligen Zinserhöhung innerhalb weniger Tage erheblich unter Beschuß geraten. Besorgt tragen sich die Briten, wie stark negativ sich die Anhebung der Basis-Ausleihzinsen durch die großen Geschäftsbanken um insgesamt 2,75 auf zwölf Prozent auf die konjunkturelle Erholung auswirken wird. Hinzu kommt die Ungewißheit darüber, ob die Zinsanhebungen überhaupt ausreichen, die insbesondere durch die Dollar-Stärke, aber auch durch andere spekulative Momente (schwacher Ölpreis, Bergleute- und Hafenarbeiter-Streik) bedingte Pfund-Schwäche zu beenden.

Im Unterhaus erklärte Roy Hattersley, Schatzkanzler der oppositionellen Labour-Partei, die britische Wirtschaft wackele bedenklich. Es gehe nicht, wie die Regierung behauptet, um eine Dollar-Krise, sondern um eine Pfund-Krise. Entsprechend sei eine Zinsanhebung die falsche Antwort. Vielmehr müßten die tiefer sitzenden Probleme der britischen Wirtschaft behandelt werden.

Nach Ansicht von Schatzkanzler Nigel Lawson handelt es sich bei dem Anstieg der Zinsen auf ihr höchstes Niveau seit zwei Jahren um einen „vorübergehenden Sturm, der die Wirtschaftserholung nicht aufhalten wird“, der ihr allerdings auch nicht helfen werde. Er rechnet mit einer Zunahme der Industrie-Investitionen in diesem Jahr um zehn Prozent.

## Regierungspläne werden begrüßt

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP unterstützen die Absicht der Bundesregierung, im Herbst im Kabinett über Vorschläge des Finanzministers zur teilweisen und vollständigen Privatisierung von Bundesunternehmen zu beraten. Zwar seien die unmittelbaren Beteiligungen in 20 Jahren um sechs Prozent geschrumpft, die mittelbaren aber um 120 Prozent gestiegen, erklärten die wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen, Wissmann (CDU) und Haussmann (FDP). Eine schrittweise Privatisierung, bei der Verba begonnen, müsse als wichtige Aufgabe bei der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft fortgesetzt werden.

Die Mitarbeiter sollten bei Privatisierung Belegschaftsaktien erhalten, weil sich die Vermögensbeteiligung nach dem 936-Markt-Gesetz wegen Sperrfrist und hohen Verwaltungsaufwands nicht bewährt habe. Veräußerungserlöse sollten zur Sanierung von hilfebedürftigen Bundesunternehmen dienen, Existenzgründungen fördern und schließlich die Neuverschuldung des Bundes verringern. Auch Länder und Gemeinden sollten Privatisierungsmöglichkeiten prüfen. Der FDP-Abgeordnete Wolfgang Weng, der den erkrankten Haussmann vertrat, will auch Bahn und Post in Privatisierungsbestrebungen einbezogen sehen. Allerdings wollten beide Fraktionsvertreter keine Liste von Firmen nennen, die auf der Liste eventueller Anwärter für die Privatisierung stehen.

## Integration veragt

Von PETER WEERTZ

Vom ökonomischen Wirtschaftspakt, der Mitte Juni in Moskau zum ersten Mal wieder seit 14 Jahren stattfand, gibt es bislang keine direkten Auswirkungen in den beteiligten zehn Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon). Wer sich allein auf die Abschlusserklärung stützt, dem wird ein harmonisches Bild über den zukünftigen politischen und vor allem wirtschaftlichen Weg der Länder des Ostblocks vermittelt. Wie es zum Abschluß des Gipfels mit den Partnern heißt, ging es um die „Erhaltung des Friedens, die Vertiefung der ökonomischen Integration und die internationale ökonomische Zusammenarbeit“.

In der Deklaration zum Abschluß versicherten jedoch die Teilnehmer, daß der RGW in der Lage sei, die komplizierten nationalen und internationalen Probleme erfolgreich zu lösen. Kein Hinweis auf die wirtschaftliche Krise im Ostblock, die Verschuldung gegenüber westlichen Ländern oder die Schwierigkeiten der Integration störte die Harmonie.

Doch ungeachtet der Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen gibt es seit langem ernste Interessengegensätze zwischen Moskau und den kleineren RGW-Ländern. Das liegt einmal am Übergewicht des Wirtschaftsgiganten UdSSR, die bei dem drei Viertel des Nationaleinkommens der RGW-Staaten konzentriert ist. Zum anderen sind die ausgeprägten Unterschiede in der Wirtschaftskraft und den strukturellen Gegebenheiten ein wesentliches Hindernis für die wirtschaftliche Integration.

Für die Sowjetunion war außerdem die ökonomische Wirtschaftsgemeinschaft seit ihrem Start 1949 eher ein politisches als ein wirtschaftliches Instrument. Hinzu kommt die aktuelle Situation der Mitgliedsländer, die über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in Energiefragen (Erdöl, Rohstoffe, Kredite) entschlüsselt sind und für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung, Waren, Technologie und Kredite aus dem Westen bedürfen. Gewachsen ist nicht nur die Wirtschaftskraft dieser Länder, sondern zugleich auch ihr Selbstvertrauen.

Ein politisches Ziel der Sowjetunion war daher, mit dem Wirtschaftspakt wieder Geschlossenheit zu de-

monstrieren und dem wirtschaftlichen Westkurs der kleineren Länder entgegenzuwirken. Es fiel Moskau nicht leicht einzusehen, daß die kleineren RGW-Länder ihre weltmarktfähigen Waren mit Vorrang in westliche Länder exportieren, um dort harte Devisen zu erhalten. Kritisiert wurde von ihnen auch die Kürzung der sowjetischen Erdöllieferung 1982 um zehn Prozent.

Hier werden die Interessengegensätze zwischen Moskau, das sich durch seine Goldverkäufe im Westen und die Lieferungen von Öl und Erdgas hohe Deviseneinnahmen gesichert hat, und den übrigen RGW-Ländern deutlich. Überdies hat Moskau die übrigen Mitgliedsländer aufgefordert, sich an den Kosten der Erschließung von neuen Erdöl- und Rohstoffquellen jenseits des Urals zu beteiligen. Nach den Beschlüssen des Wirtschaftspakts verlangt Moskau außerdem für seine Erdöl- und Rohstofflieferungen mehr Bezüge von Investition- und Konsumgütern mit Wertniveau aus den Partnerländern. Zugestimmt hat Moskau andererseits eine rasche Anpassung der Rohöl- und Rohstoffpreise an die Weltmarktpreise, damit die internen Verrechnungspreise nicht mehr wie 1983/84 höher sind als der Weltmarktpreis.

Seit 1976 ist der Überschuß der Sowjetunion im Handel mit den übrigen RGW-Ländern beachtlich auf 20,5 Milliarden Transferrubel gewachsen, die Moskau vermutlich kreditiert hat. Mit den größeren Importen von Nahrungsmitteln, industriellen Konsumgütern und Maschinen sollen vornehmlich die Kredite und Außenhandelsüberschüsse abgebaut werden. Allerdings geht dies zu Lasten der Versorgung der kleineren Mitgliedstaaten.

Offensichtlich bleibt es nach dem Wirtschaftspakt dabei, daß sich an der bisherigen Konstruktion des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wenig ändern wird. Nach wie vor geht es vor allem um die Abstimmung der Jahrespläne und der langfristigen Koordinierung. Gemeinsame Preisbeschlüsse, strukturelle Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Integration oder die Schaffung eines konvertiblen Währungssystems wurden langfristig ver-

## AUF EIN WORT



Es ist ein Irrtum zu glauben, daß der Produktivitätsfortschritt ausschließlich demjenigen gehört, der ihn erwirtschaftet. Der Wettbewerb sorgt dafür, daß Produktivitätsfortschritte auch in die Märkte weitergegeben werden müssen, also den Kunden in Form günstigerer Preise zu gute kommen.

Carl H. Hahn, Vorstandsvorsitzender Volkswagenwerk AG, Wolfsburg. FOTO: DPA

## RWI für neue konzertierte Aktion

rt, Essen

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat sich in seinen jüngsten „Mitteilungen“ für eine vorausschauende Abstimmung von Lohn- und Geldpolitik - etwa in Form einer konzertierte Aktion - ausgesprochen. Dem Bericht zufolge ist die Rückbildung des privatwirtschaftlich-wettbewerblichen Sektors in der Bundesrepublik seit Anfang der 70er Jahre mit der Folge hoher Arbeitslosenzahlen und geringer Sachkapitalbildung maßgeblich auf die „mangelhafte Koordination“ zwischen diesen beiden Politikbereichen zurückzuführen.

US-STAHLIMPORTE

## Kommission empfiehlt Reagan Quoten und Zölle

dpa/VWD, Washington

Die Internationale Handelskommission der US-Regierung (ITC) hat Quoten und Zölle auf Massenstahleinfuhren aus Übersee zum Schutz der US-Stahlindustrie empfohlen. Sie sollen nach der in Washington getroffenen Entscheidung für fünf Jahre gelten. Die US-Industrie soll sich verpflichten, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die Entscheidung der ITC hat nicht überrascht, nachdem sie vor vier Wochen einer Klage des zweitgrößten US-Stahlherstellers, Bethlehem Steel, und der US-Stahlarbeitergewerkschaft über Schädigungen der heimischen Industrie durch gestiegene Importe stattgegeben hatte. Nach Ansicht der ITC sollen bestimmte Massenstähle, Drähte und Röhren, mit Einfuhrquoten zwischen sechs und 32 Prozent des US-Verbrauchs

belegt werden. Auf einige Stahlsorten, wie Drähte, sollen zusätzlich Zölle erhoben werden.

Die weitere Entscheidung liegt jetzt bei Präsident Reagan, der die Empfehlungen annehmen, verändern, aber auch ablehnen kann. Eine andere Möglichkeit wäre, daß er weitere Prüfungen anfordert, um eine Entscheidung am 24. September kurz vor den Präsidentenwahlen zu vermeiden.

Aus Brüssel verlautete, die EG sei entschlossen, Behinderungen bei EG-Importen von Massenstahl in die USA mit Gegenmaßnahmen zu beantworten. Dies betonen Sprecher in Brüssel als erste Reaktion auf die von der ITC getroffene Entscheidung. Zunächst müsse jedoch geprüft werden, in welchem Umfang die Gemeinschaft von diesen Maßnahmen betroffen sei.

BUNDESVERBAND DEUTSCHER BANKEN

## Wirtschaft findet wieder Anschluß an Aufwärtstrend

KAREN SÖHLER, Bonn

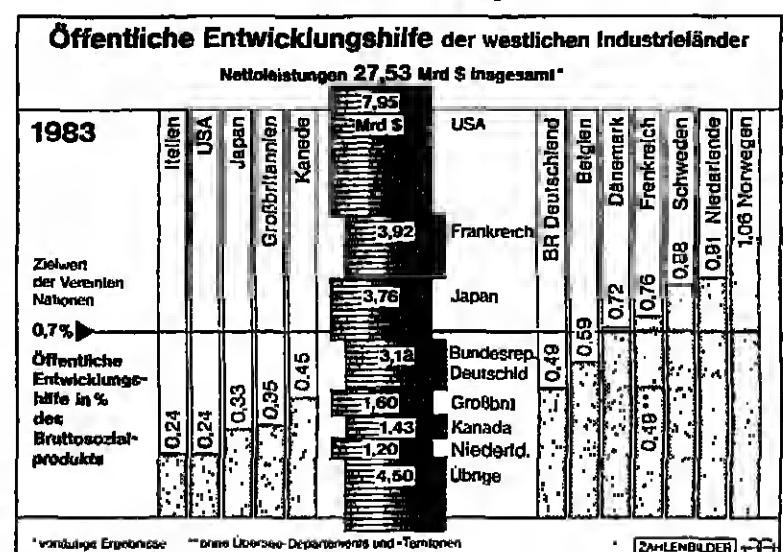
Die wirtschaftlichen Eckdaten liegen weiterhin über dem Vorjahresniveau, wenn auch mit kleinerem Abstand: Die Industrieproduktion übertrifft den Vorjahresstand im Augenblick um 2,5 Prozent. Zunehmende Auslandsaufträge gleichen die abgeschwächte Inlandsnachfrage aus. Der Einzelhandel weist in den ersten fünf Monaten gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzsteigerung von 1,5 Prozent aus. Für den abgeflauten Aufwärtstrend neben den vergangenen Streiks auch das schlechte Wetter verantwortlich. Ein Ende der ungünstigen Entwicklung in der Bauindustrie ist nicht abzusehen. Zu diesen Ergebnissen kommt der Bundesverband deutscher Banken in seinem jüngsten Konjunkturbericht.

Daß sich die Wirtschaft langsamer erholt, als ursprünglich angenommen,

beunruhigt den Verband nicht. Zu beachten sei die verschlechterte Stimmung in der Wirtschaft. Die Geschäftslage und die Zukunftsaussichten wurden im Mai deutlich negativer beurteilt als in den Vormonaten, heißt es in dem Bericht. Diese Einstellung habe zurückhaltende Personaldispositionen nach sich gezogen.

Dennoch glaubt der Verband, daß die deutsche Wirtschaft im zweiten Halbjahr wieder den Anschluß an die Aufwärtstrendentwicklung vom Anfang dieses Jahres findet. Er begründet seine Überzeugung mit der Auslandsnachfrage im April und im Mai, die 18,5 Prozent über dem Vorjahresniveau lagen. Diese guten Ergebnisse förderten wiederum die Investitionsneigung. Außerdem hielten sich die Kostensteigerungen durch die Tarifabschlüsse zumindest für dieses Jahr in einem erträglichen Rahmen.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL



Rund 33,5 Mrd. Dollar flossen der Dritten Welt 1983 aus öffentlichen Entwicklungshilfenleistungen der wohlhabenden Industrie- und Rohstoffländer zu. An dieser Summe waren die im Entwicklungshilfeschuß der OECD vertretenen 17 westlichen Industrieländer mit Nettozufuhren von 27,5 Mrd. Dollar beteiligt.

## Untersagung bestätigt

Berlin (dpa/VWD) - Der Kartell-

rat des Berliner Kammergerichts hat die Untersagungsverfügung gegen die Aufstockung der Beteiligung des Süddeutschen Verlags, München, am Donaukurier, Ingolstadt, bestätigt. Die Süddeutsche Verlag GmbH, in der die „Süddeutsche Zeitung“ erscheint, ist damit aber nicht mit dem Argument durchgedrungen, daß die Aufstockung der Beteiligung am „Donaukurier“ bereits 1974, also vor der Einführung der Pressefusionskontrolle in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) im Jahre 1976, vereinbart wurde. Damals beteiligte sich der Münchner Verlag mit 24,4 Prozent an der Donaukurier KG und mit 25 Prozent an der Donaukurier GmbH. Die Aufstockung auf eine zunächst 50prozentige Beteiligung und später die Mehrheit war vom Bundeskartellamt im November 1983 untersagt worden.

## 200-Millionen-Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Inter-

amerikanische Entwicklungsbank (IDB) legt eine Anleihe über 200 Mill. DM auf. Wie die Deutsche Bank AG, Frankfurt, als Konsortialführerin mitteilte, ist die Anleihe (Verkaufskurs von 99,75 Prozent) mit einem Kupon von 8,25 Prozent und einer Laufzeit von acht Jahren ausgestattet.

## Bierausstoß gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) - Der Bier-

ausstoß der Brauereien in der Bundesrepublik hat sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 0,6 Prozent auf 37 Mill. Hektoliter erhöht. Das teilte das Statistische Bundesamt mit.

## Keine Zinsbeschlüsse

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Zentralkon-

bankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am Donnerstag keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt. Erst in der vergangenen Sitzung hatte der Zentralbankrat den Diskontsatz (Wechselkredit) um 0,5 Prozent auf 4,5 Prozent angehoben. Der Lombardsatz (Kredit gegen Wertpapierverspandung) bleibt unverändert bei 5,5 Prozent.

## Neues Sanierungskonzept

Paris (VWD) - Das Sanierungskon-

zept, mit dem Creusot-Loire vor dem Konkurs bewahrt werden soll, zeich-

## Kreditpaket für Peru

Lima (rt) - Argentinien, das selbst

Schwierigkeiten mit der Rückzahlung seiner Auslandsschulden hat, gewährt Peru ein Kreditpaket von bis zu 53 Mill. Dollar. Der argentinische Außenminister Dante Caputo sagte am Ende eines zweitägigen Besuchs in Peru, sein Land werde an Peru einen Vierjahreskredit in Höhe von 40 Mill. Dollar zum Kauf argentinischer Lebensmittellieferanten und außerdem bis zu 13 Mill. Dollar für die Fortsetzung des Baus eines Atomreaktors bereitstellen.

## Ernte-Schätzung

Bonn (HH) - Die diesjährige Ge-

treidernte wird nach der jüngsten Schätzung des Statistischen Bundesamtes etwa 22,5 bis 23 Millionen Tonnen (einschließlich Körnermais) bringen. Im Vorjahr wurden 23 Millionen Tonnen. Die bisherige Rekorderte wurde im Jahr 1982 mit 24,6 Millionen Tonnen eingebracht.

## Teuerung zurückgegangen

Paris (dpa/VWD) - Die jährliche

Inflationsrate hat sich in Frankreich im Juni auf 7,8 Prozent gesenkt. Im Mai waren es noch 7,8 Prozent und im Vorjahr 9,3 Prozent. Diese vorläufigen Zahlen gab das Statistische Amt in Paris bekannt.

## Wochenausweis

	7.7.	30.6.	23.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	72,4	72,4	73,1
Kredite an Banken	78,0	80,9	70,3
Wertpapiere	8,3	6,4	6,6
Bargeldumlauf	107,4	105,8	103,1
Einl. v. Banken	47,9	50,3	35,3
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,7	4,7	13,3

## Bundespost übernimmt 80 Prozent der Ausgebildeten

GISELA REINERS, Bonn

Die Deutsche Bundespost will in diesem Jahr von den rund 4000 Fernmeldehandwerkern, die ihre Ausbildung beenden, 80 Prozent in ein festes Beschäftigungsverhältnis übernehmen. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung vom Mai, die der Postminister angeordnet hatte. Es sei noch mit weiteren Bemühungen der Oberpostdirektionen zu rechnen, über die geplanten 3200 Fernmeldehandwerker hinaus junge Leute nach der Ausbildung zu übernehmen.

Das Postministerium sei mit dieser Maßnahme „an die äußerste personalfinanziell und dem Gehaltsverhältnis gegenüber vertretbare Grenze“ gegangen, verlautet dazu. Dies sei auch nur möglich, weil man sich von der Senkung der Anschlußgebühren für ein Telefon von 200 auf 65 Mark zum 1. Juli neue Impulse für

Zusatzinvestitionen erhofft. Außer-

dem seien durch die Breitbandverbreitung in diesem Jahr 6800 Arbeitsplätze entstanden und gesichert worden.

Von den rund 800 unversorgten Ausgebildeten könnten noch welche übernommen werden, so die Post, wenn die Ausgebildeten früherer Jahrgänge bereit wären, vom Arbeiter in den Beamtenstatus zu wechseln und im mittleren technischen Fernmeldedienst zu arbeiten. Dies erfordert jedoch oft einen Ortswechsel, den Verzicht auf Außendienstzuschläge und Schichtdienst-Bereitschaft. Hier sei Solidarität unter den Beschäftigten gefordert, heißt es. 1983 waren von knapp 4000 ausgebildeten Fernmeldehandwerkern 2000 auf „nicht ausbildungsgerechte“ Plätze übernommen worden, zum Beispiel bei der „gelben Post“.

EINZELHANDEL / Schlechtes Wetter und Streiks hielten Käufer bislang zurück

## Sommerkleidung ist endlich gefragt

dpa/VWD, Hamburg

Die lang vermissten sommerlichen Temperaturen haben die Verbraucher endlich T-Shirts und Bermudashorts, ausgeschnittene Sommerkleider und Bikinis kaufen lassen. Der Einzelhandel sieht es mit Befriedigung. „In der ersten Juli-Woche haben wir endlich zweistellige Pluszahlen erreicht“, berichtet ein großer Warenhauskonzern, der in den Monaten März bis Juni noch negative Zahlen auswies. Auch andere Kaufhäuser melden, daß das Geschäft mit der sommerlichen Ware eindeutig angezogen habe. Und dazu zählt nicht nur Modisches für heiße Tage. Der Verkauf von Gartenmöbeln profitiert ebenfalls von den erhofften Temperaturen.

Zuvor war das anders. Das unfreundliche Wetter und der anhaltende Arbeitskampf führten dazu, daß die „Sommerpreise“ nicht voll angenommen wurden“, konstatierte die

Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE). Die seit Frühjahr andauernde Kaufzurückhaltung der Verbraucher hat zu einem „Preiskampf his aufs Messer“ geführt. Der Vorstandssprecher der Horta AG in Düsseldorf, Bernd Hebbeling, betont bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1983/84 (28. Februar), derzeit regiere im Handel der Notstift „in nie gekannter Intensität“.

Bruno Lippmann, Vorstandschef der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, macht für die Kaufzurückhaltung der Vergangenheit vor allem den Arbeitskampf verantwortlich. Außerdem habe der milde Winter 1983/84 den Verkauf von Winterware zu Jahresbeginn stark beeinträchtigt. Auch die kalte und regnerische Witterung in den letzten vier Monaten habe den Einzelhandel enttäuscht.

Lippmann räumt ein, daß Hertie wegen des schwachen ersten Halbjahres das für 1984 gesteckte Ziel, den

1983 mit 16 Millionen DM halbierten Betriebsverlust weiter abzubauen, möglicherweise nicht erreichen wird. Die Horta AG und andere Kaufhäuser sind ebenfalls gezwungen, die Vorstellungen für dieses Jahr zu revidieren. Die Hoffnungen, daß die noch gefüllten Läger sich leeren, konzentrieren sich nun auf das zweite Halbjahr.

Erfüllen werden sich die Erwartungen allerdings nur, wenn der Sommer im Lande bleibt und zugleich mit den jetzt wirksam werdenden Lohn- und Gehaltserhöhungen die Konsumbereitschaft wächst. Mit Spannung wird auch die Rückkehr von Urlaubern erwartet, die ihre Kaufwünsche vor den Ferien erst einmal zurückgestellt haben. Nicht zuletzt blickt die Branche auf den in knapp drei Wochen beginnenden Sommerschlussverkauf, für den weitere „radikale“ Preisabschläge in Aussicht gestellt werden.



## ÖSTERREICH / Staatsfirmen mit hohen Verlusten

## Sorgen in der Stahlbranche

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien  
Nach wie vor schwere Verluste erwirtschaftet die österreichische verstaatlichte Industrie. Im Jahre 1983 hinterließen die acht Großkonzerne einen Gesamtverlust von rund 5 Mrd. Schilling (rund 700 Mill. DM). In diesem Jahr dürfte sich der Abgang auf Grund der konjunkturellen Belebung um ein Drittel verringern.

Seit 1980 hat die Gruppe der verstaatlichten Unternehmen rund 20 Mrd. Schilling Verluste kumuliert, zu deren Abdeckung fast 16 Mrd. Schilling aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden mussten. Allein im letzten Jahr wurden zur Verlustabdeckung und Eigenkapitalstärkung fast 7 Mrd. Schilling zugesprochen.

Hauptverlustträger waren im vergangenen Jahr der Stahlkonzern Vöest-Alpine mit 2,6 Mrd. Schilling und deren Edelmetalltochtergesellschaft EWM mit 2,3 Mrd. Schilling. Mit jeweils einigen 100 Mill. ebenfalls defizitär bilanzierten die Elektrokonzerne Elco und die Chemie-Linz. Dage-

gen konnte dank steigender Weltmarktpreise der Aluminiumkonzern Ranshofen-Berndorf wieder die Verlustzone verlassen. Dividenden zahlte der Verstaatlichte-Holding ÖIAG der Mineralölkonzern OMV-AG und die Siemens Austria AG.

Die gesamte Industriegruppe erreichte 1983 ein Umsatzvolumen von 176 Mrd. Schilling, wovon 64 Mrd. Schilling aus dem Export stammten. Der Beschäftigtenstand sank seit 1974 um rund 12 000 Personen und liegt derzeit bei 104 000, soll aber bis Jahresende weiter absinken. Die Eigenmittel lagen zuletzt bei 16 Prozent der Bilanzsumme.

Im ersten Halbjahr 1984 sind die Umsätze der Unternehmensgruppe um 14, die Exporte um 12 Prozent gestiegen. Obwohl der Auftragseingang um 36 Prozent zugenommen hat, liegt der Auftragsbestand aber noch immer unter jenem vom Ende des vergangenen Jahres. Dennoch erwarten die meisten Unternehmen 1984 ein besseres Ergebnis.

## BAYWA / Das Zwischenhoch des letzten Jahres setzt sich nicht fort

## Rückschlag durch EG-Agrarpolitik

DANKWARD SEITZ, München  
Die in den letzten Wochen begonnene EG-Agrarreform hat der Münchener BayWa AG, dem größten deutschen landwirtschaftlichen Warenvertrieber, einen dicken Strich durch die Erwartungen gemacht, die positive Entwicklung des Vorjahres wenigstens zum Teil 1984 fortsetzen zu können. Nach Feststellungen von Vorstandsvorsitzendem Oskar Wasmer sind die Bauern, die wichtigste Abnehmergruppe der BayWa, derzeit so verunsichert und zurückhaltend, daß das Umsatzniveau des Vorjahres nicht erreicht werden wird. Entlastung ist auch angesichts der nachlassenden Baukonjunktur nicht vom Baustoffhandel (Umsatzanteil etwa 30 Prozent) zu erwarten. Damit müssen auch so Wasmer, die Hoffnungen verlagert werden, nach schwierigen Jahren wieder zu einer risikofähigen Ertragslage zu kommen.

Bei einer wiederum zu erwartenden guten Getreideernte wird sich nach Ansicht von Wasmer das Problem der Überversorgung noch verschärfen. Daran werde auch die Limitierung der Brotweizenintervention auf nur 3 Mill. t durch die EG-Kommission und die erhebliche Verlängerung der Zahlungsfristen nichts ändern. Den richtigen Erzeugerpreis zu finden, dürfte sehr schwierig werden. Erheblich habe unter den Brüsseler Beschlüssen auch der Futtermittelmarkt zu leiden. Nicht gerade beruhigend läuft derzeit auch die Sparte Landtechnik nach dem Boom im Vorjahr.

Vor diesem Hintergrund bezeichnete Wasmer das abgelaufene Geschäftsjahr 1983, das der BayWa einen realen Umsatzanstieg von 1,5 Prozent auf 5,95 Mrd. DM brachte, nur als ein „Zwischenhoch“, zumal der Rohertrag nur um 0,9 Prozent auf 701,5 Mill. DM gestiegen war. Daß dennoch unter dem Strich ein fast unveränderter Jahresüberschuss von 4,11 Mill. DM ausgewiesen werden kann, woraus wieder eine Dividende von 6,4 Prozent auf

das Kapital von 84,9 (85) Mill. DM ausgeschüttet wird, führt Wasmer auf den erneuten Rückgang des Zinsaufwandes um 26,8 (22) Mill. DM sowie auf den weiteren Kostenrückgang zurück. Der Steuerertrag erhöhte sich allerdings auf 44,5 (23,3) Mill. DM. Investiert wurden 62,1 (68,3) Mill. DM bei Abschreibungen von 68,3 (69,0) Mill. DM.

Zur weiteren Verbesserung ihrer Kapitalstruktur hat die BayWa, nachdem im Vorjahr die 1975 begebene Wandelanleihe über 20 Mill. DM umgetauscht worden ist, Ende März 1984 ihr Grundkapital nochmals um 21,0 Mill. auf 105,9 Mill. DM zum Kurs von 180 DM je 100-DM-Aktie aufgestockt. Das Eigenkapital hat sich damit auf 316 (242) Mill. DM erhöht. Die Platzierung erfolgte nach Angaben von Wasmer reibungslos und stieß vor allem bei privaten Anlegern auf großes Interesse. Ihr Anteil am Grundkapital ist dadurch auf rund 15 (14) Prozent gestiegen; etwa 85 Prozent liegen bei genossenschaftlichen Einrichtungen.

## Hohner: Mehr Musik im Ertrag

n. Stuttgart

Bei der Matth. Hohner AG, Trossingen, ist man zuversichtlich, daß der Trend zur fortschreitenden Verbesserung des Ertrags anhält. Die Planung geht für 1984 von einer weiteren Umsatzsteigerung in den Bereichen Musikinstrumente, Blockflöten, Pianos und Handelswaren und von einem gleichbleibenden Umsatz bei Akkordeons und Mundharmonikas aus. In 1983 war der Gruppenumsatz um 15 Prozent auf 180 Mill. DM und der Umsatz des Stammhauses um 19 Prozent auf 136 Mill. DM angewachsen. Der Exportanteil verbesserte sich auf 45 (44,1) Prozent. Zur positiven Entwicklung habe die 1982 vereinbarte Kooperation mit der US-Firmengruppe Wurritzer wesentlich beigetragen. Unter dem Strich verbleibt ein auf 0,84 (0,02) erhöhter Jahresüberschuss. Damit endet zugleich eine neunjährige dividendenlose Zeit. Der HV am 27. 8. wird für 1983 die Ausschüttung einer Dividende von sechs Prozent auf 14 Mill. DM Aktienkapital vorgeschlagen.

## Otto Ranft wird siebzig Jahre

Geduldig, aber im „Erststadium“ dann doch klar und entschieden dirigierend, so kennen ihn die Aktionäre der Hoechst AG: Otto Ranft, am 14. Juli 70 Jahre alt und Aufsichtsratsvorsitzender des Chemiekonzerns seit 1980. Der promovierte Jurist ist der Chemie von Anfang an verbunden. Schon seine kaufmännische Lehre absolvierte er bei der IG Farbenindustrie, und nach dem Staatsexamen kam er 1948 zur heutigen Hoechst-Tochter Cassella. Dort rückte er 1968 in den Vorstand auf.

Mitte 1971 schließlich rief ihn die Muttergesellschaft. Als ordentliches Vorstandsmitglied war er dort bis 1978 verantwortlich für das Ressort Recht, Patente, Steuern und Versicherung. Von der Hauptversammlung 1978 wurde Ranft dann in den Aufsichtsrat der Hoechst AG gewählt, dessen Vorsitz er zwei Jahre später übernahm. Fünfzig Jahre Chemieerfahrung stellt er noch heute als Vorsitzender des „Ältestenrats im Bundesverband der Chemiker“ zur Verfügung. (w)

## FINANZANZEIGEN



## Andrae-Noris Zahn Aktiengesellschaft · Frankfurt am Main

## Zusammengefaßter Jahresabschluß 1983

Bilanz	TDM	Gewinn- und Verlustrechnung	TDM
<b>Aktiva</b>			
Sachanlagen	95.449	Umsatzerlöse	2.098.932
Finanzanlagen	2.849	Wareneinsatz	1.882.745
Vorräte	196.128	Sonstige Erträge	19.600
Warenforderungen	205.660	Gesamterträge	235.787
Andere Vermögensgegenstände	25.709		
Bilanzsumme	525.795		
<b>Passiva</b>			
Grundkapital	30.300	Personalaufwendungen	131.372
Rücklagen	63.809	Abschreibungen	16.875
Rückstellungen	71.386	Zinsaufwendungen	17.675
Bankverbindlichkeiten		Steuern	2.412
- langfristig	63.511	Sonstige Aufwendungen	67.453
- kurzfristig	159.710	Gesamtaufwendungen	235.787
Warenverbindlichkeiten	105.148		
Andere Verbindlichkeiten	31.931	Bilanzgewinn	-
Bilanzsumme	525.795		

Der Jahresabschluß der Andrae-Noris Zahn AG hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main, erhalten.

In vollständiger Form wird der Jahresabschluß im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Exemplare des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983, der auch Erläuterungen zum Jahresabschluß sowie den Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthält, können bei den Kreditinstituten oder direkt über die Hauptverwaltung der Andrae-Noris Zahn AG angefordert werden.

Frankfurt am Main, im Juli 1984

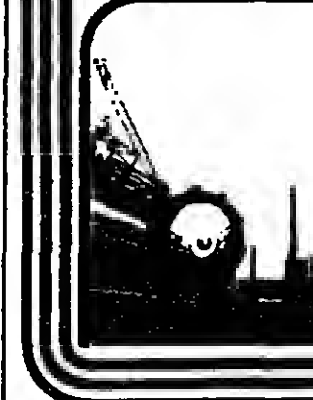
Andrae-Noris Zahn AG  
Vorstand

## Energie aus Braunkohle

Rohkohlenförderung	10001	4574	4528
Netto-Engpabelleistung	MW	709	709
Stromerzeugung - netto	Mio kWh	4.183	4.229
Stromabsatz	Mio kWh	4.058	4.117
Umsatzerlöse - netto	Mio DM	422	409
Dividende	%	12	12
Kapital und Rücklagen	Mio DM	311	301
Cash flow	Mio DM	155	125
Belegschaft	Jahresende	3.222	3.252

Braunschweigische Kohlen-Bergwerke AG  
Heimstedt

Der vollständige Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1983 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.



## PHILIPP HOLZMANN Aktiengesellschaft

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Mittwoch, dem 22. August 1984, 10.00 Uhr, im Hause der Deutschen Bank AG, Frankfurt, Jungfernstieg 5-11, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

## Tagesordnung

- Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für 1983 mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats  
Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für 1983
- Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1983 in Höhe von 24.800.000,- DM wie folgt zu verwenden:  
a) Ausschüttung von 10,- DM Dividende und 1,- DM Bonus je Aktie zu 50,- DM mit einem Gesamtbetrag von 19.800.000,- DM.  
Unter Einschuß der anrechenbaren Körperschaftsteuer von 6,19 DM ergibt sich für unsere inländischen Aktionäre ein Ertrag von 17,19 DM je Aktie zu 50,- DM.  
b) Einsetzung von 5.000.000,- DM in die Rücklage für Auslandsrisiken.  
Bei Annahme dieses Vorschlags entsteht ein zusätzlicher Ertrag von 350.000,- DM, der ebenfalls der Rücklage für Auslandsrisiken zugunsten werden soll.
- Entlastung des Vorstands  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung zu beschließen.
- Entlastung des Aufsichtsrats  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung zu beschließen.
- Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984  
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens Donnerstag, den 16. August 1984, bei der Hauptverwaltung der Gesellschaft in Frankfurt, Taunusanlage 1, oder einer Niederlassung der nachstehend bezeichneten Banken in Frankfurt, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, München, Saarbrücken und Stuttgart während der üblichen Geschäftsstunden bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegen:

- Deutsche Bank AG
- Deutsche Bank Berlin AG
- Berliner Commerzbank AG
- Commerzbank AG
- Trinkaus & Burkhart
- M. M. Warburg-Brockmann, Wirtz & Co.
- Westdeutsche Landesbank Girozentrale
- Bayrische Vereinsbank AG
- Berliner Handels- und Frankfurter Bank
- Bankhaus Gebrüder Bethmann
- Commerz-Credit-Bank AG Europartner
- Deutsche Bank Saar AG
- Efficientbank-Warburg AG

Werden die Aktien bei einem Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt, so ist die Hinterlegungsbcheinung bis spätestens Freitag, den 17. August 1984, bei der Gesellschaft einzureichen. Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bank verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Frankfurt, am Juni 1984

Der Vorstand

## Gentleman und Topverkäufer

bietet die exklusive Alternative für den Vertrieb hochwertiger Produkte durch individuelle Betreuung ausgesuchter Kunden durch Verkauf auf nationalen und internationalen Messen durch Verkaufsausstellungen in südlichen Urlaubsländern. Kontaktaufnahme erbeten unter: K 7818 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Für Händler:  
Droht. u. Autotelefone  
Postf. 131, EYSSSEN (Belgien)

Wirtschaftl. u. techn. Reisevermittlung durch Fachleute. E. Kuchasch, Keitumer Weg 17, 2 Hamburg 74, T. 0 40 / 7 13 52 52

## ALBINGIA Versicherungs-Aktiengesellschaft

Hamburg

- Wertpapier-Kenn-Nr. 845 700

## Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft am 12. Juli 1984 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von DM 8,- je Aktie in Nennbetrag von DM 50,- auszuschütten. Die Dividende wird ab 13. Juli 1984 gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 42 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer durch folgende Zettelstellen ausgezahlt:  
Hamburg  
Gesellschaftskasse  
Deutsche Bank AG  
Dresdner Bank AG  
Hamburgische Landesbank - Girozentrale - Vereins- und Westbank AG  
Berlin  
Deutsche Bank Berlin AG  
Bank für Handel und Industrie AG  
Frankfurt/Main  
Deutsche Bank AG  
Dresdner Bank AG  
Metzbank GmbH  
Mit der Dividende ist ein Steuerertrag von 9/16 der Dividende (DM 4,50) verbunden; es entspricht der von der Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer und gehört beim Empfänger zu den Einkünften aus Kapitalvermögen. Das Steuerertrag sowie die Kapitalertragsteuer werden von der Finanzamt auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer des inländischen Aktionärs angerechnet bzw. erstattet.  
Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei den inländischen Aktionären, die ihrer Depotbank eine von ihrem Wohnsitzfinanzamt ausgestellte Nicht-Veranlagungsbcheinung eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerertrag von der Depotbank vergütet.  
Hamburg, den 13. Juli 1984  
Der Vorstand

## Heizen ohne Schornstein

Nach langjähriger Forschungsarbeit haben unsere Ingenieure die Lösung emissionsfreier Abgabe aus Heizungsanlagen gefunden und herstellend bereit gemacht.  
Jetzt ist es an der Zeit den übergeben Markt zu bearbeiten.  
Dazu suchen wir für den gesamten deutschsprachigen Raum verkaufsfähige

## Handelsvertreter

Sind Sie ein erfolgsgewohnter Verkäufer und bei Heizungsfirmen, Behörden, Industrie, Architekten und Ingenieurbüros gut eingeführt, dann melden Sie sich bei uns.  
Bewerber mit gutem technischen Verständnis und gutem Lernmund, die eine langfristige Zusammenarbeit interessiert sind, bieten wir solide Verdienstmöglichkeiten.

## Retherm

Gesellschaft für Wärme- und Umwelttechnik mbH  
Gausebrink 25, 4434 Ochtrup, Telefon 0 25 53 / 20 66

## MAKLER

US-37 500 bis 202 000  
Eine Kapitalanlage von \$ 12 500 bringt Ihnen diese Rendite innerhalb von 10 bis 20 Jahren mit fortlaufenden Gewinnen über Jahrzehnte. Diese Rendite wird durch die Währungs-Schwankungen der letzten Jahre bestätigt. Diese Hochrechnung wird von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit einer europäischen Finanzgesellschaft und Eigenkapitalbeteiligung von 100 % bestätigt. Keine Provision, die sich mit der Erstellung von Analysen beschäftigt. Keine Provision, die sich mit der Erstellung von Analysen beschäftigt. Keine Provision, die sich mit der Erstellung von Analysen beschäftigt.  
Setzen Sie sich mit uns in Verbindung.  
GLOBE FLAN S. A. - Av. Mon-Rapport 24 - CP 1005  
Lausanne (Schweiz), Tel. (00 41 21) 23 35 12, Telex: 25 195 MELCH CH

Wir sind eine seit mehr als 20 Jahren bestehende Handelsvertretung und haben für:  
technisch hochwertige, beratungsintensive Produkte im Bereich NEW  
tätig. Hervorragende Kontakte zu Architekten, Baugesellschaften und Bauherren des Unternehmern.  
Wir suchen die Übernahme einer weiteren  
Vertretung für Produkte aus der Baubranche. Geben Sie  
Zuschriften erbeten unter: G 722 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

## DYCKERHOFF ZEMENTWERKE AG WIESBADEN



## Jahresabschluß (Kurzfassung) zum 31.12.1983 und Vorjahr (Mill. DM)

Bilanz		Gewinn- und Verlustrechnung	
AKTIVA	1982 1983	PASSIVA	1982 1983
Sachanlagen	287,3 245,2	Grundkapital	92,5 92,5
Finanzanlagen	133,6 143,3	Rücklagen, Sonderposten mit Rücklageanteil	85,4 91,0
	400,9 388,5	Pensionsrückstellungen	158,6 170,2
Vorräte	75,3 70,5	Andere Fremdmittel:	
Warenforderungen	22,5 22,8	- langfristig	138,6 144,8
Flüssige Mittel	38,3 77,5	- kurzfristig	92,7 103,4
Übrige Aktiva	37,9 53,9	Bilanzgewinn	9,2 11,1
	575,0 613,0		575,0 613,0

Die Hauptversammlung vom 4. Juli 1984 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1983 zur Auszahlung einer Dividende von 6,- DM pro Aktie im Nennwert von 50,- DM zu verwenden.

Die Auszahlung erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 44 der Stammaktien und Vorzugsaktien.

Mit der Dividende ist für anrechnungsberechtigte Aktionäre eine Steuergutschrift von 3,38 DM pro Aktie verbunden.

Der vollständige Jahresabschluß und der Konzernabschluß, die beide den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers tragen, werden demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht. Der Jahresbericht wird auf Anforderung kostenlos zugestellt.

Abschreibungen auf Anlagevermögen	59,3	65,1
Zinsen (Saldo)	8,5	2,8
Steuern	25,1	45,3
Übrige Aufwendungen	168,3	176,3
Gesamtaufwand	709,6	739,7
Jahresüberschuss	11,2	17,1
Rücklagenzuweisung	2,0	6,0
Bilanzgewinn	9,2	11,1
Konzern		
Bilanzsumme	672,8	700,4
Aufwandsersatz	921,9	970,1
Gewinn	9,2	10,9



VOLKSWAGENWERK-HV / „Aufholjagd“ in der Produktion hat enge Grenzen

## Auch für 1984 noch keine Dividende?

**DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg**  
Die Aussichten der Aktionäre der Volkswagenwerk AG für 1984 nach zweijähriger Pause wieder eine Dividende zu erhalten, sind erheblich gesunken. Auf der Hauptversammlung in der Wolfsburg Stadthalle befragte der Aufsichtsratsvorsitzende Gustaf Ratjen die durch die Tarifauseinandersetzungen entstandenen Ergebniseinbußen im Konzern auf rund 500 Mill. DM nach Steuern. Davon entfallen nach den Worten von VW-Vorstandschef Carl H. Hahn 350 Mill. DM auf die AG. Zwar sei im Abschluss des ersten Quartals 1984 bereits Vorsorge getroffen worden; die lange Dauer des Arbeitskampfes sei aber nicht vorausgesehen worden und könne nicht ohne Wirkung auf das Jahresergebnis bleiben.

Für endgültige Aussagen, so Hahn, sei es zwar noch zu früh, zumal die weitere Entwicklung in Lateinamerika sich nicht abschätzen lasse. Aus heutiger Sicht aber müsse „große Skepsis“ angemeldet werden, ob ein ausschüttungsfähiges Ergebnis erwirtschaftet werden kann.

In welchem Maße das Unternehmen von den Streikfolgen betroffen wurde, zeigen die Absatzzahlen. Bis Ende Mai wurden in der Bundesrepublik 349 000 VW- und Audi-Modelle ausgeliefert. Das entspricht gegenüber dem Vorjahreszeitraum einem Plus von 1,2 Prozent. Obwohl im Juni immerhin noch 45 000 Fahrzeuge ausgeliefert wurden, liegt das Halbjahresergebnis auf 8,2 Prozent unter dem des Vorjahres. Die Umsatzverluste bewegen sich in einer Größenordnung von 2,8 Mrd. DM.

In Europa und in den USA werden die Brennpunkte nach den Worten Hahns erst ab Juli sichtbar. In den ersten sechs Monaten hätten sich die

Erwartungen „noch erfüllt“. So ergab sich in Westeuropa noch ein Verkaufsplus von 2,1 Prozent und in den USA eine Zunahme um 3,8 Prozent auf 142 000 Einheiten. Hahn wies darauf hin, daß den Auslandsmärkten Priorität eingeräumt werden müsse: „Lieferengpässe im Export bedeuten für Massenhersteller verlorene Kundenaufträge.“ Deshalb komme es jetzt darauf an, die Produktion temporär zu erhöhen.

Im Rahmen der Anstrengungen, das durch die Produktionsunterbrechung verlorene Terrain wieder wettzumachen, erhöht VW gegenwärtig die Fertigungskapazitäten in Wolfsburg von täglich 2440 auf 2800 Golf und Jetta und von 660 auf 700 Golf im Werk Brüssel. Die angekündigte Neueinstellung von 100 Mitarbeitern im Wolfsburg Stammwerk werde wahrscheinlich nur ein erster Schritt sein. Dennoch habe die „Aufholjagd“ Grenzen. Hahn rechnet damit, daß lediglich ein Viertel des Fertigungsverlustes von 160 000 Fahrzeugen ausgeglichen werden kann.

Trotz der aktuellen Probleme beurteilt Hahn die weiteren Aussichten nicht gänzlich ohne Optimismus. VW sei zwar in dem Bemühen, die Ertragswende herbeizuführen, zurückgeworfen worden. Das bedeute aber nicht, daß das Ziel einer Wiederherstellung der Ertragskraft nicht erreicht werde. Die gesamtwirtschaftliche Konstellation sei günstig und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns gestärkt.

Hahn verweist in diesem Zusammenhang auf die planmäßig verlaufenden Kooperationen mit der spanischen Seat. Nachdem seit Ende 1983 die Passat-Fertigung in Spanien läuft, wird dort inzwischen auch der Polo produziert. Zufrieden zeigt sich VW

über den Start des Santana, der bei Nissan in Japan produziert wird. Seit Februar seien bereits über 10 000 Fahrzeuge verkauft worden. Zu Optimismus gebe die Zusammenarbeit mit der VR China Anlaß. Dieser Tage habe VW einen Vertrag über die Lieferung weiterer 2000 Santana-Teile abgeschlossen. Die Lieferung soll bis März 1985 abgewickelt sein.

Die bei Redaktionsschluß noch anstehende Hauptversammlung (Präsenz 54,4 Prozent von 1,2 Milliarden DM Grundkapital) war gekennzeichnet von der Kritik der Aktionäre an erneuten Dividendenausfall. Angesichts der guten Abschlüsse der Wettbewerber stelle sich die Frage, ob tatsächlich nur äußere Einflüsse für den Verlustabschluß (215 nach 300 Mill. DM im Konzern) maßgebend waren.

Auf wenig fruchtbaren Boden fiel die Mahnung des Aufsichtsratsvorsitzenden zu Beginn der Sitzung, das Thema „Tarifstreit“ sachlich zu behandeln und persönliche Angriffe einzelner Aufsichtsratsmitglieder zu unterlassen. Der für Eugen Loderer in den VW-Aufsichtsrat nachrückte IG Metall-Vorsitzende Hans Maier stand im Mittelpunkt der Kritik.

Seitens der Aktionärsprecher wurde Unverständnis und Empörung geäußert an dem Vorschlag der Verwaltung, sich neues Kapital genehmigen zu lassen. Dies sei angesichts des Dividendenausfalls nicht akzeptabel. Bei den Vorschlägen handelt es sich um die Erneuerung des genehmigten Kapitals von 300 Mill. DM und die Ermächtigung zur Ausgabe von Optionen, Wandel- oder Gewinnschuldverschreibungen von bis zu 600 Mill. DM sowie die entsprechende Schaffung eines bedingten Kapitals von bis zu 200 Mill. DM.

## Gothaer Leben hat sehr gut verdient

**INGEADHAM, Frankfurt**  
Die Gothaer Lebensversicherung a.G., Göttingen, das älteste deutsche Versicherungsunternehmen, hat im vergangenen Jahr hervorragend verdient. In die Rückstellung für Beitragsrückerstattung konnten am Ende des Geschäftsjahres 236,4 Mill. DM eingestellt werden, gut ein Fünftel mehr als im Vorjahr. Die Versicherungsnehmer profitierten an der Gewinnverbesserung mit einer Steigerung der Überschussbeteiligung um 9 Prozent auf 144 (133) Mill. DM.

Für das gute Ergebnis sorgte eine über dem Branchendurchschnitt liegende Steigerung bei der Beitrags-einnahme um 9,8 Prozent auf 595 Mill. DM - die verdienten Beiträge wuchsen um 9,5 Prozent auf knapp 147 (138) Mill. DM. Stärker noch wirkte sich die mit 13 Prozent erneut kräftige Steigerung der Erträge aus Kapitalanlagen auf gut 353 Mill. DM aus, wobei die Durchschnittsverzinsung 7,8 (7,5) Prozent erreichte. Dazu kommen deutlich gebremste Kosten und ein höherer technischer Überschuss.

Daß beim Vorstand der Gothaer nicht nur eitel Freude herrscht, dafür sorgte ein mit einer Steigerung von 6,8 Prozent auf 2,1 Mill. DM schwächer als im Branchendurchschnitt gestiegenen Neugeschäft, das bei einer Stornoquote von 5,6 (4,9) Prozent den Bestand um 5,5 Prozent auf 16,7 (15,8) Mrd. DM steigen ließ. Die Stornierungen betreffen in der Regel noch „junge“ (ein bis drei Jahre alte) Verträge jüngerer Versicherungsnehmer, gerade die braucht die Versicherungswirtschaft aber in Zukunft.

Die Gothaer Allgemeine AG, der Sachversicherer der Gothaer, steigerte seine Beitragseinnahmen um 4,6 Prozent auf 214 Mill. DM und weist nach 3 Mill. DM Beitragsrückerstattung 2 (1,75) Mill. DM Jahresüberschuss aus.

wollen wir den Aktionären wieder Freude machen“.

Zum dritten Mal nacheinander ist der Gruppenumsatz 1983 mit kaum noch verringerter Belegschaftszahl von 1173 (1184) um 8,7 (2,8) Prozent auf 354 Mill. DM im Anstieg geblieben. Von diesem Geschäft wurden 40,2 (36,5) Prozent auf Auslandsmärkten erzielt. Der Inlandskonzern verbesserte einen Umsatz 1983 um 7,4 (4,5) Prozent auf 224 Mill. DM mit 31,9 (28,9) Prozent Exportanteil. Auch 1984 läßt sich mit einem im ersten Halbjahr erzielten Umsatzplus von 12 Prozent (die sich allerdings auch wegen des nun gebremsten Konjunkturaufschwungs im vollen Jahr „deutlich abflachen werde“) erfreuen an.

Erfreulich war bereits 1983 der Ertragsfortschritt. Das Betriebsergebnis des Inlandskonzerns verbesserte sich auf 6,1 (3,1) Mill. DM. Je Holding-Aktie nennt der Vorstand das DVFA-Nettoergebnis mit 9 (0) DM und den Cash-flow vor Steuern mit 27,25 (13) DM. Restlicher Strukturereignisaufwand und Wiederaufstockung der Pensionsrückstellungen um 5,1 Mill. DM drückten im Konzern den Jahresüberschuss-Ausweis auf 1,6 (0,03) Mill. DM, der bei der Holding mit 0,15 (0,13) Mill. DM noch bescheidener ausfiel. Zum restlichen „Atle-

sten-Abbau“ sollen 1984 so. Erträge aus jetzt bereits vollzogenem Verkauf nicht betriebsnotwendigen Vermögens entschieden beitragen.

Mit dem Kopf endlich über Wasser kündigte der Vorstand für die nächsten Jahre einen „Kurs kontrollierten Wachstums“ an. Der soll auch mit einem „Investitionsschub“ verbunden sein, nachdem der Konzern 1983 noch 6,1 (5,6) Mill. DM in die Sachanlagen steckte und dies übernehmlich aus der Innenfinanzierung deckte. Allein bei den Versidag-Beteiligungs-gesellschaften im Krefelder Raum sollen in den nächsten fünf Jahren 55 Mill. DM investiert werden.

Der Schwerpunkt liegt eindeutig bei dem Ziel, das Profil eines stark diversifizierten Zuliefer-Spezialisten für Märkte mit wenig „Importanfälligkeit“ noch weiter auszubauen, unter anderem auch durch Vormarsch in „Nicht-Textil-Gewerbe“. In 1983 stellten Futterstoffe noch 24 (25) Prozent vom Gruppenumsatz, Heimtextilien 23 (24) Prozent, Kraut- und Gewürzwaren 15 Prozent, Industrietextilien dagegen 39 (36) Prozent. Weiteres Ziel der nächsten Jahre: ein Auslandsanteil am Gruppenumsatz von 50 Prozent, wofür man mit den zwei gut laufenden US-Betrieben eine günstige Basis habe.

HERTIE / Der Umsatzausfall im ersten Halbjahr ist 1984 nicht mehr aufzuholen - Kein Personal-Kahlschlag

## Dem Gewinnziel ein gutes Stück nähergerückt

**INGEADHAM, Frankfurt**  
Mit 26 Prozent der Verkaufsfläche in den „Streik“-Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen hat es den Hertie-Konzern besonders hart getroffen: Zur Jahresmitte liegt der Umsatz des drittgrößten deutschen Warenhauskonzerns, der seit Jahren um den Weg aus der Verlustzone kämpft, um fünf Prozent unter dem Vorjahresstand. Um diesen Rückstand aufzuholen, wäre im zweiten Halbjahr ein Umsatzplus von sieben Prozent nötig, eine Größenordnung, die angesichts der derzeitigen Konjunkturlage nicht nur der Hertie-Vorstand für völlig unerreichbar hält.

Für Hertie wird es also weiter darauf ankommen, durch Verbesserung der Kostenstruktur das Ziel, den Substanzverzehr zu beenden und im operativen Bereich wieder Gewinne einzufahren, zu erreichen. Daß Früchte dieser Anstrengungen reifen, belegte Vorstandsvorsitzender Bruno Lippmann mit der erneuten Reduzierung des Aufwands im ersten Halbjahr, durch die es gelungen sei, die Ertragsinbuße im Gefolge des Um-

satzausfalls deutlich zu mindern. Auch die am Jahresende mit 928 (820) Mill. DM deutlich überhöhten Vorräte seien inzwischen wieder auf die Höhe der Vorjahre reduziert. Dies sei ein erstes Ergebnis der zunehmend angestrebten zentralen Sortimentssteuerung und -straffung - bei gleichzeitigem Spielraum für die „großen“ unter den derzeit 122 Häusern im Konzern, ihr Sortiment den spezifischen Bedürfnissen anzupassen.

Weitere Verbesserungen verspricht sich der Hertie-Vorstand von der jetzt begonnenen Einführung eines EDV-gestützten Informationssystems. Zügig voran gehen die Arbeiten zur Umstrukturierung (und damit Abbau von Verlustquellen) im Restaurations- und Nahrungsmittelbereich. Die zum Teil bereits länger eingeleiteten Maßnahmen haben dafür gesorgt, daß der Verlust von Hertie im operativen Bereich im vergangenen Jahr auf 16 Mill. DM halbiert wurde, wobei bilka nach erfolgreicher Sanierung zum ersten Mal seit elf Jahren sogar einen kleinen Gewinn erzielte. Für den positiven Handelsbilanzausweis (vgl. Tabelle) sorgten a. o. Erträge aus dem

Verkauf einiger Häuser ebenso wie eine Auflösung von Pensionsrückstellungen im Gefolge geänderter Pensionsvereinbarungen.

In der Tat ist Hertie mit mühevoller und zäher Kleinarbeit in den letzten Jahren dem Gewinnziel jeweils einen Schritt nähergerückt. Aber auch nach einer geringfügigen Senkung der Personalkostenquote auf 22,5 Prozent als Folge des Beschäftigtenabbaus ist dieser Bereich immer noch der entscheidende Hemmschuh auf dem Weg in die Gewinnzone. Denn mit seinen Personalkosten liegt Hertie nach wie vor deutlich über den Werten der Mitbewerber (die bis zu 185 000 DM Umsatz pro Kopf erreichen). In diesem Bereich wartet noch viel Arbeit auf den Hertie-Vorstand.

Lippmann betonte jedoch bei der Vorlage des Geschäftsberichts, daß es ein „Kahlschlagverfahren“ nicht geben werde. Zur Zeit wird mit dem Betriebsrat über drei weitere Rahmenvereinbarungen verhandelt, die, nachdem 1983 bereits rund 20 Mill. DM für Sozialpläne aufgewendet worden sind, für die nächsten zwei

bis drei Jahre neue Belastungen bringen werden. Lippmann: „Dies ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit ihrer Durchführung.“

Als Erfolg der seit Jahren verfolgten Strategie, ertragsstarke Sortimente zu forcieren, wertet Finanzvorstand Lothar Deppe die über Branchendurchschnitt liegende Handelsspanne von 36,59 Prozent (gemessen am Nettoumsatz). An den Umsatzen teilen (Schwergewicht Textil) hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum etwas geändert; weiter vorgekommen ist Hertie bei der Stärkung der (obwohl noch guten) finanziellen Basis: Das Eigenkapital macht jetzt 36,3 (35) Prozent der mit 2,25 Mrd. DM unveränderten Bilanzsumme aus.

Hertie-Konzern	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	8980	- 1,1
in DM/m²	6914	- 0,7
in DM/Kopf Beschäftigte	108 000	+ 3
Sachinvestitionen	94	+ 47
Cash-flow	112	- 47
Jahresüberschuss	36	- 45

\*) Umgerechnet auf Vollbeschäftigte. \*) Brutto nach Angaben des Unternehmens.

HORTEN / Betriebsergebnis fast verdoppelt - Eigenkapitalquote deutlich verbessert

## Als „Fach-Warenhaus“ die Zukunft meistern

**J. GEHLHOFF, Düsseldorf**

„Hoffentlich ein gutes Zeichen.“ Bernd Heberling als Vorstandssprecher der Horten AG, Düsseldorf, kommentiert so den natürlich noch mageren Tatbestand, daß nach Streikende und Einzug des Sommerwelters der Umsatz in der ersten Juli-Woche um 13,5 Prozent höher als vor Jahresfrist ausfiel. Es wäre, wenn's anhält, auch bei diesem jüngsten und kleinsten Unternehmen im Quartett der Warenhauskonzerne die heiß ersehnte Wende einer nach dem „goldenen Jahr 1983“ plötzlich zusammengebrochenen Einzelhandelskonjunktur. Denn bei Kaufzurückhaltung der Kundschaft und einem „mit nie erlebter Intensität“ tobenden Preiswettbewerb haben die 57 Horten-Warenhäuser im ersten Quartal des Geschäftsjahres 1984/85 (28. Februar) insgesamt 6,6 Prozent und auf unveränderter Fläche 6,2 Prozent Umsatz gegenüber der gleichen Vorjahreszeit verloren.

Ein Rückschlag auch im Ertrag, der sich nach Heberlings Ansicht aber gerade auch bei Horten wieder aufholen lasse, weil man die schlechten Monate Januar/Februar 1984 schon im jetzigen Abschluß verdaute und bis zum nächsten Abschluß noch siebeneinhalb Monate vor sich habe, die normalerweise 70 Prozent vom Jahresumsatz und „weit über 90 Prozent“ vom Betriebsergebnis bringen. Trotz Verzicht auf eine Ertragsprognose äußert sich der Horten-Vorstand dann auch einigermaßen positiv zu der Aussicht, im laufenden Jahr an das gute Ergebnis von 1983/84 anschließen zu können.

Dieses war nach mageren Vorjahren ein herausragendes Ergebnis. Bei einem über dem Durchschnitt von Warenhausbranche und Fachhandel liegenden Umsatzplus von 3,0 Prozent im eigenen Warenhausgeschäft (ohne Kooperationspartner) schaffte die Horten AG im Brutto-Cash-flow eine Verbesserung um gut ein Viertel auf den seit 1976 höchsten Wert, dazu fast eine Verdoppelung des Betriebsergebnisses auf 86,8 (46,8) Mill. DM und in der Summe aus nur noch 26 (37) Mill. DM Zinsaufwandsaldo sowie 10,5 (3,5) Mill. DM Beteiligungserträgen (Anstieg vor allem aus der Beteiligung am TÜV-Touristikkonzern) eine Verbesserung des negativen „Finanzergebnisses“ auf 14,8 (32,8) Mill. DM.

Aus dem somit vor Steuern auf 72,7 (13,9) Mill. DM verbesserten „operativen Ergebnis“ erhalten die 50 000 Eigentümer von 250 Mill. DM Aktienkapital (37 Prozent BAT-Konzern, 25 Prozent eine Gemeinschaftsholding

von Deutsche Bank/Commerzbank) nach Dividendenausfall für 1982 und für das zweimonatige Rumpffjahr 1983 nun 6 DM „echt verdiente“ Dividende (Hauptversammlung am 30. August).

Obendrein werden die Rücklagen, einschließlich des aus dem Rumpffjahr 1983 verbliebenen Gewinnvortrages von 1,2 Mill. DM, nun um 6 (1,6) Mill. DM verstärkt. Das gesamte Eigenkapital von 515 (Ende 1982: 507) Mill. DM hat mit einem statischen Bilanzanteil von 40,9 (36,8) Prozent „den höchsten Wert der letzten zehn Jahre“ erreicht. Ähnlich hoch soll er auch bleiben, wenn die 36 (35) Mill. DM 6b-Rücklagen auf die Investitionen für das im September 1984 fertige zweite Düsseldorf-Warenhaus (Carsch-Haus) übertragen werden.

Dank solchem Eigenkapitalpolster konnte man es sich auch leisten, die in den Vorjahren durch Währungsverluste „schmerzhaft teuer“ gewordenen langfristigen Schweizer Franken-Kredite auf 30 (149) Mill. DM abzubauen und die Aufnahme langfristiger Inlandskredite mit zinsgünstigeren Kurzfrist-Krediten hinauszuschieben.

Zudem eröffnet der Cash-flow-Uberschuss, wie schon 1983/84, auch in Zukunft die Chance zu beträch-

chem Schuldenabbau. Denn mehr als die nun erreichte Jahresrate von rund 50 Mill. DM Sachanlagezugang will man auch in den nächsten Jahren nicht investieren. Es sollen Jahre sein, in denen Horten die nun schon von Erfolg gekrönte Linie fortsetzen will, sich im Konzern der vier großen Warenhausunternehmen\* als „Fach-Warenhaus“ zu profilieren. Darin sieht man die Chance, um den häufig geringeren Marktanteil an einzelnen Plätzen gegenüber konkurrierenden Häusern zu kompensieren, indem man mit differenzierteren Sortimenten und Betonung von Marktnischen dem „Warenruck“ der umsatzstärkeren Konkurrenz ausweicht.

Horten AG	83/84	±%
Umsatz (Mill. DM)	3732	+ 2,2
in DM/m²	6900	+ 2,2
in DM/Kopf	174 100	+ 12,6
Beschäftigte	16 688	- 8,1
Personalaufwand	684	- 7,0
Gesamtinvestitionen	50	- 19,1
Brutto-Cash-flow	114	+ 28,1
Nettoergebnis	34,8	(1,0)
Jahresüberschuss	34,8	(1,0)
Ausschüttung	30,0	(-)

\*) Einzelhandelsumsatz mit MwSt und 806 (820) Mill. DM bei Kooperationspartnern. \*) Ohne Koop.-Partner und ohne Leihlinge. \*) Umgerechnet auf Vollbeschäftigte; Jahresdurchschnitt. \*) Nach Steuern und vor Ausschüttung. \*) Nach DVFA 6,96 (6,20) DM je Aktie.

KODAK / Verlustausgleich durch Kapitalschnitt

## Personal kräftig abgebaut

**WERNER NEITZEL, Stuttgart**

Vor allem infolge der schwachen Marktentwicklung im Amateurfotosektor hat sich auch bei der Kodak AG, Stuttgart, der deutschen Tochter des amerikanischen Fotokonzerns, das Bild der Geschäftslage im Jahre 1983 merklich verdüstert. Wie der Pflichtveröffentlichung des Unternehmens zu entnehmen ist, belief sich der Umsatz auf 795,5 Mill. DM. Dabei ist der Vergleich erschwert, da der Bilanzstichtag vom 31. Oktober auf den Jahresstichtag verlegt worden ist. Gemessen am Umsatz des davorliegenden letzten vollen Geschäftsjahres 1981/82 (31.10.) fiel der Umsatz des Geschäftsjahres und Kalenderjahres 1983 um 5 Prozent niedriger aus.

Noch spektakulärer ist freilich, daß die Kodak AG mit einem Fehlbetrag von 786,6 Mill. DM abschloß, nachdem für 1981/82 ein Defizit von 34 Mill. DM

Zur Ergebnissituation heißt es, einen großen Anteil daran hätten die Kosten von Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen. Insbesondere sei die Kamera-Fertigung zu Gunsten der Montage von Hochleistungskopierern eingeschränkt worden. Überdies wurde das Personal („auf ausschließlich frewilliger Basis“) kräftig um 16 Prozent auf knapp 3600 Mitarbeiter reduziert. Damit sei eine verbesserte Ausgangslage für das Jahr 1984, zu dem Kodak zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen wolle, geschaffen worden. Investiert wurden 67 Mill. DM und abgeschrieben fast 48 Mill. DM.

Bei der Mutter, der Eastman Kodak Company, schrumpfte der konsolidierte Umsatz in 1983 um 6 Prozent auf 10,17 Milliarden Dollar. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das Geschäftsjahr 1982 zwei zusätzliche Monate durch Geschäftsjahresumstellung bei Auslandsstöckern enthielt. Vergleichbar gemacht lag der Umsatz in etwa auf Vorjahreshöhe. Das USA-Geschäft zeigte ein leichtes Wachstum, schwächer lagen einige größere Auslandsmärkte. Der Nettogewinn nahm um 51 Prozent auf 565 Mill. Dollar ab. Die Beschäftigtenzahl wurde weltweit auf 125 500 Mitarbeiter verringert. Der Konzern geht von einer deutlichen Erhöhung in Geschäft und Ertragslage im laufenden Jahr aus.

VERSEIDAG / Nach drei Aufschwungjahren an der Schwelle zur Dividendenreife

## Die Konsolidierung abgeschlossen

**J. GEHLHOFF, Düsseldorf**  
Nach gut einem Jahrzehnt Dividendenlosigkeit bietet die Vereinigte Seidenwebereien AG, Krefeld, ihren Aktionären zur Hauptversammlung am 23. August für 1983 endlich wieder einen Abschluß, der eigentlich schon zur Dividendendruckreife ausgereicht hätte, stünde dem nicht noch ein steuerlicher Verlustvortrag-Rest von 7 Mill. DM entgegen. Den Eigentümern von 20 Mill. DM Aktienkapital (etwa die Hälfte weiterverzeigter Familienbesitz, größere Restposten seit der 1973er Kapitalerhöhung bei der Deutschen Bank, ein Fünftel bei Streubesitzern) kündigt der Vorstand der Verseidag-Holding nun eine „vorerst bescheidene Anfangsdividende“ für 1984 an, die aber keine Eintagsfliegen werden solle.

Die lange Jahre an zu großen Kapazitäten leidende Verseidag-Gruppe hat nach der 1980/82 bewältigten Roßkur der letzten und großen Sanierungsetappe (Personalabbau in dieser Zeit um 20 Prozent) und Konzentration der verkleinerten Kapazitäten auf möglichst ausschüttungsfähige Produktfelder die „Konsolidierung“ mit dem 1983er Abschluß endgültig beendet. Zukunftsfröhlich deutet der Vorstand nun auch wieder Kapitalerhöhungspläne an, - „aber erst einmal

wollen wir den Aktionären wieder Freude machen“.

Zum dritten Mal nacheinander ist der Gruppenumsatz 1983 mit kaum noch verringerter Belegschaftszahl von 1173 (1184) um 8,7 (2,8) Prozent auf 354 Mill. DM im Anstieg geblieben. Von diesem Geschäft wurden 40,2 (36,5) Prozent auf Auslandsmärkten erzielt. Der Inlandskonzern verbesserte einen Umsatz 1983 um 7,4 (4,5) Prozent auf 224 Mill. DM mit 31,9 (28,9) Prozent Exportanteil. Auch 1984 läßt sich mit einem im ersten Halbjahr erzielten Umsatzplus von 12 Prozent (die sich allerdings auch wegen des nun gebremsten Konjunkturaufschwungs im vollen Jahr „deutlich abflachen werde“) erfreuen an.

Erfreulich war bereits 1983 der Ertragsfortschritt. Das Betriebsergebnis des Inlandskonzerns verbesserte sich auf 6,1 (3,1) Mill. DM. Je Holding-Aktie nennt der Vorstand das DVFA-Nettoergebnis mit 9 (0) DM und den Cash-flow vor Steuern mit 27,25 (13) DM. Restlicher Strukturereignisaufwand und Wiederaufstockung der Pensionsrückstellungen um 5,1 Mill. DM drückten im Konzern den Jahresüberschuss-Ausweis auf 1,6 (0,03) Mill. DM, der bei der Holding mit 0,15 (0,13) Mill. DM noch bescheidener ausfiel. Zum restlichen „Atle-

sten-Abbau“ sollen 1984 so. Erträge aus jetzt bereits vollzogenem Verkauf nicht betriebsnotwendigen Vermögens entschieden beitragen.

Mit dem Kopf endlich über Wasser kündigte der Vorstand für die nächsten Jahre einen „Kurs kontrollierten Wachstums“ an. Der soll auch mit einem „Investitionsschub“ verbunden sein, nachdem der Konzern 1983 noch 6,1 (5,6) Mill. DM in die Sachanlagen steckte und dies übernehmlich aus der Innenfinanzierung deckte. Allein bei den Versidag-Beteiligungs-gesellschaften im Krefelder Raum sollen in den nächsten fünf Jahren 55 Mill. DM investiert werden.

Der Schwerpunkt liegt eindeutig bei dem Ziel, das Profil eines stark diversifizierten Zuliefer-Spezialisten für Märkte mit wenig „Importanfälligkeit“ noch weiter auszubauen, unter anderem auch durch Vormarsch in „Nicht-Textil-Gewerbe“. In 1983 stellten Futterstoffe noch 24 (25) Prozent vom Gruppenumsatz, Heimtextilien 23 (24) Prozent, Kraut- und Gewürzwaren 15 Prozent, Industrietextilien dagegen 39 (36) Prozent. Weiteres Ziel der nächsten Jahre: ein Auslandsanteil am Gruppenumsatz von 50 Prozent, wofür man mit den zwei gut laufenden US-Betrieben eine günstige Basis habe.

# Über 500.000 privaten Kunden konnten wir 1983 bei der Finanzierung helfen. Und über 700.000 Kunden bei der Anlage ihrer Spargelder.

Wenn Sie mehr über die Unternehmensziele der KKB Bank erfahren wollen, fordern Sie unseren Geschäftsbericht an.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

KKB Bank, Hauptverwaltung, Kasernenstr. 8-14, 4 Düsseldorf.

**KKB Bank** Die Bank für den privaten Kunden



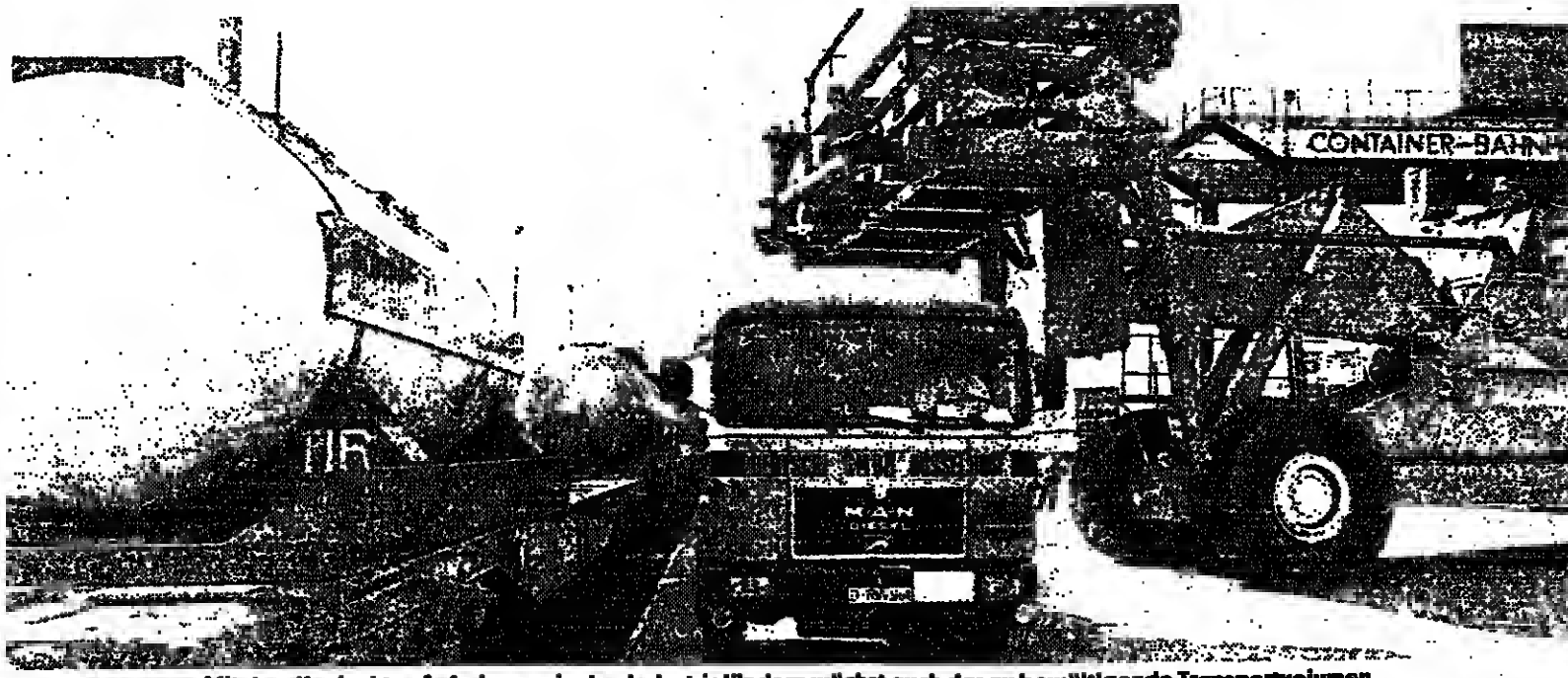
## Transport

E. W. - Schon lange nicht mehr waren die Kommentare so wohlwollend. Denn Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hatte einen Erfolg errungen, der sich vom Rahmen des Bundeshaushalts 1985 positiv abhob. Während Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg den Gesamthaushalt um 1,2 Prozent auf 260,2 Milliarden Mark wachsen ließ, erhöhte sich der Verkehrsetat um 2,1 Prozent auf 25,2 Milliarden Mark und schnitt damit besser ab als der Durchschnitt der anderen Ressorts.

Zwar konnte auch der Etatentwurf für das nächste Jahr keine Lösung der dringenden Finanzprobleme der Deutschen Bundesbahn bringen. Aber der Stein des Sisyphus konnte etwas nach oben transportiert werden. Auch wenn die Last der Alt-schulden weiter drückt, so ist doch nach Meinung des Ministers die „angekündigte Sicherung der Finanzierung der Neu- und Ausbaustrecken gewährleistet“. Darüber hinaus seien dringend notwendige Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen mit Bundeshilfe gesichert.

Zusätzliche 150 Millionen Mark erhält auch der Straßenbau, der in den letzten Jahren besonders stark beschnitten worden war. Bis 1988 soll dieser Rahmen gehalten werden. Vordringliche Aufgaben seien damit zu bewältigen, heißt es im Ministerium.

Zu Optimismus im Verkehrssektor gibt der Etatentwurf also einen Anlaß, selbst wenn überschüssige Freude nicht aufkommen wird, weil die Probleme noch lange nicht gelöst sind. Doch bleibt wieder die Hoffnung auf den nächsten Etat.



Mit dem Konjunktur-Aufschwung in den Industrieländern wächst auch das zu bewältigende Transportvolumen.

FOTO: MANFRED VOLLMEYER

EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK / Der im Mai gefeierte Durchbruch war wieder einmal voreilig

## Das Beschlußpaket wird erneut heftig diskutiert

Ankündigungen über Fortschritte in der europäischen Verkehrspolitik haben sich schon häufig als voreilig erwiesen. Nur Anfänger auf dem Brüsseler Parkett konnten deshalb überrascht sein, daß das im Mai als politischer Durchbruch gefeierte Beschlußpaket der Verkehrsminister zwischen wieder auseinander zu fallen droht.

Nach jahrelangem Hin und Her schienen sich die EG-Regierungen unter französischer Präsidentschaft auf ein Bündel von Entscheidungen verständigt zu haben. Es sollte parallel Fortschritte bei der Liberalisierung des Straßengüterverkehrs und der Harmonisierung der Maße und Gewichte für Lastwagen ermöglichen, die Zusammenarbeit der Eisenbahnen befördern, eine flexiblere Auslegung der EG-Verordnung über die Lenkzeiten für Lkw-Fahrer sicherstellen und die seit langem blockierten EG-Zuschüsse zur Förderung der Verkehrsinfrastruktur (rund 212 Mill.DM) freigeben.

An einen möglichst freizügigen Verkehr sind vor allem die Niederlande und Großbritannien interes-

siert, während die Bundesrepublik und Frankreich traditionell für Kapazitätsregelungen eintreten, die einen gemeinsamen Verkehrsmarkt erst am Ende langwieriger Harmonisierungsbemühungen und bei einer einheitlichen Bewertung der volkswirtschaftlichen Rolle von Schiene und Straße ermöglichen würden.

Erst die Bereitschaft des Rates, sich auf einen Minimalkompromiß über die Lkw-Abmessungen zu einigen, brachte die Bundesregierung zum Beispiel so weit in Zugzwang, daß sie ihren langjährigen Widerstand gegen eine Öffnung des deutschen Verkehrsmarktes durch Aufstockung der „Gemeinschaftskontingente“ im Straßengüterverkehr aufgab. So wurde beschlossen, die Zahl der den Mitgliedsstaaten zuzuteilenden Gemeinschaftsgenehmigungen 1985 um 30 Prozent und in den folgenden vier Jahren um jeweils 15 Prozent anzuhäufen.

Sie ermächtigen die Inhaber, den Güterverkehr über das gesamte Straßennetz der EG abzuwickeln und gestatten (im Vergleich zu bilateralen

Kontingenten) einen rationelleren Einsatz der Lastkraftwagen; trotzdem machen sie bisher nur rund 5 Prozent des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs auf der Straße aus.

Bonn hat sich Jahr für Jahr gegen großzügige Aufstockungen gewehrt. Als Argument diente unter anderem der Hinweis, daß zunächst Fortschritte bei der Harmonisierung der Abgaben für Nutzfahrzeuge und Brennstoffe sowie bei den Straßenbenutzungsgebühren erreicht werden müßten.

Die Brüsseler Grundsatzvereinbarung über die Lkw-Maße sieht die schrittweise Einführung eines zulässigen Höchstgewichts für Schwerlasten (6- und 8-Achser) von 40 Tonnen vor, wobei Großbritannien und Irland jedoch für eine noch nicht definierte Zeit eine Begrenzung auf 38 Tonnen zugestanden wurde. Für normale „Lkws“ müssen noch Grenzwerte festgelegt werden.

Italien hatte in den Beratungen besondere Wünsche in Bezug auf die Motorachslast vorgebracht, sich jedoch zunächst mit einer Protokoller-

klärung zufrieden gegeben. Bei der Konkretisierung der Ratsbeschlüsse in einer Arbeitsgruppe machte es plötzlich daraus einen Vorbehalt für die Zustimmung zum Gesamtpaket. Die Folge war, daß auch der Vertreter des Bonner Verkehrsministeriums, der die Zustimmung zur Aufstockung des Gemeinschaftskontingents wieder in Frage stellte, die Niederländer rückten daraufhin von dem Beschluß ab. Die im Haushalt bereitgestellten Gelder für Projekte der Verkehrsinfrastruktur (unter anderem auch Zuschüsse für den Neubau des Bahnhofs von Nürnberg) freigegeben.

EG-Kommissar Giorgios Contogorgis versuchte vergeblich, das Paket zusammenzuhalten. Der Rat will erst wieder im Dezember zusammenzutreten. Bis dahin wird auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes über seine Arbeit vorliegen. Nicht zuletzt wegen der Unklarheiten, die das Europäische Parlament gegen den Ministerrat eingereicht hatte, war in den vergangenen Monaten die Kompromißbereitschaft der EG-Partner gewachsen. WILHELM HADLER

BINNENSCHIFFFAHRT / Probleme mit „DDR“-Schiffen

## Keine Besserung in Sicht

Für eine „ganz beachtliche“ Leistung hält die Bundesregierung die Bewältigung eines enormen Strukturwandels in der deutschen Binnenschiffahrt. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, vor dem Bundesverband der deutschen Binnenschiffahrt e.V. (BdB), Duisburg, in Bremen. Mit ihrem Schiffsraumangebot habe sie sich den Anforderungen moderner industrieller Produktion angepaßt und den Forderungen nach preisgünstigen Transportleistungen weitgehend entsprochen.

Die Lage des Gewerbes ist alles andere als rosig, auch wenn sich die Binnenschiffahrt auf dem Transportmarkt der Bundesrepublik im letzten Jahr relativ gut behaupten konnte, so beurteilt Verbandspräsident Hans-Joachim Gutschall die Situation. Für das laufende Jahr sei keine wesentliche Besserung zu erwarten. Staatssekretär Schulte nannte zwei Ursachen für die Probleme: einmal die unbefriedigende Beschäftigung und zum anderen die ungenügende Kapazitätsauslastung, die den Verfall der Preise im grenzüberschreitenden Verkehr nachgezogen hätte.

Die unbefriedigende Beschäftigungssituation sei vor allem eine Folge des konjunkturbedingten Nachfragerückgangs. Davon betroffen wären vor allem Baustoffe, Montan Güter und Mineralöl, Produkte, die 80 Prozent der Beförderung in der Binnenschiffahrt ausmachen. Obwohl durch Abwrackaktionen in den letzten Jahren rund 2,3 Millionen Tonnen deutschen Schiffsraums abgebaut worden seien, hätten besonders die konkurrierenden Nachbarländer - Schulte nannte vor allem die Niederlande - ihre Flotte mit Investitionsanreizen noch aufgestockt, so daß sich das Problem der Überkapazitäten noch verschärft hätte.

Schulte folgte aus dieser Situationsbeschreibung, daß das deutsche Ordnungssystem nicht infrage ge-

stellt werden dürfe und daß die Schiffsraumkapazitäten in Ordnung gebracht werden müßten. Dazu sei die Mitwirkung der Nachbarstaaten notwendig. Die Bundesregierung werde sich auch künftig mit Nachdruck dafür einsetzen, daß eine niederländische Abwrackaktion durchgeführt werde.

„Mit großer Sorge“ betrachtet die deutsche Binnenschiffahrt darüber hinaus die Entwicklung im Berlin-Verkehr, wo seit über einem halben Jahr die „DDR“-Schiffe, besonders zwischen Hamburg und Berlin, auf dem Vormarsch seien und die Binnenschiffe aus der Bundesrepublik aus angestammten Verkehren verdrängen würden. BdB-Präsident Gutschall plädiert deshalb dafür, die Sondergenehmigungen für „DDR“-Schiffe aufzuheben oder stark einzuschränken. Denn im Verkehrsvertrag mit der „DDR“ sei der Schiffsverkehr zwischen Berlin und Bundesrepublik der Flotte aus der Bundesrepublik vorbehalten.

Der Einsatz von „DDR“-Fahrzeugen im Berlin-Verkehr sei nur mit besonderer Genehmigung möglich, die in einer pauschalen Sondererlaubnis nur knapp zehn Jahren „bis auf weiteres“ erteilt worden sei. Erst seit letztem Herbst, so Gutschall, mache die „DDR“ von dieser Regelung Gebrauch, als der Getreideimport von Übersee in die „DDR“ von Hamburg nach Rostock verlagert wurde. Seitdem fehlt den „DDR“-Schiffen, die vor allem Düngemittel aus der „DDR“ nach Hamburg transportieren, die Rückladung.

Die Binnenschiffahrt hat 1983 mit rund 224 Mill. Tonnen etwa 27 Prozent des Gesamttransportvolumens im deutschen Güterfernverkehr bewältigt. Die deutsche Flotte hat daran einen Anteil von 109 Mill. Tonnen, wobei die Flotte etwa 3400 Schiffe mit 3,4 Mill. Tonnen Tragfähigkeit umfaßt. 1969 waren es noch 6 800 Schiffe mit 4,7 Mill. Tonnen Tragfähigkeit. ERWIN WALTHER

## Hilfe für Italiens Häfen

Die italienische Regierung will zu den 5000 Hafenarbeitern, deren Ausscheiden bereits im Gange ist, weitere 5000 Schauerleute entlassen. Die Finanzierung wurde durch Bereitstellung von Budgetmitteln gesichert. Ziel der Maßnahme ist es, die Produktivität der italienischen Häfen so schnell und so stark wie möglich zu erhöhen.

Im Visier ist dabei vor allem Italiens größter Hafen, Genua, der noch 8400 Schauerleute unter Vertrag hat, genau 5000 weniger als notwendig. Durch geringe Produktivität, hohe Kosten und Gebühren haben die italienischen Häfen in den letzten Jahren gegenüber der Nordsee-Konkurrenz und Marseille ständig an Boden verloren. Besonders dramatisch ist der Verfall Genuas. Noch vor zehn Jahren stand der ligurische Hafen in Westeuropa an zweiter Stelle, heute rangiert er auf dem 15. Platz. Zwischen 1973 und 1983 stieg der Welt-Hafenumschlag um nahezu 130 Prozent, in Genua ging er gleichzeitig um 40 Prozent zurück. Den Anschluss verpaßt hat das „Tor Italiens“ zu den Weltmeeren“ auch im Container-Verkehr. Während in den Nordseehäfen der Container-Umschlag in den letzten sechs Jahren um 58 Prozent zunahm, betrug der Zuwachs in Genua nur 7 Prozent.

Die Sanierung und Modernisierungspläne für Genua sehen bis 1987 eine Verdoppelung, bis 1992 eine Verdreifachung des Umschlages von 7,5 Millionen Tonnen vor. Endlich in Angriff genommen werden soll der seit zwanzig Jahren geplante Ausbau des Ersatzhafens Voltri. Der Finanzbedarf wird für die Dreijahresspanne 1984 bis 1986 auf 1142 Milliarden Lire geschätzt. Davon entfallen 500 Milliarden Lire auf die Tilgung der aufgelaufenen Verluste. Den größten Teil der Finanzmittel (775 Milliarden Lire) wird der Staat zur Verfügung stellen, den Rest öffentliche und private Einrichtungen und Gesellschaften.

GÜNTHER DEPAS

## Tankerflotte: Hohe Überkapazitäten

Der weltweite Rückgang beim Mineralölverbrauch und eine starke Verkürzung der Versorgungswege durch den hohen Anteil von Nordsee-Öl haben die Beschäftigungslage in der Tankerschiffahrt weiter verschlechtert. Wie die Deutsche Shell mitteilte, liegt 1983 ungeachtet der höchsten Abwrack-Rate, die jemals in einem Jahr verzeichnet wurde, der Anteil an überschüssiger Tonnage noch bei 85 Prozent des tatsächlichen Bedarfs. Anfang 1984 umfaßte die Welttankerflotte 3482 Schiffe von mehr als jeweils 10 000 tdw oder insgesamt 329,3 Millionen tdw.

Rund fünfmal mehr Tankerschiffraum, als 1983 in Dienst gestellt, ist im gleichen Jahr verschrottet worden: 26,8 Millionen tdw. Damit hat sich die Welttankerflotte, die zu 23 Prozent im Eigentum von Mineralölgesellschaften steht und zu 65 Prozent privaten Reedern gehört - der Rest entfällt auf Staatsreedereien - innerhalb von sechs Jahren um rund ein Sechstel verkleinert. Daß dies noch nicht das Ende aller notwendigen Maßnahmen bedeute, belegen nach Shell-Angaben weitere Zahlen. Danach waren von der „schwimmenden Flotte“ zum Jahresbeginn 1984 rund 58 Millionen tdw wegen Nichtbeschäftigung aufgelegt, 46 Millionen tdw konnten nur durch Langsamfahrt vor diesem Schicksal bewahrt werden, während 13 Millionen tdw als Lagerfrachts eingesetzt waren. Im Laufe des Jahres wurden 107 Neubauten mit zusammen 5,1 Millionen tdw in Dienst gestellt, weitere 215 Schiffe befanden sich Anfang 1984 im Bau oder waren in Auftrag gegeben.

(dpa/VWD)

UN-WELTSCHIFFFAHRTS-ORGANISATION / Rettungsdienste harmonisiert

## Beitrag zu mehr Sicherheit auf See

Nach dem Beitritt Dänemarks als fünfzehnter Signatarstaat kann die 1979 in Hamburg erarbeitete internationale Konvention über eine Harmonisierung der Seerettungsdienste am 22. Juni 1985 in Kraft treten. Die unter Schirmherrschaft der UN-Weltschiffahrtsorganisation (IMO) zustande gekommene Abmachung ist nach den Worten des IMO-Generalsekretärs Chandrika Srivastava „ein wesentlicher Beitrag zu größerer Sicherheit auf See“.

Hauptaufgabe der Konvention ist die Schaffung rechtlicher und technischer Grundlagen für eine engere zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen allen Organisationen, die in einem Seesnotfall an einer SAR-Search and rescue-Operation mitwirken. Fernziel ist ein weltweit verbindlicher SAR-Plan.

Erreicht werden soll dies durch ein weltumspannendes Netz von Seerettungsverträgen zwischen Nachbar-

staaten, für die die IMO-Konvention die Basis schafft. Vorgeschlagene Gegenstände solcher Verträge: die Einnahme auf feste SAR-Zonen, die Erarbeitung von beiderseitig verbindlichen Verfahrensregeln, eine grenzübergreifende Ausbildung von Rettungsspezialisten und die Einrichtung gemeinsamer Rettungs-Koordinierungszentren.

Jeder der fünfzehn Signatarstaaten, zu denen auch die Bundesrepublik zählt, soll die Rechtsgrundlage dafür schaffen, daß fremde SAR-Einheiten in einem akuten Notfall jeherzeit unbefehlet die Grenzen seiner Hoheitsgewässer überschreiten dürfen. „Wo angebracht und erforderlich“, wird die Schaffung von Schiffsmeldesystemen angeregt.

Vorbild dafür könnte das für Island Fischereiflotte hindende Meldesystem sein, das seit Jahren reibungslos funktioniert und dem zahlreiche Seeleute ihr Leben verdanken,

Jedes in See stehende Schiff ist danach gesetzlich verpflichtet, zweimal täglich der Rettungsleitstelle Reykjavik seine Position zu melden. Das dient nicht nur der eigenen Sicherheit; es ermöglicht Reykjavik auch schnelles Reagieren. Das Modell war zum Beispiel Voraussetzung dafür, daß es im vergangenen November nach dem Untergang des deutschen Frachters „Kampen“ überhaupt Überlebende gab.

IMO-Generalsekretär Srivastava: „Nach der Ratifizierung der wichtigen SAR-Konvention wird die Weltschiffahrtsorganisation jetzt mit Nachdruck auf die Entwicklung eines globalen maritimen Nachrichtennetzes hinwirken.“ Weiterhin bemüht sich die IMO in Zusammenarbeit mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation um eine Harmonisierung der SAR-Schemata für Luft- und Seesnotfälle. (SAD)

## Thema Schienenverkehr:



## Den Fortschritt auf die Schiene bringen.

Die Zukunft des modernen Schienenverkehrs erfordert noch kürzere Reisezeiten durch höhere Geschwindigkeiten. Und noch mehr Wirtschaftlichkeit beim Güterverkehr.

Die Unternehmen der Thyssen Industrie AG arbeiten daran: Mit der 4-achsigen Hochgeschwindigkeits-Lokomotive DE 2500 UmlAn. Diese Lokomotive entwickelt die Thyssen Henschel und BBC erreicht Spitzengeschwindigkeiten bis zu 350 km/h.

Erstklassigen Komfort bieten die modernen Reisezugwagen der Waggon Union durch bequeme Sitze, schöne Innenräume und angenehme Klimatisierung. Die Drehgestelle der Bauart MD 552 sorgen für stabilen Lauf und

niedrige Fahrgeräusche auch bei hohen Geschwindigkeiten.

Thyssen Henschel und Waggon Union sind auch maßgebend an Entwicklung und Bau des ICE-Hochgeschwindigkeitszuges beteiligt.

Im Nahverkehr sorgt Thyssen für starken Antrieb. Gemeinsam mit anderen Unternehmen wurde eine Neuentwicklung von Zweiachs-Lokomotiven auf die Schiene gestellt. Diese integrierten Antriebe sind leichter, kompakter und wirtschaftlicher bei größerer Laufruhe.

Wenn Sie wissen wollen, wie wir den Fortschritt auf die Schiene bringen, fordern Sie unsere Druckschrift „Leistungen für schienegebundene Verkehrssysteme“ an.



**THYSSEN INDUSTRIE AG**  
Am Thyssenhaus 1 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/106-1



## SCHIFFBAU-INDUSTRIE / Dritter Rang weltweit

## Erfolg mit Spezialitäten

Hefig kritisierte der Verband Deutscher Reeder (VDR) die Entscheidung des Bundeskabinetts, die Finanzbeiträge für den Neubau von Schiffen deutscher Eigner nach 1986 zu streichen. Wenn die Finanzhilfe nicht über einen längeren Zeitraum weitergeführt werde, so erklärte VDR-Geschäftsführer Herbert Holst in Hamburg, könne sie ihre Wirkung zur Sicherung von Liquidität und Investitionsfähigkeit der Schiffbauindustrie nicht entfalten. Ebenso blieben stabilisierende Effekte für die Werftbeschäftigung aus.

Der Bundestagsfinanzsausschuss hatte Ende letzten Jahres die Wieder-

stertonnen (BRT) und Korea mit 1,5 Millionen BRT. Innerhalb der europäischen Werften konnte der Marktanteil sogar noch gesteigert werden.

Dies sei um so bemerkenswerter, als die Subventionen in den Nachbarländern weit höher, die Lohnkosten aber niedriger lägen als in der Bundesrepublik, erklärte der Vorsitzende des Verbands der Deutschen Schiffbauindustrie e.V. (VDS), Michael Budczies, in Hamburg. Daß die deutschen Werften trotz dieser „schlechten Umweltbedingungen“ sich so gut behauptet hätten, sei ihrem technischen Können und ihrer Flexibilität zu verdanken.

Budczies erläuterte vor der VDS-Mitgliederversammlung weiter, daß die deutschen Werften im letzten Jahr beträchtliche Kapazitätsanpassungen durchgeführt hätten. Diese reduzierten Kapazitäten seien überwiegend modern und hätten sich auf den Bau von Spezialschiffen konzentriert, bei denen aufgrund von Marktprognosen der Schwerpunkt der zukünftigen Nachfrage liegen werde.

Unter dem Kapazitätsabbau des letzten Jahres hätten besonders die Großwerften gelitten – 1983 betrugen die Fertigungskosten im Handels-schiffbau nur noch 9 Millionen nach 33 Millionen im Jahre 1975. Das war ein Rückgang um 75 Prozent. Bei mittleren Werften lag er im gleichen Zeitraum bei rund 40 Prozent.

1983 lieferten die deutschen Seeschiffswerften 145 Schiffe im Wert von 4,1 Milliarden Mark ab. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Neubausätze um rund 20 Prozent. Im Rinnenschiffbau wurden 76 Schiffe im Wert von 145 Millionen Mark abgeliefert. Die Zahl der Beschäftigten sank von Ende 1982 bis Ende 1983 um 7392 auf 49 098 Mitarbeiter. (E. W.)

Anzeige  
O&K-Stapler.  
So müssen Stapler sein.

Einführung der Finanzbeiträge für 1984 und 1985 für notwendig erklärt, denn diese bereits von 1979 bis 1981 gewährten zinslosen Darlehen, deren Rückzahlung bei Investitionen auf deutschen Werften entfiel, hätten den Neubau von 130 Schiffen auf deutschen Werften bewirkt.

Dabei halten die deutschen Werften im Weltschiffbau immer noch mit 798 000 Bruttoregistertonnen (Ablieferungen 1983) den dritten Rang nach Japan mit 6,7 Millionen Bruttoregi-

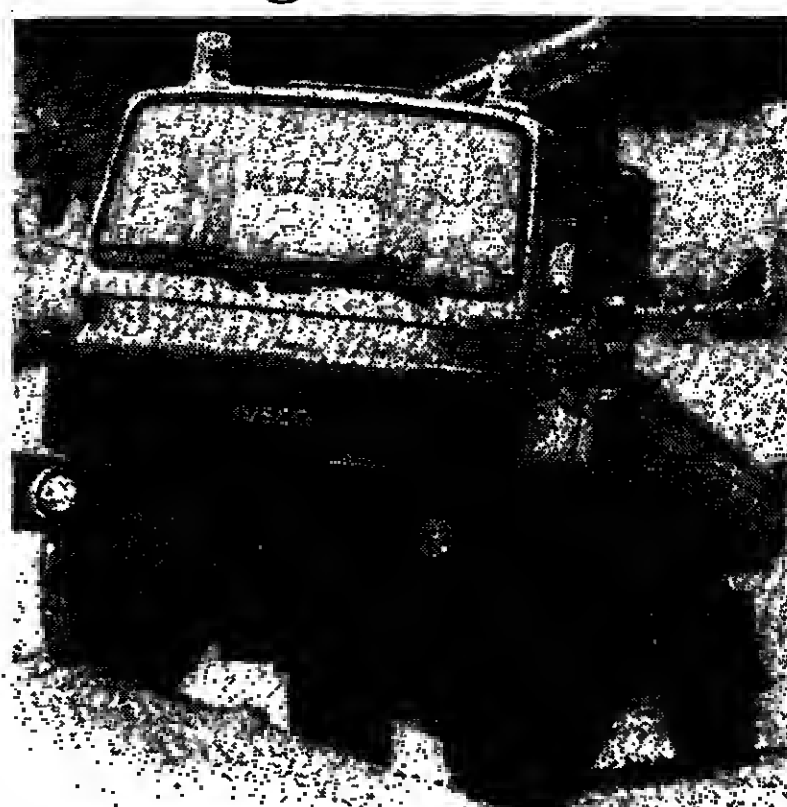
## NUTZFAHRZEUGE / Günstige Langfrist-Prognose: Transportaufkommen steigt langsam wieder

## Berechtigte Hoffnung auf neue Schubkraft

Im Nutzfahrzeugbau ist nach wie vor Seelenmassage Trumpf. Die Hersteller in der Bundesrepublik, die in den zurückliegenden Jahren in Produktion und Absatz weitgehend nicht aus dem Rückwärtsgang herauskamen, klammern sich – wie auch anderwärts – an Langfrist-Prognosen. Und diese sehen so ungünstig nicht aus. Denn das auf längere Sicht steigende Transportaufkommen, das wiederum in direktem Zusammenhang mit der industriellen Produktion, dem Verbrauch und anderen Faktoren steht, führt geradezu zwangsläufig zu einem verstärkten Straßengüterverkehr. Aufgrund dieser Perspektive dürfte den Nutzfahrzeugbauern um die Chancen für ihr Produkt gar nicht bange sein. Dem Lastwagen öffnen sich wachsende Märkte.

Doch zunächst richtet sich der Blick auf die aktuelle Lage. Unverkennbar ist, daß es weiterhin im Getriebe der Produktion und des Absatzes von Nutzfahrzeugen knirscht. Daimler-Benz-Chef Werner Breitschwerdt spricht vor allem wegen der abgeschwächten Nachfrage aus Übersee von einem weiterhin zähen Verlauf des Nutzfahrzeugabsatzes. Der arbeitskampfbedingte Produktionsausfall von rund 600 Nutzfahrzeugen schmerzt der Welt größten Lastwagen-Hersteller besonders, da man sich insbesondere von der im März vorgestellten Baureihe neuer leichter Lkw nachhaltige Schubkräfte verspricht.

Auch Iveco-Magirus-Chef Bernd Koesgarten sieht für das Jahr 1984 für sein Unternehmen vorerst keine durchgreifenden Impulse zur Belebung des Geschäfts. Die seit Mitte 1982 anhaltend ungünstige Konstellation im Export hat sich in den letzten



Die Nutzfahrzeuge kommen nur langsam wieder aus dem Tal.

FOTO: GIEWEL

Monaten fortgesetzt. Sie lasse auch für die Folgemonate keine Wende zum Besseren erkennen.

Nach einem erfreulichen Jahresauftakt bei den Auftragseingängen aus dem Inland haben auch bei Iveco Magirus die Folgen der Streik- und Aussperungsmaßnahmen in Teilen der Metallindustrie die Hoffnungen auf ein insgesamt verbessertes Geschäft erheblich gedämpft.

Was bei den arbeitskampfbedingten deutschen Herstellern aber vor-

allem Sorgenfalten verursacht, ist der Tatbestand, daß – wie es bei Daimler-Benz heißt – wegen des hohen Auslandsanteils im Nutzfahrzeuggeschäft die mehrwöchige Lieferunterbrechung zu vielen Auftragsannullierungen und damit auch zu Marktanteilsverschiebungen geführt hat. Die Konkurrenz hat also an Boden gewonnen, und es bleibt abzuwarten, ob dies wieder wettgemacht werden kann. Nachdem der inländische Markt für Brummis nach Jahre-

langer Schrumpfung mit Hilfe der Investitionszulage im vergangenen Jahr wieder in Schwung gekommen war, hatte sich die Branche für das laufende Jahr 1984 endlich auch wieder etwas mehr Schub von Seiten des Exports erhofft.

Die Produktionsstatistiken für Lastwagen (über 6 Tonnen) des Jahres 1983 in den wichtigsten westeuropäischen Industrieländern weisen praktisch durchweg Minusraten im Jahresvergleich auf. In der Bundesrepublik war die Lkw-Produktion um 16,2 Prozent auf 126 494 Fahrzeuge zurückgegangen worden. Davon produzierte Daimler-Benz 100 008 Fahrzeuge (minus 12,1 Prozent), MAN 15 906 Fahrzeuge (minus 16,7 Prozent) und Iveco Magirus 10 006 Fahrzeuge (minus 41,5 Prozent). Schweden als das drittgrößte Herstellerland Westeuropas nach Großbritannien kam auf 46 671 Lkw (minus 3,5 Prozent).

Positiv hebt sich Italien mit 29 738 produzierten Lkw (plus 22,8 Prozent) ab. Beim Blick auf Japan und Nordamerika fällt in der von Daimler-Benz stammenden Statistik auf, daß auch in Japan die Fertigung von Lkw (über 6 Tonnen) in 1983 weiter um 8,7 Prozent auf 184 923 Fahrzeuge abgenommen hat, wogegen in USA und Kanada die Produktionszahlen mit zusammen 175 901 Einheiten (plus 1,5 Prozent) eine Tempobeschleunigung signalisieren.

Dominierend ist nach wie vor die Position von Daimler-Benz in der Kategorie schwerer Lkw (ab 15 Tonnen): 1983 wurden weltweit 71 924 schwere Daimler-Lkw (minus 10,8 Prozent) gebaut, an zweiter Stelle in der Welt rangierte rangierte Volvo mit 30 018 Lkw (plus 0,6 Prozent), es folgt IHC. WERNER NETZTEL

## GROSSBRITANNIEN

## Wieder Wachstum bei Nutzfahrzeugen

Der britische Nutzfahrzeug-Markt hat sich im Verlauf dieses Jahres rapide erholt, nachdem es in den letzten drei Jahren zu erheblichen Verkaufseinbußen in allen Nutzfahrzeug-Bereichen gekommen war. Jüngsten Hochrechnungen des Verbandes der britischen Automobilhersteller und Händler zufolge werden bis Ende dieses Jahres in Großbritannien 123 000 mittlere und große Lieferwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 3,5 Tonnen verkauft worden sein, so viele wie nie zuvor. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt nur 116 825 mittlere und große Lieferwagen neu zugelassen.

Schätzungen des britischen Automobil- und Händlerverbandes zufolge dürften die Neuzulassungen von Nutzfahrzeugen mit über 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht in diesem Jahre etwa 57 000 erreichen. Im vergangenen Jahr lagen sie bei 49 950. Im bisherigen Rekordjahr 1969 wurden allerdings 79 856 Lkw mit mehr als 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht verkauft, 1980 waren es noch 61 300.

Nimmt man den gesamten Nutzfahrzeug-Markt, also einschließlich Lieferwagen mit bis zu 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht, dann wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit 145 979 Nutzfahrzeugen 5,6 Prozent mehr verkauft als in der gleichen Vorjahreszeit. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil importierter Nutzfahrzeuge an den Neuzulassungen von 32,9 auf 34,7 Prozent.

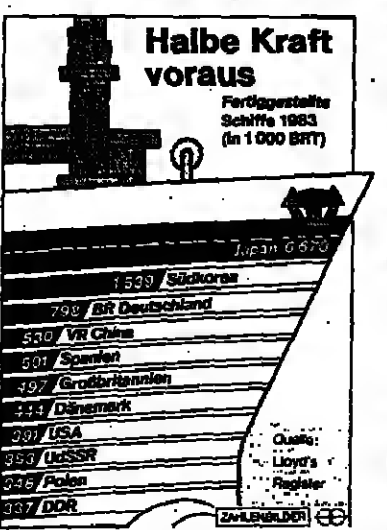
Sorgen bereitet den Herstellern lediglich der Omnibus-Markt. In der ersten Hälfte dieses Jahres gingen die Verkäufe gegenüber den ersten sechs Monaten 1983 um vier Prozent auf 2228 Busse zurück. W. FURLER

## CARGO

„Der Jahresabschluß 1983 zeigt, daß wir vernünftig gewirtschaftet haben: wir haben unsere Ziele erreicht“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), Erich Becker, in der Jahrespressekonferenz ein. Er unterstrich, nach einer Phase der Stagnation und Rezession besitze die FAG einen gesicherten Platz im nunmehr wieder wachsenden Luftverkehr. 1983 lag lediglich die Zahl der Starts und Landungen mit gut 222 000 auf Rhein-Main knapp unter dem Höchststand von 1980. Beim Passagieraufkommen (17,8 Millionen Fluggäste) hingegen wurde ebenso eine neue Höchstmarke erreicht wie bei Fracht (685 000 Tonnen) oder Luftpost (99 000 Tonnen).

Nach jüngsten Erhebungen der „International Air Transport Association“ (IATA) und auf der Grundlage der 1983er Leistungsstatistik der IATA-Verbandsmitglieder nimmt Flying Tigers unter den Luftfracht-carriern der Welt weiterhin die Spitzenposition ein. Flying Tigers hat 1983 auf dem weltweiten Streckennetz des Unternehmens 2,95 Milliarden Frachtkilometer eingeflogen, 30 Prozent mehr als die zweitplatzierte Japan Air Lines mit 2,26 Milliarden Frachtkilometern. 1982 hatte der Luftfrachtcarrier mit Sitz in Los Angeles weltweit 2,34 Milliarden Frachtkilometer zurückgelegt und damit die damals ebenfalls an zweiter Stelle liegende Japan Air Lines (1,98 Milliarden Frachtkilometer) um 18 Prozent übertroffen.

„Wenn wir das voraussichtliche Wachstum des Verkehrsaufkommens in Bayern bis zum Jahr 2000 in Einklang mit den Bedürfnissen von Mensch und Natur bewältigen wollen, dann müssen nicht nur alle Anstrengungen für eine baldige Senkung der Schadstoffemissionen aus Kraftfahrzeugen unternommen werden, vielmehr bedarf es gleichzeitig noch eines erheblichen Ausbaus der Verkehrswege und einer spürbaren Attraktivitätssteigerung der Alternativen zum Kraftfahrzeugverkehr.“ Diesen Schluß zog Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann bei der Vorstellung der „Verkehrsprognose Bayern 2000“.



Im Schiffbau geht es nur mit halber Kraft voran. Nach immer leichten die Werften unter den Nachwirkungen des überhitzten Schiffbaubooms um die Mitte der siebziger Jahre. Vor allem im Massengüterverkehr gab es erdrückende Überkapazitäten.



Wäre die Bundesbahn ein Privatunternehmen, sie bestände wohl längst nicht mehr. Denn Jahr für Jahr führt die Bahn riesige Verluste ein. Der Schuldenberg der Bahn ist zwischen 1960 und 1983 von sechs auf 56 Milliarden DM gewachsen. QUELLE: GLOUS

welche das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr als Orientierungshilfe für die 1985 anstehende dritte Fortschreibung des Gesamtverkehrsplans Bayern erarbeitet hat. Stichwortartig lassen sich die Ergebnisse der Ifo-Prognose wie folgt umreißen: Mit durchschnittlich etwa 3 Prozent pro Jahr wird das Wachstum der bayerischen Wirtschaft auch in Zukunft weit über dem Bundesdurchschnitt von 2,3 Prozent liegen. Die Pkw-Dichte in Bayern wird vor allem außerhalb der Ballungsräume noch erheblich ansteigen. Ifo erwartet für das Jahr 2000 auf 1000 Einwohner in Bayern 520 Autos gegenüber 372 in 1982. Der Güterfernverkehr wird nach Ifo bis zum Jahr 2000 um 46 Prozent ansteigen, dabei der Straßengüterverkehr um 70 Prozent.

Zum erstenmal seit 1957 hat die belgische Luftverkehrsgesellschaft Sabena ein Geschäftsjahr ohne vom Staat zu deckende Verluste abschließen können. Wie bekanntgegeben wurde, erbrachte 1983 einen bescheidenen Überschuß von 22,5 Millionen Franc (1,1 Millionen Mark). Dieses Hoffnungen erweckende Ergebnis ist eine Folge rigoroser Spar- und Sanierungsmaßnahmen. Innerhalb weniger Jahre wurde unter massivem Druck der belgischen Regierung der Sabena-Personalbestand von etwa 9000 auf rund 7000 Mitarbeiter verringert. Sabena-Maschinen beförderten im vergangenen Jahr über 1,9 Millionen Passagiere. Die Beladungsrate lag bei 70 Prozent.

Einen starken Einbruch der Auslandsaufträge im Schiffbau mußte Südkorea im ersten Halbjahr 1984 hinnehmen. Das Auftragsvolumen ging um 60 Prozent auf 920 000 Bruttoregistertonnen (BRT) zurück, berichtet der Reederband Südkoreas. Die vorläufigen Zahlen für diesen Zeitraum weisen aus, daß 45 Schiffe im Wert von insgesamt 555 Millionen Dollar bestellt wurden. Das waren 71,7 Prozent weniger als in der ersten Jahreshälfte 1983. Der Auftragsbestand belief sich Ende Juni auf 4,912 Mill. BRT, teilte der Verband weiter mit.

# Iveco Magirus

## ist:

# 354

## Varianten,

# 8 Klassen-

## eine

# Marke.

Seit 1916 werden in Ulm Nutzfahrzeuge entwickelt und gebaut. Durchdachte Konzepte und intelligente Technik führen zu speziellen Lösungen für individuelle Transportaufgaben.

Weil nur eine Modell-Variante für eine bestimmte Einsatzart optimal ist, sind alle anderen dafür weniger geeignet. Iveco Magirus bietet darum 354 Varianten in 8 Fahrzeugklassen zwischen 2,8 und 38 t. Für den Verteiler- und Sammelverkehr, für den Bau- und Fernverkehr, für den Brandschutz und die Kommunalwirtschaft.

Ein Programm, das die Position der Iveco als Nr. 2 in Europa mitbegründet. Ein Erfolg, der Zukunft hat.

## IVECO

### MAGIRUS

Iveco Magirus AG, Ulm



## TRANSPORTSCHÄDEN / Vier Milliarden jährlich

## Hohe Einsparungen möglich

Jährliche Transportschäden und -unfälle von etwa vier Milliarden Mark und etwa 200 Tote und 25 000 Verletzte belasten die deutsche Wirtschaft. Auf die EG bezogen dürften es etwa 14 Milliarden Mark sein. Mit einem minimalen Aufwand, der noch nicht einmal ein Prozent der möglichen Einsparungen betragen würde, ließen sich spielend zehn bis 15 Prozent und bei etwas intensiveren Bemühungen sogar 20 bis 25 Prozent verbieten. Trotz eines so günstigen Kosten/Nutzen-Verhältnisses wird in dieser Hinsicht bisher kaum etwas getan. Ein sicherer Gütertransport hängt ab von: der Verpackung, der Wahl des Verkehrsträgers und -mittels; der Ladungssicherung; dem Handling.

Nur bei der Verpackung gibt es bisher nennenswerte Initiativen – eine Aus- und Weiterbildung oder ein umfangreiches Schrifttum –, obwohl auch hier noch eine Menge zu tun wäre. Auf den übrigen Gebieten gibt es das, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum. Das ist auch der Grund, warum hier mit wenig Aufwand viel erreicht werden könnte. Gewiß, die meisten Transporte erreichen unbeschädigt ihr Ziel, aber nur deswegen, weil nicht bei jedem Transport mit einer Vollbremsung, einem plötzlichen Ausweichmanöver oder einem größeren Rangierstoß zu rechnen ist.

## Zu wenig Informationen

Falls diese Thesen übertrieben erscheinen, hier einige gravierende Fakten: Obwohl Container von ihrer Konzeption her nur für einen Längs- und einen Querschnitt sind, werden bei Ro-Ro-Schiffen und kombinierten Ro-Ro-Containerschiffen die Container in zunehmendem Maße quer gestaut. Anlage- und Investitionsgüter werden an Bord von Schiffen mit Drahtseilen gelascht. Für die Seilverbindungen werden Seilklammern benutzt, die im Binnenland nur noch für untergeordnete Zwecke zugelassen sind, also keineswegs zur Ladungssicherung.

Binnencontainer sind, wie der Name schon sagt, speziell für den Binnentransport konzipiert. Dennoch nehmen sie inzwischen begrenzt am Seeverkehr teil, in der Nordsee bis fast hoch nach Schottland. Die dabei möglichen Transportbeanspruchungen können mehr als doppelt so hoch sein wie die zulässigen Seitenwandbelastungen.

Im Rahmen des kombinierten Verkehrs Straße/Schiene engagiert sich die Bundesregierung besonders stark. Mit welchen Rangierstößen oder Stößen beim Zusammenstellen von Zügen und wie die Ladung dagegen zu sichern ist, darüber sind die Verkehrsteilnehmer bisher dennoch kaum informiert.

Der Schienenverkehr beispielsweise bietet eine Reihe von unterschiedlichen Transportmöglichkeiten. Die Bundesbahn engagiert sich am meisten in der Schadensverhütung, mehr jedenfalls als alle anderen Verkehrsträger, die Luftfahrt ausgenommen. Sie hat es aber auch am schwersten, weil die beim Rangierstoß auf die Ladung wirkenden Kräfte weit größer sein können als beim Straßenverkehr.

## Zehn Jahre zu spät reagiert

Dennoch nutzt der Schienenverkehr die ihm gebotenen Möglichkeiten bisher nicht voll. Da gibt es einen Güterwagen mit verriegelbaren Zwischenwänden, bei dem das Transportrisiko minimiert wird. So klar und deutlich hat die DB ihre Kunden auf diese Vorzüge noch nicht hingewiesen. Beim Schwerlast- und Großraumtransport macht die Bahn, anders als der Straßenverkehr, sogar konkrete Angaben über die zu berücksichtigenden Transportbeanspruchungen.

Beim Straßenverkehr schließlich fehlen auch heute noch fundierte Hinweise, wie man Ladungen richtig sichert. Erst zehn Jahre später als in anderen Ländern wurden in der Bundesrepublik Lastannahmen zur Ladungssicherung vorgelegt. Wie hoch die Seiten-, Rück- oder Stirnwand eines Lkw belastet werden darf, darüber gibt es auch heute noch kaum Angaben.

Wenn es um Fragen der Ladungssicherung geht, scheint es so, als hätte die Bundesrepublik gerade den Stand eines Entwicklungslandes erreicht. Das hören zwar Staats- und Verbandsbürokraten nicht gerne. Beim Bundesverkehrsministerium scheint man auch 1984 noch zu glauben, mit der StVO oder StVZO alles für einen sicheren Gütertransport getan zu haben. Mit diesen Verordnungen oder was darin steht, kann der Mann in der Praxis aber keine Ladung sichern.

WOLFRAM BLÄSIUS

## LUFTRACHT / Sensibles System verträgt keine extremen Abweichungen

## Schon seit Jahren harter Wettbewerb

Freie Marktwirtschaft auch in der Luft war eines der Ziele der Carter-Administration mit ihrer sicherlich gutgemeinten Liberalisierung. Die Profis in diesem Gewerbe sind harte Konkurrenten auf dem Luftfrachtmarkt, ob innerhalb der Luftfrachtgesellschaften (staatlich oder privat) oder der Luftfracht-Speditionen oder der Nutzer der Luftfracht, allerdings schon Jahrzehntlang gewohnt.

Ob bei solchen harten Auseinandersetzungen unter den Anbietern der Luftfracht immer der Nutzer/Verfrachter der Sieger ist, bleibt abzuwarten. Wenn Beförderungspreise drastisch sinken und gleichzeitig die Kosten in allen Bereichen der Fluggesellschaften (Treibstoff, Personal, Bodenabfertigungen) steigen, dann muß man fragen, wie lange die privaten oder staatlichen Anteilseigner der Fluggesellschaften bereit sind, dies hinzunehmen. In den Vorstandsebenen so renommierter Fluggesellschaften wie Deutsche Lufthansa wurden Überlegungen angestellt, den 747-Frachter aus dem Verkehr zu ziehen. Spätestens dann mußte auch die Verladung, die ein solches Gerät unbedingt benötigt, nach werden und Preise, in welcher Form auch immer, akzeptieren, die den Einsatz dieses dringend notwendigen Gerätes erlauben.

## Wandel vom Käufermarkt zu einem der Verkäufer

Heiß umkämpfter Luftfrachtmarkt bedeutete in den letzten Jahren: ein Käufer-Markt, auf dem aufgrund ungenutzter Kapazität die Preise der Abnehmer bestimmte. Der Verfrachter konnte die Situation ausnutzen, in der der eine Carrier immer wieder durch enorme Überkapazitäten gezwungen wurde, auf unterbotene Preise einzustiegen. Mehr oder weniger alle Luftfahrtgesellschaften führten in den 70er Jahren Großraumgeräte ein, das in der Passage-Version fast die gleiche Frachtkapazität hatte wie die bis dato eingesetzten Nur-Frachter.

Diese Kapazitäten wurden zu Preisen angeboten, die keiner vernünftigen Betriebskostenrechnung mehr standhielten. Das galt zumindest über einen längeren Zeitraum für den

USA-Westbound-Verkehr sowie verschiedene Fernost-Plätze. Preise wurden erzielt oder angeboten, die von vornherein rote Zahlen – selbst bei 100prozentiger Auslastung – produzierten. Selbst dann noch versuchten Verfrachter, ob groß, mittel oder klein, entgegen besserem Wissen noch günstigere Preise über den Spediteur vom Carrier herauszuholen.

Wie schnell sich eine solche Situation ändern kann, haben wir seit Mitte 1983 alle im Nordatlantik-Verkehr erleben können. Carrier wurden liquidiert. Andere verließen den hartumkämpften Markt Europa-USA. Wieder andere entnahmen Kapazitäten und führten diese erfolgreich in anderen Märkten wie Fernost zu. Erneut wird in diesem Zusammenhang an North-West, Flying Tigers, oder PanAm und British Airways, die beide ihre Großraumfrachter komplett abstießen und ihre Fracht ausschließlich in Kombis oder in den Bellys befördern.

## Das Instrument Iata beweist die Nützlichkeit

Wenn dann durch veränderte Wechselkurse – wie geschehen in USA – Kaufkraft an europäischen Produkten neu erwacht, kann ein solcher Käufermarkt quasi über Nacht zum Verkäufermarkt werden. Und dann kämpfen auf einmal die Verfrachter mit ihrem Spediteur um Frachtraum-Kapazitäten, und der Preis spielt nur noch die zweite Rolle. Es werden dann auch wieder Stimmen laut, die selbst auf die Gefahr steigender Preise hin darum bitten, die letzten Frachter nicht aus dem Verkehr zu ziehen.

Die Gefahren sind groß in einem solchen sensiblen, weltumspannenden Beförderungssystem, in irgendeine extreme Richtung abzuweichen. Insofern hat ein Instrument wie die IATA nicht nur eine Berechtigung, sondern sehr nützliche und notwendige Aufgaben im Spiel teilweise extrem unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme.

Wenn staatliche oder private Fluggesellschaften Hunderte von Millionen in Flugzeuge sowie Anlagen auf dem Boden investieren, wenn Spediteure an beiden Seiten der „Pipeline“ hohe Investitionen tätigen, um dem Nutzer der Luftfracht immer besser und zuverlässiger zu dienen, dann er-

wartet man hierfür auch einen vernünftigen „return“. Die Zeit ist schon lange reif, daß sich Carrier, Spediteure und Verfrachter hierüber Gedanken machen – daß sich auch Flughafengesellschaften über deren Preisgebaren und Serviceangebot intensive Gedanken machen –, daß sich Regierungen und deren Behörden bis zu den betroffenen Zollämtern etwas einfallen lassen, um das jährlich um etwa 5 Prozent steigende Luftfrachtaufkommen zum Nutzen aller Beteiligten so abzuwickeln, daß keinem die Lust vergeht, sich an diesen heißen Kämpfen im Luftfrachtmarkt zu beteiligen.

Durch Investitionen auf Carrier-Seite in immer wieder neues Fluggerät, Abfertigungsanlagen, sprich modernste Technik im allgemeinen, sowie auf der Agenten-Seite in modernste Umschlaganlagen, EDV und Kommunikationssysteme im allgemeinen werden nur noch die Leistungsstärken eine Chance haben. Die Bereitschaft auf Carrier- und Agenten-Seite muß da sein, durch EDV oder Kommunikationssysteme sich miteinander zu verbinden. Diese Verbindung geht zweifellos hin bis zum Luftfracht-Nutzer – in der Zukunft eine Selbstverständlichkeit.

## Hohe Investitionen in modernste Technik

Am Beispiel des zur Spitzengruppe deutscher Luftfracht-Spediteure gehörenden Unternehmens Air Haniel GmbH wird deutlich, welche Mittel notwendig sind, diesen Ansprüchen zu genügen. So wurde in Kelsterbach eine Luftfracht-Umschlaganlage mit entsprechendem Gerät, mit modernsten Arbeitsplätzen in einem mit modernster Technik, EDV sowie neuesten Kommunikationssystemen ausgestatteten Bürogebäude für acht Millionen Mark errichtet.

In den letzten drei Jahren wurden hierfür sowie für modernsten Fuhrpark weitere vier Millionen Mark investiert. Daß solche Bemühungen auf dem Markt akzeptiert werden, beweisen Wachstumsraten sowohl im Import- als auch im Export-Luftfrachtverkehr 30 Prozent. Dies verbunden in 1983 mit einem entscheidend verbesserten Betriebsergebnis.

NORBERT H. KERN

## TRANSFRACHT / Neues Dienstleistungsangebot

## Container unter Kontrolle

Die Produktionsplanung für den Containerverkehr im Binnenland basiert auf einer frühestmöglichen Erfassung und Weitergabe aller Daten. Das Datenmanagement erfolgt in Informationsketten, die zwischen allen am Transport beteiligten Partnern aufgebaut sind. Im optimalen Fall verfügt die Inlandorganisation bereits dann über alle erforderlichen Daten der Container, wenn das Schiff den Abgangshafen verläßt. Mit diesem Zeitgewinn können die hiesigen Transportketten frühzeitig vorbereitet werden.

Um diese Voraussetzungen für den Schienencontainerverkehr zu erfüllen, beteiligt sich Transfracht Deutsche Transportgesellschaft mbH an den Informations- und Dispositionssystemen der deutschen Seehäfen Bremen und Hamburg. Ansprechpartner sind kleinere und mittlere Reedereien oder deren Makler sowie Linienagenturen. Innen soll zur Rückmeldung ein System eingerichtet werden, das den Aufbau einer eigenen Inlandorganisation ermöglicht.

Seit Mitte August 1983 bietet Transfracht in Verbindung mit der

Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) die neue Dienstleistung CCL – Container Control Logistic – an. Die Gesellschaft – Datenverarbeitung Hamburger Umschlagbetriebe mbH (DHU) hat das Angebot Condicos – Container Dispositions- und Kontrollsystem – verwirklicht. Transfracht ist dabei bemüht, die EDV-Anforderung der eigenen Hinterland-Deportorganisation als Voraussetzung für eine gemeinsame Vermarktung kurzfristig herzustellen.

Durch die Dienstleistungen CCL und Condicos soll eine engere Anbindung an die deutschen Seehäfen und gleichzeitig an den Verkehrsträger Schiene erreicht werden. Für Anfang 1986 ist die Zusammenführung beider Angebote mit Disk, dem Dispositions- und Informationssystem kombinierter Ladungsverkehr unter Regie der DB, geplant. Disk ermöglicht es, die Arbeitsabläufe in den Umschlagbahnhöfen der DB und Umschlagplätzen der Transfracht zu optimieren und schafft zudem die Voraussetzung für eine Datenkommunikation im Bereich logistischer Dienstleistungen zwischen TFG und ihren Kunden. (DW.)

## INTERFRIGO / Europäischer Kühlverkehr

## Spürbare Belebung

Die vor allem zu Jahresbeginn 1983 noch anhaltende Konjunkturschwäche hat bei den europäischen Eisenbahnen zu einem erheblichen Rückgang des Güterverkehrsaufkommens geführt. Nicht zuletzt wegen des Wettbewerbsdrucks der Straßenkonkurrenz konnte diese Abschwächung trotz dann einsetzender positiver Verkehrsentwicklung nicht mehr ganz aufgefangen werden, wie aus dem jetzt vorgelegtem Jahresbericht der Internationalen Gesellschaft der Eisenbahnen für Kühltransporte, Interfrigo, Basel, hervorgeht.

Diese Tochtergesellschaft der europäischen Bahnen betreibt in deren Auftrag den grenzüberschreitenden Kühlverkehr auf der Schiene. Sie verfügt dabei über rund 6900 eigene Kühlwaggons und verwaltet außerdem den entsprechenden Wagenpark der nationalen Gesellschaften, der fast 14 000 Waggons umfaßt. Die Leistungen der Interfrigo 1983 betrugen 3188 Mill. Tonnenkilometer, 8,5 Pro-

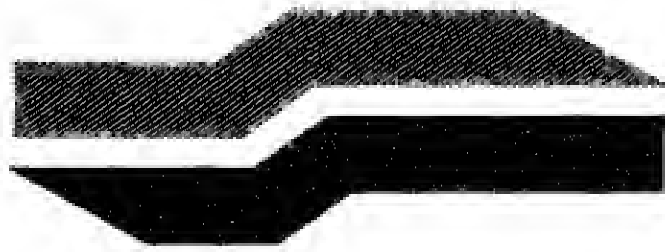
zent weniger als im Vorjahr. Auch das Transportvolumen von 2,38 Mill. Tonnen bedeutete einen Rückgang von 5,2 Prozent.

Rund 35 Prozent des Transportaufkommens entfiel auf frisches Obst, gefolgt von Frischgemüse mit 22,5 Prozent. Bedeutendstes Versandland mit 29,7 Prozent der beförderten Tonnage war Italien. Erst mit großem Abstand folgten Bulgarien und die Bundesrepublik, die jedoch den ersten Platz unter den Empfängerländern einnahm. Sie lag hier vor der Sowjetunion und der Schweiz.

Der Gesamtumsatz der Interfrigo lag 1983 mit 112,4 (112,6) Mill. sfr nur knapp unter dem Vorjahresergebnis. Dank geringerer Aufwendungen verbesserte sich jedoch das Betriebsergebnis auf 8,6 (8,4) Mill. sfr. Das Wirkungsfeld der Interfrigo konnte inzwischen ausgeweitet werden, da mit den Polnischen Staatsbahnen ein Zusammenarbeitungsvertrag abgeschlossen wurde.

HEINZ HILDEBRANDT

weltweit  
erfolgreich  
engagiert



**HANIEL  
Spedition**

wir verbinden  
Menschen  
und Märkte

HANIEL Spedition GmbH · Zentralleitung · Franz-Haniel-Platz · 4100 Duisburg 13 · Telefon: 02 03/8 06-1 · Telex: 8 551 460

## FINANZANZEIGEN

## Beiersdorf AG

BDF ●●●●●

(Jahresabschluss – gekürzte Fassung – ohne Konzernabschluss)

## Bilanz zum 31. Dezember 1983

Aktiva	31.12.1983 TDM	31.12.1982 TDM
Anlagevermögen		
Sachanlagen	261.437	245.040
Finanzanlagen	225.258	207.507
	486.705	452.547
Umlaufvermögen		
Vorräte	235.566	215.688
Forderungen	178.472	177.654
Rüßige Mittel, Wertpapiere	57.413	26.026
Rechnungsabgrenzungsposten	272	1.189
	958.428	873.105

## Gewinn- und Verlustrechnung

1983 TDM	1982 TDM
Umsatzerlöse	1.237.776
Bestandsveränderungen	+ 4.907
Andere aktivierte Eigenleistungen	5.154
Gesamtergebnis	1.247.847
Materialaufwand	509.542
Rohmaterial	20.099
Erträge aus Finanzanlagen	30.446
Ubrige Erträge	760.087
Personalaufwand	371.361
Abschreibungen	56.497
Steuern	44.713
Ubrige Aufwendungen	248.628
Jahresüberschuss	36.686
Erstellung in andere Rücklagen	12.050
Bilanzgewinn	27.836

Der vollständige Jahresabschluss der Gesellschaft und der Konzernabschluss enthalten den uneingeschränkten Bestätigungswert der Deutsche Waren- und Konsumgüter Treuhand-Gesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg.

Beiersdorf AG  
Oor Vorstand

## Dividendenbekanntmachung

- Wertpapier-Kennnummer 520.000 -

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 26. Juni 1984 wurde beschlossen, den Bilanzgewinn von DM 27.836.257,- für die Ausschüttung einer Dividende von DM 8,50 je DM 50,- Nennbetrag einer Aktie zu verwenden. Dies entspricht einschließlich der anrechenbaren Körperschaftsteuer von DM 4,78 einem Ertrag von DM 13,28 je Aktie.

Die Dividende von DM 8,50 wird nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Erreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 13 gezahlt.

Die Ausschüttung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich Körperschaftsteuer-Gutschrift, wenn ein inländischer Aktionär seiner Depotbank eine Freistellungsbefreiung seines Finanzmittels vorlegt.

Die Entlohnung der Dividendenbesitzer kann ab sofort an unserer Gesellschaftskasse sowie bei den folgenden Banken erfolgen:

Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Hamburg  
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Hamburg  
Mitsubishi Bank, Hamburg  
M. M. Warburg-Bank, Wirtz & Co., Hamburg

Hamburg, den 26. Juni 1984

Aufsichtsrat: Georg W. Claussen, Vorsitzender,  
Manfred Kausch, stellv. Vorsitzender, Dr. Wolfgang Schieren,  
stellv. Vorsitzender, Dr. h. c. h. Marcus Blech,  
Burghard Brede, Günter Harz, Walter Holst,  
Dr. Horst Pastuszek, Dr. Friedrich Schiefer,  
Kurt Ungermann, Hans-Joachim Wiethe,  
Eugen Wilmann.

Von den Arbeitnehmern gewählt

Vorstand: Dr. Helmut Kruse, Vorsitzender,  
Dr. Peter Knappertsbusch, Dr. Ulrich Nale, Jürgen Peddinghaus,  
Dr. Peter Schäfer, Hans-Otto Wobcke.

## WESTFALENBANK

Aktiengesellschaft

Bochum

Aus dem Abschluß '83

Bilanzsumme	4.766 Mio DM
Einlagen	4.098 Mio DM
Kreditvolumen	3.539 Mio DM
Eigenkapital	223 Mio DM
Konzernbilanzsumme	18.421 Mio DM

## WESTFALENBANK

INTERNATIONAL S.A.

Luxemburg

Aus dem Abschluß '83

Bilanzsumme	1.213 Mio DM
Einlagen	1.089 Mio DM
Kreditvolumen	846 Mio DM
Eigenmittel	47 Mio DM



**WESTFALENBANK**  
DIE BERATER-BANK

**Französischer  
Handelsvertreter**  
deutschsprachig, mit Sitz in  
Westfrankreich (Rau Nant)  
zusätzliche  
Handelsvertretungen  
Angebote an:  
Agence Commerciale,  
Le Grand Merisier,  
44139 Fay-de-Bretagne, F.

**Für schnell Entschlossene**  
Geldgeber für 1 First-class-Ausland-  
Immobilien-Geschäft gesucht, 20-30 Tsd.  
/ oder mehr, 100 % Rendite nach läng-  
stens 1 Jahr, kein Dauergeschäft. Eine  
einmalige Chance. Auch für 2 Staats-  
bürger. Bitte keine „schwarzen“  
Scheine, nur (falsch) weiße in grüne. Keine  
unter Umständen auch selber aktiv  
werden. Beruf, sehr viele Möglichkei-  
ten. Vor allem in Handwerk und Tech-  
nik. Wasser, Strom, Telefon, sehr ge-  
ringe Lebenshaltungskosten.  
Tel. 0 69 44 131 60

**Lehnverpackung**  
Leistungsfähiges, sehr vielseitiges  
Lehnverpackungsgeschäft  
bietet:  
Abfüllungen in Faltschach-  
ten, Beuteln, Dosen, Gläser,  
Tuben, v.a.m., Auspacken,  
Einpacken, Umpacken, Dis-  
plays, Display-Einheiten, Sor-  
tierarbeiten (Textilien), Son-  
derauftrag  
Wir liegen im Dreieck Hamburg-  
Bremen-Hannover, günstig für  
Import- und Exporteure. Gleichen-  
schluß  
Hessen GmbH, 2018 Verden/Aller  
Tel. 0 4231 - 8 20 31 - 725, 2 4 375

**USA-Firma zum Verkauf**  
32 Jahre alte, gut eingef. Herstell-  
erin von Spritzgießzeugnissen  
mit eigener Fertigungsstätte  
Bruttoumsatz US-\$ 4,5 Mio, Ge-  
winne \$ 750.000,- Nettoumsatz \$ 1  
Mio. Verkaufspreis \$ 1,75 Mio.-  
davon 1 Mio. Dollar in bar.  
Offerten einl. unter XY 7818 an  
WELT-Verlag, Postfach 10-08 84,  
4300 Essen

**Gutgehendes  
Reisebüro**  
mit Stammbuch und Fremden-  
dienst in konkurrenzloser Lage bei  
Bielefeld zu verkaufen. VBH  
Anger, u. U 7002 an WELT-Verlag  
Postf. 10 08 84, 4300 Essen



## Ausländische Aktien in DM

F 47: Auto 55	1947
F 5: Auto Comp 80	1971
F 31: Auto 78	1965
F 31: Auto 78	1965
F 47: Auto 78	1965
F 31: Auto 78	1965
F 52: Auto 80	1966
F 47: Auto 78	1965
F 47: Auto 78	1965

## Indische Aktien in DM

54-59 77	407	193.35	12.5	74-89 83	1463	197	197
54-59 77	-732	121.26	197.8	84-89 83	10-92	193.35	193.35
60-69 77	-1087	196.7	196.7				
60-69 77	-1087	196.7	196.7				

10% 0.01	112.556	110.55
10% 0.02	113.1	113.10
10% 0.04	119.2	119.3
0% 0.01	118.15G	118.15

8 1/2 dpl. 84 II	292	99.55	99.55	8 7/8 dpl. 84cm. 71	87	100.750	100.75
8 dpl. 84	354	95.15	98.1506	8 dpl. 72	87	101G	101
8 1/4 dpl. 84	594	100.25	100.25	7 1/2 dpl. 83	33	95	95G

18 apr 81 S 13	104.456	106.45	0 71: 81TV 83	93	35.26	56.2
9% apr 81 S 20	104.85C	104.65	74: apr 83	93	95.6	36.560
10% apr 81 S 21 11 30	106.05	106.05	01: apr 83	93	101.15	101.20
10% apr 81 S 21 11 30	106.20	106.20				

7 1/2 % dp	83.540	\$ 808	999.350	999.55
6 % cp	83.541	808	100.25	100.3
8 % cp	83.542	908	100.25	100.35
1 % cp	04.542	1390	100.25	100.35

## Bankschuldverschreib.

## Warenpreise - Termine

974 600 15 736	101.50	101.560	94% opt. h. 84	100.95C	100.95C	0 8" West Hypo	P 550 1010	1010
M 5 Bay 1 Verbo P 11	110G	118G	F 4 1/2 Lbl. Saar P 5	87.50	87.6G	9 1/2" West Hypo	P 550 1010	1010
974 600 15 736	101.50	101.560	94% opt. h. 84	100.95C	100.95C	0 8" West Hypo	P 550 1010	1010
M 5 Bay 1 Verbo P 11	110G	118G	F 4 1/2 Lbl. Saar P 5	87.50	87.6G	9 1/2" West Hypo	P 550 1010	1010
974 600 15 736	101.50	101.560	94% opt. h. 84	100.95C	100.95C	0 8" West Hypo	P 550 1010	1010
M 5 Bay 1 Verbo P 11	110G	118G	F 4 1/2 Lbl. Saar P 5	87.50	87.6G	9 1/2" West Hypo	P 550 1010	1010

67% dgr	Pt 123	87.5G	87.5G	M 4½ hrs Monday WBA Pt 24	104	104	7 gpt RS 182	94.55G	94.55G
67% dgr	Pt 141	96.5G	96.5G	6½ dgr Pt 42	99.15G	99.15G	9 gpt RS 172	103.75G	103.75G
7 gpt	Pt 143	92G	92G				9 gpt RS 186	104G	104G
7 gpt	Pt 143	100.15G	100.15G						

6 Dgt. D. N. 105-1	81G	81G	9-1 dgt. N. 58	101G	101G		
6 dgt. N. 46	78G	78G	7-1 dgt. N. 77	100G	100G	7-1 dgt. AS 27	100-75G
1 dgt. N. 37	100-1G	100-1G				6-1 dgt. AS 80	57-25G
7-1 dgt. N. 185	95-5G	95-5G	S. S. 101G. 101G. 101G.	101G	101G	2 dgt. N. 37	95-5G

9 dpl PH 101 Bn. 462	104G	104G	H 6 Scramblebya P1 23	99,75G	98,75G	7% Cont. Curr 71	99,75G	99,75G
8 dpl SC Scramble P1 46	100G	100G						
5 1/2 dpl PH 153	98,9G	98,9G	7 1/2 dpl PH 45	100,5G	100,5G			
8 1/2 dpl PH 155	98,55G	98,55G						
			M 5 7 1/2 dpl PH 41	99G	99G	5% NEW 52	97	97G
						2% net. 71	99,75G	100G

Erbsengmehl New York (c/b)	12. 7.	11. 7.	Hilfen Chicago (c/b)	12. 7.	11. 7.	Wolle, Faser
-------------------------------	--------	--------	-------------------------	--------	--------	--------------

1. 09: 79	52	53.5
Number 83	100.2	100.5
2. 10: 57 Number 82	100.0	100.0
3. 11: 00	100.0	100.0

72 MC D/F	1125	1125
72 MC D/F	90	90
72 MC D/F	1195	1195

BASF 72 m 0	121	122
BASF 74 30	101.76	101.795
Soyuz 84 m 0	115	115.25
Soyuz 84 30	72.256	72.36

12,3 13,3 14,3

Kautschuk | Kautschuk  
Malayon (m)

0	Highest	261	197
1	High	261	197
2	Medium	261	197
3	Low	261	197
4	Very Low	261	197
5	None	261	197
6	Unknown	261	197
7	Other	261	197
8	Not Applicable	261	197
9	Invalid	261	197

Salas & Jensen	580	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
Salas & Jensen	580	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
Salas & Jensen	580	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
Salas & Jensen	580	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
Salas & Jensen	580	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	1

Contract	4.2	4.2	D. Mervyn M.	2183	2186	D. Smith	1150	1150
CPA	0.2	10.58	E. Mervyn M.	2183	2186	E. Smith	1150	1150
CSA	0.2	7.4	F. Mervyn M.	2183	2186	F. Smith	1150	1150

Edmund	1136	1138	1139	1140	1141	1142	1143	1144	1145	1146	1147	1148	1149	1150	1151	1152	1153	1154	1155	1156	1157	1158	1159	1160	1161	1162	1163	1164	1165	1166	1167	1168	1169	1170	1171	1172	1173	1174	1175	1176	1177	1178	1179	1180	1181	1182	1183	1184	1185	1186	1187	1188	1189	1190	1191	1192	1193	1194	1195	1196	1197	1198	1199	1200	1201	1202	1203	1204	1205	1206	1207	1208	1209	1210	1211	1212	1213	1214	1215	1216	1217	1218	1219	1220	1221	1222	1223	1224	1225	1226	1227	1228	1229	1230	1231	1232	1233	1234	1235	1236	1237	1238	1239	1240	1241	1242	1243	1244	1245	1246	1247	1248	1249	1250	1251	1252	1253	1254	1255	1256	1257	1258	1259	1260	1261	1262	1263	1264	1265	1266	1267	1268	1269	1270	1271	1272	1273	1274	1275	1276	1277	1278	1279	1280	1281	1282	1283	1284	1285	1286	1287	1288	1289	1290	1291	1292	1293	1294	1295	1296	1297	1298	1299	1300	1301	1302	1303	1304	1305	1306	1307	1308	1309	1310	1311	1312	1313	1314	1315	1316	1317	1318	1319	1320	1321	1322	1323	1324	1325	1326	1327	1328	1329	1330	1331	1332	1333	1334	1335	1336	1337	1338	1339	1340	1341	1342	1343	1344	1345	1346	1347	1348	1349	1350	1351	1352	1353	1354	1355	1356	1357	1358	1359	1360	1361	1362	1363	1364	1365	1366	1367	1368	1369	1370	1371	1372	1373	1374	1375	1376	1377	1378	1379	1380	1381	1382	1383	1384	1385	1386	1387	1388	1389	1390	1391	1392	1393	1394	1395	1396	1397	1398	1399	1400	1401	1402	1403	1404	1405	1406	1407	1408	1409	1410	1411	1412	1413	1414	1415	1416	1417	1418	1419	1420	1421	1422	1423	1424	1425	1426	1427	1428	1429	1430	1431	1432	1433	1434	1435	1436	1437	1438	1439	1440	1441	1442	1443	1444	1445	1446	1447	1448	1449	1450	1451	1452	1453	1454	1455	1456	1457	1458	1459	1460	1461	1462	1463	1464	1465	1466	1467	1468	1469	1470	1471	1472	1473	1474	1475	1476	1477	1478	1479	1480	1481	1482	1483	1484	1485	1486	1487	1488	1489	1490	1491	1492	1493	1494	1495	1496	1497	1498	1499	1500	1501	1502	1503	1504	1505	1506	1507	1508	1509	1510	1511	1512	1513	1514	1515	1516	1517	1518	1519	1520	1521	1522	1523	1524	1525	1526	1527	1528	1529	1530	1531	1532	1533	1534	1535	1536	1537	1538	1539	1540	1541	1542	1543	1544
--------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

12. 7.	11. 7.	Zinn-Preis Penang	New Yorker Preis Gold H & H Ankauf	12. 7. 341,15	11. 7. 339,50
--------	--------	-------------------	---------------------------------------	------------------	------------------

New Yorker Preise	12. 7.	11. 7.
Gold H & M Ankauf	341.15	333.25
Edelst. H & M Ankauf	225.50	220.00

7.	Shoes in d. Handlgspr.	732,00	732,00
7.15	Platin fr. Handlgspr.	355,50-352,00	355,00-352,00
	Produkt.-Preis	475,00	475,00
	Polsterung		
	fr. Handlgspr.	137,00-138,00	157,00-136,00
7.	Produkt.-Preis	150,00	150,00
230	Silber (c. Fontaine)		
632			

145,00	144,00	Isa-Preis für konti-	12. 7.
-	-	schne Heften (US-cib)	4,74
120,00	124,70		

Reinigungsmittel	144,00-144,00	1
Linoleum	5787	
Plaster		

\_\_\_\_\_

[illegible]

-150,60	Jul	54,40	53,80	210,30	Jan
-	Aug	54,10	53,50	Aug.	
-	Ok	51,20	50,60		

	Suchen zur V hochunt. Anlag
--	--------------------------------

51,40	51,50	Agenda, Mo
53,00	53,00	Grüßholz, Mo
53,20	53,20	Zink, Basis 1
5	-	Indust. Mo

13 418 13 410  
13 331 13 276

12. 7. 11. 7. **Messin**

markung eines Objektes	
------------------------	--

....	147,30-147,74	130,12-135,31
....	135,13-135,32	135,45-135,63
....	227,52-228,20	226,73-227,15

## Kapitalstruktur und Kapitalgehalt

---

kg Feingulber)

... ..	582.10
... ..	622.56
(E-FEDERATION)	
... ..	12.7

---

45	Male	65	65	55	15
	Unemployed	5000		5000	

Zink (L7) Kasse	637,50-636,30	636,00-637,50
2 Monate	642,50-643,00	641,00-642,00
Zink (L7) Kasse	9495-9505	9430-9440
2 Monate	9410-9400	9370-9360

\_\_\_\_\_

1

**in USA?**

Der Werbesektor eine  
uns die Generalli-  
w-how der Vermark-

DM 500 000,-.

**4 10 08**

erworbenen **VERLAGSLIZENZ**  
r mit Druckerei Geldgeber auf  
s einer

**ab DM 20 000,-**

idate. Näheres unter W 7905 an  
ach 10 08 64, 4300 Essen.

---



# Hitachi jetzt: Nicht nur bei sportlichen Höhepunkten vorn.

Wenn Sie sich jetzt für den Hitachi Stereo-Farbfemseher **CPT-2684** oder den Hitachi Video-Recorder **VT-33 E** entscheiden, werden Sie viele beneiden. Denn die zukunftsweisenden Hitachi Technologien haben sich seit Jahren weltweit bewährt.

Und das zeigt sich nicht nur bei der revolutionären **SENSOR**-Technologie der Hitachi MOS-Video-Farbkamera **VK-C 2000 E**, die ohne Aufnahmeröhre arbeitet – doch darüber demnächst mehr.

Beim **VT-33 E** handelt es sich um einen stationären VHS-Frontlader mit funktionellem Design, der neue Maßstäbe setzt, was Abmessungen und Bedienungskomfort betrifft. Da gehen Ihnen weder sportliche Höchstleistungen noch knisternde Actionszenen verloren. Selbstverständlich auf original Hitachi VHS-Video-Cassetten.

Und der Hitachi Stereo-Farbfemseher **CPT-2684** begeistert nicht nur durch die exzellente Bildqualität seiner 67-cm-Farbbildröhre, sondern auch durch den supervolumigen Breitbandsound von 2 x 20 Watt sowie einer Fülle von Programmierungs- und Anschlußmöglichkeiten. Da sind Sie für die Medien der Zukunft bestens gerüstet.

PS. Übrigens, sowohl der Stereo-Farbfemseher **CPT-2684** als auch der Video-Recorder **VT-33 E** werden in Deutschland hergestellt – also deutsche Wertarbeit.

CPT-2684

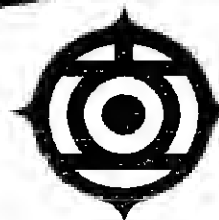


VK-C 2000 E



ZUKUNFT  
WEISEND

VT-33 E



HITACHI

Hitachi Sales Europa GmbH, Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80  
Hitachi Sales Warenhandels-Gesellschaft m.b.H., Kreuzgasse 27, 1180 Wien · World Electric B.V., Industrieweg 17-19, 3762 EG Soest/Holland

Aktienm  
Ausland  
New York  
Handel  
...



## Aktienmarkt: Nervosität nimmt zu

**DW.** — Die Verböhrlich von den Devisenmärkten ausgehende Unsicherheit blieb am Aktienmarkt tendenzbestimmend. Für Nervosität sorgte zu nächst auch die letzte Sitzung des Zentralbankrates. Die Tatsache, daß keine Beschlüsse gefaßt worden sind, blieb auf die Börsenstimmung

Unter Kursverlusten hatten be- besonders solche Papiere zu leiden, die während der im Februar dieses Jahres beendeten Aktienhause vorzugsweise von Ausländern ge- kauft worden waren. Ohne Rück- sicht auf die schon eingetretenen Kursverluste wurden Dalmier ab- gegeben. Die Verluste für Dollar-Ausländer weniger schmerzhaft macht. Als bedenklich wird angesehen, daß nennmehr auch die bisher noch re- lativ stabilen Papier des Regional- und Spezialmarktes im Rutschen begriffen sind. Die Aktien des Rückgang mußten erneut Devisen- Aktien hinnehmen. Gegen sie sprechen zur Zeit neben dem zu- sammengebrochenen Goldpreis auch die Vorgänge in der Goldmin- nung. Das Papier Neukausen, der die Devisen beteiligt ist, am Ban- kenmarkt trat nach den schweren

Rückgängen an der Devisen- und Devisenmarkt. Die Berührung

Düsseldorf: sich um 8 DM. NSU verloren. Biflinger sank auf 4 DM und Dr. A. ten sich um 10 DM. Die Verluste gab. DM nach.

Frankfurt: Fr. befestigte sich bei ASG, B. Hoehst AG. Gegenüber ver- loren sich um 10 DM. Degussa ver- loren sich um 10 DM. Heidezettel miewerlaltung. ACIV jeweils

Hamburg: r- cher mit 86,50. Die Verluste gab. DM. NWS, V-

[illegible]

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

## Inlandszertifikate

[illegible]

**Inland**

[illegible]

**Anzahl der**

DM-Anleihen		
	12.7.	11.7.
7,75 Afr. Bank, 70	100	100
8 dgl. 79	100G	100G
9 dgl. 80	100G	100G
10 dgl. 81	100G	100G
11 dgl. 82	100G	100G
12 dgl. 83	100G	100G
13 dgl. 84	100G	100G
14 dgl. 85	100G	100G
15 dgl. 86	100G	100G
16 dgl. 87	100G	100G
17 dgl. 88	100G	100G
18 dgl. 89	100G	100G
19 dgl. 90	100G	100G
20 dgl. 91	100G	100G
21 dgl. 92	100G	100G
22 dgl. 93	100G	100G
23 dgl. 94	100G	100G
24 dgl. 95	100G	100G
25 dgl. 96	100G	100G
26 dgl. 97	100G	100G
27 dgl. 98	100G	100G
28 dgl. 99	100G	100G
29 dgl. 00	100G	100G
30 dgl. 01	100G	100G
31 dgl. 02	100G	100G
32 dgl. 03	100G	100G
33 dgl. 04	100G	100G
34 dgl. 05	100G	100G
35 dgl. 06	100G	100G
36 dgl. 07	100G	100G
37 dgl. 08	100G	100G
38 dgl. 09	100G	100G
39 dgl. 10	100G	100G
40 dgl. 11	100G	100G
41 dgl. 12	100G	100G
42 dgl. 13	100G	100G
43 dgl. 14	100G	100G
44 dgl. 15	100G	100G
45 dgl. 16	100G	100G
46 dgl. 17	100G	100G
47 dgl. 18	100G	100G
48 dgl. 19	100G	100G
49 dgl. 20	100G	100G
50 dgl. 21	100G	100G
51 dgl. 22	100G	100G
52 dgl. 23	100G	100G
53 dgl. 24	100G	100G
54 dgl. 25	100G	100G
55 dgl. 26	100G	100G
56 dgl. 27	100G	100G
57 dgl. 28	100G	100G
58 dgl. 29	100G	100G
59 dgl. 30	100G	100G
60 dgl. 31	100G	100G
61 dgl. 32	100G	100G
62 dgl. 33	100G	100G
63 dgl. 34	100G	100G
64 dgl. 35	100G	100G
65 dgl. 36	100G	100G
66 dgl. 37	100G	100G
67 dgl. 38	100G	100G
68 dgl. 39	100G	100G
69 dgl. 40	100G	100G
70 dgl. 41	100G	100G
71 dgl. 42	100G	100G
72 dgl. 43	100G	100G
73 dgl. 44	100G	100G
74 dgl. 45	100G	100G
75 dgl. 46	100G	100G
76 dgl. 47	100G	100G
77 dgl. 48	100G	100G
78 dgl. 49	100G	100G
79 dgl. 50	100G	100G
80 dgl. 51	100G	100G
81 dgl. 52	100G	100G
82 dgl. 53	100G	100G
83 dgl. 54	100G	100G
84 dgl. 55	100G	100G
85 dgl. 56	100G	100G
86 dgl. 57	100G	100G
87 dgl. 58	100G	100G
88 dgl. 59	100G	100G
89 dgl. 60	100G	100G
90 dgl. 61	100G	100G
91 dgl. 62	100G	100G
92 dgl. 63	100G	100G
93 dgl. 64	100G	100G
94 dgl. 65	100G	100G
95 dgl. 66	100G	100G
96 dgl. 67	100G	100G
97 dgl. 68	100G	100G
98 dgl. 69	100G	100G
99 dgl. 70	100G	100G
100 dgl. 71	100G	100G
101 dgl. 72	100G	100G
102 dgl. 73	100G	100G
103 dgl. 74	100G	100G
104 dgl. 75	100G	100G
105 dgl. 76	100G	100G
106 dgl. 77	100G	100G
107 dgl. 78	100G	100G
108 dgl. 79	100G	100G
109 dgl. 80	100G	100G
110 dgl. 81	100G	100G
111 dgl. 82	100G	100G
112 dgl. 83	100G	100G
113 dgl. 84	100G	100G
114 dgl. 85	100G	100G
115 dgl. 86	100G	100G
116 dgl. 87	100G	100G
117 dgl. 88	100G	100G
118 dgl. 89	100G	100G
119 dgl. 90	100G	100G
120 dgl. 91	100G	100G
121 dgl. 92	100G	100G
122 dgl. 93	100G	100G
123 dgl. 94	100G	100G
124 dgl. 95	100G	100G
125 dgl. 96	100G	100G
126 dgl. 97	100G	100G
127 dgl. 98	100G	100G
128 dgl. 99	100G	100G
129 dgl. 00	100G	100G
130 dgl. 01	100G	100G
131 dgl. 02	100G	100G
132 dgl. 03	100G	100G
133 dgl. 04	100G	100G
134 dgl. 05	100G	100G
135 dgl. 06	100G	100G
136 dgl. 07	100G	100G
137 dgl. 08	100G	100G
138 dgl. 09	100G	100G
139 dgl. 10	100G	100G
140 dgl. 11	100G	100G
141 dgl. 12	100G	100G
142 dgl. 13	100G	100G
143 dgl. 14	100G	100G
144 dgl. 15	100G	100G
145 dgl. 16	100G	100G
146 dgl. 17	100G	100G
147 dgl. 18	100G	100G
148 dgl. 19	100G	100G
149 dgl. 20	100G	100G
150 dgl. 21	100G	100G
151 dgl. 22	100G	100G
152 dgl. 23	100G	100G
153 dgl. 24	100G	100G
154 dgl. 25	100G	100G
155 dgl. 26	100G	100G
156 dgl. 27	100G	100G
157 dgl. 28	100G	100G
158 dgl. 29	100G	100G
159 dgl. 30	100G	100G
160 dgl. 31	100G	100G
161 dgl. 32	100G	100G
162 dgl. 33	100G	100G
163 dgl. 34	100G	100G
164 dgl. 35	100G	100G
165 dgl. 36	100G	100G
166 dgl. 37	100G	100G
167 dgl. 38	100G	100G
168 dgl. 39	100G	100G
169 dgl. 40	100G	100G
170 dgl. 41	100G	100G
171 dgl. 42	100G	100G
172 dgl. 43	100G	100G
173 dgl. 44	100G	100G
174 dgl. 45	100G	100G
175 dgl. 46	100G	100G
176 dgl. 47	100G	100G
177 dgl. 48	100G	100G
178 dgl. 49	100G	100G
179 dgl. 50	100G	100G
180 dgl. 51	100G	100G
181 dgl. 52	100G	100G
182 dgl. 53	100G	100G
183 dgl. 54	100G	100G
184 dgl. 55	100G	100G
185 dgl. 56	100G	100G
186 dgl. 57	100G	100G
187 dgl. 58	100G	100G
188 dgl. 59	100G	100G
189 dgl. 60	100G	100G
190 dgl. 61	100G	100G
191 dgl. 62	100G	100G
192 dgl. 63	100G	100G
193 dgl. 64	100G	100G
194 dgl. 65	100G	100G
195 dgl. 66	100G	100G
196 dgl. 67	100G	100G
197 dgl. 68	100G	100G
198 dgl. 69	100G	100G
199 dgl. 70	100G	100G
200 dgl. 71	100G	100G
201 dgl. 72	100G	100G
202 dgl. 73	100G	100G
203 dgl. 74	100G	100G
204 dgl. 75	100G	100G
205 dgl. 76	100G	100G
206 dgl. 77	100G	100G
207 dgl. 78	100G	100G
208 dgl. 79	100G	100G
209 dgl. 80	100G	100G
210 dgl. 81	100G	100G
211 dgl. 82	100G	100G
212 dgl. 83	100G	100G
213 dgl. 84	100G	100G
214 dgl. 85	100G	100G
215 dgl. 86	100G	100G
216 dgl. 87	100G	100G
217 dgl. 88	100G	100G
218 dgl. 89	100G	100G
219 dgl. 90	100G	100G
220 dgl. 91	100G	100G
221 dgl. 92	100G	100G
222 dgl. 93	100G	100G
223 dgl. 94	100G	100G
224 dgl. 95	100G	100G
225 dgl. 96	100G	100G
226 dgl. 97	100G	100G
227 dgl. 98	100G	100G
228 dgl. 99	100G	100G
229 dgl. 00	100G	100G
230 dgl. 01	100G	100G
231 dgl. 02	100G	100G
232 dgl. 03	100G	100G
233 dgl. 04	100G	100G
234 dgl. 05	100G	100G
235 dgl. 06	100G	100G
236 dgl. 07	100G	100G
237 dgl. 08	100G	100G
238 dgl. 09	100G	100G
239 dgl. 10	100G	100G
240 dgl. 11	100G	100G
241 dgl. 12	100G	100G
242 dgl. 13	100G	100G
243 dgl. 14	100G	100G
244 dgl. 15	100G	100G
245 dgl. 16	100G	100G
246 dgl. 17	100G	100G
247 dgl. 18	100G	100G
248 dgl. 19	100G	100G
249 dgl. 20	100G	100G
250 dgl. 21	100G	100G
251 dgl. 22	100G	100G
252 dgl. 23	100G	100G
253 dgl. 24	100G	100G
254 dgl. 25	100G	100G
255 dgl. 26	100G	100G
256 dgl. 27	100G	100G
257 dgl. 28	100G	100G
258 dgl. 29	100G	100G
259 dgl. 30	100G	100G
260 dgl. 31	100G	100G
261 dgl. 32	100G	100G
262 dgl. 33	100G	100G
263 dgl. 34	100G	100G
264 dgl. 35	100G	100G
265 dgl. 36	100G	100G
266 dgl. 37	100G	100G
267 dgl. 38	100G	100G
268 dgl. 39	100G	100G
269 dgl. 40	100G	100G
270 dgl. 41	100G	100G
271 dgl. 42	100G	100G
272 dgl. 43	100G	100G
273 dgl. 44	100G	100G
274 dgl. 45	100G	100G
275 dgl. 46	100G	100G
276 dgl. 47	100G	100G
277 dgl. 48	100G	100G
278 dgl. 49	100G	100G
279 dgl. 50	100G	100G
280 dgl. 51	100G	100G
281 dgl. 52	100G	100G
282 dgl. 53	100G	100G
283 dgl. 54	100G	100G
284 dgl. 55	100G	100G
285 dgl. 56	100G	100G
286 dgl. 57	100G	100G
287 dgl. 58	100G	100G
288 dgl. 59	100G	100G
289 dgl. 60	100G	100G
290 dgl. 61	100G	100G
291 dgl. 62	100G	100G
292 dgl. 63	100G	100G
293 dgl. 64	100G	100G
294 dgl. 65	100G	100G
295 dgl. 66	100G	100G
296 dgl. 67	100G	100G
297 dgl. 68	100G	100G
298 dgl. 69	100G	100G
299 dgl. 70	100G	100G
300 dgl. 71	100G	100G
301 dgl. 72	100G	100G
302 dgl. 73	100G	100G
303 dgl. 74	100G	100G
304 dgl. 75	100G	100G
305 dgl. 76	100G	100G
306 dgl. 77	100G	100G
307 dgl. 78	100G	100G
308 dgl. 79	100G	100G
309 dgl. 80	100G	100G
310 dgl. 81	100G	100G
311 dgl. 82	100G	100G
312 dgl. 83	100G	100G
313 dgl. 84	100G	100G
314 dgl. 85	100G	100G
315 dgl. 86	100G	100G
316 dgl. 87	100G	100G
317 dgl. 88	100G	100G
318 dgl. 89	100G	100G
319 dgl. 90	100G	100G
320 dgl. 91	100G	100G
321 dgl. 92	100G	100G
322 dgl. 93	100G	100G
323 dgl. 94	100G	100G
324 dgl. 95	100G	100G
325 dgl. 96	100G	100G
326 dgl. 97	100G	100G
327 dgl. 98	100G	100G
328 dgl. 99	100G	100G
329 dgl. 00	100G	100G
330 dgl. 01	100G	100G
331 dgl. 02	100G	100G
332 dgl. 03	100G	100G
333 dgl. 04	100G	100G
334 dgl. 05	100G	100G
335 dgl. 06	100G	100G
336 dgl. 07	100G	100G
337 dgl. 08	100G	100G
338 dgl. 09	100G	100G
339 dgl. 10	100G	100G
340 dgl. 11	100G	100G
341 dgl. 12	100G	100G
342 dgl. 13	100G	100G
343 dgl. 14	100G	100G
344 dgl. 15	100G	100G
345 dgl. 16	100G	100G
346 dgl. 17	100G	100G
347 dgl. 18	100G	100G
348 dgl. 19	100G	100G
349 dgl. 20	100G	100G
350 dgl. 21	100G	100G
351 dgl. 22	100G	100G
352 dgl. 23</		

## Ausland

[illegible]

## Optionshandel

[illegible]

11.7.		12.7.	11.7.	
11.7.	11.7.	11.7.	11.7.	11.7.



## Neue ARD-Talkshow

## Das Vorbild kommt aus Österreich

Die neue Talk-Show der ARD ist nun nach einem Bräutigam aus dem El: Am 13. Juli schlüpft sie in die Äther. Sie heißt: „Moment mal“ - die ARD-Redezeit - Heute aus... Sie soll, die Show, keine Show-Effekte haben und sich nur dem Gespräch widmen, heißt es, auch Tages-Aktualität ist nicht unbedingt erforderlich. Die Themen, so wird angekündigt, werden „interessant“ sein und „Strömungen spiegeln“. Auch Musik findet nicht statt, „wir verlassen uns auf die Sprache“, sagt man in den Kreisen der Vorbereiter, und „Club-2-Atmosphäre“ werde angestrebt. Wozu angestrebt sei, daß „Club 2“ vom

Moment mal - ARD, 23.00 Uhr

österreichischen Rundfunk veranstaltet wird, während die neue ARD-Runde vom NDR betreut wird. Dieser Sender übernimmt zugleich zehn Termine, fünf gehen nach Bremen, und sechs nach Baden-Baden. Der Sender Freies Berlin macht fünf Sendungen.

Zwei Moderatoren werden jeweils drei bis vier Gäste ins öffentliche Gespräch ziehen, einer der Befragten ist stets Martin Schulze, der ARD-Koordinator für Politik, Gesellschaft und Kultur, er bleibt für die Sendung verantwortlich. Der zweite Moderator wird vom gastgebenden Sender gestellt. Beim NDR ist es Gertrud Höh-



Wird in jeder Talkshow die Frage gestellt: Martin Schulze

ler, Professorin in Paderborn, in Bremen Ulrich Kienzie, in Berlin Barbara Dickmann und im Südwestfunk Hans Gressmann.

Die redaktionelle Leitung der Produktionen obliegt den Landessendern; der NDR als federführender Sender beauftragte Horst-Wolfgang Bremke mit der Leitung des Unternehmens. Bremke hat bisher die NDR-Talk-Show in Hamburg betreut und ihr erheblichen Gesichtspunkt verliehen. Man wird also nicht nur aus formal-dramaturgischen Überlegungen um das Gelingen des Unternehmens bangen müssen und nicht nur auf die atmosphärischen Differenzen zwischen Paderborn und Wien achten. Auch auf das Hamburger Peters-Prinzip wird man den Finger legen müssen.

Das Tot-tot, das uns zu jedem neuen TV-Unternehmen leicht in die Feder fließt, will sich also nicht recht einstellen. VALENTIN POLCUCCH

## Neugier, die keine Schranken kennt

Einem Remake von John Steinbecks „Mäusen und Menschen“ - mit anderen Vorzeichen versteht sich - hätte der Beitrag zur Ehre gereicht. Denn: „Alles was an der Maus möglich ist, ist auch am Menschen möglich.“ konstatierte nüchtern ein Mikrobiologe.

Gentherapie mit manipulierten Zellen für zukünftige Erbenbürger ohne Eltern? Mehr beängstigend als ermutigend zeichneten die Autoren den Weg in ein juristisches Niemandsland auf, ein Weg, mit ungeheurer Brisanz gespickt. Doch machen wir uns nichts vor: Nicht jeder, der da zu Wort kommt, ist mit der notwendigen Kompetenz gespickt.

Die grenzenlose Hilfslosigkeit auf allen Seiten ist deutlich spürbar. Eines ist sicher: Die natürliche, anergene Neugier der Gentechnologen in ihren Laboratorien ist stärker als alle ihnen auferlegten Schranken. Die Brennpunkte (ARD) ließen da ein Flämmchen lodern, das sich zu einem Flächenbrand ausweiten wird. Was nützen moraltheologisch verbrämte Appelle, der Schöpfung nicht ins Handwerk zu pfeifen? Für die im Film vorgestellten „10 Gebote für Gentechnologen“ hat einer der vielfach negativ apostrophierten modernen Frankenstein's nur ein müdes „Ach Gott“ übrig, womit wir beim Thema wären.

DIETER THIERBACH

## Das Leben, so wie es ist

Eigentlich hatte ich in der Reihe „Das kleine Fernsehspiel“ ein Fernsehspiel erwartet. Dementsprechend war ein Dokumentarfilm geistig. Das ist jedoch nicht so schlimm, denn die erfundenen Fernsehspiele sind meist etwas langweilig. Dokumentarfilme aber zeigen das Leben, wie es ist. Und das ist gut. Besonders wenn es sich um Südafrika handelt. Man erzählt ja so vieles über dieses Land, und ich möchte es nun wirklich genau wissen.

Der von Betty Wolpert gedrehte Film „Tsimela“ - alle guten Geister (ZDF) spielt in London und in Südafrika, und in den Szenen in Afrika treten ausschließlich Schwarze auf. Die haben erzählt, was die Weißen alles für schlimme Dinge tun. Ich war am Schluß des Filmes ganz böse auf

die weißen Südafrikaner und hätte gern gesehen, wie sie sich da noch rechtfertigen wollen. Man muß sich ja schämen für sie...

Aber natürlich wäre der Film zu lang geworden, wenn man auch noch weiße Südafrikaner um ihre Meinung gefragt hätte. Doch das holt das ZDF sicherlich als nächstes kleines Fernsehspiel nach. Und da es soviel für die Minoritäten tut, wird es bestimmt zuletzt auch noch einen Film zeigen über die 800 000 Inder, die es dort gibt.

Die sollen ja nach dem Abzug der Weißen massakriert oder zur Flucht nach London gezwungen werden sein. Ich würde gern hören, was die südafrikanischen Inder darüber meinen. Wenn ich dann alle drei Filme gesehen habe, weiß ich alles über Südafrika. Vielen Dank im Voraus, liebes ZDF! ARMIN MOHLER

## Blödsprüche für die Sommerpause

Das war der reinste schon eine regelrechte Revolution, als vor Jahr und Tag Rainer Brandt und seine Synchron-Crew in „Tennis schlägt Kanonen“ Robert Culp und Bob Cosby die ersten lockeren Sprüche in die Mäuler legten. Und wer Gelegenheits hatte, „Ihr Auftritt, Al Mundy“ auch mal im Original zu sehen, lernte flugs, die deutschen Dialogpartner im höchsten Maße zu schätzen.

Guckkastengemäß eingespielt langten Brandt & Co. dann, vor nun auch schon zwölf Jahren, in Die 2 zu, jener Serie, von der nun 16 muntere Folgen im ZDF wiederzusehen sind, klapperdürre Handlungen mit lachmuskelreißenden Blödsprüchen vor allem für Tony Curtis.

Davon gibt es heute leider nichts mehr. Genau deshalb ist diese Serienwiederholung endlich mal ein Griff in die richtige Mottenkiste. Denn wer mag schon noch immer darauf warten, daß unser Fernsehen endlich mal Robert Altman's „Abendfüller „M.A.S.H.“ vorzeigt, jene Korea-Satire, in welcher derselbe Synchron-Verein die Kunst des munteren Sprach-Spiels zur höchsten Vollendung trieb?

Wohlan: Wo ein Auto „Kachelofen“ und ein Barkeeper „Kapellmeister“ heißen und die Stars mit dem Hinterkopf zur Kamera Verücktes murmeln, derweil sie im englischen Original sprachlos bleiben, da ist Wohlsein. Auch mitten in der Sommerpause. ALEXANDER SCHMITZ



## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesscheine  
10.25 Von Käse zu Käse  
Lieder, Sketche und Hamburger  
Originale: Heidi Kabel u. a.  
11.55 Unschau

Der falsche Prinz  
Nach einem Märchen von Wilhelm Hauff  
Puppenspiel der Kleinen Bühne  
15.30 Mott und Jonty  
16.00 Tagesschau

16.10 Streusel  
Der wachrichtende Panther  
Zwei tapstige Bären wollen mit einer schreienden Raubkatze anbandeln. Einer will den anderen dabei übertrumpfen.

16.50 Wie die Hasen  
Tschechoslowakischer Spielfilm  
Tagesschau  
Danzig, Regionalprogramme

20.00 Tagesschau  
20.15 Kaiserball  
Österreichischer Spielfilm (1954)  
Mit Sonja Ziemann, Rudolf Prack,  
Hans Moser u. a.  
Regie: Franz Antel

Die Nahrung Franz kommt aus Wien nach Bad Ischl, um ein Balkleid für eine Gräfin abzuleeren. Dort ist sie betrübtliche Verwirrungen in einer illustren Gesellschaft der k. u. k. Monarchie aus, als man sie mit einer Prinzessin verwechselt. Die wirkliche Prinzessin gerät dabei in den Veracht, seine Hochstaplerin zu sein...

21.00 Hilfe für Afrika  
Eine Bilanz des ARD-Spendenaufbaus „Brot für die Welt“  
„Africa in Not“ in 24 Staaten  
herrscht Hunger. Millionen von Menschen sind unmittelbar bedroht. Aus diesem Grund hat die ARD am Karfreitag zu einer

22.30 Tagesschau  
Afrikanische aufgerufen  
mit Bericht aus Bonn

23.00 Moment mal  
Die ARD-Redezeit  
Heute aus Baden-Baden  
Thema: Sind sie abgerückt?  
Anschl. Tagesschau

12.10 Tagesschau  
Automagazin  
Mit Harry Valerien  
12.55 Presseschau  
13.00 Tagesschau

17.00 heute / Aus den Ländern  
17.15 Tagesschau  
17.55 Brigitte und ihr Koch  
Muscheleisensuppe und glasierte Möhren  
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Pat und Patschen  
19.00 heute  
19.30 Musikjournal  
Libanon: Widerstand gegen die Besatzungsmacht / Irak: Islam ohne Schleier / Kuba: Aus für den Macho? / Ungarn: Eine evangelische Gemeinde / Polen: Bleichvornel gesucht  
Moderation: Horst Kalbus

20.15 Aktezeichen: XY... ungelöst  
21.15 Der Sport-Spiegel  
Sein letzter Versuch. Endlich Gold für Rudi Carrell und Michael Kolbe?

21.45 heute-journal  
22.00 Aspekte  
Olympic Arts Festival: Neben den Olympischen Spielen bemüht sich Los Angeles für zehn Tage Kulturhauptstadt zu sein / „Ghetto“: An der Freien Volksbühne Berlin inszenierte Peter Zadek Joshua Sobols Stück, das in einem jüdischen Ghetto in Litauen während des 2. Weltkriegs spielt / Livorno feiert den 100. Geburtstag des Malers Amadeo Modigliani mit einer umfassenden Ausstellung / Kino-Nachzettel: Peter W. Jansen stellt Jean-Luc Godards „Vernage“ vor  
Moderation: Manuela Reichart

22.45 Sport am Freitag  
23.15 Aktezeichen: XY  
23.20 Es muß nicht immer Kaviar sein  
Tate kann nun nicht erscheinen

0.20 heute  
0.25 Das Gold liegt auf der Straße  
Amerikanischer Spielfilm (1975)  
Mit George Segal, Jane Fonda u. a.  
Regie: Ted Kotcheff



Wollt das Gold liegen bei den Hauptstädten? (Jane Fonda) auf einem „Sof-Kocher-Kursus“ toll (Das Gold liegt auf der Straße - ZDF, 0.25 Uhr)  
FOTO: TELEBUNK

## Morgen wieder in der WELT:

## Berufs-Chancen für Sie

Als Voraus-Information können wir Ihnen hier eine Auswahl der Positionen ankündigen, die morgen in der WELT angeboten werden.

Informieren Sie sich umfassend, bevor Sie sich entscheiden! 70% der Stellenangebote in der WELT sind exklusiv. Sie finden sie gleichzeitig in keiner anderen Zeitung. Sie brauchen deshalb die WELT. Jeden Samstag.

Assessorin oder Rechtsanwältin nach Wuppertal  
R 7834, Welt-Verlag, Essen

Abteilungsleiter Datenverarbeitung mit betriebswirtschaftl. Ausbildung

Verkaufs-Ingenieur (Dipl.-Ing. FH/TH) GEA GmbH, Herne

Assistent für EDV-Organisationsentwicklung mit betriebswirtschaftl. Studium  
Finanzsitz: Bielefeld  
B 7822, WELT-Verlag, Essen

Assistent der Geschäftsführung Techn. Kundenberater  
Diplomingenieure (TH oder FH) für Untern. d. metallverarb. Ind.  
Unternehmensberatung Dr. Witthaus GmbH, Mülheim a. d. Ruhr

Abteilungsleiter Qualitätssicherung m. abgeschl. Maschinenbaustudium f. Marktführer im Bereich Antriebstechnik  
Nicolai & Partner Managementberatung GmbH, Düsseldorf

Beratungsingenieur bei SKF abgeschl. Studium  
SKF Kugellagerfabriken GmbH, Schweinfurt

Chefsekretärin/Assistentin nach München  
25-30 Jahre, Englisch perf.  
H 7828, WELT-Verlag, Essen

Chefsekretärin/Assistentin Hauptsitz in Südwestfalen  
Engl. u. Franz. in Wort u. Schrift  
Kienbaum Personalberatung, Gumbach

Chefsekretärinnen perf. Französisch

GUVE Gesellschaft für urbane Verkehrseinrichtungen mbH, Köln

Diplom-Ingenieur der elektrischen Antriebs- und Energietechnik für Fachber. Triebfahrzeuge  
AEG-Telefunken, Berlin

Dipl.-Ing. Fachr. allgemein für Entwicklungsbereich  
Anschütz, Kiel

Dipl.-Ing. Fachr. allgem. Maschinenbau oder Elektrotechnik für das wissenschaftl. Rechenzentrum  
Anschütz, Kiel

Dokumentations-Ingenieur Diplomingenieur (FH) Nachrichtentechnik  
Robde & Schwarz GmbH & Co. KG, München

Elektro-Ingenieur (Dipl.-Ing. TH/FH) für Unternehmen des Sonderwerkzeugmaschinenbaus  
Dr. Maier & Partner, Köttingen

Exportleiter Westeuropa Exportkaufmann, Engl. und Span. in Wort und Schrift  
Steinbach & Vollmer GmbH, Personalberatung, München

Einkäufer/in HAKA für Handelsunternehmen mit Sitz in Nordrhein-Westfalen  
Heiber-Butz & Schwesinger, Düsseldorf

Einkaufs-Leiter Baustoffe/Sanitär Rhein-Main-Gebiet  
F & P Beratung GmbH, Köln

Entwicklungs-Ingenieur (Dipl.-Ing.) als Projektleiter, 35-45 Jahre, Englisch  
EWO Produktions-Systeme GmbH, Hannover

Einkäufer Frischwaren in spe Betriebswirt oder Motorkraftschaffmann  
Otto Reichelt GmbH, Berlin

Führungsaufwuchs für Krankenhäuser  
Hochschulabsolventen  
Berufsbildungswerk Deutscher Krankenhäuser e. V., Düsseldorf

Fertighaus-Verkäufer/-innen für Postleitzonen 35, 40, 50, 60, 62 und 63  
Joachim Hirt-Kluwe, Nottelfen

Führungskräfte im Direktverkauf 60 000 bis 120 000 DM p. a.  
M 7831, WELT-Verlag, Essen

Fachmann der Hydraulik und Strömungstechnik Klein, Schanzlin & Becker Aktienges., Frankenthal

Geschäftsführer Produktion/Einkauf bei dt. Markenartikelunternehmen in Italien  
Joerg E. Staufenbiel, Köln

Gesamtes Produktmanagement für marktführende OTC-Präparate im Alleingang  
Unternehmensberatung H.-G. Schu, München-Grünwald

Gesamt-Vertriebsleiter für Unternehmen der chemischen Industrie  
Dr. W. G. Horstmann, Mainz

Industriekaufmann für Verkauf Inland; Fachkraft für Abteilung Fertigungssteuerung  
ehlerskabel, Hamburg

Ingenieur (grad.) für den Bereich „Haustechnik“  
ECE Projektmanagement GmbH, Hamburg

Kaufmännischer Geschäftsführer f. Ges. m. Sitz in Nähe süddeutscher Mittelstädte  
Kienbaum Chefberatung, Gumbach

Klinikreferenten für verschiedene Städte  
Steinbach & Vollmer GmbH, München

Kreativer Informatiker für Produktions- und Bildschirmtext  
Axiel Springer Verlag, Hamburg

Leiter der Drucker-Abteilung - Mehrfarbdruck auf Spezialfolien -  
P & M Beratung W. Hatesaul GmbH, Bonn

Leitende Programmierer Erfahrung im Erstellen von HP 250 Programmen  
Weigang-MCS Vertriebsges. mbH Nord, Gehrden

Leiter der Produktion der Stahlschleife Mikrobiologie in Untern. der Lebensmittelbranche  
Kienbaum Personalberatung, Gumbach

Leiter Administration/Rechnungswesen für Hersteller von Sportartikeln  
in Frankfurt  
Nicolai & Partner, Düsseldorf

Leiter Kundendienst Ersatzteilwesen Kunststoffmaschinen  
Kienbaum Personalberatung, Gumbach

Leiter Marketing techn. orientierter Kaufm. oder kaufm. orientierter Ing. Kraftanlagen AG Heidelberg  
Leiter der Elektronik-Produktion n. Organisations- und umf. Kenntnissen der Elektronik  
HAMEG GmbH, Frankfurt

Leiter der Technik Sektor Anlagenbau Kienbaum Personalberatung, Gumbach  
Leiter Marketing Baumaschinen in die Westpfalz  
Anzeigen-Service Sachteleben, Essee

An: DIE WELT, Abt. Stellen-Service, Postfach 305830, 2000 Hamburg 36

## Wertscheck für Berufs-Chancen

Bitte schicken Sie mir einige Gutscheine, für die ich an den nächsten Wochenenden beim Zeitungshandel kostenlos WELT-Exemplare mit dem großen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte erhalte.

Name:

Beruf:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum:

Anzeigenabteilung Postfach 30 58 30 2000 Hamburg 36 Tel. (0 40) 347 44 18/43 18 FS 2-17 001 777

Anzeigenexpedition Im Teelbruch 100 4300 Essen 18-Kettwig Tel. (0 20 54) 101-516, -517, -1 FS 8-57 9104

WELT-Berater für Stellenanzeigen:

Christien Schröder 2000 Hamburg 76 Tel. (0 40) 229 30 95-96

Gerd Ahrens 3000 Hannover Tel. (0 5 11) 6 49 00 09 FS 9-23 106

Jochen Frinrop 4000 Düsseldorf Tel. (0 2 11) 43 50 44

Gerd Henn 4850 Gelsenkirchen Tel. (0 2 09) 8 31 26

Hans-Jürgen Linz 4000 Düsseldorf 30 Tel. (0 2 11) 43 38 18

Wolfgang Linke 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

Karl-Harro Witt 5701 Arnhem-Landshofen Tel. (0 6 32) 31 32

Kurt Fengler 7050 Waiblingen 7 Tel. (0 7 1 51) 2 20 24-25

Jochen Grottel 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

Karl-Harro Witt 5701 Arnhem-Landshofen Tel. (0 6 32) 31 32

Kurt Fengler 7050 Waiblingen 7 Tel. (0 7 1 51) 2 20 24-25

Jochen Grottel 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

Karl-Harro Witt 5701 Arnhem-Landshofen Tel. (0 6 32) 31 32

Kurt Fengler 7050 Waiblingen 7 Tel. (0 7 1 51) 2 20 24-25

Jochen Grottel 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

Karl-Harro Witt 5701 Arnhem-Landshofen Tel. (0 6 32) 31 32

Kurt Fengler 7050 Waiblingen 7 Tel. (0 7 1 51) 2 20 24-25

Jochen Grottel 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

An: DIE WELT, Abt. Stellen-Service, Postfach 305830, 2000 Hamburg 36

## Wertscheck für Berufs-Chancen

Bitte schicken Sie mir einige Gutscheine, für die ich an den nächsten Wochenenden beim Zeitungshandel kostenlos WELT-Exemplare mit dem großen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte erhalte.

Name:

Beruf:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum:

Anzeigenabteilung Postfach 30 58 30 2000 Hamburg 36 Tel. (0 40) 347 44 18/43 18 FS 2-17 001 777

Anzeigenexpedition Im Teelbruch 100 4300 Essen 18-Kettwig Tel. (0 20 54) 101-516, -517, -1 FS 8-57 9104

WELT-Berater für Stellenanzeigen:

Christien Schröder 2000 Hamburg 76 Tel. (0 40) 229 30 95-96

Gerd Ahrens 3000 Hannover Tel. (0 5 11) 6 49 00 09 FS 9-23 106

Jochen Frinrop 4000 Düsseldorf Tel. (0 2 11) 43 50 44

Gerd Henn 4850 Gelsenkirchen Tel. (0 2 09) 8 31 26

Hans-Jürgen Linz 4000 Düsseldorf 30 Tel. (0 2 11) 43 38 18

Wolfgang Linke 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

Karl-Harro Witt 5701 Arnhem-Landshofen Tel. (0 6 32) 31 32

Kurt Fengler 7050 Waiblingen 7 Tel. (0 7 1 51) 2 20 24-25

Jochen Grottel 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

Karl-Harro Witt 5701 Arnhem-Landshofen Tel. (0 6 32) 31 32

Kurt Fengler 7050 Waiblingen 7 Tel. (0 7 1 51) 2 20 24-25

Jochen Grottel 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

Karl-Harro Witt 5701 Arnhem-Landshofen Tel. (0 6 32) 31 32

Kurt Fengler 7050 Waiblingen 7 Tel. (0 7 1 51) 2 20 24-25

Jochen Grottel 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

Karl-Harro Witt 5701 Arnhem-Landshofen Tel. (0 6 32) 31 32

Kurt Fengler 7050 Waiblingen 7 Tel. (0 7 1 51) 2 20 24-25

Jochen Grottel 7022 Leimboden-Echtern Tel. (0 7 11) 7 54 50 71

Siegfried Walther 8035 Gauting b. München Tel. (0 8 91) 8 60 60 38/39 FS 5-23 836

Horst Sauer 6361 Reichelsheim 6 Tel. (0 6 38) 31 41

## DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Welt der Fach- und Führungskräfte



## Phantasie? Phantasien!

he. - Englische Dramatiker können seit Osbornes „Blick zurück im Zorn“, also seit einem Vierteljahrhundert, mit Sicherheit eine führende Position im zeitgenössischen Bühnenschauspiel Europas beanspruchen. Doch die Jungen, die wollen nun nicht mehr so, wie die Alten einst sangen. Der dramatische Nachwuchs, das brachte jetzt ein Wettbewerb des Nationalen Jugendtheaters an den Tag, reist ständig auf ein und demselben Thema herum: den eigenen sexuellen Phantasien.

Nach Begutachtung der zweihundertsechzigunddreißig eingesendeten Bühnenmanuskripte befand der Theaterleiter und Jury-Vorsitzende Michael Croft: „Wir könnten diese außerordentlichen Dinge, die in den Hirnen dieser Schreiber-Generation vor sich gehen, niemals auf die Bühne bringen.“ Kein einziges der Originalstücke, so Croft, habe beispielsweise eine gesellschaftliche

Problematik aufgegriffen. Und dann die Sprache. Diese jungen Leute scheinen zu glauben, daß das verehrte Publikum nur dann hinbricht, wenn man es mit derbem Gossens-Jargon traktiert. „Dabei gibt es nichts Langweiligeres als solche Dialoge, und die Schauspieler können ihnen schon gar nichts abgewinnen“, klagte Croft bei der feierlichen Preisverleihung in Anwesenheit ausgerechnet des Ministers für die Künste, der sich doch für die Subventionswürdigkeit der Kunst stark machen soll.

Die nachrückende Generation ist natürlich mit dem Fernsehen großgeworden. Sie hat die Medien-Gesamtschule absolviert. 1969 nahm man schließlich dem Lordkammerer sein Amt als Theaterzensor, das er seit den Zeiten der Tudor-Elisabeth innehatte. Wer aber meinte, daß nun, da nichts mehr verboten war, die Bühne neue Kraft und neue Autoren gewinnen würde, der hat die Bühnenpraktiker ziemlich unter- und den Nachwuchs bei weitem überschätzt.

Auch Du, Britannia!

## Der Turiner Architekt Pietro Fontana in Zürich

### „Überall ist Babylon“

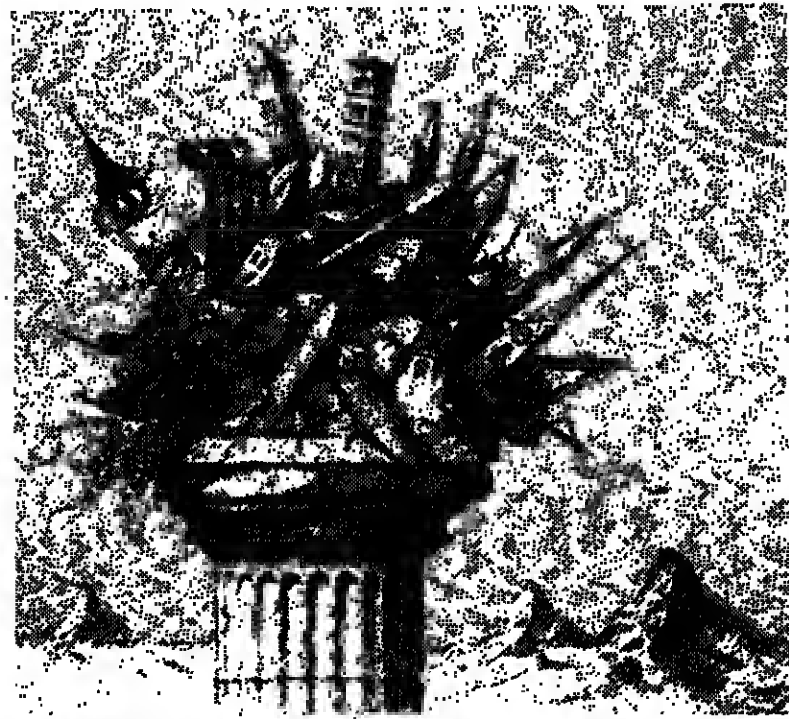
Die Kunst bringt das Leben in Unordnung, schrieb Karl Kraus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese Unordnung, die Zweifel und Unruhe auslöst, bietet jedoch auch die Möglichkeiten für eine andere Welt - für eine andere Architektur. Nach Jahren konventionellen Bauens mit den formalistischen Rechtfertigungen, wonach Sachzwänge, wie Zweck und Material, das Bauwerk bestimmen, leben heute wieder Phantasie und die Bestimmung auf die Erfahrungen der Vergangenheit auf. Die Architekturbiennale in Venedig zeigte schon 1980 die „Gegenwart der Vergangenheit“, den behutsam und ironisch verfremdeten Umgang mit der Baugeschichte bis zu ihrer trivialen Nachahmung.

In der sehr ideenreichen Ausstellung „Überall ist Babylon“ führt das Kunstgewerbemuseum in Zürich diese Idee weiter: Der Turiner Architekt und Maler Pietro Fontana (Jahrgang 1934) greift 24 Motive der italienischen Architektur der 60er Jahre auf und konfrontiert sie mittels der Zeichnung der Zeichnungen mit Projekten aus der Baugeschichte. Die Unordnung dieser Architekturtopographie stellt er durch das ikonografische Symbol des Bildes vom „Turm zu

Babel“ dar, welches die Doppeldeutigkeit des Durchgangs und das Symbol des Aufstiegs zu Gott, der Neuordnung, in sich trägt.

Wie im Motiv „L'ombre du passé“ - einem Wohn- und Geschäftsgebäude von Passarelli in Rom und der gleichzeitigen Darstellung der „Partie graphique“ von Jean Nicolas Durand (1802) - so zeigen auch die übrigen Tafeln eine architektonische Realität in Korrespondenz mit entsprechenden Beispielen aus der Vergangenheit. Es ist eine kritische Auseinandersetzung mit der heutigen Architektur durch die Zeichnung. „Was für die italienische Architektur der 60er Jahre gilt, gilt auch für meine Arbeit: diese babylonische ‚Zweideutigkeit‘ läßt sich sowohl als gewisses Chaos interpretieren wie auch als Anstrengung zur Überwindung der Architekturkrise“, meint Fontana dazu.

Seine bildhafte Analyse wendet er auch auf die Baukultur der traditionellen Stadt an: auf Zürich mit seinen Türmen, Kuppeln und Gewölbeformen. Hierbei entstehen Entdeckungen, die überraschen. Literarische Beschreibungen ergänzen diese Architekturphantasien. (Bis 26. August) ELKE WUTHE



Glossen, skizziert: Pietro Fontanas gezeichnete Architekturkritik. FOTO: KATALOG

## Uraufführung in Zürich: H. C. Artmanns „Schas“

### Viel Lärm um einen Furz

Zum Ende der Spielzeit brachte das Zürcher Theater am Neumarkt eine Uraufführung heraus. „Schaubent, Schas, sehr heiß bitte“, heißt das Stück. Aber es ist alles andere als ein Stück. Man kann keine Handlung erzählen, denn es hat keine. Was ist es denn?

Schwer zu sagen. Der Autor H. C. Artmann, der sogenannten „Wiener Szene“ angehört, einer losen Vereinigung von Lyrikern und anarchistischen Spätschreibern, hat sich da einen Spaß erlaubt, und zwar in den 60er Jahren, der mit Recht so lange nicht aufgeführt wurde. Die Hauptrolle des Abends bleibt: Warum tritt, warum überhaupt?

Der Titel der Sache bleibt Nicht-Wissen wohl unverständlich, wird nicht verständlicher, wenn man aus einem einschlägigen Wörterbuch erfährt, ein Schas sei ein nicht ganz gesellschaftsfähiger Ausdruck für „abgehende Blähung“. Wie kann man den in einer Suppenküche servieren? Da fällt Kritikern der uralte Witz ein, von dem Arzt, der seinen Patienten fragt, ob er unter Blähungen leide. Zur Antwort erhält er: „Leide? Sie sind meine einzige Freude!“ Mag sein, daß diese Blähung von einem Unglück aus ein Dichters einziger Freude war - für den Zuschauer ist sie es nicht.

Die Sache spielt in einem Wiener Café. Es soll wohl Sinnbild des stets gleichförmigen Lebens sein, unter-

strichen dadurch, daß der Kellner, die tragende Rolle des Stücks, stets ein Tablett trägt und es ständig im Laufen ist. Immer wieder den Kalender abreißt, um immer wieder auf dasselbe Datum im Jahre 1995 zu stoßen. Viele der Besucher des Etablissements sind nur Schaulustigpuppen, die sich via Lautsprecher bemerkbar machen. Der Lautsprecher wird überhaupt stark strapaziert, und die Puppen und die lebenden Mitwirkenden sagen immer wieder dasselbe. Das ist am Anfang noch ganz lustig, aber dann wird's langweilig. Daß schließlich noch Adolphus Hitler auftritt oder vielmehr auf die Bühne gerollt wird, ist schlicht geschmacklos.

Gespielt, soweit man so was spielen kann, wird allerdings vorzüglich. Nur daß die starke Schauspielerin Rosalinde Renn eben kein süßes Mädl ist, sondern eher eine Hochdramatische. Peter Schweiger, der Direktor des Theaters, hingegen ist ein beklemmend-dämonischer Gast, Johannes Silberschneider ein dümmlich-ratloser Kellner.

Das alles ist wohl nicht zuletzt das Verdienst des Regisseurs. Alfred Pfeiffer läßt seine Figuren im Zeitlupentempo agieren, was ihnen etwas faszinierend Marionettenhaftes verleiht. Erstaunlich starker Beifall nach einer Gaudi für die nicht zu reife Jugend. Mehr ist es nun aber wirklich nicht. CURT REISS

## Eine Schlüsselfigur der neuen hebräischen Literatur - Porträt der israelischen Verlegerin Bracha Pili

### Kauft Bücher und zahlt in Raten!

Mit fünf Jahren konnte sie schon lesen. Jetzt, mit 92, kann sie es nicht mehr, sie ist blind. Eine schwere Bürde für einen Menschen, dessen ganzes Leben den Büchern gewidmet war.

Bracha Pili ist eine Persönlichkeit, und mehr als das - sie ist eine Symbolfigur für Israel, Verkörperung der kulturellen Entwicklung des jungen Staates, sie stammt aus einer russischen Gutsbesitzer-Familie, studierte Wirtschaftswissenschaften, machte ihr Diplom und heiratete, zum Entsetzen ihrer Familie, einen ungebildeten jungen Mann, der auch noch drei Jahre jünger war als sie.

Die russische Revolution verschlug beide nach Wien, von wo sie 1921 nach Palästina weiterzogen. In Alexandria gelandet, ging dem jungen Paar das letzte Geld aus. Für die Fahrkarte ins Gelobte Land verkauften sie das einzige, was ihnen noch geblieben war: die Eheverträge.

Im damaligen Palästina war harte Arbeit gefragt. Intellektuelle und Akademiker reichten sich Steine am Bau. Bracha Pili arbeitete auf dem Feld. Jeden Tag ging sie mit ihrem kleinen Sohn hinaus, legte ihn unter einen Busch und pflückte Trauben. Als ihr die Anstrengung zuviel wurde, zog die Familie nach Tel Aviv.

Bracha Pili war schon immer ein Büchermännchen gewesen. Wenn sie fünf Gurush hatte, ging sie zu Herrn Jakobson im Nachbarhaus, der die Bücher nach Gewicht verkaufte. Da sagte ihr kleiner Sohn eines Tages: „Wenn du Bücher willst, Mutter, dann mach doch eine Bücherlei auf!“ Das brachte sie auf die richtige Idee. Sie ergriß die Gelegenheit und begann das Geschäft ihres Lebens.

Von Flüchtlingen aus aller Welt kaufte sie Bücher und füllte mit ihnen ein kleines, gemietetes Zimmer. In wenigen Wochen hatte ihre Bücherlei bereits an die tausend Mitglieder, die sich für 5 Gurush im Monat Bücher ausleihen konnten. Bald erweiterte Bracha Pili ihre Geschäftsbeziehungen, richtete eine Buchhandlung ein, begann sogar aus Polen und Rußland Bücher zu besorgen.

Eines Tages schien ihr die Mühe des Treppensteinens, die sie ihren Kunden zumutete, zuviel. Sie nahm einen Tisch, stellte ihn auf den Bürgersteig der Rothschildallee und besappte ihn mit Büchern. 25 Prozent Ermäßigung“ verkündete ein Schild, und die Passanten kauften begeistert. Damals war noch der „Verein zur Wahrung der Hebräischen Sprache“



Ihr Büro ist immer noch Treffpunkt von Literaten und ein Zentrum der hebräischen Literatur. Die Verlegerin Bracha Pili. FOTO: ISRAEL SUN

sehr aktiv. Die Mitglieder des Vereins wanderten mit großen Plakaten in den Straßen umher, auf denen geschrieben stand: „Kauft hebräische Bücher!“ Bracha Pili schloß sich mit ihrem Bücherstand der Bewegung an und legte damit, ohne es zu wissen, den Grundstein zu einer Tradition: zu der sich jährlich wiederholenden Hebräischen Buchwoche, in der überall in Israel Buchmärkte auf der Straße stattfinden.

Sie ließ sich originelle Sonderangebots-Ideen einfallen, z. B. „Kauft einen ganzen Schrank voll Bücher - und zahlt in Raten!“ So wuchs ihr Geschäft rasch. Sie setzte sich für die Werke hebräischer Schriftsteller ein, dadurch wurde ihr Büro langsam zum Treffpunkt von Literaten, Journalisten und anderen Künstlern, zum Zentrum hebräischer Literatur.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 legte auch in Israel alle Geschäfte lahm. Inmitten allgemeiner Stagnation und Resignation war Bracha Pili die einzige, die eine neue Firma zu gründen beschloß. Alle hielten sie für verrückt, aber mit sieben Pfund begann sie den Verlag „Masada“. „Es war etwas Symbolisches im Namen“,

sagt sie. Denn schon damals war die Felsenfestung am Toten Meer, deren jüdische Verteidiger kollektiven Selbstmord begingen, um nicht den römischen Truppen in die Hände zu fallen, zum Begriff geworden. Der Slogan „Nie wieder soll Masada fallen“ stand für den Willen der Juden, sich im Altneuland zu behaupten.

„Masada“ ist heute einer der größten israelischen Verlage. Und die alte, hinde Bracha Pili geht noch heute täglich in ihr Büro, wo sie resolut weiterwaltet. Denn im Laufe der Zeit wurde sie zur Schlüsselfigur der neuen hebräischen Literatur: mit einem sicheren Gefühl für gute Bücher entdeckte sie Schriftsteller und verhalf ihnen zum Erfolg, der manchmal, wie bei Amos Oz, sogar über die Grenze Israels hinaus reichte. „Schreiben ist nicht genug“, sagte Bracha Pili, „ein Künstler muß auch einen gewissen sechsten Sinn haben.“ Und sie selbst hat ihn auch. Wenn sie beim Lesen ein würdevolles Gefühl im Hals spürte, wußte sie: Nein, das ist es nicht!

Ein gutes Buch war ihr immer wichtiger als eins, das gut verkauft werden konnte. „Ich wollte dieses Volk erziehen“, beteuert die Greisin.

Deshalb ließ sie auch in jahrelanger, mühsamer Arbeit die große Hebräische Enzyklopädie zusammenstellen, ein Unternehmen, mit dem sie seinerzeit ihren ganzen Verlag aufs Spiel setzte. Das zwölfbändige Werk jedoch wurde ein großer Erfolg, wie alles, was sie anfaßte. Diese Enzyklopädie war ihr größter Traum, und sie wurde ihr „Bestseller“.

Doch bald stellte sich wieder die Frage: „Was kann ich diesem Volk noch geben?“ Bracha Pili fand die Antwort, als sie sich im buntgewürfelten kleinen Israel umgesehen hatte: „Wurzeln - das ist es, was uns fehlt. Etwas Gemeinsames, das diesen vielen Menschen aus allen Teilen der Welt das Gefühl der Zusammengehörigkeit vermittelt!“ Sie begann mit einem leichtverständlichen, populärwissenschaftlichen Talmud-Führer, um die Kluft zwischen Orthodoxen und Weltlichen zu überbrücken, und den vielen Nationalitäten zu helfen, israelisch zu werden.

Als letztes plant sie jetzt eine Autobiographie, aber: „...danach habe ich nichts mehr, wofür ich leben könnte. Ich bin nur noch Gast auf dieser Welt.“ KATALIN FISCHER

## Düsseldorf: „Johanna Ey und ihr Künstlerkreis“

### Mutters warmer Ofen

Großes Ey, wir loben dich/Ey, wir preisen deine Stärke/Vor dir neigt das Rheinland sich/Und kauft gern und billig deine Werke.“ Mit dieser parodistischen Hymne huldigte Max Ernst seinerzeit der Düsseldorfer Künstlerin Johanna Ey. Sie war 1895 geboren.

Mit dieser parodistischen Hymne huldigte Max Ernst seinerzeit der Düsseldorfer Künstlerin Johanna Ey. Sie war 1895 geboren. Sein Glückwunsch war nur einer von unzähligen Freundschaftsbeweisen, die an diesem Tag in die legendäre Kunst- und Kaffeestube am Düsseldorfer Hindenburgwall expediert wurden. Henry van der Velde ließ es sich nicht nehmen, die seinen selbst zu überbringen. „Es gab Hunderte von Telegrammen und Briefen, einen Berg von Geschenken; die ganze Bude schwamm in Alkohol und Blumen“, berichtete Luise Strauss-Ernst in Ullstein's „Querschnitt“ über die Geburtstagsfeier, bei der die Gefeierte, „prächtig ausgestattet mit Mantilla, Schildpattkamm und Kastagnetten“, ihren berühmten spanischen Tanz vorführte.

Mutter Ey nämlich liebte es spanisch, seit sie bei dem begüterten spanischen Maler Jacobo Sureda, der sie ungewöhnlich verehrte, mit einem Teil ihres Düsseldorfer Hofstaates auf der Insel Mallorca zu Gast war. Robert Pichler, der sich zu ihren engsten Freunden zählen durfte, hat sie „als Spanierin“ gemalt. Es ist sicher nicht das beste Bildnis der „meistmalen Frau Deutschlands“, es wirkt ein wenig starr und unbeseelt. Aber es strahlt Wärme aus und Autorität. Vielleicht hat Pichler sie deswegen so dargestellt, weil er das landläufige Bild von der biedereren, kleinfüßlichen Künstlermutter, das einseitig kolportierte Klischee von dem wunderlichen Altkunst-Original, das bereits zu einer städtischen Attraktion wurde, durch den leicht pathetischen Habitus korrigieren wollte.

Es hätte dafür des Kostüms gar nicht bedurft. Es gibt genügend Fotos von Johanna Ey und noch mehr gemalte oder gezeichnete Bildnisse, die ihre natürliche „Grandeza“ bestätigen. Rund zwei Dutzend Ey-Bildnisse (die Fotos nicht mitgerechnet) sind jetzt in Düsseldorf bei Remmert und Barth zu sehen. Die Galerie erinnert mit einer Ausstellung „Johanna Ey und ihr Künstlerkreis“ an den 120. Geburtstag dieser ungewöhnlichen Frau, die mehr oder weniger zufällig in die Kunstgeschichte geraten ist und mittlerweile zu einer Legende wurde. Diese Legende stempelt sie zur „Mutter der rheinischen Avantgarde“. Aber die Legende übertrifft natürlich - ganz abgesehen davon, daß Frau Ey die sicher gutgemeinte Bezeichnung „Mutter“ nicht gern

hörte; sie hat sich stets dagegen gewehrt, denn sie wollte ihren „Künstlerkreis“ allzeit mehr Freundin und Muse als Mutter sein.

Unbestreitbar war Johanna Ey in den zwanziger Jahren eine selbstlose Wegbereiterin vieler junger Talente, die es ohne ihre Hilfe schwer gehabt hätten sich durchzusetzen. Doch von „Avantgarde“ sollte nicht die Rede sein. Avantgardistisch war an den Bildern des Ey-Kreises, von denen eine Auswahl (120 Arbeiten von 47 Künstlern) hier zu sehen ist, schon zur Zeit ihrer Entstehung nichts mehr. Die entscheidenden Vorhutgefechte der modernen Kunst waren längst ausgetragen. Was in den zwanziger Jahren am Rhein und hauptsächlich in Düsseldorf geschah, war in erster Linie Reaktion auf den Krieg. Männer wie Wollheim, Pankok und Dix zum Beispiel, die den Krieg mit dem Zeichenblock im Tornister in all seinen Schrecken mitgemacht hatten, sahen den munteren Kehraus der scheinbar goldenen zwanziger Jahre vor dem Hintergrund des überstandenen Grauens. Man konnte nicht malen, als sei nichts gewesen. Also fanden und schlossen sie sich zusammen, und Johanna Ey, damals schon Mitte fünfzig, stellte ihnen ihren „Laden“ zur Verfügung. Er wurde zum Hauptquartier und Sammelpunkt des „Jungen Rheinlands“.

Diese in Stillfragen und doktrinen Vereinigung hatte zeitweilig eine beachtliche Ausstrahlung und Anziehungskraft weit über das Rheinland hinaus. Johanna Ey wurde damals, ob sie es hören wollte oder nicht, tatsächlich zur Mutter ihrer Künstler. „Dein warmer Ofen ist Zentrum armer, obdachloser Gesellen“, dichtete Gert Wollheim, dessen Begabung sie frühzeitig erkannt hatte. Sie besaß den Instinkt dafür. Sie wußte, was ein Künstler konnte, was ein Bild wert war, ohne jede Vorkenntnis. Sie ahnte auch, was in Max Ernst steckte, und setzte sich als erste für ihn ein. Sie kaufte, als ihr „Märchen“ seinem Freund Edward nach Indochina folgte, seine gesamte, damals so gut wie unverkäufliche Produktion und bezahlte ihm die Reise nach Saigon aus eigener Tasche und mußte dafür selber Schulden machen. Ihr Glaube an sein Genie war ihr das Risiko wert.

Sie starb 1947, nachdem unter den Nazis fast ihr gesamter, unersetzlicher Besitz beschlagnahmt, verschleudert und der Rest von Bomben vernichtet worden war. Ihr tapferer Versuch eines Neubeginns nach dem Krieg blieb erfolglos. (Bis Ende Juli; Katalog 36 Mark) EO PLUNION

## Münchner Opernfestspiele: „Barbier von Bagdad“

### Lohengrins Silberschein

Ein Stück, das Dirigenten und Sänger lieben: die Feingliederkeit des musikalischen Baus, den speziellen Humor. Das Publikum weiß das alles auch, liegt aber nicht so recht mit, und darum ist das Cornelius „Barbier von Bagdad“ eine seltsame Erscheinung auf unseren Bühnen.

Ein Nichts an Handlung, eine so naive wie wasserköpfige Dramaturgie - wenn man es trotzdem wagen will und dazu noch an der Bayerischen Staatsoper, als Festspielereinführung gerade dieses Opus auf die Bühne zu bringen, dann muß man schon eine ganze Menge Besetzungstrümpfe in der Hand haben.

Die hatte Wolfgang Sawallisch: Sich selber am Pult, Popp, Moll, Seifert, und Bestes selbst in winzigen Rollen. Auch Otto Schenk war mit gutem Grund für die Regie ausgesucht worden. Er hätte nämlich in der Tat Humor, Herzlichkeit und auch Selbstironie genug, um so ein komisch lockeres auf die Bühne zu tupfen. Leider läßt er sich aber vom Bühnenbildner Rolf Langenfass harte Konkurrenz machen: „Mit der Staatsoper nach Bagdad. Für zweihundertvierzig Mark sind Sie dabei!“ So oder so ähnlich könnte das Motto lauten.

Langenfass bekommt für seine warmfarbigen, bis ins letzte zu Ende definierten Märchenbilder jedesmal Szenenapplaus. Das müßte ihn freilich stutzig machen. Wenn der Vorhang aufgeht, will man ja schließlich noch kein Endergebnis sehen.

Schenks im ersten Akt sehr genaue und witzige, immer aus der Musik entwickelte Reaktions-Choreographie kommt längst nicht so in der Umrißscharfe heraus, die sie in einem ruhigeren Raum hätte haben können. Turban und Pluderhosen wären ja Orient genug gewesen. Im zweiten Bild, wo das hübsche arglose Hand-

lung stattfindet, kommt von der Regie dann überhaupt nicht mehr viel.

So schön wie Kurt Moll (und so textverständlich) hat den Barbier sicherlich kaum je einer gesungen. Aber die pralle Fis comica eines Böhm oder Hann besitzt er nicht, obgleich Schenk da schon Wunder gewirkt hat, wie auch bei Cornelia Wulffkopf, die ihre Bostana mit schönem, sattem Altklang ausstattet und dazu noch ein wirklich komisches Sprung- und Hüftprogramm absolviert.

Lucia Popp darf als Margiana nicht so hübsch aussehen, wie sie ist (zu viel Perücke, zu viel Tüchergefummel), aber wenigstens singt sie bei rückend und phantasiert wie im allerfeinsten Liederabend. Peter Seifert stellt den Nureddin eben nicht als wehleidigen Liebesjammern hin. Der liebt und leidet kernig, komisch, und seine Stimme, gerade auf dem Weg vom Lyrischen zum jungen Held, wird mit der unangenehm liegenden Partie, um die große Kollegen einen Bogen machen, mehr als achtbar fertig. (Liegt's an einem technischen Mangel, daß es allerdings oft viel zu tief intoniert?)

Wolfgang Sawallisch liebt, wie alle Musiker, dieses Stück, und wenn man ihm zuhört, weiß man auch warum. Mit dem äußerst gut disponierten Staatsorchester führt er den prägnanten Bau der Ensembles, ihren Witz, ihre Knappheit vor, er schweigt in schumannesken Gesangsbögen, läßt ein bißchen „Lohengrin“-Silber schimmern. Bei hohen Erwartungen, hohen Festpreisen und hohen Temperaturen hatte das Publikum allerdings nicht so recht Sinn dafür. Es sah sich um die großen Emotionen betrogen, die ein „Festspiel“ anstoßen müßte, und buhte Sawallisch für die Stückwahl lauthals aus.

BEATE KAYSER



Turban und Pluderhosen: Lucia Popp, Peter Seifert und Kurt Moll in der Münchner Inszenierung des „Barbier von Bagdad“. FOTO: ANNE KIRCHBACH

## JOURNAL

### Vorbereitungen zur Frankfurter Buchmesse

dpd, Frankfurt  
Mit dem Schwerpunkt „Orwell 2000“ will die diesjährige Frankfurter Buchmesse vom 3. bis zum 8. Oktober die „sozialen Konsequenzen aus der technisch-elektronischen Revolution ziehen“. Mehr als 8000 Aussteller aus über 80 Ländern haben sich für den Buchmarkt der Welt angesagt, der trotz seiner Erweiterung um 16 000 qm ein Vierteljahr vor dem Messtermin ausgebucht ist. Zentraler Ort der Ausstellung wird die neu gebaute Halle 4 für ausländische Verlage. Auf dem fabrikneuen Transportband „via mobile“ können Messegäste, ermüdungsfrei von einer Halle zur anderen pendeln. Das Rahmenprogramm zum Buchmesse-Schwerpunkt in der Kongresshalle umfaßt fünf Nachmittagsveranstaltungen mit Lesungen, Diskussionen und Demonstrationen, die jeweils jeden Tag unter einem anderen Motto laufen. (Im nächsten Jahr bleibt die Buchmesse ohne inhaltlichen Schwerpunkt. Erst 1986 gibt es mit dem Blick auf den indischen Subkontinent und seine Literatur wieder ein Messe-Motto.)

### Lindtberg-Nachlaß für Berliner Kunstkademie

dpd, Berlin  
Die Witwe des im April dieses Jahres verstorbenen Regisseurs und Schauspielers Leopold Lindtberg stiftete der Berliner Akademie der Künste die Hinterlassenschaft ihres Mannes für den Aufbau eines Leopold-Lindtberg-Archivs. Zu dem Vermächtnis gehören u. a. Regiebücher, Szenen- und Probefotos sowie der gesamte Briefwechsel des Verstorbenen. Lindtberg, der am 1. Juni 1902 in Wien geboren wurde, arbeitete in den 20er Jahren unter anderem mit dem Regisseur Erwin Piscator zusammen. Der Nachlaß bildet eine wesentliche Grundlage für die weitere Erforschung der Theatergeschichte des 20. Jh.

### Deutsches Museum stellt in Prag aus

dpd, Idar-Oberstein  
In Prag wurde eine Mineralogie-Ausstellung des Idar-Obersteiner Heimatmuseums der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die als „Welt der teuren Steine“ benannte Ausstellung wird für die Prager und die Besucher der tschechoslowakischen Hauptstadt bis Ende September zu sehen sein. Sie gibt ihnen auch einen Einblick in die Geschichte und das Leben von Idar-Oberstein.

### Stiftung „Europäische Archive“ gegründet

dpd, Genf  
Die Stiftung Coudenhove-Kalergi, das Universitätsinstitut für europäische Studien und das Europäische Kulturzentrum haben in Genf die Stiftung „Europäische Archive“ gegründet. Die Stiftung will Archivmaterial über Europa sammeln und der Forschung zur Verfügung stellen. Studien über die Geschichte der europäischen Idee und europäischer Bewegung sollen ermöglicht und angeregt werden. Die Stiftung will mit allen Institutionen zusammenarbeiten, die ähnliche Ziele verfolgen.

### Präkolumbianische Siedlungen entdeckt

AFP, Bogotá  
Eine „verlorene Stadt“ in der kolumbianischen Sierra Nevada Santa Mara ist in 3000 Meter Höhe nahe der Karibik-Küste und dem Zentrum der noch weitgehend unerforschten Tairona-Kultur entdeckt worden. Mit Polizeibeschützern, die das Gebiet bei Rauschgiftbekämpfungen überfliegen, wurden Reste der Stadt durch Zufall ausgemacht. Man entdeckte eine Reihe von Mauern und Terrassen, die der ersten 1976 entdeckten „verlorenen Stadt“ ähnlich sind. Die Tairona, die vor 1000 bis 1500 Jahren lebten, gehören einer präkolumbianischen Kultur an, die sich vor allem durch Goldschmiedearbeiten hervor, deren Spuren jedoch durch die spanischen Eroberer im 16. Jahrhundert weitgehend zerstört wurden. Nach Angaben der dortigen Polizei wurde die jetzt entdeckte Siedlung zuvor auch von „Marimberos“ (Marihuana-Pflanzen) geplündert.

### Festival der Blechinstrumente

AFP, Paris  
Das dritte Blechinstrumentenfestival wird vom 16. bis 26. Juli in der ostfranzösischen Stadt Dijon von der dortigen internationalen Musik-Akademie veranstaltet. Höhepunkte der Konzertreihe, die auch in anderen Städten Burgunds stattfindet, sind ein Barockmusik-konzert (am 21. Juli in Châtillon-sur-Seine) und ein Jazz-Konzert (am 20. Juli in Dijon). Meister des Faches verheilen in Kursen Absolventen der Musikhochschulen und Berufsmusikern zur Vervollkommnung in den Disziplinen Trompete, Horn, Posaune und Tuba.



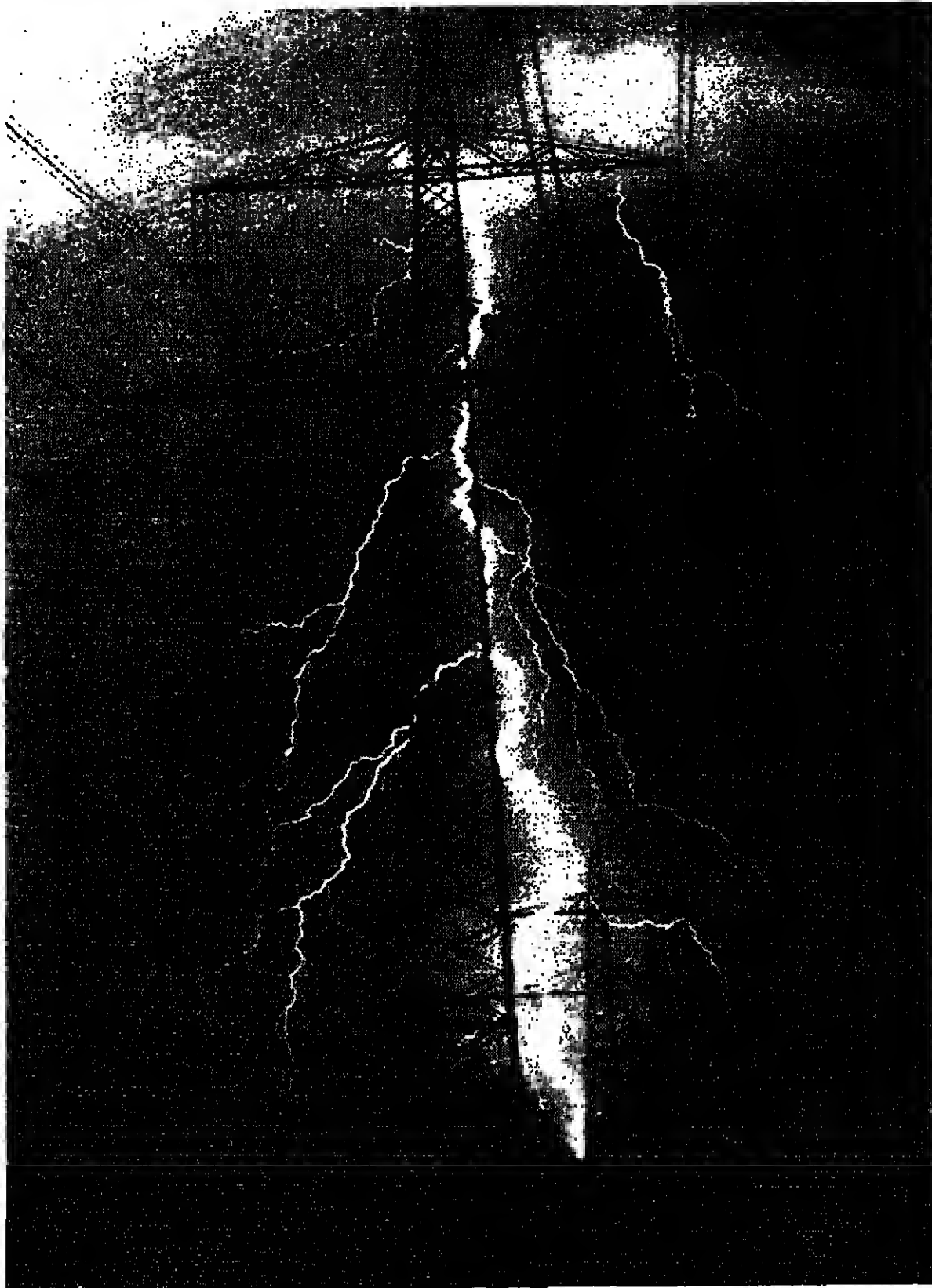
## 2000 Blitze pro Minute schleudert Thor

Tag und Nacht schleudert der erzürnte Donnergott Thor seine Hämmer Richtung „Raumschiff Erde“. Weltweit toben in jeder Minute an die 2000 Blitze zwischen Wolken und Erdoberfläche, aber nur jeder siebte kommt tatsächlich am Boden an. Gewitter entstehen durch rasches Aufsteigen feuchtwarmer Luft und deren rasche Abkühlung. Die Vorgänge sind mit einem riesigen Generator zu vergleichen, der in der Gewitterwolke so lange arbeitet, bis es durch hohe Spannungen zu elektrischen Entladungen kommt. Blitzdauer: eine tausendstel Sekunde, permanente Leistung: vier Milliarden Kilowatt. Das ist fast dreimal so viel, wie der größte Kernreaktor der Welt im litauischen Ignalinsk mit seinen 1500 Megawatt schafft.

Ein Hauptblitz mit seinen 3,5 Zentimeter Dicke ist bis zu 300 Millionen Volt stark, wenn er seinen Weg zur Erde findet. Autozündkerzen lassen ihre Funken bei 15 000 Volt überspringen. Blitze erreichen Stromstärken von 20 000 Ampere. Im Hauptkanal oft bis zum Zehnfachen; 1000 Hochleistungsmotoren von Elektrolokomotiven bringen das zusammen auf die Räder.

Ein Durchschnittsblitz wartet mit einer Leistung von rund 100 Kilowattstunden auf. Das ist der 5000. Teil des Stroms, den ein modernes Kohlekraftwerk in einer Stunde erzeugt und ein Durchschnittshaushalt in zehn Tagen verbraucht. Aus physikalischen Gründen ist es unmöglich, Blitze einzufangen und als stille Reserve auf Lager zu legen. Das rollende Donnergetöse wird durch die kurzzeitige Erhitzung im etwa vier Zentimeter breiten Blitzkanal auf etwa 30 000 Grad und die damit verbundene explosionsartige Ausdehnung der Luft erzeugt.

Die Häufigkeit von Gewittern nimmt polwärts ab. In Mitteleuropa beträgt die Anzahl der Gewittertage etwa 20-30, in den feuchten Tropen bis zu 200 im Jahr. An die 750 000 Blitze gehen jährlich auf Deutschland nieder. 1983 kam es zu zehn Blitzunfällen, bei denen acht Menschen getötet und 33 verletzt wurden. DIETER THIERBACH



Ein Bild elementarer Urgewalt, ungebändigter Kraft: Hier entlädt sich in einer tausendstel Sekunde – blitzschnell – die unvorstellbare Menge von vier Milliarden Kilowatt. FOTO: GAULS PRESSEDIENST

## Donner und Sturm brachen Hitzewelle

Schwere Ernteschäden in Deutschland und Frankreich

DW, Hamburg

Mit heftigen Gewittern und orkanartigen Stürmen über weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ging in der Nacht zum Donnerstag die erste Hitzewelle dieses Sommers zu Ende. Katastrophale Böen, Wolkenbrüche und Blitzschläge sorgten für Millionen-schäden. Mindestens zwei Menschen verloren in Deutschland ihr Leben.

An der Ostseeküste peitschten die Stürme meterhohe Wellen auf. Auf der Insel Fehmarn wurden Boote über die Deiche an Land geschleudert. Ein 46-jähriger Mann, der zu einer Anglergruppe auf der Insel gehörte, wurde am späten Mittwochabend auf einem Deich vom Blitz getroffen und war sofort tot. In der DDR starb ein Motorradfahrer im Kreis Ludwigslust. Er wurde von einem Baum erschlagen, den eine Bö entwurzelt hatte. Wie die Nachrichtenagentur ADN meldete, brach im Norden der DDR in mehreren Bezirken für kurze Zeit die Energieversorgung zusammen, nachdem der Sturm die großen Überlandleitungen beschädigt und Leitungsmasten umgerissen hatte. In Erfurt wurden Windgeschwindigkeiten bis zu 150 Kilometer pro Stunde gemessen. Entwurzelte Bäume, Äste und abgerissene Dächer blockierten mehrere Straßen.

### Ausnahmezustand

In Niedersachsen waren insbesondere die Gebiete um Hannover, Braunschweig und Lüneburg betroffen. Hier machten entwurzelte Bäume ebenfalls zahlreiche Straßen unpassierbar. Gärten und Felder wurden von Sturm und Hagelschlag verwüstet. Blitzschläge setzten mehrere Gehöfte in Brand. Die Flammen konnten aber schnell gelöscht werden.

In Frankfurt, wo die Berufsfeuerwehr um 23.07 Uhr für etwa zwei Stunden den Ausnahmezustand verhängte, waren Polizei, Technisches Hilfswerk und darüber hinaus sämtliche verfügbaren Ordnungskräfte die ganze Nacht im Einsatz. Böen mit Geschwindigkeiten bis zu 120 Kilometer pro Stunde rissen mindestens 25 Bäume um, zertrümmerten

einige Dutzend Autos und wirbelten zwölf Bauzune durch die Luft. Drei Bundesbahnstrecken in Hessen konnten auch gestern früh ihren Verkehr noch nicht wieder aufnehmen, nachdem die Oberleitungen beschädigt waren. In den Unwettergebieten kamen im Schnitt vier Liter pro Quadratmeter herunter; den absoluten Rekord meldete Gießen mit der mehr als vierfachen Menge.

### Kühlere Temperaturen

Nach Ansicht der Meteorologen folgen diesem Wärmeeinbruch jetzt kühlere Temperaturen mit Höchstwerten um 25 Grad. Für das Wochenende muß mit weiter abnehmenden Temperaturen gerechnet werden. Vor diesem Wettersturz wurden Mittwoch die höchsten Temperaturen dieses Jahres gemessen, die wie beispielsweise in Stuttgart mit 37,2 Grad noch um wenige Zehntelgrad höher lagen als im Supersommer des vergangenen Jahres. Nach der baden-württembergischen Metropole maß Berlin mit 37 Grad die höchsten Temperaturen, gefolgt von München und Dresden, wo 36 Grad abgelesen wurden. Dagegen war es in Niedersachsen mit 30 Grad fast erfrischend kühl.

Schwere Gewitter richteten auch in Frankreich erhebliche Ernteschäden an. Drei Menschen starben. Zwei bei einem Autounfall, als ihre Pkw bei Aquaplaning die Steuerungsfähigkeit verloren. Eine Touristin wurde von einer Pappel erschlagen, die vom Blitz gespalten wurde. Drei Menschen werden noch vermißt. Aus mehreren Orten in Burgund und aus den Vogesen wurden zahlreiche Verletzte gemeldet, die alle von Dachziegeln und bis zu hühnereigroßen Hagelkörnern getroffen wurden. In zwei Dörfern in der Nähe von Epinal wurden fast alle Häuser beschädigt. Dort kamen Hagelkörner mit einem Gewicht von bis zu 300 Gramm herunter.

In Chile wurden bei einer Serie von Unwettern in den vergangenen zehn Tagen mindestens 49 Menschen getötet. 45 Personen werden noch gesucht. 80 000 Einwohner der Seebäder Vina del Mar und Renaca mußten nach schweren Überschwemmungen ihre Häuser verlassen.

## Die kleine Marlies ist tot

AP, Bonn

Die vor fast einem Monat spurlos verschwundene Professorstochter Marlies Magiera aus Lohmar-Honrath bei Siegburg ist tot. Wie die Bonner Staatsanwaltschaft gestern mitteilte, wurde die Leiche des dreieinhalbjährigen Mädchens am frühen Mittwochabend in einem Bachbett bei Lindlar von einem Bauern entdeckt, der dort seine Kühe zur Tränke bringen wollte. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ist das kleine Mädchen bereits seit längerer Zeit tot. Über die Todesursache oder ein mögliches Verbrechen wollten die Behörden zunächst keine Angaben machen. Die Tochter des Staatsrechtlers Professor Siegfried Magiera und seiner amerikanischen Frau Patricia war am frühen Abend des 13. Juni in der Nähe ihres Elternhauses verschwunden. Sie war zuletzt beim Spielen in einem Sandkasten gesehen worden. Trotz langjähriger Suchaktionen von Hundertschaften der Bereitschaftspolizei war von dem Mädchen keine Spur entdeckt worden.

### Verfahren eingestellt

dpa, Koblenz  
Aufgrund dauernder Verhandlungsunfähigkeit wegen schwerer Kreislaufstörung hat das Landgericht Koblenz das Verfahren gegen den 58-jährigen ehemaligen Assistenzarzt Wolfgang Maser vom evangelischen Stift St. Martin am 15. Verhandlungstag eingestellt. Der Chirurg war zusammen mit seinem früheren Chef, Arzt Friedhelm Zaborsky angeklagt, durch Kunstfehler bei einer Gallenoperation den Tod zweier Patienten verschuldet zu haben. Zaborsky verblüßt gegenwärtig eine 15-jährige Haftstrafe wegen Mordes an seiner Ehefrau.

### Rheumamittel verboten

rt, Berlin  
Das Rheumamittel „Flosin“ der italienischen Firma Farmitalle Carlo Erba GmbH darf zunächst bis zum 31. Oktober nicht weiter vertrieben werden. Tierversuche ergaben den Verdacht auf eine krebserregende Wirkung des Bestandteils Indoprofen.

### Konten-Preisgabe bestraft

dpa, Lausanne  
Zwei Mitarbeiter der Schweizerischen Bankgesellschaft sind vorgestern zu vier beziehungsweise drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sie hatten dem französischen Zoll Computerunterlagen über Schweizer Bankkonten französischer Staatsbürger ausgehändigt. Die Anklage lautete auf „wirtschaftlichen Nachrichtendienst“, Verstoß gegen das Bankengesetz und Diebstahl. Ein französischer Zollbeamter hatte den Angeklagten für ihre Auskünfte umgerechnet 166 000 Mark bezahlt.

### Verpackungsschäden

rt, Peking  
Unschonbare Verpackung soll der chinesischen Wirtschaft im vergangenen Jahr Verluste von rund fünf Milliarden Dollar verursacht haben. Unter den beschädigten Gegenständen befanden sich Eier im Wert von 50 Millionen Dollar und 80 Prozent des transportierten Glases.

### Vermögen veruntreut

dpa, New York  
Mehr als 100 Millionen Dollar aus dem Besitz der Sekte „Scientology Church“ soll deren ehemaliger Vorsitzender, der Amerikaner L. Ron Hubbard, auf seine Privatkonten in Liechtenstein und Luxemburg transferiert haben. Gegen die Sekte laufen in mehreren Ländern, darunter auch in Deutschland, Ermittlungen.

### Todesstrafe vollstreckt

rt, Jackson  
Der wegen Mordes zum Tode verurteilte Ivon Ray Stanley wurde gestern früh in Jackson im US-Bundesstaat Georgia auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Der Oberste Gerichtshof hatte die Aussetzung der Strafe abgelehnt.

### Neue Panschöl-Prozesse

AFP, Madrid  
Elf weitere Personen wurden gestern in Madrid in dem Verfahren um das gepanschte Speiseöl angeklagt, durch dessen Verzehr seit 1981 35 Menschen gestorben sind. Damit stehen insgesamt bereits 41 Personen vor Gericht.

### Tollwutwarnung

lw, Bergisch Gladbach  
In der Bundesrepublik Deutschland gibt es die meisten Tollwutfälle Europas. Wie der Bundesverband der Innungskassen in Bergisch Gladbach gestern berichtete, müssen jährlich 3000 bis 5000 Menschen gegen Tollwut geimpft werden, weil sie mit einem tollwutverdächtigen Tier in Berührung gekommen sind. Die Impfung sei die einzige Rettung. Nicht oder nicht rechtzeitig behandelte Tollwut ende immer tödlich. Die Viren werden von allen warmblütigen Tieren auf den Menschen durch Beißen oder Lecken übertragen.

### ZU GUTER LETZT

Das Hemd macht sich selbst. Die Überschrift einer Meldung von dpa zum internationalen Modetrend.

## Taiwan schließt nach neuem Unglück alle 110 Bergwerke

Zweite Katastrophe innerhalb eines Monats fordert 103 Opfer

dpa, Taipeh  
Das zweite Grubenunglück, das sich innerhalb eines Monats im Norden von Taiwan ereignete, hat sich zur bisher größten Katastrophe in der Bergwerksgeschichte der chinesischen Inselrepublik ausgeweitet.

Von den insgesamt 125 Bergarbeitern, die am Dienstag durch ein Feuer in der Zeche von Juifang, 50 Kilometer nordöstlich von Taipeh, bis zu 2000 Meter tief eingeschlossen worden waren, wurden bis gestern nach Angaben der Polizei 102 tot geborgen. Ein weiterer werde noch vermißt. Der erste von 22 Überlebenden konnte von den Rettungsmannschaften erst 27 Stunden nach dem Unglück geborgen werden. Erst vor drei Wochen waren in einem anderen Kohlebergwerk südlich der Hauptstadt 74 Menschen ums Leben gekommen.

Obwohl Taiwans Bergwerke schon lange für ihre hohen Todes- und Unfallraten bekannt sind, entschloß sich die Regierung erst nach dem jüngsten Unglück zum Handeln und ordnete am Mittwoch die vorübergehende Schließung aller 110 Kohlegruben für eine allgemeine Sicherheitsinspektion an. Präsident Chiang Ching-kuo forderte außerdem harte Bestrafung für alle Verantwortlichen.

Nach offiziellen Statistiken von

1983 kamen in den letzten zwölf Jahren in Taiwans Bergwerken 859 Grubenarbeiter ums Leben, 39 000 erlitten Verletzungen. Nach dem Urteil chinesischer Experten verzichteten die Unternehmen über Jahrzehnte auf die kostspielige Modernisierung der Zechen, um die eigene Kohle gegen die Importe konkurrenzfähig zu halten. Wie es heißt, dürften nicht mehr als 50 Zechen der Sicherheitsüberprüfung standhalten. In Taiwan werden jährlich rund 2,5 Millionen Tonnen Kohle gefördert.

Nach Angaben der Polizei wurde das Feuer, das auch einige Stollen zum Einsturz brachte, am Dienstag vermutlich durch eine überhitzte Kompressoranlage ausgelöst. Während der Brand in der ersten Nacht gelöscht werden konnte, gelang es den Bergungsmannschaften nicht, Frischluft zu den in tiefer gelegenen Stollen eingeschlossenen Bergleuten zu pumpen. Die meisten von ihnen starben an Kohlenmonoxidvergiftung. Der 40-jährige Wu Jung-Kui, der als erster Überlebender herausgeholt wurde, rettete sich in 300 Metern Tiefe vor dem Erstöckungs-Tod, indem er seinen Kopf mit einem feuchten Tuch umwickelte und sich über 24 Stunden in eine selbst gegrabene Vertiefung presste.

## Mit 60 populär wie nie: das „Eis am Stiel“

AP, Düsseldorf

1924 ist ein aufregendes Jahr. Die Berliner müssen sich an Neuigkeiten gewöhnen: die erste Automobilausstellung wird eröffnet, die S-Bahn wird elektrifiziert, und aus der Philharmonie erfolgt die erste Rundfunkübertragung. Die Damen tragen Bukkios, und man tanzt den Shimmy.

Für Kinder und Erwachsene ist der Sommer des Jahres 1924 aber noch aus einem anderen Grund aufregend. Das „Eis am Stiel“ taucht in Deutschland auf. Die Alleinherrschaft des Eiskarrens mit Deckel und Glocke ist damit gebrochen. Die „kalte Pinn“ gewinnt rasch so viele Liebhaber, daß bereits 1930 im Deutschen Reich eine Speiseeis-Industrie ihre Produktion aufnimmt.

Seitdem hat der Verzehr von Speiseeis aller Art rasant zugenommen. Bis zu 40 000 Stieleisbeispiele spuckt heute eine moderne Maschine stündlich aus. Im vergangenen Jahr lag in Deutschland der Verbrauch bei 420 Millionen Liter. Jeder Deutsche lutscht statistisch jährlich 6,8 Liter Eis. Übertrifft werden die Deutschen im internationalen Vergleich nur noch von den Iren, Dänen, Schweizern und Schweden. Weit an der Spitze des „Eisbergs“ stehen jedoch die Amerikaner, die mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 18,8 Liter fast das Dreifache konsumieren wie die Deutschen. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat denn gerade auch in den USA den nationalen Eisereis-Monat ausgerufen. Begründung: Speiseeis sei nahrhaft und erfreue viele Millionen Landsleute.

Aus der Neuen Welt kam auch die beinahe revolutionäre „Eis-am-Stiel“-Idee. Am 9. Oktober 1923 ließ sich der Geschäftsmann Harry B. Burr aus Youngstown im US-Staat Ohio ein „Gerät zur Herstellung von gefrorenem Konfekt“ patentieren. Das in der ganzen Welt Abnehmer fand. Durch eine deutsche Erfindung – der von Carl von Linde im Jahre 1867 entwickelten Kälteanlage – wurde es schon Ende des vergangenen Jahrhunderts möglich, Speiseeis in großem Stil herzustellen.

Auf den Geschmack von Eis kam man aber nicht erst in der Neuzeit. Lange vor den Römern hatten schon die Griechen die Vorzüge der Eiszubereitung entdeckt. Vom mazedonischen Kaiser Alexander ist bekannt, daß er sein Offizierskorps mit gesüßtem Gipfelschnee bewirtete. Der kaiserliche römische Feinschmecker Nero schickte in Eilmärschen Stafetten zu den Alpengletschern, um seinen Gästen mit Rosennasser, Honig, Früchten und Baumharz vermishtes Eis vorsetzen zu können. Goethe und Bismarck endlich schwärmten von Himbeereis.

## Im Kampf der Sylter Kurorte wurde Wenningstedt nunmehr 125 Jahre alt

PETER M. WOLF, Wenningstedt

„Wer aber wirklich Ruhe sucht, dabei aber nicht alle Bequemlichkeiten missen und nicht ganz in die Einsamkeit fliehen mag, der geht nach Wenningstedt“, so warb der Verkehrsverein von Wenningstedt, dem zweitgrößten Badeort der Insel Sylt, vor siebzehn Jahren. Schon damals grenzte sich der Ort, der heute sein 125-jähriges Bestehen als Nordseeheilbad feiert, ganz bewusst von dem geschäftigen Westerland ab. Die Rivalität zwischen beiden Kurorten hat Geschichte, die so alt ist wie Wenningstedt selbst.

Trotz der übermächtig erscheinenden Konkurrenz hat sich der nördlich von Westerland gelegene Ort zu einem bedeutenden Heilbad entwickelt. Im vergangenen Jahr verbrachten hier fast 50 000 Gäste ihren Urlaub. Die Anfänge jedoch waren bescheiden. Als im Jahre 1859 der Fremdenverkehr begann, war das heutige Familienbad ein kleines Dorf mit knapp 50 Einwohnern. Die Kurliste des Jahres 1867 gibt die Zahl der Wenningstedter Gäste mit 44 an. In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts dürften es kaum mehr gewesen sein. Das Geschäft mit dem Sommerfrischler war für die Bauern des Ortes kaum mehr als ein willkommenes Zubrot.

Es war schwierig, dorthin zu kommen. Wie „langsam und unpräzise“ die Bahnverbindung der Gäste damals war, geht aus einer Aufzeichnung des Professors Hallier aus dem Jahre 1866 hervor. „Das Stoßen der federlosen Wagen ist erbärmungslos. Für Hypochonder mag dieses gewaltige Durchschütteln und Rütteln eine gute Vorkehrung sein.“

Der 1. August 1893 war ein schwarzer Tag in der Geschichte des aufstrebenden Badeortes. Die Badegerechtigkeit von Wenningstedt wurde an Westerland verkauft. Die Folge: 34 Jahre lang bestimmte die Nachbargemeinde das Geschehen. Erst 1927 ließ sich Westerland dieses Recht für 30 000 Mark abkaufen plus noch einmal 30 000 für die 428 Strandkörbe.

In der Zwischenzeit hatte sich der kleine Ort jedoch mit Hilfe des Fremdenverkehrs deutlich entwickelt. Die ersten Hotels im Stil der Gründerzeit entstanden, und die Gebäudezahl des Ortes stieg bis 1914 auf 100. Im Central-Hotel kostete damals ein Doppelzimmer 12 bis 18 Mark pro Woche und ein „Guter Bürgerlicher Mittagstisch“ 1,50 Mark. Die heutige Übernachtungskosten mit Frühstück zwischen 35 und 220 Mark.

Gebühren – heute ein ständiger Quell des Ärgers – gab es in Wenningstedt auch schon vor 100 Jahren. In seinem „Praktischen Wegweiser auf der Insel Sylt“ berichtet anno 1898 C. Hepp: „Die Bädertaxe für ein Bad beträgt 50 Pfennig, für die Benutzung eines Baderakens 10 Pfennig.“ Natürlich gingen Damen und Herren bis zum Jahre 1910 streng nach Geschlechtern getrennt zum Bade. Das waren die Zeiten, da der Handel mit Ferngläsern noch enorm gewesen sein soll.

Lief auch das Geschäft mit den Touristen von Jahr zu Jahr besser, vor allem seit dem Bau des Hindenburgdamms (1927), so wurde Wenningstedt doch immer wieder durch Sturmfluten zurückgeworfen. Etlliche Gebäude sind im Laufe der Jahre über die Kliffkante in die Tiefe gerutscht. 1976 brach das Kliff bis vor die betonierte Kurpromenade ab. 1980/81 wurde auch die Promenade ein Opfer des „Blanken Hans“. Rund 35 Meter Land sind seit 1954 auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Und dabei wird es nicht bleiben.

Der Sylt-Chronist C. P. Hansen berichtete von solchen Schicksalsschlägen schon 1859: „Im Westen des jetzigen mittleren Teiles der Insel soll ein bedeutender Fischerort namens Wenningstedt gelegen haben. Im Jahre 1362 ... wäre dieser Ort durch eine Überschwemmung untergegangen. Die wenigen Überlebenden hätten sich darauf rings um einen kleinen See (dem heutigen Dorfteich) angehauset und den Ort nach dem verschwundenen Ort benannt.“

Der alte Dorfteil um den malerischen Dorfteich herum ist noch heute seine schönste Stelle. Mancher Stammgast, der wie Werner Höfer jahrzehntlang dem freundlichen Ort die Treue gehalten hat, wird den Worten von Julius Rosenberg zustimmen: „Wer den Luxus nicht entbehren kann, der hat die Modelbäder, wer aber nach Sylt kommt, der will Ruhe haben, der will allein sein mit dem Meer und der Heide.“, hieß es schon 1867 über den Juhilar von heute.

Der alte Dorfteil um den malerischen Dorfteich herum ist noch heute seine schönste Stelle. Mancher Stammgast, der wie Werner Höfer jahrzehntlang dem freundlichen Ort die Treue gehalten hat, wird den Worten von Julius Rosenberg zustimmen: „Wer den Luxus nicht entbehren kann, der hat die Modelbäder, wer aber nach Sylt kommt, der will Ruhe haben, der will allein sein mit dem Meer und der Heide.“, hieß es schon 1867 über den Juhilar von heute.

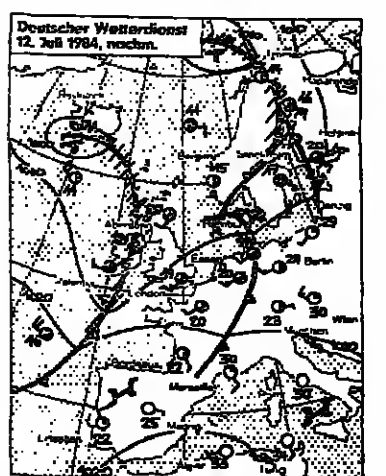
Der alte Dorfteil um den malerischen Dorfteich herum ist noch heute seine schönste Stelle. Mancher Stammgast, der wie Werner Höfer jahrzehntlang dem freundlichen Ort die Treue gehalten hat, wird den Worten von Julius Rosenberg zustimmen: „Wer den Luxus nicht entbehren kann, der hat die Modelbäder, wer aber nach Sylt kommt, der will Ruhe haben, der will allein sein mit dem Meer und der Heide.“, hieß es schon 1867 über den Juhilar von heute.

Der alte Dorfteil um den malerischen Dorfteich herum ist noch heute seine schönste Stelle. Mancher Stammgast, der wie Werner Höfer jahrzehntlang dem freundlichen Ort die Treue gehalten hat, wird den Worten von Julius Rosenberg zustimmen: „Wer den Luxus nicht entbehren kann, der hat die Modelbäder, wer aber nach Sylt kommt, der will Ruhe haben, der will allein sein mit dem Meer und der Heide.“, hieß es schon 1867 über den Juhilar von heute.

Der alte Dorfteil um den malerischen Dorfteich herum ist noch heute seine schönste Stelle. Mancher Stammgast, der wie Werner Höfer jahrzehntlang dem freundlichen Ort die Treue gehalten hat, wird den Worten von Julius Rosenberg zustimmen: „Wer den Luxus nicht entbehren kann, der hat die Modelbäder, wer aber nach Sylt kommt, der will Ruhe haben, der will allein sein mit dem Meer und der Heide.“, hieß es schon 1867 über den Juhilar von heute.

## WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Der Ausläufer eines bei den Förder-Inseln angelangten Tiefs schwenkt im Laufe des Tages über Deutschland hinweg. Er wird jedoch nur im Norden spürbar wetterwirksam.



Deutscher Wetterdienst  
12. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
12. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
13. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
13. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
13. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
14. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
14. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
14. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
15. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
15. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
15. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
16. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
16. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
16. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
17. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
17. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
17. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
18. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
18. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
18. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
19. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
19. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
19. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
20. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
20. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
20. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
21. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
21. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
21. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
22. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
22. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
22. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
23. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
23. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
23. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
24. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
24. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
24. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
25. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
25. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
25. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
26. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
26. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
26. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
27. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
27. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
27. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
28. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
28. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
28. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
29. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
29. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
29. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
30. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
30. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
30. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
31. Juli 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
31. Juli 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
31. Juli 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
1. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
1. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
1. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
2. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
2. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
2. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
3. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
3. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
3. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
4. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
4. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
4. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
5. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
5. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
5. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
6. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
6. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
6. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
7. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
7. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
7. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
8. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
8. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
8. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
9. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
9. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
9. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
10. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
10. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
10. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
11. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
11. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
11. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
12. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
12. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
12. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
13. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
13. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
13. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
14. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
14. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
14. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
15. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
15. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
15. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
16. August 1984, morgens  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
16. August 1984, mittags  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd: ☁, Regen  
16. August 1984, abends  
in Nord: ☁, Regen, in Ost: ☁, Regen, in Süd:



## Ferien im Odenwald: Wo einst die Nibelungen jagten...

Seite VI

## American Airlines plant Flüge Frankfurt - Dallas

Seite III

## Schach mit Großmeister Pachman, Rätsel und Denkspiele

Seite V

## Neu in der Reise-WELT: Tips für kulinarische Exkursionen

Seite VI

## Hobbyferien mit Meßband und Schaufel in Frankreich und Italien

Seite III



## NACHRICHTEN

### Plus für Europas Airports

Fast alle großen europäischen Airports haben 1983 mehr Fluggäste als ein Jahr zuvor gezählt. Bis auf Madrid, Amsterdam und Kopenhagen - die ihr Vorjahresziel nicht erreicht haben - legten die Flughäfen zwischen 11,8 Prozent (London-Gatwick) und 1,2 Prozent (Paris-Orly) zu. Auch der Frankfurter Flughafen blieb auf Wachstumskurs: rund 17 Millionen Fluggäste (plus 3,1 Prozent) starteten oder landeten im vergangenen Jahr auf Rhein-Main. Nahezu unverändert blieb die Rangliste bei den Passagierzahlen im direkten Vergleich: London-Heathrow ist nach wie vor Europas größter Airport mit 26,7 Millionen Fluggästen, gefolgt von Frankfurt (17,0 Millionen), Paris-Orly (16,3), Paris-Charles de Gaulle (13,4) und London-Gatwick (12,5).

### Schweiz: Auto-Kontrollen

Ab sofort müssen alle Autofahrer in der Schweiz mit noch stärkeren Radarkontrollen rechnen. Neu zugelassene Methoden messen jetzt die Fahrgeschwindigkeit auch vor und nach Brücken. Es gelten folgende Geschwindigkeitsbeschränkungen: 50 oder 60 Stundenkilometer innerorts, 100 auf Landstraßen und 130 auf Autobahnen.

### Bank-Service

Deutschen Reisenden, die die Olympischen Sommerspiele in Los Angeles besuchen, stehen bei der First Interstate Bank of California im Convention Center (Press Center), Ecke 11th und Trenton Street sowie im Biltmore Hotel, South Olive Street, Commerzbank-Mitarbeiter für alle Bankdienstleistungen zur Verfügung. Für die Zeit vom 14. Juli bis 17. August werden in der Bank auch Euroschecks bis zu einem Betrag von 175 US-Dollar angenommen. Bei der Gebühr gilt eine Sonderregelung: Der Kunde zahlt bei der Einreichung in Los Angeles lediglich einen Dollar pro Scheck.

## WÄHRUNGEN

Ägypten	1 Pfund	2,60
Belgien	100 Franc	4,98
Dänemark	100 Kronen	28,00
Finnland	100 Fmk	48,25
Frankreich	100 Franc	33,50
Griechenland	100 Drachmen	3,00
Großbritannien	1 Pfund	3,80
Irland	1 Pfund	3,13
Israel	1 Scheckel	0,023
Italien	1000 Lire	1,68
Jugoslawien	100 Dinar	2,40
Luxemburg	100 Franc	4,98
Malta	1 Pfund	6,45
Marokko	100 Dirham	34,50
Niederlande	100 Gulden	89,75
Norwegen	100 Kronen	33,75
Österreich	100 Schilling	13,75
Portugal	100 Escudos	2,25
Rumänien	100 Lei	5,75
Schweden	100 Kronen	33,00
Schweiz	100 Franken	120,25
Spanien	100 Peseten	1,85
Türkei	100 Lira	1,05
Tunesien	1 Dinar	3,50
USA	1 Dollar	2,87
Kanada	1 Dollar	2,18

Stand vom 10. Juli - mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

Die „Europa“ vor der eindrucksvollen Bergkulisse in einem der Nebengänge des Hardangerfjordes. Im Hintergrund der kleine Ausflugsort Ulvik

FOTO: RUDOLF ZEWELL

## KREUZFAHRT / Mit der neuen „MS Europa“ von Bremerhaven zu Norwegens schönsten Fjorden

# Sommerliche Reise ins Reich der Trolle

Die ersten Trolle, die wir zu Gesicht bekamen, sahen lustig aus. Die kleinen Kobolde drückten ihre Knollennasen vorwiegend auf die Scheibe des Souvenirladens. Aber es waren eben nur aus Holz geschnitzte. Die echten Trolle verstecken sich nämlich vor den Menschen, die in Reisebussen zu ihnen hochgeklüffelt kommen, um ihr Reich zu bestaunen - Norwegens Fjord- und Gletscherwelt.

Begonnen hatte die einwöchige Norwegen-Kreuzfahrt auf der neuen „Europa“ mit einer Bewährungsprobe für Schiff und Passagiere: Windstärke zehn und sehr grobe See. Unterhaltung war wenig gefragt in diesen schweren Stunden, umso mehr die Filenköstchen der Kabinenstewardessen, wollte man doch am Abend beim Kapitänsempfang einen guten Eindruck hinterlassen. Nur ein paar unerschütterliche „Friskluftmänner“ (wie die Norweger sagen) lagen in Decken eingemummelt in leeren aufgestellten Liegestühlen. „MS Europa“ hielt sich dank Kapitän Helmut Raasch und dank der neuartigen Stabilisatoren prächtig.

Welch angenehme Überraschung dennoch, als beim Erwachen am Morgen des zweiten Tages das Schiff durch das ruhige Wasser des Romsdalsfjordes glitt und die ersten weiß und rotbraun gestrichenen Holzhäuser von schmalen Uferstreifen herüber grüßten. Vor dem 3000-Seelen-Nest Andalsnes gingen wir auf Rast.

Dann hieß es: hinein in den Bus, heraus aus dem Bus, Fotoapparat gezückt und ein Naturschauspiel nach dem anderen abgeklippt - Trollveggen, Trollstigen, Trollheimen, Serpentinen, Wasserfall, Nebel, Schnee, Kaffee und Kuchen inbegriffen. Warum

sind wir nicht auf dem Schiff?“, meinte einer der Vielgereisten gelangweilt, „dort fängt jetzt das Bingo an.“

Bingo wirkt wie ein Zauberwort auf der „Europa“. Niemand weiß so recht, ob der Grund dafür in den Gewinnchancen dieses Zahlenlotos oder in der dunklen Stimme des Oberstewards Peter Wiegand liegt. Das Unterhaltungsprogramm am Bord kommt an, sei es die Bayerische Gaudi oder der Gala-Abend mit Zaubergeister Helmut Zacharias. Rauschender Beifall für gewockte Erinnerungen an glückliche Stunden bei „Ich küsse Ihre Hand, Madame...“.

Wer gerne tanzt, ist bei der „Europa“ auf dem richtigen Dampfer: Aufwärmen mit den glänzenden Showband „We Together“ im Europa-Salon, der wie alle Gesellschaftsräume in den Farben gehalten ist, am späten Abend Wechsel in die Clipper-Bar zu lateinamerikanischen Rhythmen der Joe Vedder Band. Und um Mitternacht ab in die „Kajüte“. In unmittelbarer Nachbarschaft der beiden 28 940-PS-Antriebsdiesel erklingt hier Disco-Sound bis in die frühen Morgenstunden.

Dann dauert es nicht mehr lange, und die ersten Frühaufsteher ziehen ihre Runden über Deck. Um sieben Uhr gibt's nämlich schon Kaffee und ein rotbraun gestrichenes Holzhäuser von schmalen Uferstreifen herüber grüßten. Vor dem 3000-Seelen-Nest Andalsnes gingen wir auf Rast.

reichte la carte Auswahl für alle Gänge. Die Küche hat hohes Niveau, was Geschmack und Verarbeitung betrifft, wenn ihr auch die allerletzte Raffinesse fehlt. Die „Europa“ ist eben ein deutsches Schiff mit allen Vorteilen und auch einigen kleinen Nachteilen. Ein großes Plus: die Portionen sind so bemessen, daß fast jeder sich zweimal am Tag durch die Karte essen kann, ohne zuzunehmen. Die kleinen Essen zwischendurch und Kaffee und Kuchen werfen diese Kalorien-Kalkulation allerdings über den Haufen. Da hilft es auch nichts, im Fitnessraum zu trampeln oder achteinhalb Runden zu schwimmen.

Doch wahre Genießer nehmen so wieso keine Rücksicht darauf, sie sind mit ihren Gedanken schon beim Ausstieg des nächsten Tages. Abfahrt vom Schiff, acht Uhr, eine ungewöhnlich frühe Zeit. Aber wir werden belohnt. Der etwa einstündige Aufstieg zum Briksdaletsgletscher durch ein satgrünes Tal, gesäumt von Birken, Kiefern und Fichten, gehört zu den eindrucksvollsten Erlebnissen der Reise. Wildromantisch zwängt sich der milchigweiße Gletscherbach durch Felsen, stürzt in Kaskaden zu Tal, seine Gischt verpörend. Am Wegesrand blühen Fingerhut, Glockenblumen, Silberwurz, Fiebertee, Zwergahornfarn. Letzte Farbtupfer vor der Geröll-Landschaft der Moränen, in der sich eben noch Moose und Flechten behaupten können. Und dann liegt er vor uns, der riesige Finger, den Europas größtes Eisfeld, der Jostedalsgletscher, tief ins Schmelzwasser untersteckt. Auf dem schmuckigen Gletscher treiben bizarre Gebilde aus Eis. Grollender Donner in der Höhe kündigt von der Arbeit der

Eisdecke. Schnell noch ein Erinnerungsfoto am Rande einer Gletscherpalte. Aufbruch ins Tal.

Während der Fahrt mit den Booten zum Dampfer hat so mancher bereits das Gefühl, nach Hause zurück zu kehren, auf „sein“ Schiff, das majestätisch vor der Kulisse der schneebedeckten Bergriesen liegt. Viele der Passagiere sind nicht das erste Mal dabei. Stolz tragen einige die goldene Nadel für mehr als 150 See-Tage auf der „Europa“.

Tags darauf empfing uns Bergen, die alte Hansestadt, mit trübem Wetter. Wir besuchten die romanische Marienkirche und stolperten durch die Bryggen, die ehemaligen engen Wohnungen und Kontore der deutschen Kaufleute mit alten dunklen Böhlen und getrockneten Stockfischen an der Decke - Museumsloft. Am Nachmittag präsentierte sich uns die Stadt von ihrer schönsten Seite, mit Gamle (Alt-) Bergen im Sonnenschein bei 20 Grad Celsius.

Der letzte Tag gehörte der Erholung auf See. Und da trat auch der alte Mann aus Riga mit seinem silbernen Stock zu uns an die Reling und sagte lächelnd: „Diesmal habe ich einen gesunden, im Fels versteckt. Es gibt sie also wirklich, die Trolle...“

RUDOLF ZEWELL

Angebot: „MS Europa“ geht in diesem Sommer noch viermal auf Nordland-Kreuzfahrt. Preise (pro Person): Norwegen-Spitzbergen-Kreuzfahrt (2. bis 17. August) von 5 410 Mark (Gemeinschaft) bis 17 030 Mark (Alleinzug); Südnorwegen-Kreuzfahrt (17. bis 23. August) von 2 880 bis 9 080 Mark. Auskunft: Hapag-Lloyd AG, Kreuzfahrten, Postfach 10 79 47, 2800 Bremen 1.

## Die Åland-Inseln

Sind es 6000 oder mehr? Es scheint, als ob niemand sie jemals genau gezählt hätte, die vielen Inseln und Büden mitten im Bottnischen Meerbusen zwischen Finnland und Schweden.

Jährlich besuchen etwa 1,2 Millionen Touristen die Åland-Inseln. Von Schweden und auch von Finnland verkehren das ganze Jahr über Autofähren, Fährhäfen auf Åland, ist Mariehamn, einzige Stadt des Inselreiches. In Mariehamn wohnt die Hälfte der Åländer Bevölkerung, 11 000 Personen.

Ihre Gründung hat die Stadt Mariehamn dem russischen Zaren Alexander II und seiner Gemahlin Maria zu verdanken, die ihr auch den Namen verlieh. Vor allem ist Mariehamn eine Stadt der Seefahrer. Ende der dreißiger Jahre waren die großen Segler aus Åland die einzigen Weltumsegler. Die Viermastbark „Pommern“ dient heute in Mariehamn als Museumschiff. Gleich daneben befindet sich das Seefahrtsmuseum.

In Mariehamn kann der Urlauber unter Hotels, Pensionen und Privatzimmern wählen. In der näheren Umgebung und in den ländlichen Bezirken der Hauptinsel stehen Ferienhotels zur Verfügung. Auf dem Lande findet man Unterkunft mit voller Verpflegung in den Heimen von Bauern und Fischern. Am populärsten aber ist der Urlaub im Ferienhaus. Da viele Ferienhäuser winterfest sind, besteht das ganze Jahr über Nachfrage, am besten befehlen die Fische im Frühjahr und Herbst!

Åland ist aber nicht nur zum Fischen, sondern auch zum Fahrradfahren ideal. Die abwechslungsrei-

che Küstenlandschaft mit Klippen und Stränden, Strandwiesen mit seltenen Pflanzen, Wäldern, Bauernhöfen und Fischerdörfern ist wie geschaffen für das Rad.

Außer den landschaftlichen Sehenswürdigkeiten, mit denen Åland so großzügig bedacht ist, findet man viele historische Bauwerke. Hierzu gehören die bezaubernden mittelalterlichen Kirchen von Jomala, Hammarland, Eckerö, Finström, Kumlinge und Kökar, von denen einige wertvolle Kunstschatze bergen. Viele dieser heute etwa 800 Jahre alten Kirchen wurden ursprünglich zu Verteidigungszwecken angelegt.

Ebenfalls von historischem Interesse ist die aus dem 14. Jahrhundert stammende Burg Kastelholm. Ihr Bauherr war Bo Jonsson Grip, Lordkanzler von Schweden, und mit ihrer Geschichte sind Namen wie Gustav Wasa und Gustav II. Adolf verknüpft. In der Mitte des 18. Jahrhunderts fiel Kastelholm weitgehend einem Brand zum Opfer. In einem Hügel sind heute die Schätze des kulturhistorischen Museums von Åland untergebracht.

Ein Höhepunkt bei einem Besuch auf den Åland-Inseln ist sicherlich der Ausflug zu dem vertrauten Fischenereck Eckerö. Gut gerüstet mit frischem Räucherfisch aus der Räucher- und Wege- und einem finnischen Wodka sollte man sich ein Picknick auf einer der blankpolierten buckligen Schären gönnen.

SILVIA M. PROPP

\*

Ankunft: Finnisches Fremdenverkehrsamt, Rothenbaumchaussee 11, 2000 Hamburg 13.

# ... nur Narren und Millionäre zahlen den vollen Reisepreis Wie Sie mit 14,90 bare 4 479 Mark im Fluge verdienen

Unglaublich? Keineswegs. Denn: Trotz ständig steigender Flugpreise können Sie, verehrter Leser, viel billiger fliegen, als Sie glauben. Sie müssen nur wissen, wie. Ganz gleich, wohin Sie wollen: Es gibt immer einen Sondertarif, Umsteigetrick, oder Buchungsdreh, um oder billiger ans Ziel zu kommen.

## Auf die richtige Information kommt es an

Dabei hängt es von Ihrer persönlichen Pflanzkraft - mehr jedoch von der richtigen Information - ab, ob Sie beispielsweise über 1000 Mark sparen, oder ob bei einem Fernflug ein zusätzliches Gratisticket nach London, Amsterdam oder Paris abfliegt.

### Prüfen Sie selbst:

Als mittelständischer Fabrikant fliegt Dipl.-Vwt. G. Kunze mehrmals pro Jahr nach Fernost. Jedem ein teures Vergnügen.

Das normale Ticket für den Hin- und Rückflug von Frankfurt nach Tokio kostet 6 674 DM. Selbst beim mit erheblichen Einschränkungen verbundenen Economy-Tarif muß er noch stolze 3 300 DM betragen. Dabei ist dieser Flug auch schon für 2 438 DM zu haben! Und das ohne besondere Einschränkungen. Ab Amsterdam könnte Kunze sogar für 2 195 DM (!) ins Land des Lächelns fliegen - also für 4 479 DM weniger!

Rosemarie Berger, stolze Ferienhausbesitzerin in Spanien, hat vor zwei Tagen ihren Flug De-

seldorf-Alicante gebucht. Die Freude auf ein paar erholsame Tage in der Sonne und die Tatsache, daß ihr Ticket nur 1 106 DM gekostet hat (bisher mußte sie immer 1 365 DM bezahlen), versetzte sie in Hochstimmung. ... Als sie erfuhr, daß sie mit einer strengen Französisch (1) hätte sparen können, ist es zu spät.

Das Ehepaar Lauenhardt aus Stuttgart hat bei einem „Super-Sonderangebot“ seines örtlichen Reisebüros spontan zugestimmt: Zwei Wochen Gran Canaria mit Halbpension für nur 1 289 DM - das konnte man sich doch nicht entgehen lassen! Abends in der Hotelbar kommen die Lauenhardts mit einem schwäbischen Landsmann vom Nachbarort ins Gespräch: Der hat für die gleiche Reise gerade 799 DM (!) bezahlt. Mehr als ärgerlich. Zufall? Nein: Nur gewußt, wo und wie!

Plattische Beispiele, verehrter Leser, die sich beliebig fortsetzen lassen und jeden Tag über all wiederholen können.

Nirgendwo sonst ist die Preissituation so undurchsichtig wie im Flugverkehr.

Hand auf's Herz - trauen Sie sich zu oder haben Sie genügend Zeit, sich im Dschungel der ABC-, IT- und GIT, der PEX-, APEX- und SUPER APEX, der Flug & spars, Holiday, Business- oder Excursion-Tarife zu rechtzufinden? Wo selbst professionelle Reisebüros häufig überfordert sind?

Können Sie es sich freilich leisten, bei jedem Flug, bei jeder Reise - gleich ob geschäftlich oder privat - unter Umständen mehrere Tausender draufzuzahlen, dann

brauchen Sie an dieser Stelle nicht weiterzulesen.

Wenn Sie aber...

1. ...nichts zu verschenken haben,
2. ...möglichst mit jedem Ticket, mit jeder Buchung bares Geld verdienen möchten,
3. ...regelmäßig über die jeweils gültigen Sondertarife Bescheid wissen und auch schon mal auf den sachkundigen Rat unserer Experten zurückgreifen wollen,
4. ...als Tourist oder viel fliegender Geschäftsmann kurz und bündig über die wichtigsten Facts, Tips und Tricks rund um die weltweite Flugszene informiert sein müssen,

dann sollte Ihnen das 14,90 DM für den alle zwei Wochen erscheinenden flugtip wert sein. Zumal Sie möglicherweise mit einem einzigen flugtip Ihr Jahres-Abonnement um ein Mehrfaches wieder einsparen können.

Machen Sie einfach die Probe aufs Exempel!

## Testen Sie uns!

Abonnieren Sie den 14-tägig erscheinenden flugtip aus Eu-

ropas größtem Informationsbrief-Vorlag „markt intern“! Wie? Indem Sie den Bestellcoupon abtrennen und ausgefüllt - am besten noch heute - an „markt intern“ abschicken!

Ihr flugtip-Experte Dr. Karl Krause

An „markt intern“-Verlag, Grafenberger Allee 30, Postfach 56 09, 4000 Düsseldorf 1, Tx 8 587 732, Tel. (02 11) 66 60 11

Ja, ich bestelle ab sofort den alle zwei Wochen erscheinenden Informationsbrief

flugtip

zum Preis von 14,90 DM inkl. MwSt. und Porto / Monat für zunächst 3 Monate. Kündigung ich nicht bis 15. 9. 84, verlängert sich das Abonnement und ist jeweils 6 Wochen zum Kalenderquartalsende kündbar. Berechnung quartalsweise vorab.

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Deutscher Name \_\_\_\_\_

Vertragsgrundlage: Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absandeden genügt) schriftlich zu widerrufen bei „markt intern“, Grafenberger Allee 30, 4000 Düsseldorf 1.

Unterschrift \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_

## Der flugtip: Ihr zuverlässiger Partner für verbraucherfreundliches Fliegen











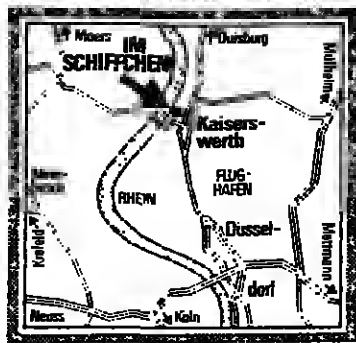








## GOURMET-TIP



Anreise: Von Düsseldorf in Richtung Flughafen-Kaiserswerth. In der Ortsmitte links ob bis zum Marktplatz (Kaiserswerther Markt 9). Öffnungszeiten: Ab 18.00 Uhr; an Sonn- und Feiertagen und vom 15. Juli bis 15. August geschlossen. Reservierung: Tel. 0211/401050.

## Im Schiffchen

Morgens um sechs, wenn noch wenig Leben auf dem romantisch mittelalterlichen Marktplatz von Kaiserswerth an der ländlichen Peripherie der Schicklerstadt Düsseldorf zu spüren ist, fährt Jean-Claude Bourgeuil mit seinem Kühlwagen nach Frankreich.

Der Meisterkoch, der vor 14 Jahren von der Loire an den Rhein kam, kauft heute noch die frische Ware ausschließlich in seinem Heimatland ein. Damit komponiert er „Im Schiffchen“ so delikate und kreative Menüs, daß er in sämtlichen Gourmetführern zu den zehn besten Köchen des Landes gezählt wird.

In der gemütlichen, wenn auch ein bißchen kunterbunten Dampfer-Atmosphäre (Bullaugen und Schiffslocke über Perser-Teppichen) des Abendrestaurants fühlen sich die 35 bis 40 Gäste (zwei Tischchen) im Feinschmeckerhimmel.

Verwöhnt mit Amuseguis wie Kaviarpasteten und Salm-Gelantine, mit Kalbsriesen und Waldpilzen gefüllte Canelonis in delikater Trüffelbutter überbacken (28 Mark) oder einer in Pfeffer-Auflauf pochierten Gänseleber (36 Mark) als Vorspeisen warten die Gäste verückt auf den Hauptgang.

Eine empfehlenswerte Beispielspeise: Junges Lammfilet mit Kräutern und Porree-Schmied in Blätterteig (für zwei Personen, 84 Mark), ein großes Schnitzel von der Stopfgansleber auf Kohlrabistreifen in warmer Trüffel-Vinaigrette (39 Mark) und kleiner bretonischer Hummer mit Kamilleblüten gedämpft (89 Mark). Das preiswerteste Hauptgericht: Gefülltes Wachtelkotelett mit jungem Gemüse und schwarzem Trüffel gegart (klassische Escoffier-Küche) für 32 Mark.

Zur Abrundung nach einem mit Schokolade und Perfektion präsentierten Käsebuffet folgt als Dessert ein Gratin von Himbeeren, Himbeereis-Parfait und Himbeerschnee oder fruchtige Sorbets (ohne Eiswaffelzusatz).

Spätestens auf die Erde zurückgekehrt wird der Gast beim Begleichen der Rechnung. Unter dem Strich muß man für zwei Personen mit 350 Mark rechnen. Für den Fall, daß das täglich neu zusammengestellte Menü gewählt wird, sind pro Person 124 Mark einzukalkulieren, mit einem kleinen bretonischen Hummer als Vorspeise sogar 154 Mark.

Ein Tip: Wenig empfehlenswert ist das Gericht Kaisergranat in Estragon-Gelée. Es wird nicht täglich frisch zubereitet und verliert

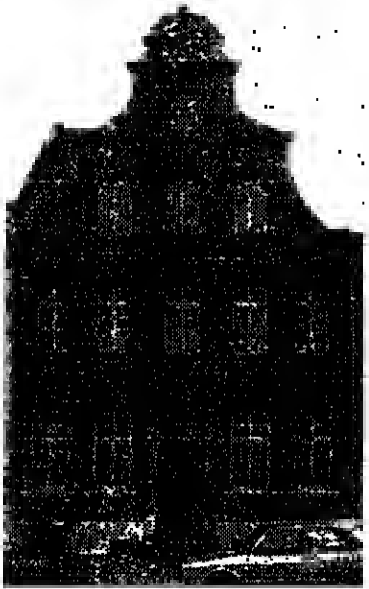
sehr schnell an knackiger Festigkeit.

Schlichtweg sensationell ist der Service. 15 Mitarbeiter in der Küche und im von Madame Janine Velten geleiteten Service kümmern sich um die Gäste.

Die Weinberatung ist präzise und liebenswert. Die Weinkarte ist relativ klein, aber Bourgeuil, der bis 1977 als Chefkoch in den Walliser Stuben (Düsseldorf) wirkte, bestückt sie mit einigen Gewächsen, die man nur selten in Deutschland findet.

Auf der Speisekarte gibt sich Jean Claude Mühe, mit leicht verständlichen Hinweisen ohne Koch-Chinesisch die Wahl zu erleichtern. So steht beispielsweise unter dem Gericht „Teller von Seefischen in Rotwein-Pfeffer-Sauce gedünstet“, der Zusatz: „ein abgewandeltes Rezept aus meinem Lohretal, wo man Aal in Bourgeuil-Wein düstet.“

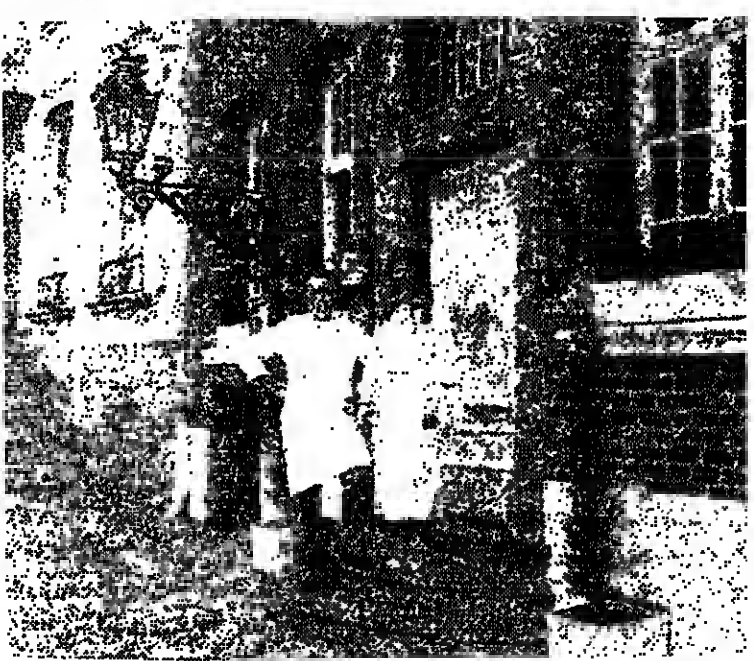
Ein Essenserlebnis „Im Schiffchen“ lohnt sich in Verbindung mit



einem Spaziergang durch das verträumte Kaiserswerth. Hinter barocken Fassaden laden gut sortierte Antiquitätengeschäfte zum Shopping ein.

Direkt hinter dem Marktplatz befindet sich die Anlegestelle der Köln-Düsseldorfer-Schiffahrtsgesellschaft. Wer mag, kann die NRW-Landeshauptstadt von den Planken der Weißen Flotte kennenlernen. Oder umgekehrt: An einem schönen Sommertag direkt vom Schiff ins „Schiffchen“.

Übrigens: Voranmeldungen sind unumgänglich. HEINZ HORRMANN



Küchenchef Jean-Claude Bourgeuil und seine Frau vor ihrem Restaurant „Im Schiffchen“ in Düsseldorf-Kaiserswerth. FOTO: DIE WELT

## Kulinarische Exkursionen

In den letzten 15 Jahren hat sich die gastronomische Landschaft in der Bundesrepublik gravierend verändert. Früher war die deutsche Küche (international oft als „Kraut-Küche“ abqualifiziert) zu meist deftig, schwer und beräuchert, aber wenig originell und eigenständig.

Heute bieten gute Restaurants zwischen Flensburg und Oberstdorf eine derart breite Palette unterschiedlichster Zubereitungen, wie das lange Zeit nur in Frankreich und in Belgien der Fall war. Von der klassischen Küche Escoffiers bis zur gekonnt gemachten leichten Regionalküche reicht das Angebot.

Parallel zu diesem Höhenflug wuchs die Vielzahl der Hotel- und Restaurantsführer sowie der Fachmagazine mit kritischen Bewertungen der Koch- und Serviceleistungen.

Die Reise-WELT hat nicht den Ehrgeiz, weitere Sterne, Punkte oder Mützen zu verteilen, sondern möchte in Zukunft kurz und knapp gute Häuser in Deutschland vorstellen. Wir wollen Anregungen für ein festliches Essen oder einen kulinarischen Genuß, verbunden mit einem Ausflug, geben.

Wir machen Sie mit den Küchenchefs bekannt, stellen ihre besten Gerichte vor und führen konkret aus, wie hoch die Rechnung sein wird.

Von den Ausflugstips, die bisher an dieser Stelle standen, und im Wechsel mit den Gourmet-Tips auch weiter veröffentlicht werden, hat dieser neue Service der Reise-WELT die nützlichen Hinweise für die Anreise und den Blick auf möglichen Freizeitspaß am Ort übernommen. -HOR-

## ODENWALD / Das hessische Mittelgebirge ist eine preiswerte Ferienregion

## Der Nibelungen Jagdrevier

Die Michelstädter haben allen Grund zum Feiern. Ihr Fachwerk-Rathaus, das schönste in Deutschland, wird 500 Jahre alt. Und das soll die ganze Welt erfahren. Als 60-Pfennig-Sondermarke der Bundespost und in Millionenstückzahl geht das Bild des Rathauses jetzt auf Karten und Briefen rund um den Globus.

Eine bessere Werbung läßt sich nicht denken. Denn natürlich erhoffen sich Michelstadt und der Odenwald von dem ungewöhnlichen Jubiläum auch Impulse für den Fremdenverkehr. Viele Autofahrer, die auf der Autobahn Frankfurt-Basel in Richtung Süden reisen, lassen das hessische Mittelgebirge nämlich im wahrsten Sinn des Worts links liegen. Sie wissen nicht, was ihnen entgeht: eine reizvolle Landschaft, die sogar Dichterherzen höher schlagen läßt.

„Berg und Wald, Tal und Wiese, Hügelkuppen und Forstbäche, Dörferchen und Einzelhöfe, Burgen und Kirchtürme, das alles umfaßt ein Blick“, hat Werner Bergengruen einmal geschrieben – und das Odenwaldstädtchen Lindelshaus zu seiner Wahlheimat erkoren.

Sicher: Im Odenwald regen die Berge nicht so hoch in den Himmel wie zum Beispiel im Schwarzwald, seine höchste Erhebung ist mit 626 Metern der Katzenbuckel. Aber dafür ist es auch eine durchweg preiswerte Urlaubsregion. Übernachtung mit Frühstück auf einem Bauernhof ist schon ab 15 Mark zu haben, für Vollpension zahlt man im Durchschnitt 25 bis 30 Mark. Geldbeutel schonend sind auch die Preise in den Gaststätten; auf der Karte stehen leckere Wildgerichte und deftige Hausmarchkost.

## Fünf Gemeinden streiten sich um Siegfrieds Quelle

Der Tourismus hat in dem Land zwischen Rhein, Main und Neckar relativ spät Einzug gehalten. Bis in unser Jahrhundert hinein lebten die Menschen in den Dörfern vom dürftigen Ertrag der Landwirtschaft. Der Aufschwung begann nach dem Krieg. Das bis dahin schlummernde Kapital „Natur“ wurde auf neue Art nutzbar gemacht. Die gute Luft, die Wiesentäler und ausgedehnten Wälder, für die Bauern einst nur von geringem Nutzen, sind nun Pluspunkte im Wettbewerb um den Urlaubsgast.

Schmucke Pensionen und Hotels entstanden, es wurden Wanderwege angelegt und mancherorts moderne Kureinrichtungen geschaffen. Kurz, man hat etwas auf die Beine gestellt: genug, um den Aufenthalt für die Gäste so angenehm wie möglich zu gestalten, und dabei doch in einem Rahmen, der die beschauliche Atmosphäre nicht gefährdet. Wer Ruhe und Erholung sucht, der wird sie hier bestimmt finden.

Den Wald- und Wildreichtum der Region wußten angeblich schon die sagenhaften Nibelungen zu schätzen. Der Odenwald soll ihr Jagdgebiet gewesen sein. Der Überlieferung nach ist hier Siegfried von Hagen hinterlistig ermordet worden. Doch wo genau, darüber streiten sich die Geister. Immerhin fünf Gemeinden nennen eine „Siegfriedsquelle“ ihr eigen-...

Wie alle deutschen Mittelgebirge ist der Odenwald vom Frühjahr bis in den Herbst in erster Linie Wanderland. Vom gemächlichen Nachmittagsspaziergang bis zur Mehrtages-tour ist alles möglich. Verschiedene Orte bieten „Wandern ohne Gepäck“ an – eine gute Idee für ein verlängertes Wochenende oder den Fitnessurlaub zwischendurch. Außerdem gibt es ein Pauschalarrangement „Vom Rhein zum Main – auf den Spuren der Nibelungen“, das sich an zünftige Rucksackwanderer richtet; die insgesamt rund 200 Kilometer lange Route ist auch in kürzeren Teilschnitten zu buchen.

Wer lieber mit dem Auto bummelt, findet lohnende Ziele genug. Denn im Odenwald gibt es viel zu sehen und zu besichtigen. Michelstadt zum Beispiel bietet außer dem berühmten Rathaus recht malerische Winkel im Schatten der Stadtmauer. Geschichtlich Interessierte zieht es auch in den Ortsteil Steinbach zur Einhardtsbasilika, die aus der Zeit Karls des Großen stammt.

Ein ehemaliges Residenzstädtchen ist Erbach. Im mächtigen Schloß (Renaissance und Barock) kann man Jagdtrophäen, Hirschgeweihe, kostbare Büchsen, Gewehre und Armbrüste bestaunen. Kein Zweifel: Die Erbacher Grafen waren große Jäger vor dem Herrn. Sie hatten aber auch Sinn für das Schöne. Graf Franz I. führte Ende des 18. Jahrhunderts die Ellenbeinschnitzerei in seinem wirtschaftlich nicht gerade gesegneten Ländchen ein, um dem Handwerk neue Verdienstmöglichkeiten zu erschließen. Er selbst betrieb das Ganze

als ein Steckpferd; erntet hatte er die Schnitzkunst in jungen Jahren, auf seiner „Kavalierstour“ durch Europa. Das deutsche Elfenbeinmuseum zeigt Schmuck und edle Gebrauchsgegenstände aus dem „weißen Gold“. Eine Kostbarkeit ist auch das Fachwerk-Rathaus aus dem 16. Jahrhundert. In der letzten Juliwoche findet der Eulbacher Markt statt.

Hunderte handbemalte Zinnfiguren sind die besondere Attraktion im Museum Schloß Lichtenberg in Fischbachtal. In den Schaukästen wird die Welt im Kleinen nachgestellt: vom Leben an einem babylonischen Königshof bis zum bäuerlichen Tanz um die Dorfblinde.

## Seile nach Maß und Schaukelpferde

Einen Abstecher wert ist auch Lindelshaus mit seiner Burgruine. Die alte Zehntscheuer beherbergt ein liebevoll eingerichtetes Heimatmuseum. Doch es sind vor allem die unvermuteten Entdeckungen am Rande, die dem Besucher lange im Gedächtnis bleiben. So ist hier manches alte Handwerk lebendig geblieben, wemgleich die Meister oft schon im Rentenalter und die letzten ihrer Zunft sind.

Wir haben dem Schmiedmacher von Schmiedmattenweg bei seiner Arbeit zugeschaut und wir haben die Seilerwerkstatt in Beersfelden besucht, in der Jakob Körber, 73 Jahre alt, für treue Kunden Seile und Taus „nach Maß“ herstellt. Mit Geräten übriges, die zum Teil hundert und mehr Jahre auf dem Buckel haben. Ein Tip für Eltern und Großeltern: die Werkstatt der Familie Krämer in Beersfelden. Dort werden hölzerne Schaukelpferdchen von Hand gedreht und bemalt – ein Spielzeug, das einiges aushält.

Sogar einen Köhler gibt es im Odenwald noch. Einmal im Jahr, während der Öffener Köhlerwoche, legt der fachmännisch und nach den überlieferten Regeln einen Meller an. Das ist ein so seltenes Bild, daß selbst das Fernsehen darüber berichtet.

SILVIA LEHNER

Auskunft: Fremdenverkehrsverband Odenwald, Michelstädter Straße 12, 6120 Erbach/Odenwald. Dort ist auch eine Broschüre erhältlich, die über Pauschalangebote und Hobby-Kurse informiert.



## Spinnen lernen in Lindelshaus

Wer auch im Urlaub nicht nur zuschauen, sondern selbst aktiv werden will, kann das im Odenwald in einem Hobbykurs tun. Da steht Töpfen auf dem Programm, Malen, Astronomie oder, wie in Lindelshaus: Spinnen. Frau Dina Pfeifer, die Frau des ehemaligen Bürgermeisters des Ortes, veranstaltet die Kurse in dieser uralten Kunst seit Jahren. An vier Werknachmittagen erlernen die Kursteilnehmer im „Haus des Gastes“ den Umgang mit Rod und Spindel und Wollfaden. Letzter Termin in diesem Jahr: 21. bis 28. Juli. Die Pauschalgebühr beträgt inklusive Kurs, Material und Übernachtung/Frühstück in Privat zimmern 150 Mark.

FOTO: SILVIA LEHNER

## SONDERANGEBOTE

## Mallorca für 699 Mark

RZ, Bonn

Es ist jedes Jahr das selbe Spiel. Die Reiseveranstalter wehren entzückt ab oder geben sich zumindest zugeknöpft, wenn sie nach hochsommerlichen „Sonderangeboten“ oder „Ausverkauf“ gefragt werden. Und doch weiß jeder, daß es sie gibt. Sei es, daß bestimmte Reiseziele zu supergünstigen Preisen bereits geschickt im Katalog versteckt wurden, oder sei es, daß man einen anderen Dreh findet, die „Ladenhüter“ doch noch an Mann und Frau zu bringen. Für den kurzentschlossenen Urlauber, der gezielt nach Sonderangeboten sucht, ist es allemal ein Vorteil. Er spart Geld und geht dabei auch kein größeres Risiko ein als bei einer „normalen“ Reise.

So bietet etwa Scharnow einen einwöchigen Badeurlaub in Herceg Novi an der jugoslawischen Adriaküste im Doppelzimmer mit Bad/WC und Halbpension für 774 Mark an. Abflughafen ist Köln/Bonn, Termin: 12. August. Bei Touropa fanden wir folgendes Angebot: Halbpension im Doppelzimmer mit Bad/WC/Balkon vom 26. Juli bis 2. August im Vier-Sterne-Hotel „Steps of Lindos“ für 1.229 Mark.

Am günstigsten sind jedoch Angebote, bei denen der Urlauber Ort und Kategorie des Hotels bestimmt, die Auswahl des Hotels aber vom Veranstalter vorgenommen wird. Zum Beispiel bei Neckermann und Reisen: Zwei Wochen Halbpension in einem Strandhotel auf einer Insel in Süddalmatien für 899 Mark (Abflug München am 24. oder 31. Juli); ein Dreipersonen-Appartement auf Istrien für zwei Wochen kostet beim selben Veranstalter 1.240 Mark, wenn die Anreise am 4. August angetreten wird – an der italienischen Adria ist das gleiche Angebot bereits für 996 Mark zu haben. Ein besonders interessanter Tip: zwei Wochen Halbpension in einem der schönsten Hotels des bekannten marokkanischen Badeortes Agadir für 979 Mark (ab Düsseldorf), ebenfalls ein „Fortuna“-Angebot von Neckermann und Reisen.

International Tourist Service (ITS) behält sich bei seinem Paket „Mallorca spezial“ ebenfalls die Wahl des Hotels vor: Zwei Wochen kosten hier bei Übernachtung/Frühstück 899 Mark, bei Halbpension 974 Mark. Anreisetag 27. oder 31. Juli. Am 30. Juli muß die Reise antreten, vier Wochen mit Halbpension für 954 Mark im südjugoslawischen Montenegro verbringen will, oder sich für einen zweiwöchigen Badeurlaub auf den Kanarischen Inseln entscheidet. Appartements gibt es hier ab 894 Mark.

### Kurzentschlossen nach ...

Ein Urlaubs-ABC

#### REISEMOBILE

Reisemobile frei: Juli/Aug. Sept./Okt.

2-4 Pers. MINI 4-5	5 Pers. VW 4-5	6 Pers. VW 4-5
2-4 Pers. VW 4-5	5 Pers. VW 4-5	6 Pers. VW 4-5
2-4 Pers. VW 4-5	5 Pers. VW 4-5	6 Pers. VW 4-5

Post 765 7 Stuttgart 1 Tel. 0711/205-327/89

#### AUSTRALIEN

Rundreisen, Flug-Safaris, Campmobile, Komfort-Land, Hotel und gästige Flüge, Geschäftsreisen und In- und Ausreisen.

Australien-Reisen Leisner

Stuttgarterstr. 7, 4132 Herten b. Tel. 02 09 35 79 32

#### KREUZFABRT

### DAS BESONDERE REISE-ERLEBNIS

## Wolga-Don-Kreuzfahrt

Durch das Herz der Sowjetunion: eine 11 Tage kombinierte Flug- und Schiffsreise auf dem größten europäischen Strom, einer der schönsten Wasserstraßen des Kontinents. Von Rostow nach Kasan.

Aufgrund der großen Nachfrage haben wir noch einige zusätzliche Kabinen bekommen! Kommen Sie mit uns, und genießen Sie diese herrliche und erlebnisreiche Flussschiffreise auf dem Don der Ukraine. Die Kabinen – Ihr neues und bequemes Zuhause – haben alle Fenster und eine eigene Dusche mit WC. Überall erwarten Sie interessante Ausflüge, die ebenso wie sämtliche Bordveranstaltungen, volle Verpflegung, Flüge und vieles mehr im Preis enthalten sind.

Termine: 23. 8.-2. 9. 84  
Flug ab/bis Hannover  
ab DM 1450,- pro Person

Veranstalter: strickrodt plantours Hannover

Reisebüro Strickrodt  
Goethestr. 18-20  
3000 Hannover 1  
Tel. 0511/16 08-0

#### COSTA DE LA LUZ

Mit oft reisen in die Bahia de la Plata

ins Clubhotel Atlantica

2 Wochen, Flug ab FRA, UP, ab DM 1825

Hier finden Sie: typisches Andalusien, herrlichen Atlantikstrand, viele Sport- und Ausflugsmöglichkeiten ... und ein schönes 4-Sterne-Hotel.

Prospekt mit Preisen ab fast allen deutschen Flughäfen: in Ihrem Reisebüro oder bei oft reisen, Hospitalstr. 32 7000 Stuttgart 1 Tel. 07 11/29 05 33, 29 56 66

#### MALTA

### Das sonnige Ferienziel

MALTA 84

Das vielseitigste Hotel- und Ferienapartment-Angebot, Bade- und Aktivurlaub, 8-Tage-Kulturrundreisen, Sprachkurse von Ihrem Malta-Spezialisten

2. 8. Ferienapp. 15 Tage schon ab ... DM 1108, First-Class-Hotel 15 Tage ... DM 1632.

TR Teddy's Reisen  
7000 Stuttgart 80, Paradeplatz 1  
Telefon (07 11) 7 35 38 26

#### BUDAPEST

### KUREN IN WELTSTADT

Das neuerrbaute DANUBIUS-Luxus-Thermal-Hotel in der Mitte der Donau auf der Margareteninsel in Budapest erwartet Sie. Bade-, Vital- und Heilkuren, Zahnklinik im Hause, Schwimmbad, Sauna, viele Unterhaltungsmöglichkeiten.

21-Tage-Heilkur, VP, zum Preis für 2 Wo. (kein EZ-Zuschlag) DM 1612,-

DANUBIUS HOTELS

UNGARN & OSTEUROPA-REISEN  
Reisebüro VAY-KIEPERT  
8 München 2, Altheimer Eck 1  
Telefon 089-26 50 20  
Brosch. Prospekt anfordern

#### SENIOREN-REISEN

Die besonderen Reisen für Senioren:

SCHALOM ISRAEL! v. 7. 9. - 28. 9. 84

21-Tage-Bus-/Schiffs-Reise alles inkl. mit VP DM 3995,-

DAS LAND VON MAHATMA GANDHI (Hn) INDIEN v. 7. 10. - 26. 10. 84

20-Tage-Flug-/Bus-Rundreise Badeaufenthalt in Goa alles inkl. mit VP DM 5595,-

Unser Plus-Service: med. Betreuung auf allen Fahrten durch deutschen Vartagsarzt Sprachkurse - Info-Abend - Vorfinanzierung

Nutzen Sie die Gelegenheit! Haben Sie Mut zum Erlebnis! TDC-Touristic Dev. Corp. Ltd. Der Partner für Senioren. Spezialveranstalter für Behinderte und Versehrte. Hohenzollerndamm 196 II. 1000 Berlin 31 Telefon 030/86 01 27-9

#### PORTUGAL

### VILA JOYA

Algarve-Portugal

Einmalig: das schönste Land und die herrlichsten Strände. Einmalig: das schönste Land und die herrlichsten Strände. Einmalig: das schönste Land und die herrlichsten Strände.

Reisebüro Strickrodt  
Goethestr. 18-20  
3000 Hannover 1  
Tel. 0511/16 08-0